

Reinhard Jansen

Georg von Vollmar

Eine politische Biographie

*Herausgegeben von der Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien*

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
53 Bonn - Bad Godesberg 1**

K 7¹³



D R O S T E V E R L A G . D U S S E L D O R F

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 13

Reinhard Jansen

Georg von Vollmar

Eine politische Biographie

*Herausgegeben von der Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und der politischen Parteien*

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
53 Bonn - 1 Godesberg 1**

K 7¹³



D R O S T E V E R L A G · D U S S E L D O R F

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

© **Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn**

1958

Gesamtherstellung:

Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

Vorwort

Mit einer Biographie einen Beitrag zur Geschichte einer proletarischen Klassenpartei leisten zu wollen, mag vielleicht zunächst befremden. Ich bin jedoch der Meinung, daß das Wachstum und die Politik der Sozialdemokratie in Bayern vor dem ersten Weltkrieg ohne eine Berücksichtigung ihres bedeutendsten Führers gar nicht verstanden werden kann.

Die vorliegende Studie stützt sich in der Hauptsache auf das Material des Vollmar-Nachlasses im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam. Zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Geschichte des Sozialismus wurde ich durch ein Seminar von Herrn Professor Dr. Richard Nürnberger in Bonn angeregt. In Amsterdam stand mir bei der schwierigen Auswertung des völlig ungeordneten Nachlasses Herr Werner Blumenberg, der Leiter der Deutschlandabteilung des genannten Instituts, stets hilfreich zur Seite. Diesen beiden Herren sowie all denen, die mich darüber hinaus mit Rat und Tat unterstützten, zu danken, ist mir eine angenehme Pflicht.

Reinhard Jansen

Einleitung

In den Kommentaren und Personenverzeichnissen der vom Moskauer Marx-Engels-Institut herausgegebenen Schriften wird Georg von Vollmar der Führer der deutschen Revisionisten vor dem ersten Weltkrieg genannt¹⁾. Wenn auch — wie noch zu zeigen sein wird — Georg von Vollmar wenig zu tun hatte mit den auf eine systematische Revision der theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie bedachten Kräften, die in vorliegender Studie unter Anlehnung an die Arbeiten von Karl Friedrich Brockschmidt und Erika Rikli²⁾ als die Träger des eigentlichen Revisionismus angesehen werden, so hat das Moskauer Institut jedoch völlig recht, wenn man zu den „Revisionisten“ auch die unsystematischen Opportunisten und sozialistischen Praktiker zählt. Georg von Vollmar war der erste deutsche Sozialdemokrat, der weithin hörbar dafür eintrat, daß die Partei unter Hintanlassung aller Ressentiments sich auf den Boden der politischen Wirklichkeit zu stellen habe.

Vollmar war ein Mann der Praxis. Er brachte nur wenig Verständnis für politische Theorien auf, denn ihm lagen Abstraktionen fern, und er lebte ganz in einer Welt des Anschaulichen. Obwohl er ununterbrochen 45 Jahre lang in der Sozialdemokratie tätig war und stets in amtlichen Dokumenten die Berufsbezeichnung „Schriftsteller“ angab, ist die Gesamtzahl der von ihm verfaßten Artikel und Broschüren recht gering, während viele der sozialistischen Führer dieser Zeit und erst recht die Theoretiker eine Unzahl von teilweise recht umfangreichen Büchern, Broschüren, Aufsätzen und dgl. schrieben. Vielleicht ist es auf diesen Umstand zurückzuführen, daß Vollmars ganz aus dem Rahmen des Herkömmlichen fallende Gestalt bisher kaum eine Würdigung erfahren hat. Die Kompendien der allgemeinen politischen Geschichte der Vorkriegszeit erwähnen durchweg nur seine programmatischen Reden aus dem Jahre 1891. Franz Mehring widmete seinem süddeutschen Parteigenossen in der bekannten „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ ein eigenes Kapitel über die „bayerische Eroberung“. Seiner Arbeit, die im wesentlichen mit dem Jahre 1890 endigt, liegen z. T. Auskünfte durch Vollmar und dessen Gattin zugrunde³⁾.

Alwin Saenger, ein politischer Schüler und Freund Vollmars, plante eine umfassende politische Biographie. Einen ersten Niederschlag fand seine Absicht

¹⁾ Vgl. Lenin, W. I. „Sämtliche Werke“ Wien—Berlin 1929 ff., Bd. 12, S. 675, aber auch Bd. 4/2, S. 471; Bd. 5, S. 602; Bd. 6, S. 627; Bd. 7, S. 675.

²⁾ K. F. Brockschmidt, „Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes“, phil. Diss. Frankfurt 1929; Erika Rikli, „Der Revisionismus“, Zürcher volkswirtschaftliche Forschungen, Bd. 25, Zürich 1936.

³⁾ Vgl. Propyläen-Weltgeschichte Bd. 8: Heinrich Herkner, „Volkswirtschaft und Arbeiterbewegung 1850—1890“, S. 445; Bd. 10: Erich Brandenburg, „Die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg“, S. 158 — Veit Valentin, „Geschichte der Deutschen“, Berlin 1947, S. 579 — Gebhardtts „Handbuch der deutschen Geschichte“, 7. Aufl. Stuttgart/Berlin 1931, Bd. 2: Georg Schuster, „Die politischen Parteien“, S. 493 — Mehring, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 2. Aufl. Stuttgart 1903, Bd. 2, S. 252—260.

in einem Artikel des „Deutschen Biographischen Jahrbuches 1922“ (S. 276—289), wo er einen knappen Lebensaufriß Vollmars und eine erste noch lückenhafte Bibliographie bot. Saenger starb, ehe er seine Arbeit vervollständigen konnte.

Paul Kampffmeyer, der bekannte sozialdemokratische Literat und langjährige Redakteur an der „Münchener Post“, suchte nunmehr die Pläne Saengers auszuführen. Sein Buch über Vollmar („Georg von Vollmar“, München 1930) wurde eine seiner letzten Schriften. Er hat darin sehr viel Material zusammengetragen und manche heute nicht mehr zugängliche oder verlorene Quelle wörtlich zitiert. Im Vorwort bemerkte er, seine Arbeit solle sich an den „gebildeten Proletarier“ wenden. Vielleicht ließ er sich von dieser Absicht bestimmen, als er der Darstellung der ungewöhnlich abwechslungsreichen Jugendzeit Vollmars sowie dessen Wirken unter dem Sozialistengesetz sehr viel Platz einräumte. Das Wirken Vollmars als föderalistischer und realistischer Sozialdemokrat wurde von ihm in dem im Grunde unkritischen Werk allerdings kaum noch berücksichtigt.

I. Kapitel

Die Entwicklung zum Sozialdemokraten

Die Führerschaft der deutschen Sozialdemokratie setzte sich schon seit den Anfängen der Partei aus Leuten recht verschiedener Herkunft zusammen. Von der Gründergeneration ist wohl August Bebel der Nachwelt noch am bekanntesten. Mit Bebel trat zum ersten Male in Deutschland ein Mann aus dem kleinen Handwerkerstande, ein Autodidakt, in den Vordergrund des politischen Geschehens. Er wurde der erste von unten aufgestiegene deutsche Massenagitator¹⁾. Neben Bebel stand lange Zeit als politischer Lehrmeister Wilhelm Liebknecht. Liebknecht entstammte dem gebildeten Bürgertum. Ursprünglich war er ein Anhänger der bürgerlichen Demokratie gewesen, hatte 1848 in der Revolution mitgekämpft und lange Jahre im Londoner Exil mit Karl Marx und Friedrich Engels das Emigrantenschicksal teilen müssen²⁾.

Im Lassalleschen Zweig der Arbeiterbewegung war dagegen schon durch den Gründer die Autorität der „Gebildeten“ festgelegt. Mit Johann Baptist von Schweitzer spielte hier sogar vorübergehend der Träger eines adligen Namens eine führende Rolle³⁾.

Georg von Vollmar hingegen sollte nicht nur durch das soziale Milieu, dem er entstammte, und durch seine Bildung in der deutschen Sozialdemokratie zu einer einzigartigen Erscheinung werden, sondern für seine Laufbahn in der Partei wurde am entscheidendsten, daß er als Bayer zur Welt gekommen war. Mit Liebknecht und Bebel hatte Vollmar gemein, daß zeitlebens politische Vorstellungen in ihm wachblieben, die sich vor seiner Berührung mit der Arbeiterbewegung gebildet hatten. Für Liebknecht war die Teilnahme an der Revolution von 1848 und am badischen Aufstand das Erlebnis, das zur Grundlage seiner politischen Weltanschauung wurde. Auf Bebel wirkten zwar die Lehren von Marx und Engels tiefer ein, aber auch er konnte nie verleugnen, daß er in einer Kaserne geboren wurde und die Welt mit den Augen eines Unteroffiziers betrachtete.

¹⁾ Vgl. Theodor Heuß, „August Bebel“ in „Neue deutsche Biographie“, Bd. I.

²⁾ Vgl. Gustav Mayer, „Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland“, Leipzig 1911. Werner Mühlbradt, „Wilhelm Liebknecht und die Gründung der deutschen Sozialdemokratie 1862—1876“, phil. Diss. Göttingen 1951.

³⁾ Vgl. Gustav Mayer, „Johann Baptist von Schweitzer“, Berlin 1909.

Dem preußischen Staate blieb er in Haßliebe bis ins Greisenalter hinein verbunden¹⁾).

Georg von Vollmar machte im Jahre 1869 den ersten Versuch publizistisch zu wirken, in einer Zeit, als in Bayern politische Spannungen herrschten wie selten zuvor. Unter dem Eindruck der Erfolge Bismarcks hatte sich nach der Entscheidung des Jahres 1866 in der bayerischen Fortschrittspartei und auch bei den Abgeordneten der liberalen Mittelpartei — der eigentlichen damaligen „Regierungspartei“ — die Überzeugung durchgesetzt, daß die Neugestaltung Deutschlands nur durch Anlehnung der süddeutschen Staaten an Preußen möglich sei²⁾. Von der ehemaligen großdeutschen Volkspartei verblieb lediglich der Pfälzer Georg Friedrich Kolb in Opposition gegen eine solche Politik³⁾. Weit machtvoller war der Widerstand, den die „Patrioten“ leisteten. Unter diesem Namen sammelten sich all die politischen Kräfte des Landes, die nichts von einem Zusammengehen mit dem protestantischen Nordstaat wissen wollten. Ihre politischen Zielsetzungen waren zunächst noch uneinheitlich, doch fühlten sie sich in dem Bestreben geeint, ein katholisch-konservatives Bayern zu erhalten⁴⁾.

In seinem kleinen Erstlingsaufsatz „Bayern und die Verträge mit Preußen⁵⁾“ nahm der junge Vollmar einen politischen Standort ein, der nicht im Bereich einer der bestehenden politischen Parteien lag. Zunächst jubelte er darüber, daß alle Versuche nichts gefruchtet hätten, die wahren Vertreter der bayerischen Volksinteressen als ultramontan und rückschrittlich, als Knechte der Jesuiten und der päpstlichen Pfaffenherrschaft zu verleumden. Die Landtagswahlen des Jahres 1869, die zweimal den „Patrioten“ den Sieg gebracht hatten, feierte er als große Erfolge des Bayernvolkes. „Das bayerische Volk hat gesiegt und der Geist, der die mehr als tausendjährige Geschichte Bayerns ausmacht.“ Besonders scharf ging dann Vollmar mit der politischen Linken ins Gericht. „Die Stellung der sogenannten ‚nationalen‘ Verpreußungspartei — aller Liberalen — ist bekannt und die schmachvolle Unterwürfigkeit und elende Leibeigentuerei und niederträchtige Nordbundsucht der sogenannten ‚Fortschrittler‘ wie die erbärmliche Feigheit und verächtliche Unentschiedenheit der sogenann-

¹⁾ Vgl. Werner Sombart, „Der proletarische Sozialismus“, 10. Aufl., Bd. II, S. 364; Manfred Sauerbrey, „Bebel und die Grundlagen der deutschen Politik im Zeitalter Bismarcks“, phil. Diss. Köln 1951; Prot. Magdeburg 1910, S. 250. Bebel führte dort u. a. aus: „Es gibt keinen zweiten, dem preußischen ähnlichen Staat, aber wenn wir einmal diesen Staat in der Gewalt haben, haben wir alles . . . Im Süden versteht man nicht diesen Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit.“

²⁾ Vgl. Theodor Schieder, „Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863—1871“, München 1936.

³⁾ Ebd. S. 129.

⁴⁾ Vgl. Michael Doeberl, „Entwicklungsgeschichte Bayerns“, Bd. III, S. 489; Karl Bachem, „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei“, Bd. II, S. 231.

⁵⁾ Das Manuskript befindet sich im V.A. Eine spätere eigenhändige Randnotiz Vollmars gibt das ungefähre Datum des Entstehens an und weist darauf hin, daß der Artikel auszugsweise in einigen patriotischen Blättern veröffentlicht worden sei.

ten ‚Unabhängigen‘ vor dem ganzen bayerischen Volke gebührend gebrandmarkt. Diese Menschen, die sich Bayern zu nennen wagen, wollen geheim oder offen, jetzt gleich oder später, den Eintritt in den preußischen sogenannten Nordbund, also die größte Schmach und Erniedrigung unseres Vaterlandes.“ Außenpolitisch befürchtete Vollmar überdies, daß Bayern in einen preußisch-französischen Konflikt hineingerissen werden könne, ohne daß Süddeutschland hinreichend gegen einen französischen Vorstoß gesichert sei. „Wir wollen uns lieber die Franzosen vom Leibe halten und sie uns nicht zu Feinden machen dadurch, daß wir Preußen schön allein auskochen lassen, was es sich allein angerichtet hat.“ Es darf nun aber nicht übersehen werden, daß der junge Vollmar bereits in dieser mehr mit dem Herzen als dem kühlen Verstande geschriebenen Schrift sich von der Parteimeinung der „Patrioten“, die stark von hohen Klerikern und Adligen bestimmt wurde, durch die Berufung auf den Volkswillen und die Verfassung unterschied. Die Verträge mit Preußen hielt er für ungültig, weil der König sie ohne Befragung der Volksvertretung abgeschlossen habe. An den Zollverein knüpfte er keine hoffnungsvollen Erwartungen, weil eine gesunde Neugestaltung Deutschlands nur vom Süden ausgehen könne. „Das sind die bayerische und die deutsche Aufgabe des bayerischen Volkes . . . Die Durchführung des *Volksstaates* gegenüber dem absolutistischen. Der Sturz des absoluten, bürokratischen Militärstaates . . .¹⁾.“

Während nun das überzeugte Eintreten für die Erhaltung Altbayerns den Traditionen der Familie Vollmar entsprach, beschritt der junge Georg mit dem Einsatz für den konstitutionell-volksparteilichen Gedanken einen Weg, der ihn aus der Welt seiner Eltern führen sollte. Am 7. März 1850 war er als Sohn eines „Königlichen Geheimen Registrators“ geboren worden. Obwohl der adlige Stammbaum seiner Familie sich bis ins 14. Jahrhundert hinein verfolgen lassen soll²⁾, hatte Anton Edler und Ritter von Vollmar auf Veltheim (1824 bis 1868) die Tochter eines bürgerlichen Rentbeamten geheiratet. Die Verwandten von Vollmars Vater hatten durchweg niedrige oder mittlere Offiziers- und Beamtenstellen inne. Vollmars Mutter Karoline geb. Loibl (1824 bis 1903) muß der Typ einer redseligen Kleinbürgerin gewesen sein³⁾. Die Familie derer von Vollmar war besitzlos. Viele Briefe der Verwandten enthielten bewegte Klagen darüber, wie schwer es sei, „standesgemäß“ zu leben. „Standesgemäß“ sollte auch die Erziehung sein, die Anton von Vollmar seinem einzigen Kinde angedeihen lassen wollte. Daher schickte er seinen Sohn im Alter von neun Jahren auf die vorwiegend dem Adel vorbehaltene Benediktinerschule von St. Stefan in Augsburg. Viele seiner Mitschüler wurden später Geistliche, und als frischgebackener Sozialist hat Vollmar über den streng kirchlichen Geist dieser Lehranstalt einmal

¹⁾ Vom Verf. gesperrt.

²⁾ Vgl. Alwin Saenger, „Deutsches Biographisches Jahrbuch“ 1922, S. 276—189.

³⁾ Tauschschein der Stadtpfarrkirche zu Miesbach Fol. 24, Pag. 81. Aufschlußreich für ihren Charakter ist der Briefwechsel mit ihrem Sohn und ihrer Schwiegertochter.

gespöttelt¹⁾). In reiferen Jahren hat er sich jedoch gerne zu dieser Schule bekannt und die Traditionsgemeinschaft mit ihr gepflegt²⁾, deren humanistische Weite Ludwig Curtius in seinen Lebenserinnerungen lobt³⁾).

Wie viele seiner Verwandten entschied sich Georg von Vollmar für den Offiziersberuf und trat im Alter von noch nicht sechzehn Jahren als Fähnrich bei den Kürassieren ein. Beim Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Österreich wurde er als Leutnant zur Infanterie versetzt. Er nahm am Feldzug teil, kam aber nicht ins Gefecht⁴⁾. Da der junge Offizier am Dienst bei der Fußtruppe keinen Gefallen fand, verließ er aus Eigensinn im Jahre 1867 seine Einheit, ohne erst abzuwarten, bis der erbetene Abschied ihm gewährt worden war⁵⁾.

Auf einer Veranstaltung des katholischen Gesellenvereins in München kam er bald mit einem Offizier aus der Freiwilligentruppe zusammen, die dem Papst im Kirchenstaat diente. Abenteuerlust und religiöse Begeisterungsfähigkeit bewogen den jungen Vollmar, diesem Offizier nachzueifern und in die Fremdenlegion des Heiligen Vaters einzutreten. Viele Jahre später hat Vollmar geschildert, wie das Erlebnis des völlig zerrütteten Kirchenstaates, dessen Geschick in den Händen eines habgierigen Klerus lag, eine latente Glaubenskrise in ihm zum Durchbruch kommen ließ: „Wir hatten uns gefeierte Glaubenshelden zu werden gedünkt und sahen uns nun als geringgeschätzte Schergen der Tyrannei, ohne den in unserer Verblendung freiwillig übernommenen Dienst so leicht wieder von uns werfen zu können.“ Fieberkrank und innerlich der Religion seiner Kindheit schon weitgehend entfremdet, gab er nach elf Monaten den Dienst im Solde des Papstes wieder auf, nachdem er die Ausführung eines von den päpstlichen Behörden erlassenen Hinrichtungsbefehls verweigert hatte⁶⁾.

In München besuchte er nun kurz das Polytechnikum und trat dann in den Dienst der bayerischen Verkehrsanstalten ein, um wie sein Vater Staatsbeamter zu werden. In dieser Zeit verfaßte er das oben erwähnte und zitierte Manuskript. Bei aller Abneigung gegen Preußen und gegen einen Konflikt mit Frankreich hatte er aber dort geschrieben: „Wenn Deutschland als solches angegriffen wird, dann wird der Bayer und der Süddeutsche nicht fehlen...“ Die Welle der patriotischen Gefühlserhebung, die den Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges begleitete, riß auch ihn vollends mit. Seine Meldung als Freiwilliger für die Truppe wurde nicht angenommen, da er drei Jahre zuvor den Dienst diszipliniert verlassen hatte. Auf sein Drängen hin wurde er aber als höherer Beamter

¹⁾ Vgl. Georg von Vollmar, „Gerechtigkeit in Rom“ in „Die Gartenlaube“, 1879, S. 64 ff.

²⁾ Vgl. Lujo Brentano, „Mein Leben“, S. 169.

³⁾ Vgl. Ludwig Curtius, „Deutsche und antike Welt“, S. 86 ff.

⁴⁾ Ein kurzes Kriegstagebuch befindet sich im V.A.

⁵⁾ Vgl. „Berliner Volksblatt“ 21. Januar 1885, zit. bei Kampffmeyer, „Georg von Vollmar“, S. 3.

⁶⁾ Vgl. „Gerechtigkeit in Rom“, a.a.O.

in den Dienst der Feldeisenbahn berufen. Im Januar 1871 rückte er aus. Bereits am 29. Januar wurde er beim Überfall auf Blois durch einen Schuß ins linke Schienbein schwer verwundet, lag zwei Tage ohne Hilfe in einer Scheune und erlitt beim Abtransport überdies noch eine schwere Rückenmarkverletzung, weil unter der Last seines beinahe zwei Meter langen Leibes die Tragbahre zusammenbrach. Als man den gerade Volljährigen aus dem Staatsdienst entließ, war er ein Krüppel, der sich mühselig auf zwei Krücken vorwärtsschleppen mußte. Jahre fast ununterbrochener Krankheit brachen nun für ihn an. In Bädern des In- und Auslandes suchte er Linderung seiner Leiden, soweit das seine kleine bayerische Leibrente erlaubte, die erst später vom kaiserlichen Dispositionsfonds übernommen wurde. Mit seiner Mutter zog er 1872 nach Miesbach in deren Heimat¹⁾.

2. Aufstieg zum Parteiführer

Aus einer Reihe von Darstellungen, die z. T. wohl auf Äußerungen Vollmars selbst zurückgehen, könnte man den Eindruck gewinnen, als ob Georg von Vollmar auf dem langen Krankenlager durch Beschäftigung mit naturwissenschaftlicher, philosophischer und volkswirtschaftlicher Literatur sich zum Sozialismus bekehrt habe²⁾. Dieser Meinung kann jedoch kaum zugestimmt werden. Bei der innigen Verflechtung von Weltanschauung und Gesellschaftsbild, die den katholischen Raum beherrscht, mußte die Erschütterung der Glaubensgrundlagen bei einem denkenden jungen Mann wie Vollmar notgedrungen zu einer Entfremdung vom monarchisch-konservativen Staat führen. Wohl legte ihm dann in den Jahren 1869/70 sein bayerisches Heimatgefühl noch einmal ein taktisches Zusammengehen mit der „patriotischen“ Partei nahe, aber bereits zu dieser Zeit zeigte er reges Interesse für die Ziele der jungen Arbeiterbewegung und weilte unter der Schar der Zuhörer, die August Bebel bei seinem ersten Auftreten in München umgab³⁾. Von Anfang an scheint seine Sympathie nicht den Lassalleanern, sondern der sich erst langsam von der Volkspartei lösenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegolten zu haben. Schon im Jahre 1869 betrachteten ihn die Münchener Sozialdemokraten als einen der ihren⁴⁾.

¹⁾ Vgl. Kampffmeyer, a.a.O., S. 9.

²⁾ Vgl. Dr. R. Besthorn, „Det tyske socialdemokrati“, in „Ringeren“, Nr. 22, 1899 (Christiana); Hjalmar Branting, „Georg von Vollmar“, in „Social-Demokraten“, 19. Januar 1891, Stockholm. — In einem nicht näher bestimmbar Nachruf wurde Vollmar sogar ein umgekehrter Ignatius von Loyola genannt (Zeitungsausschnitt im V.A.).

³⁾ Vgl. August Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. II, S. 116.

⁴⁾ Vgl. G. Mayer, „Die Trennung . . .“, S. 39 f. Mayer geht hier auf die Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Bayern ein. Weitere Hinweise gibt ein Aufsatz Vollmars in der „Festschrift zum sozialdemokratischen Parteitag in Dresden“, 1903. — Aus einem Brief von Wilhelm Fink an Vollmar vom 6. Oktober 1875 geht hervor, daß man ihn in München seit 1869 als Mitglied der Partei betrachtete (V.A.).

Die Studien, die er während der Zeit seiner Krankheit trieb, lassen sich aus zahlreichen Exzerpten und dem erhaltenen Briefwechsel erschließen. Bezeichnend für den jungen Vollmar war, daß unter seiner Lektüre Darstellungen der politischen und der Kirchengeschichte, der Länder- und Völkerkunde, der klassischen und deutschen Philologie weit überwogen. Schon der junge Vollmar zeigte verhältnismäßig wenig Sinn für all das, was sich der anschaulichen Darstellung entzog. Eine gewisse Ausnahme waren dabei die theologische Kontroversliteratur, die Schriften Feuerbachs, einige populäre Darstellungen des Darwinismus sowie die Werke Benedikt Spinozas. In ihnen fand er die Rechtfertigung für seinen Bruch mit der Religion. Durch Feuerbach war ihm „alles klar in der Welt geworden¹⁾“. Nur wenige Anhaltspunkte finden sich dagegen für seine politische Lektüre. Von nachhaltiger Wichtigkeit scheint jedoch die auch von Liebknecht im „Volksstaat“ wohlwollend rezensierte „Kulturgeschichte der Menschheit“ von G. F. Kolb gewesen zu sein, weil Vollmar hier zum ersten Male dem auf Geschichte und Politik übertragenen Darwinismus begegnete²⁾. Neben dem regelmäßig bezogenen „Volksstaat“ blieben die Reden Bebel's und Liebknecht's im Leipziger Hochverratsprozeß 1872 die einzige Quelle, aus der Georg von Vollmar sozialistisches Gedankengut schöpfte³⁾.

Zu dieser Zeit fand Vollmar in München persönlichen Anschluß an den schon mehrfach erwähnten Volksparteiler G. F. Kolb und dessen ebenfalls aus der Pfalz stammenden Gesinnungsgenossen Adolf Kröber. Während Kolb anscheinend Vollmar bei seinen ersten volkswirtschaftlichen Studien unterstützte⁴⁾, gestalteten sich die Beziehungen des durch seine Dampfsägereien reich gewordenen Kröber zu Vollmar weit herzlicher. Dieser Pfälzer scheint den Ehrgeiz besessen zu haben, dem jungen Mann mit der wechselvollen Vergangenheit ein väterlicher Freund zu werden. Wohlwollend mahnte er ihn, sozialistische Hirngespinnste aufzugeben, und öffnete ihm dagegen den Zugang zu volksparteilichen Kreisen auch außerhalb der bayerischen Hauptstadt. Durch Kröber's Vermittlung wurde Vollmar Korrespondent der demokratischen „Süddeutschen Post“ und der „Frankfurter Zeitung“, denen er unter dem Namen „Filodem“ Aufsätze und Gedichte für das Feuilleton lieferte⁵⁾.

Je mehr sich nun die Gesundheit Vollmars wieder festigte, um so stärker wurde in ihm der Drang nach einer umfassenderen Beschäftigung. Seit 1875 befand er sich auf der ständigen Suche nach einer Arbeitsstelle. Hoffnungen, die er dabei auf den Miesbacher Bergbau und das dortige Bürgermeisteramt setzte, schlugen fehl⁶⁾. Auch Adolf Kröber konnte ihm keinen festen Redakteurposten

¹⁾ Exzerpte im V.A. — Vgl. Emma Merck an Vollmar, 18. November 1873; 31. Dezember 1873; 23. Februar 1874 (V.A.).

²⁾ G. F. Kolb, „Kulturgeschichte der Menschheit“, Leipzig 1868/71, 2 Bde.

³⁾ Emma Merck an Vollmar, 31. Dezember 1873 (V.A.).

⁴⁾ Kolb an Vollmar, 2. August 1876 (V.A.).

⁵⁾ Kröber an Vollmar. Briefe der Jahre 1873/76 (V.A.).

⁶⁾ R. Bermüller an Vollmar. Briefe der Jahre 1874/76 (V.A.).

bei der „Frankfurter Zeitung“ oder der „Süddeutschen Post“ vermitteln. Vollmar erwog, als Student an die Universität Zürich zu gehen¹⁾. Da machten ihm die sächsischen Sozialdemokraten das Angebot, die Schriftleitung des „Dresdener Volksboten“ zu übernehmen. Vollmar ging sofort darauf ein, reiste umgehend nach Sachsen ab und wurde mit dem ersten April 1877 Redakteur in Dresden²⁾. Damit begann seine Laufbahn in der Sozialdemokratie. Bereits im Dezember des gleichen Jahres verlangte man seine Photographie für eine Porträtsammlung „bekannter Sozialdemokraten³⁾“.

Dieser Aufstieg war selbst für die Verhältnisse der damaligen, noch sektenhaften Sozialdemokratie ungewöhnlich steil. Zwar hatte Vollmar in dem Kleinstädtchen Miesbach schon längst als roter Revolutionär gegolten, der heimlich Zusammenkünfte der Arbeiter organisierte, und war deshalb von den Bürgern mit kleinlicher Bosheit verfolgt worden⁴⁾. Wohl aus Rücksicht auf seine Familie hatte sich Vollmar zu dieser Zeit in Bayern noch nicht öffentlich zur Sozialdemokratie bekannt und stets die Versuche der Münchener Sozialisten abgelehnt, ihn als Redakteur für das dortige Parteiblättchen zu gewinnen⁵⁾. Von der Expedition des „Volksstaat“, den Liebknecht in Leipzig herausgab, war ihm bereits am 5. April 1873 die ehrende Anrede „Genosse“ zuteil geworden. Er hatte sich an der Entwicklung dieser Zeitung sehr interessiert gezeigt und die Herausgabe einer belletristischen Beilage angeregt. Liebknecht hätte dieser Anregung des jungen Bayern gerne entsprochen und ihn als beständigen Mitarbeiter gewonnen, nachdem er sich im Jahre 1874 einmal persönlich in Leipzig vorgestellt hatte. Allein dazu fehlten die finanziellen Mittel⁶⁾.

Sobald nun Vollmar in Sachsen war, bemühte er sich darum, möglichst „revolutionär“ aufzutreten und alle Brücken zu seiner eigenen Vergangenheit abzurechen. Während seine Mutter ihm nach Dresden folgte, gab er die Beziehungen zur übrigen Verwandtschaft auf und legte für einige Jahre das Adelsprädikat vor seinem Namen ab. Die Spalten des „Dresdener Volksboten“, den er anfangs ganz allein redigierte, füllte er mit scharfen Artikeln⁷⁾. Später schilderte er selbst einmal, daß die breite Öffentlichkeit seinem Bemühen geringe Aufmerksamkeit schenkte und die Zeitung wenig Fortschritte machte, daß sie

¹⁾ Abrechnungen Sonnemanns für gelieferte Artikel 1873/75 (V.A.). Der Rektor der Universität Zürich, A. E. Biedermann, teilte Vollmar am 13. Oktober 1875 mit, seiner Immatrikulation ständen keine Hindernisse im Wege (Postkarte V.A.).

²⁾ Auer an Vollmar, 10. Februar 1877, zit. von Kampffmeyer, a.a.O., S. 13. Dort auch ausführliche Darstellung.

³⁾ Auer an Vollmar, 28. Dezember 1877 (V.A.).

⁴⁾ Vgl. Kolb an Vollmar, 2. August 1876 (V.A.). — Manuskript einer Ansprache an Arbeiter auf Kärtchen mit dem Aufdruck „Liedertafel Miesbach“ etwa 1875 (V.A.).

⁵⁾ Vgl. Pröbstl an Vollmar, 16. Februar 1876 (V.A.). — Kampffmeyer, a.a.O., S. 13.

⁶⁾ Vgl. Emma Merck an Vollmar, 22. Mai 1874 (V.A.). — Kampffmeyer, a.a.O., S. 13.

⁷⁾ Briefe der Verwandten zit. bei Kampffmeyer, a.a.O., S. 13. — Adolf Kröber schrieb an Vollmar über dessen Artikel 23. April 1877: „Ein sozialdemokratischer Magen verträgt zwar viel, doch Eure Geistesprodukte bringen einen Gaul um!“ (V.A.).

aber um so größeres Interesse bei den Zensurbehörden fand¹⁾. Die journalistische Tätigkeit sollte jedoch nicht seine einzige Beschäftigung bleiben, denn bereits kurz nach seiner Ankunft wurde er zur mündlichen Agitation auf dem Lande herangezogen²⁾. Die Zuhörer mußten bei Vollmars ersten Redeversuchen viel Geduld aufbringen. So hielt er etwa auf einer Arbeiterversammlung in einem kleinem Dorf einen Vortrag über die sozialen Kämpfe zur Zeit der Gracchen und breitete dabei die Fülle seines zusammengelesenen Faktenwissens vor dem nach vielstündiger Arbeitszeit erschöpften Publikum aus. Andere historische Themen wurden nicht weniger detailliert behandelt. Er rechtfertigte das Wüten der Jakobiner in der Französischen Revolution und die Hinrichtung Ludwigs XVI. Eine Rede zur Sedanfeier gab ihm Gelegenheit, seinen Ressentiments gegen Preußen Luft zu machen. Dieser Staat, so führte er aus, vergewaltigt fortgesetzt die Interessen der übrigen deutschen Länder. Nur zögernd wagte er es, über den Sozialismus und seine Ziele zu sprechen. Wohl hob er gelegentlich — wie in einer Rede vom 11. August 1878 — die Verdienste von Marx und Engels hervor, glitt aber oberflächlich über die Bedeutung und den Inhalt ihrer Schriften hinweg. Als gleichrangige Größen stellte er Louis Blanc, Eugen Dühring und Ferdinand Lassalle neben die beiden Exildeutschen in London³⁾. Aus all dem ergibt sich, daß diese Gestalten für ihn nur Namen waren, mit denen sich noch kein Begriff verband. Was Vollmar persönlich seinen Zuhörern vortrug, war ein recht naiver Fortschrittsglaube. Er meinte, wenn erst einmal die Sozialisten die Mehrheit besäßen, würde mit dem Aufbau des Sozialismus stufenweise in den Kommunen, Provinzen und Staaten begonnen werden können. Er entwarf leuchtende Bilder der Zukunftsgesellschaft, in der die Frauen emanzipiert, alle Menschen gebildet und zu geistiger Arbeit fähig seien, wo allgemeine Glückseligkeit als Selbstverständlichkeit erschien. Wirtschaftliche Krisen, so argumentierte er, würden dort unbekannt sein, weil durch wissenschaftliche Untersuchung und Planung Konsum und Produktion aufeinander abgestimmt würden. Wiewohl er zur Beurteilung der Fehler der herrschenden Klasse die Maßstäbe der christlichen Individualmoral verwandte, verkündete er für den Zukunftsstaat, daß mit dem heranbrechenden neuen Äon der Menschheit an die Stelle des auf unklaren Naturvorstellungen beruhenden religiösen Aberglaubens das Licht der Naturwissenschaft treten werde.

Seine Tätigkeit als Redakteur in Dresden endigte mit einer zehnmonatigen Haftstrafe. Während er im Zwickauer Gefängnis saß, wurde das Sozialisten-

¹⁾ Vgl. „Festschrift zum sozialdemokratischen Parteitag zu Dresden 1903“.

²⁾ Bestände des „Dresdener Volksboten“ bzw. der „Dresdener Volkszeitung“ lassen sich nicht mehr ermitteln. Auch Kampffmeyers Buch gibt nichts über den Inhalt von Zeitungen an. Um so wichtiger sind die zahlreichen Entwürfe von Propagandareden Vollmars, die sich im Vollmar-Nachlaß in Amsterdam befinden.

³⁾ Über den Einfluß Dührings auf Bebel und Bernstein sowie über die Bedeutung des „Anti-dühring“ von Engels für die Verbreitung der Gedanken von Marx vgl. Gay, „Das Dilemma des demokratischen Sozialismus“, S. 107.

gesetz verkündet und der „Dresdener Volksbote“ mußte sein Erscheinen einstellen. Zugleich setzte eine Wirtschaftskrise ein und erhöhte die katastrophalen Folgen dieses Gesetzes für die Arbeiterbewegung. Doch alles das berührte jetzt Vollmar nur indirekt; schwerwiegender wurden für ihn einige persönliche Schicksalsschläge¹⁾. Die lange Haftzeit hatte seine Gesundheit wieder untergraben. Als „Vorbesterfter“ wurde er dazu noch sofort nach seiner Haftentlassung aus Dresden und bald aus dem übrigen Sachsen ausgewiesen²⁾. Außerdem war inzwischen seine erst im Frühjahr 1878 überstürzt geschlossene Ehe mit der Komödiantin Luise Busch-Nißl durch einen von Frau und Schwiegermutter veranlaßten Skandal zerbrochen. Die Verbindung mit dieser Frau war wohl auch eine Frucht seiner Neuorientierung nach der Übersiedlung nach Sachsen gewesen. Um sie jetzt in aller Stille schnell loszuwerden, gab ihr Vollmar 1000 Mark und übernahm einen Teil der nicht unbeträchtlichen Schulden unter der Bedingung, daß seine Frau den Namen Vollmar nicht auf der Bühne trage³⁾.

Durch Krankheit, Verlust der Arbeitsstelle und Scheidung war Vollmar selbst in eine überaus trostlose finanzielle Lage gekommen. In höchster Not wandte er sich noch einmal an Adolf Kröber. Dieser gab ihm den wohlgemeinten Ratsschlag, sich endlich von der Politik zurückzuziehen, weil es vergeblich sei, dem deutschen Volk den Sinn für Freiheit beizubringen⁴⁾. Eine Stelle als Redakteur bei der demokratischen Presse konnte er ihm jedoch nicht verschaffen, weil die „Frankfurter Zeitung“ sich sogar scheute, den vorbestraften Sozialdemokraten auch nur als Korrektor zu beschäftigen, während in München die Polizei und die Umtriebe der Verwandten Vollmars seine Beschäftigung an der „Süddeutschen Post“ nicht zugeben würden⁵⁾. Unter der Bedingung, daß er sich jeglicher politischer Agitation enthalte, bot ihm Kröber eine Anstellung auf einem seiner Sägewerke an⁶⁾.

Die Partei hatte ihm zunächst weder Hilfe noch eine Anstellung in Aussicht stellen können. Das Sozialistengesetz zerstörte nämlich nicht nur die gesamte Parteiorganisation, sondern lähmte auch die Entschlußkraft der Parteileitung, die nun ganz von der Reichstagsfraktion ausgeübt wurde. Die Initiative zur Gründung illegaler Blätter im Ausland, die Ansatzpunkte zur Bildung einer Untergrundorganisation in Deutschland hätten werden können, ging ohne Fühlungnahme mit der Reichstagsfraktion von Einzelpersonen aus. In Brüssel gründete Carl Hirsch die „Laterne“; in London gab Johann Most die „Freiheit“ heraus. Die Zeitung von Most fand eine verhältnismäßig große Verbreitung.

¹⁾ Vgl. Bebel an Vollmar, zit. bei A. Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. III, S. 28 ff.

²⁾ Vgl. Kampffmeyer, a.a.O., S. 20 ff. Kampffmeyer berichtet aus der Personalakte des Berliner Polizeipräsidioms.

³⁾ Vertrag mit notarieller Beglaubigung vom 26. April 1879 (V.A.).

⁴⁾ Kröber an Vollmar, 2. Januar 1879 (V.A.).

⁵⁾ Kröber an Vollmar, 2. Mai 1879 (V.A.).

⁶⁾ Kröber an Vollmar, 18. Juli 1879 (V.A.).

Most selbst wandte sich von der bisherigen Taktik ab und begann, eine anarchistische Propaganda der Tat zu seiner Forderung zu machen¹⁾. Zur gleichen Zeit etwa erschien in Zürich das „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, dessen Herausgeber unter dem Pseudonym Ludwig Richter der selbstlose Gefühlssozialist Carl Höchberg — der Sohn eines Frankfurter Bankiers — war. In einem Artikel dieses Jahrbuches wurden die Sozialdemokraten zur Besinnung und zur Abkehr von der Politik der allzu scharfen Opposition gemahnt. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in den Reihen der deutschen Parteigenossen gegen diesen Aufsatz. Marx und Engels protestierten nachdrücklich bei Bebel²⁾. Als nun verlautete, daß in Zürich eine parteiamtliche Wochenschrift gegründet werden solle und Vollmar als Kandidat für die Redakteurstelle genannt wurde, hatten die beiden in London sofort größte Bedenken. Sie verkannten dabei völlig den Idealisten Höchberg, der auch zu diesem Zweck große Summen seines Vermögens beisteuern wollte, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Parteimeinung zu beeinflussen³⁾. Zugleich richtete sich das Mißtrauen von Marx und Engels gegen Vollmar, den sie für eine Kreatur Höchbergs hielten. Bebel beteuerte zwar in einem Brief an Engels, Vollmar sei eher zu radikal als zu nachgiebig, doch konnte er damit nicht dessen vorgefaßte Meinung ändern. Marx und Engels verblieben in abwartender Zurückhaltung gegenüber dem „Socialdemokrat“, wie die Zeitung genannt werden sollte⁴⁾.

Daß Vollmar dennoch die Redakteurstelle erhielt, hatte er nahezu ausschließlich Bebel zu verdanken, der bei Liebknecht starke Widerstände zu überwinden hatte. Ehe Vollmar im Spätsommer des Jahres 1879 nach Zürich ging, suchte er deshalb auf der Rückreise von einem Kuraufenthalt in Böhmen Bebel in Leipzig auf und besprach gleichzeitig auch mit Liebknecht die Gestaltung des neuen Blattes⁵⁾. Der Posten, auf den er berufen worden war, legte ihm weit mehr Verantwortlichkeit auf als die Redakteurtätigkeit in Dresden. Damit das „Zentralorgan der Sozialdemokratie deutscher Zunge“, wie der „Socialdemokrat“ im Untertitel hieß, nicht ein so wilder Sprößling werde wie die „Freiheit“ von Most, mußte sich Vollmar große Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit als Schriftleiter gefallen lassen. Redaktionskommission, Zeitungseigentümer und Verwaltungskommission sollten ihn überwachen⁶⁾. Die Praxis zeigte jedoch bald, daß dem alleinigen Träger der Gesamtverantwortung für Aufbau und Organisation der Schriftleitung und des Vertriebes mehr Spielraum gelassen werden

¹⁾ Vgl. Lebenserinnerungen Bebels und Bernsteins.

²⁾ Vgl. Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. III, S. 58 ff.; Bernstein, „Sozialdemokratische Lehrjahre“, S. 17 ff.

³⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 22.

⁴⁾ Vgl. Adoratski, Einleitung, S. 185 ff.; Bebel an Engels 20. August 1879, ebd. S. 206; ferner vgl. Bebel, „Aus meinem Leben“, III., S. 75.

⁵⁾ Vgl. Bebel an Vollmar, 16. August 1879 (B.A.). Vollmar saß gleichzeitig in Sachsen noch eine kürzere Haftstrafe ab. Vgl. Bebel an Vollmar 27. Juli 1879 (B.A.).

⁶⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 22.

mußte. Zudem bemühte sich Vollmar, den Argwohn der einflußreichen Gegner in London zu beseitigen. Bereits im Oktober 1879, als gerade die dritte Nummer der Zeitung erschienen war, wandte er sich brieflich an Engels. Wie ein Schüljunge vor seinem Lehrer suchte sich Vollmar vor dem Altmeister zu rechtfertigen und wies jede Verbindung mit dem beanstandeten Artikel im Jahrbuch Höchbergs weit von sich. Als Selbstverständlichkeit sah er an, daß die Arbeiterklasse der „Kern unseres Heeres“ sein müsse, während in dem Aufsatz das Hauptgewicht auf die Gewinnung der Bildungsschichten gelegt worden war. Abschließend bat er Engels, für den „Socialdemokrat“ einen Entgegnungsartikel zu schreiben¹⁾. Soweit feststellbar ist, blieb Vollmar jedoch ohne Antwort.

Inwiefern aber hatte nun Engels recht, wenn er den Vorwurf erhob, Vollmar gebe dem Blatt eine unausgeglichene, diskontinuierliche Haltung²⁾? Zunächst einmal war Vollmar *Radikaler*. Bebel selbst hatte ihn zu Beginn aufgefordert, mit Schärfe und Entschiedenheit vorzugehen, weil die Genossen in Deutschland durch die Maßnahmen der Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft maßlos erbittert seien³⁾. Ein weiterer Ansporn zum Radikalismus war die Preßfehde, die bald zwischen dem „Socialdemokrat“ und der „Freiheit“ entstand. Neben die Grundsatzfragen trat dabei einmal der Wettstreit um die Gunst der Abonnenten, weil die Vertrauensleute in Deutschland nach Zürich berichteten, daß die Vergrößerung der Bezieherzahl durch die über Erwarten weite Verbreitung der „Freiheit“ gehemmt werde⁴⁾. Sodann war auch ein persönliches Moment in dieser Polemik, denn Most und Vollmar waren in Sachsen befreundet gewesen und noch 1879 hatte der Anarchist versucht, Vollmar nach seiner Haftentlassung zu sich hinüberzuziehen⁵⁾. Die Verunglimpfung führender Sozialdemokraten in der „Freiheit“ tat ein übriges. Es konnte somit nicht ausbleiben, daß Vollmar bald selbst in den „Ton à la Hans (Most)“ verfiel⁶⁾ und mitunter Ansichten im „Socialdemokrat“ laut werden ließ, die dem Anarchismus nahekamen. So sah Vollmar im Parlament nur ein Betätigungsfeld für die ungehemmte politische Propaganda. In der Notlage, die das Ausnahmegesetz über die Partei gebracht hatte, könne sich dort der Klassenkampf am offensichtlichsten entfalten. Dem Parlament als staatsrechtlicher Institution wollte er keinerlei Wert beimessen. Die elementare Verachtung des Reichstages sprach aus einem Artikel, den er aus Anlaß von dessen Eröffnung im Februar 1880 schrieb: „Am 12. ds., dem Tag nach Aschermittwoch, wo bei vernünftigen Leuten der physische und moralische Katzenjammer über

¹⁾ Vollmar an Engels, 23. Oktober 1879 (L/IX/138/9. Engels Archiv.).

²⁾ Vgl. Adoratski, Einleitung, S. 185 ff.; Engels an Bernstein 2. Februar 1881 in „Die Briefe von F. Engels an Eduard Bernstein“.

³⁾ Bebel an Vollmar, 30. November 1879 (B.A.).

⁴⁾ Zahlreiche Berichte im V.A.

⁵⁾ Most an Vollmar, 16. November und 5. November 1879. Most bot Vollmar sogar eine Stelle an der „Freiheit“ an (V.A.).

⁶⁾ Bebel an Vollmar, 5. Januar 1880 (B.A.).

die verübten Narreteien bereits in seine Rechte getreten ist, hat der biedere Majordomus von Varzin unter obligatorischem Kopfnicken seines Merowingers das Reichspuppetheater in der Leipziger Straße Nr. 4 wieder aufgetan. Die Farce hat bereits ihren Anfang genommen¹⁾.“ Vollmar erwartete statt dessen den Sieg des Sozialismus von der *Revolution*, die stets in der Geschichte das Werk einer *Minderheit* gewesen sei. Die Sozialdemokratie mußte sich seiner Ansicht nach mit diesem Gedanken vertraut machen und in sich die Illusion zerstören, als ob sie die Mehrheit auch der ländlichen Bevölkerung in absehbarer Zeit gewinnen und organisieren könne. Dazu war seiner Meinung nach Unterricht auf naturwissenschaftlich-darwinistischer Basis notwendig, der aber auch erst nach längerer Zeit die alten Vorurteile beseitigen könne. Im Besitze der Macht könne sich dagegen die revolutionäre Minderheit viel leichter und schneller zur Mehrheit erweitern. Die Industriearbeiterschaft würde dann von sich aus die Neugestaltung der Produktionsverhältnisse in Angriff nehmen und Produktivgenossenschaften bilden. Auf dem Lande müßten dagegen den Bauern erst auf dem verstaatlichten Grundbesitz von Kirchen, Fürsten und Fideikommissen vorgeführt werden, wieviel Vorteile es biete, „gutsituierter Bearbeiter von Staatseigentum“ zu sein, als nur ein kümmerlich dahinvegetierender Selbstwirtschafter. Für solch ein durch die Minderheitenrevolution entstandenes sozialistisches Regime könne es jedoch den Selbstmord bedeuten, wenn man durch vorzeitige allgemeine Wahlen mit unsicherem Ausgang wieder die Reformen gefährde, die nur unter konstanter sozialistischer Führung gedeihen könnten. „Vielmehr dürfte man selbstlosen Parteiführern, wie wir heute deren besitzen und auch dann besitzen werden, getrost auf die erste Zeit die *Diktatur* anvertrauen.“ Gegen die Gegenrevolution hätte sich das sozialistische Gemeinwesen durch eine revolutionäre Armee zu schützen²⁾.

Eine besonders heftige Sprache führte der ehemalige päpstliche Offizier in seiner Zeitung an den christlichen Festtagen. Wild wütete er dann gegen Religion und Gottesglauben, weil das Christentum, die „angebliche Religion der Liebe“, den Menschen weder Erlösung noch Wohlgefallen gebracht habe³⁾. Vollmar hingegen predigte bei solchen Gelegenheiten den Haß gegen die Ungerechtigkeiten der bestehenden Gesellschaftsordnung. „Unsere Feinde tun wohl, wenn sie uns zu verderben trachten, denn als Sieger werden auch wir sie nicht nur zerschmettern, sondern sie vernichten und nicht eher ruhen, bis auch das letzte Atom des staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Herrschertums im Winde zerstoßen ist und nur mehr der fluchwürdige Name an die alte Schande und das alte Elend erinnert. Dann werden auch wir unser Weihnachten haben, dann wird die Welt ihre herrliche Zeit- und Jahreswende feiern⁴⁾.“

¹⁾ Socialdemokrat Nr. 8, 22. Februar 1880.

²⁾ „Was thun?“ Socialdemokrat Nr. 10; 11; 13 vom 7., 14. und 28. Februar 1880.

³⁾ Socialdemokrat Nr. 52, 26. Dezember 1880.

⁴⁾ Socialdemokrat Nr. 1, 4. Januar 1880.

Nach solchen Artikeln erhoben die gemäßigten Vertreter der Sozialdemokratie ihre Stimmen zum Protest. Der Kammergerichtsreferendar a. D. Louis Viereck machte sich zu ihrem Sprecher, als er sich an Höchberg wandte, der Mitglied der Verwaltungskommission war, und ihn fragte, ob sich solche Auswüchse für die Zukunft nicht vermeiden ließen. Höchberg selber berichtete an Vollmar sehr zurückhaltend über diese Beschwerden und mahnte zur Besonnenheit¹⁾. Auch Bebel hatte gegenüber einer solchen Ausdrucksweise seine Bedenken. Freilich wollte er sich nicht auf den Standpunkt Vierecks stellen, aber er gab Vollmar zu verstehen, daß derartige Artikel allzu leicht die Genossen, die das Blatt in Deutschland zu verteilen hätten, in unnütze Gefahren bringen könnten²⁾.

Engels' erwähnte Vorwürfe trafen jedoch Vollmar insofern, als diese revolutionäre Entschlossenheit nicht das Ergebnis nüchterner Überlegung oder gar ideologischer Festigkeit war, sondern eines *emotionalen Affektes*. Selbst in einem der heftigsten Artikel klang ein Unterton der Klage darüber mit, daß Gewaltmaßnahmen notwendig würden. „Heute ist von unseren Feinden die letzte Möglichkeit der friedlichen Geltendmachung unserer Rechte hinweggenommen und der Weg der gewaltsamen Ausfechtung des zwischen der alten Welt der Klassenherrschaft und der neuen Welt des Sozialismus auszufechtenden Streites betreten³⁾.“ Noch klarer trat das in einer Stellungnahme zur Revolution von 1848 hervor. Vollmar behauptete dort, daß damals zwar die politischen Verhältnisse mit Notwendigkeit zu einem Umschwung drängten, jedoch die Möglichkeit bestanden habe, daß die Regierungen die politische Bewegung abfingen und durch rechtzeitige Reformen in friedliche Bahnen lenkten. Weil aber die Regierungen keinerlei Einsicht zeigten, „blieb leider kein Weg als die gewaltsame Revolution⁴⁾.“ Der alte Achtundvierziger Engels war über diesen Artikel besonders empört, weil er glaubte, daß Vollmar die Revolution bejammere⁵⁾. Vollmar druckte im „Socialdemokrat“ auch eine kleine, ganz reformlerisch ausgerichtete Studie „Der isolierte sozialistische Staat“ ab, die er während seiner Zwickauer Haftzeit verfaßt hatte. In der unfreiwilligen Muße war er der Frage nachgegangen, ob sich ein einzelner sozialistischer Staat neben anderen, bürgerlich-kapitalistisch verbliebenen Nachbarstaaten werde behaupten können. Wie in seinen Agitationsreden verfolgte er auch hier die unter den damaligen Sozialisten beliebte Spielerei, sich die Zukunft im sozialistischen Zeitalter auszumalen⁶⁾. Für ihn war es keine Frage, daß dieser Staat wirtschaftlich der Konkurrenz der übrigen Länder gewachsen — wenn nicht sogar überlegen — war. Auf militärischem Gebiet hatte der sozialistische Staat noch weniger Grund zu Befürch-

1) Höchberg an Vollmar, 9. Januar 1880 (V.A.).

2) Bebel an Vollmar, 5. Januar 1880 (B.A.).

3) Socialdemokrat Nr. 2, 12. Oktober 1879.

4) Socialdemokrat Nr. 10, 7. Dezember 1879. Vom Verf. gesperrt.

5) Vgl. Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. III, S. 85—89.

6) Vgl. Bernstein, „Sozialdemokratische Lehrjahre“, S. 90.

tungen, denn er werde das „waffengewaltigste Gemeinwesen“ sein, das je existiert habe, weil die in einem freien Volksheer organisierten Einwohner nicht ein „imaginäres Vaterland“, wohl aber den sozialistischen Staat als den „Inbegriff ihrer freien und glücklichen Existenz“ verteidigen würden. Außerdem würden die Herrschaftskreise der kapitalistischen Länder sich wohl hüten, leichtfertig gegen den sozialistischen Staat einen Krieg zu beginnen, da auch sie genau wüßten, daß die große Mehrheit ihrer Truppen den unterdrückten Klassen entstamme und durch Gefühle der Sympathie mit den Soldaten der sozialistischen Armee verbunden sei¹⁾. Die Errichtung eines sozialistischen Staates sah er nicht mit Notwendigkeit an eine gewaltsame Revolution geknüpft, sondern er war der Ansicht, daß die Entwicklung zum Sozialismus sich auch stufenweise durch Reformen vollziehen könne. Erste Anzeichen dafür, daß die gesellschaftlichen Zustände sich zu ändern begannen, glaubte er darin sehen zu können, daß das Eigentum zusehends mehr unter sozialen Aspekten auch von denen betrachtet werde, die jede Verbindung mit der Sozialdemokratie weit von sich weisen würden. Als Beispiel dafür nannte er die Verhältnisse in der Waldwirtschaft, denen er einige Jahre zuvor, als er noch beschäftigungslos in seiner walddreichen Heimat weilte, eine kleine Studie gewidmet hatte. In dieser ersten Broschüre konnte er sich auf eine Reihe namhafter Forstwissenschaftler berufen, die wie er vor den verhängnisvollen Folgen einer kapitalistischen, auf den Profit bedachten Ausbeutung der Wälder für die gesamte Landeskultur warnten. Um das Land vor schweren Schäden zu bewahren, forderte Vollmar ein strenges Oberaufsichtsrecht des Staates über sämtliche Waldungen, ja die Errichtung eines staatlichen Forstmonopols, weil er es für erwiesen hielt, daß der Staat als Hüter der Gesamtinteressen am ehesten geneigt sei, die Grundsätze wissenschaftlicher Waldpflege zu befolgen²⁾.

Nur selten wagte es Vollmar, den Verlauf der allgemeinen historischen Entwicklung zu charakterisieren und zu begründen. Den wenigen Äußerungen, die er zu diesem Thema verlauten ließ, fehlt die durch Vereinfachung erzielte Wucht des Kommunistischen Manifestes. In dem Aufsatz über den „isolierten sozialistischen Staat“ nannte er die Geschichte einen „Mechanismus zahlreicher ineinander greifender Teile von zwar sehr verschiedener Größe und Bedeutung, die aber alle ihre Funktion haben³⁾“. Den wirtschaftlichen Kräften wollte er dabei die größte Bedeutung zumessen. Im gleichen Jahre wie dieser Aufsatz erschien im „Socialdemokrat“ ein Artikel, in dem im Anschluß an den Späthegeelianer Kuno Fischer der „Volksgeist“ als das die Geschichte vorantreibende Element

¹⁾ „Der isolierte sozialistische Staat“, erstmalig abgedruckt im „Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, 1879.

²⁾ Ebd. S. 61. Die Broschüre hieß „Waldverwüstung und Überschwemmung“, erstmals im „Volksstaat“ abgedruckt. Die notwendige Literatur sah Vollmar in der Bayerischen Staatsbibliothek ein. Kolb gab ihm dabei Hinweise. Vgl. Kolb an Vollmar, 2. August 1876 (V.A.).

³⁾ „Der isolierte sozialistische Staat“, S. 56.

gefeiert wurde. „Alle Großtaten des menschlichen Geistes sind dadurch gekennzeichnet, daß der Volksgeist, mit dem Vorhandenen brechend, die Kraft zu neuem Schaffen aus sich selbst holt¹⁾.“ Allein diese Berufung auf Hegelsche Gedankengänge darf bei Vollmar nur als die Folge einer besonders fesselnden Lektüre gewertet werden. Weit gewichtiger sind hingegen seine Versuche, Revolution und Evolution in einer leichtfaßlichen, auch dem Ungebildeten sofort einleuchtenden Formel zu vereinen. Diese Grundformel findet sich zum ersten Male in dem von Engels bemängelten Aufsatz über die Revolution von 1848, wo Vollmar den Regierenden die damaligen Ereignisse in die Erinnerung rufen wollte und ihnen dann zuwarf: „Das einzige, was in eurer Macht steht, ist die Wahl, auf welche Weise die Umwandlung der alten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in die neue sich vollziehen soll: Ob sie den Charakter einer ruhigen, allmählichen Entwicklung tragen oder ob die soziale Revolution gewaltsam hereinbrechen soll mit wild wehendem Lockenhaar und ehernen Sandalen an den Füßen²⁾!“ Ohne Dialektik und sonderliche philosophische Umschweife erscheint die Geschichte als ein determinierter, unaufhaltsam fortschreitender Prozeß, der höchstens in Katastrophen führt, wenn Menschen glauben, sich diesem Fortschritt entgegenstemmen zu können. In den folgenden Jahren hat Vollmar wiederholt nach dieser ideologischen Faustregel die jeweilige politische Lage zu beurteilen versucht und nach diesem Urteil seine politische Haltung bestimmt.

Ein Beispiel dafür bietet schon seine Stellungnahme auf dem ersten Kongreß der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz. Die organisatorische Vorbereitung dieses Parteitages fiel in den Aufgabenbereich Vollmars. Auf dem Schloß Wyden, wo sich die deutschen Sozialdemokraten im Sommer 1880 versammelten, sollten die Zwistigkeiten mit den Anarchisten besprochen und die Haltung der Partei in Deutschland überprüft werden. Vollmar lehnte es zwar ab, die persönlichen Auseinandersetzungen mit Most zur Sprache zu bringen, forderte aber den Parteitag auf, den „Narren Most“ aus der Partei auszuschließen³⁾. Weiten Widerhall über die Kreise der Sozialisten hinaus fand der Beschluß des Kongresses, aus der Forderung des Gothaer Programmes von 1875, die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben, das Wort „gesetzlich“ zu streichen. Daß Vollmar diesen Antrag zunächst nicht unterstützte, war nicht die Folge einer opportunistischen Abweichung, sondern weil er sich nach seiner Faustregel richtete, hielt er die Partei für stark genug, den Kampf mit „geistigen Mitteln“ auszufechten. Der „gesetzliche Weg“, so war aber seine Meinung, konnte jedoch von einer revolu-

¹⁾ Socialdemokrat Nr. 9, 30. November 1879.

²⁾ Socialdemokrat Nr. 10, 7. Dezember 1879.

³⁾ Prot. Wyden 1880, S. 41. Das Internationale Institut für Sozialgeschichte besitzt ein von Vollmar kommentiertes Exemplar des Protokolls, in dem die sonst anonymen Redner namentlich erwähnt sind.

tionären Partei nur so verstanden werden, daß sie notgedrungen auch bereit sein müsse, gewaltsame Mittel für die Erreichung ihres Zieles zu verwenden¹⁾).

Gegen Ende des Jahres 1880 war Vollmar stärker als je zuvor davon überzeugt, daß die herrschenden Gewalten in Deutschland auf eine blutige Lösung der sozialen Spannung hindrängten. In Wyden war auf sein Betreiben die Gründung einer Parteiorganisation für die im Ausland lebenden deutschen Sozialdemokraten beschlossen worden²⁾). Damit sollte die durch die Initiative Vollmars bereits in der Schweiz bestehende Vereinigung deutscher Sozialdemokraten auf die anderen Länder ausgeweitet werden. Als „Leiter der Auswärtigen Verkehrsstelle“ erließ er einen mit „Walther“ gezeichneten Aufruf „an die deutschen Sozialisten und sozialistischen Vereine im Ausland“, in dem er die Beschlüsse des Parteitages in scharfen Worten mitteilte. „Unsere Gegner“, so hieß es dann wörtlich, „. . . sind verblendet genug, jede Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung radikal auszuschließen und dadurch die Dinge notwendig und unausbleiblich einem gewaltsamen Ende entgegenzutreiben. Die heutigen politischen und wirtschaftlichen Herrscher Deutschlands wollen keine Unterhandlung, keine Verständigung, sondern den Krieg, den Vernichtungskampf. *Gut, wenn sie ihn wollen, sollen sie ihn haben, und voll und ganz haben.* — Die Verantwortung auf ihre Häupter³⁾.“ Nunmehr reihte sich auch Bebel in die Schar der Kritiker Vollmars ein. Er war aber zurückhaltender als Liebknecht und andere führende Genossen, die nun am liebsten sofort Vollmar abgesetzt hätten, weil sie sein „diktatorisches Auftreten“ nicht länger dulden wollten. Jedoch auch Bebel mißbilligte nicht nur die „Anwendung höchst unästhetischer Bilder und derber Schimpfworte“ und den „ungeschlachten Ton“ des „Socialdemokrat“, sondern warf Vollmar auch vor, das Blatt wirke zerrissen, uneinheitlich und ohne jede „höhere Auffassung“ der gesamten politischen Entwicklung⁴⁾). Aus diesem Brief konnte der Bayer erschließen, daß auch Bebel, der bisher seine einzige Stütze an führender Stelle gewesen war, nicht mehr als sein Gönner betrachtet werden konnte. Seit Oktober 1880 trug er sich deshalb mit Rücktrittsgedanken und kündigte seine Stellung zum 1. Januar 1881 unter dem Vorwand, daß er in der „Freiheit“ von Most als Redakteur des „Socialdemokrat“ den deutschen Behörden denunziert worden sei. Mit Rücksicht auf seine Mutter wolle er jedoch nicht Gefahr laufen, durch seine Betätigung in der Leitung eines verbotenen Blattes die Invalidenpension zu gefährden⁵⁾). Dieser Grund war natürlich recht fadenscheinig, da mit Sicherheit angenommen werden konnte, daß durch die zahlreichen Polizeispitzel die

¹⁾ Ebd. S. 28.

²⁾ Ebd. S. 23. Vgl. ferner Bernstein, „Lehrjahre“, S. 28.

³⁾ Aufruf vom 14. September 1880 (V.A.).

⁴⁾ Bebel an Vollmar, 21. September 1880 (B.A.).

⁵⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 27; Bebel an Vollmar, 4. November 1880 (B.A.); Bebel, „Aus meinem Leben“, Bd. III, S. 162.

deutschen Behörden längst Kenntnis von seiner illegalen Tätigkeit hatten¹⁾. Aus einem Brief an seine Braut, den er einige Jahre später schrieb, kann man ersehen, daß es der Wille zur Unabhängigkeit war, der den Ausschlag gab²⁾. Vollmar hatte also in der Stellung als Chefredakteur vornehmlich nur ein Mittel gesehen, um aus einem finanziellen Debakel herauszukommen.

3. Sozialistische Wanderjahre

Bei seiner ersten Teilnahme an einem Kongreß der deutschen Sozialdemokratie hatte sich Vollmar dafür eingesetzt, daß die deutsche Partei Beziehungen zu ausländischen Bruderparteien anknüpfe, um dadurch die internationale Solidarität des kämpfenden Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Das war zu einer Zeit, als es nach dem kläglichen Ende der Internationalen Arbeiterassoziation keine übernationale Organisation der Sozialisten mehr gab³⁾. Während seines Aufenthaltes in Zürich kam Vollmar zum ersten Male mit Sozialisten verschiedener Länder zusammen. In Zürich gab es sogar noch eine Restorganisation der ersten Internationale, durch die die einzelnen dortigen Emigrantengruppen miteinander in Verbindung standen. Allein die Furcht vor den zahlreichen Polizeispiionen und die schon in der ersten Internationale vorhandenen gegensätzlichen Auffassungen legten der allgemeinen Brüderlichkeit gewisse Schranken auf⁴⁾.

Als Vollmar sofort nach der Aufgabe seiner Stellung in der Schweiz nach Paris ging, setzte er dort nicht nur sein in Zürich begonnenes Studium der Volkswirtschaft und der Rechtswissenschaft fort⁵⁾, sondern nahm auch hier bald Beziehungen zu den Sozialisten der verschiedenen Nationalitätengruppen auf und wurde in deren Streitigkeiten hineingezogen. Interessant ist es dabei, wie er sich im Urteil über die französischen sozialistischen Gruppen nicht von ideologischen Rücksichten bestimmen ließ, sondern sie nach ihrem praktischen politischen Verhalten einschätzte. In einem vom „Socialdemokrat“ veröffentlichten Artikel⁶⁾ galten Vollmars Sympathien den französischen Sozialisten der possibilistischen Richtung um Malon, die sich größtenteils aus Arbeitern zusammensetzte. Der marxistischen Richtung, die von Guesde und Lafargue, dem Schwiegersohn von Karl Marx, geleitet wurde, stand er mit Abneigung gegenüber. Vollmar glaubte nämlich, daß deren Anhänger, die zum größten Teil dem Quartier Latin, den Schichten des „Berufspolitiker- und Journalistentums“

1) Spitzelberichte bei Kampffmeyer, a.a.O., S. 27 f.

2) Vollmar an Julia Kjellberg, 13. Januar 1885 (V.A.).

3) Prot. Gotha 1877, S. 88.

4) Vgl. Bernstein, „Lehrjahre“, S. 104.

5) Vgl. Saenger, a.a.O., S. 278. — Vollmar studierte an der Ecole de Droit.

6) „Zur Spaltung der französischen Partei“, in „Socialdemokrat“ Nr. 46, 16. November 1882.

entstammten, viel zu individualistisch und vom Wert der eigenen Gedanken überzeugt seien, als daß sie Führer einer großen politischen Bewegung werden könnten¹⁾.

Näher als die Franzosen standen ihm die Slawen. Damals scheint eine gewisse Gemeinsamkeit des politischen Empfindens russische, polnische und deutsche Sozialisten verbunden zu haben, weil sie alle unter der Bedrohung durch ihre Verfolger standen und mit neidvollen Augen auf die politischen Verhältnisse in Westeuropa blickten²⁾. Schon durch seine Tätigkeit als Redakteur war Vollmar viel mit osteuropäischen Sozialisten zusammengekommen, und der fremdartige Eindruck einer russischen Studentin, mit der er in Zürich gemeinsam die Universitätsvorlesungen besuchte, hatte den Parteiphilistern reichen Stoff zum Klatsch gegeben³⁾. Als in Paris die französische Polizei den greisen russischen sozialistischen Polyhistor Peter Lawroff auswies, machte sich Vollmar zum Sprecher all der Sozialisten, die von ihm auf dem Bahnhof Abschied nehmen wollten⁴⁾. Sehr enge Beziehungen knüpfte der Bayer bald zu zwei Emigrantinnen. Die Polin Marie Jankowska lernte er durch ihren späteren Mann Stanislaw Mendelson kennen, mit dem er bereits als Redakteur korrespondiert hatte. Noch als Reichstagsabgeordneter plante er — von der Jankowska inspiriert — zum Ärger und Verdruß der deutschen Sozialdemokraten einen Handstreich gegen das Zuchthaus Plötzensee, um einige Mitkämpfer der Polin, darunter auch Mendelson, die bei politischen Umtrieben in der Provinz Posen verhaftet worden waren, zu befreien⁵⁾. Erst gegen Ende seines Daueraufenthaltes in Paris kam Vollmar mit der bekannten Mathematikerin und Romanschriftstellerin Sonja Kowalewska in Berührung. Als ihr Briefwechsel begann, hatten sie sich erst wenig Male gesehen. Die Gelehrte betrachtete sich zwar schon als Sozialistin oder Nihilistin, wurde aber erst durch die Begegnung mit dem Bayern veranlaßt, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen⁶⁾. Unverkennbar sprach aus den Briefen der klugen Frau, der Vollmar auch seine politischen Aufsätze zur Begutachtung vorlegte, eine weit über die sachlichen Interessen hinausreichende Sympathie für den verkrüppelten Hünen, der sich schnell einen Zugang zu Frauenherzen öffnen konnte. Wenngleich Vollmars Briefe an die Kowalewska noch nicht zugänglich sind, kann man doch aus den besorgten Briefen seiner Mutter erschließen, daß er unter dem Eindruck dieser Frau ernsthaft erwog, sich dauernd in Paris nieder-

¹⁾ Engels hingegen hegte eine ganz andere Meinung. Vgl. „Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein“, S. 41.

²⁾ Stanislaw Mendelson an Vollmar, 7. September 1880 (V.A.).

³⁾ Gutschmann an Motteler, 6. Juli 1880 (Motteler Nachlaß).

⁴⁾ Sozialdemokrat Nr. 8, 11. Februar 1882.

⁵⁾ Motteler an Vollmar, 5./6. Oktober 1882 (V.A.).

⁶⁾ Kowalewska an Vollmar, 4. Mai 1882 (V.A.). — Werner Blumenberg, Amsterdam, bereitet die Herausgabe des Briefwechsels Kowalewska-Vollmar vor. — Die Briefe werden ausführlich zitiert bei Kampffmeyer, a.a.O., S. 30 ff.

zulassen¹⁾). Allein die Russin wurde gegen Ende des Jahres 1882 wieder Herr ihrer seelischen Erregung. Bis zu ihrem frühen Tod blieb sie aber Vollmar in Freundschaft verbunden²⁾).

Von Paris ging der Bayer zunächst zurück nach Zürich. Dann aber begann für ihn eine Zeit dauernden Umherreisens. Der Gelähmte, der sich nur in einem Rollwägelchen fortbewegen konnte, tauchte in Winterthur, Basel, Schaffhausen, Lüttich, Verviers und Gent auf, wo er stets mit „gewohnter Rücksichtslosigkeit und Energie“ sprach³⁾). Im Spätherbst 1881 hatten ihn die sächsischen Sozialdemokraten für den 15. sächsischen Wahlkreis Mittweida als Kandidaten für die Reichstagswahlen aufgestellt. Aus Furcht vor Strafverfolgung konnte er sich aber nicht nach Deutschland wagen. Bebel und der frühere Lassalleaner Hasenclever hielten daher die Wahlreden, und ohne sein eigenes Zutun wurde Vollmar auch gewählt⁴⁾). Trotzdem wagte er sich nur während der Session des Reichstages auf deutschen Boden. Als im Sommer 1882 in der Sozialdemokratie erörtert wurde, ob die Partei in eine günstigere Position komme, wenn das ablaufende Sozialistengesetz nicht verlängert werden sollte, knüpfte Vollmar in einer Aufsatzreihe an diese Diskussionen an⁵⁾). Er glaubte, daß die Rückkehr zur normalen Gesetzlichkeit der Partei keine Vorteile bringen werde, weil er sich selbst in einer Stimmung befand, die keinen Brückenschlag zwischen Regierung und Sozialdemokratie mehr zuließ. „Nicht die Gesetze regeln die Machtverhältnisse, sondern sie sind lediglich als der in die Rechtsform gebrachte Ausdruck jener zu betrachten.“ Wenn die herrschenden Klassen das Ausnahmegesetz fallen ließen, so würde an seine Stelle eine Verschärfung der allgemeinen Gesetzgebung treten. Vollmar fürchtete jedoch, dadurch könnten im allgemeinen Bewußtsein die klaren Fronten verwischt werden, und die Partei ginge ihres wichtigsten Propagandamittels verlustig. „Wer heute in den Bannkreis der Sozialdemokratie tritt, der ist ihr verfallen. Gesetz und Polizei, Haß und Vorurteil, Regierung und Bourgeoisie zwingen ihn, Sozialdemokrat zu bleiben und es immer mehr zu werden.“ In den französischen Verhältnissen sah er ein warnendes Beispiel. Weil dort von Napoleon III. sozialistische und linksbürgerliche Bestrebungen in gleicher Weise unterdrückt worden waren, hatten sich nach der Meinung Vollmars Gefühle der Sympathie zwischen Linksliberalen und Sozialisten gebildet, wodurch letztere den wahren Klasseninstinkt verloren hätten. „Unser Ruf muß daher nicht lauten: Nieder mit dem infamen Ausnahmegesetz, sondern: Nieder mit der infamen gesellschaftlichen und staatli-

¹⁾ Briefe der Mutter Vollmar an ihren Sohn, 28. Januar 1882; 4. Februar 1882; 3. März 1882 (V.A.).

²⁾ Kowalewska an Vollmar, 18. September 1882 (V.A.). — Vgl. Vollmars Aufsatz „Sonja Kowalewski“, NZ IX, 1, 1891.

³⁾ Sozialdemokrat Nr. 29, 3. August 1882.

⁴⁾ Sozialdemokrat Nr. 44, 27. Oktober 1881. — Vgl. Kampffmeyer, a.a.O., S. 27.

⁵⁾ „Aufhebung des Ausnahmegesetzes?“ zunächst in „Sozialdemokrat“ Nr. 34 ff., 17. August 1882, dann als Sonderdruck „Aufhebung des Sozialistengesetzes?“ von Surtur, Zürich 1882.

chen Ordnung. . . Der Sozialismus ist heute in der Tat keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die gelöst werden kann.“ Hatte Vollmar früher noch zur revolutionären Entwicklung die Alternative einer friedlichen Lösung durch die Einsicht der herrschenden Klassen für möglich gehalten, so ließ er darüber nunmehr nichts verlauten. Allerdings kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich hinter dem übersteigerten Pathos des Wagnerverehrerers Vollmar nur Theaterdonner verbirgt¹⁾.

Sonja Kowalewska bestätigte ihm, daß er erfolgreich bei den russischen Nihilisten in die Schule gegangen sei, deren Devise lautete: „Je schlimmer, je besser²⁾!“ Engels urteilte zunächst sehr positiv über diese Aufsätze im „Socialdemokrat“. Er hielt Bebel für den Verfasser und war sehr erfreut, als er hörte, daß Vollmar sich so „herausgemacht“ habe³⁾. Bebel war hingegen mit dem Urteil von Engels gar nicht einverstanden. Er befand sich im taktischen Tageskampf, kannte die politische Lage in Deutschland und fürchtete, von einem Aufsatz im Zentralorgan, der zur offenen Feldschlacht aufforderte, könnte sich die Polizei zu neuen Unterdrückungsmaßnahmen veranlaßt sehen. Den Straßenkampf hielt er für eine Idee, die nur dem Hirn eines emigrierten Literaten entspringen konnte, der von den tatsächlichen Machtverhältnissen im Bismarckreich keine rechte Vorstellung besaß⁴⁾. Auf den Protest Bebels hin überprüfte Engels noch einmal die Aufsätze und schränkte dann seine Zustimmung ein. Er hielt sie aber auch jetzt noch nicht für zu scharf — wie Bebel es tat —, sondern verurteilte lediglich die „französischen Einflüsse“, die er u. a. in der „Phrase von der einzigen reaktionären Masse“ zu erkennen glaubte. „In der Wirklichkeit fängt umgekehrt . . . die Revolution damit an, daß die große Mehrzahl des Volkes und auch der offiziellen Parteien gegen die Regierung sich scharen.“ Erst später konnte es dann nach der Auffassung von Engels zur großen Entscheidungsschlacht zwischen den Sozialisten und der Gesamtheit ihrer Gegner kommen. Engels hielt die erregte Antwort Bebels auf diese Artikel im „Socialdemokrat“ für unangemessen und sprach auch noch nach dem Briefwechsel mit dem Parteiführer davon, daß Vollmars Gedanken „viel Brauchbares“ enthielten⁵⁾.

Ein Argument, das Bebel gegen Vollmar erhob, war der Vorwurf, der Bayer würde sich wohl gehütet haben, mit solch radikalen Worten von der Tribüne des Reichstages zu sprechen. Tatsächlich war seine Redeweise maßvoller gewesen, als er im Mai 1882, ein gutes halbes Jahr nach seiner Wahl, zum ersten

¹⁾ Vgl. Kampffmeyer, a.a.O., S. 10.

²⁾ Kowalewska an Vollmar, 9. Oktober 1882 (V.A.).

³⁾ Vgl. „Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein“, S. 81. Engels an Bernstein, 22. September 1882; 2./3. November 1882. — Adoratski, S. 273; Engels an Bebel, 23. September 1882.

⁴⁾ Adoratski, S. 278, Bebel an Engels. — Vgl. A. Bebel: „Aufhebung des Sozialistengesetzes“, in „Socialdemokrat“ Nr. 42, 12. Oktober 1882.

⁵⁾ Adoratski, S. 274, Engels an Bebel, 28. Oktober 1882.

Male vor dem Parlament gesprochen hatte. Aus einer Stellungnahme gegen das von Bismarck geplante staatliche Tabakmonopol entwickelte er eine klar aufgebaute Propagandarede für die Sozialdemokratie¹⁾. Die Gesetzesvorlage veranlaßte ihn, zunächst einige Gedanken über die Grundlagen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung zu sagen. Danach war das Monopol dazu geeignet, sozialistisches Gedankengut in die breite Öffentlichkeit zu tragen, weil dadurch der Gesellschaft wieder Verfügungsgewalt über die ihr entfremdeten Produktionsmittel verschafft wurde. Für die Verteidiger eines starren Eigentumsbegriffes mußte es destruktiv wirken. „Sie kommen damit auf die schiefe Ebene, welche zu uns führt.“ Die Sozialdemokratie konnte natürlich nicht der Vorlage zustimmen, da Großbetriebe und der Großgrundbesitz viel reifer zur Verstaatlichung waren als die weitgehend zersplitterte Tabakindustrie. Außerdem mußte die Partei sich selbst schaden, wenn sie ihrem erbittertsten Gegner, der Regierung, durch die Bewilligung der Vorlage neue Machtmittel in die Hand gab. Auch in dieser Reichstagsrede hielt Vollmar abwägend evolutionäre und revolutionäre Entwicklungsmöglichkeiten einander gegenüber und schloß mit einer Kampfansage: „Ich möchte wünschen, daß wir hier offen als Gegner einander gegenüberstehen, lassen Sie gefälligst die Moral-, Friedlichkeits- und Gesetzlichkeitspredigten beiseite. Bei Ihnen hat die Wahl der Mittel gelegen, Sie sind auch verantwortlich für die Wunden.“ Sieben Monate später ergänzte er in den Debatten über die Verlängerung des Sozialistengesetzes die im Mai gemachten Ausführungen. Er erklärte sich solidarisch mit den russischen Nihilisten, „den tatkräftigen, opfermutigen Männern“, und machte auch vor dem Reichstag keinen Hehl aus seiner Verachtung des Parlamentarismus. „Ich bin nicht parlamentarisch, ich betrachte den Parlamentarismus lediglich als ein Mittel. Revolutionär als Sozialdemokrat bin ich nicht nur im Ausland, sondern überall.“ Die Scheidungslinie zwischen sich selbst und dem Anarchisten Most sah er dadurch gezogen, daß Most blanquistisch eine Revolution machen wollte, er selbst aber glaubte, Revolutionen müßten sich selbst machen²⁾.

Seine Reden hinterließen einen nachhaltigen Eindruck, und bis ins Ausland drang sein Ruf als revolutionärer Politiker³⁾. In bürgerlichen Kreisen wunderte man sich besonders über seine Art zu reden, die alle Phrasen vermessen ließ, und man glaubte mancherorts, in Vollmar den kommenden, bisher nicht beachteten Mann der Sozialisten sehen zu können⁴⁾. Seine Mutter, die um ihres Sohnes willen schon oft gedemütigt worden war, wiegte sich stolz in dem Glauben, außer dem Kaiser Napoleon III. habe die Schule von St. Stefan keinen solch berühmten Mann hervorgebracht wie ihren Sohn⁵⁾. Auch auf Bismarck scheint

¹⁾ RT 1882/83, 12. Mai 1882, S. 156—162.

²⁾ RT 13. Dezember 1882, S. 756—765.

³⁾ Kowalewska an Vollmar, 21. Mai 1882 (V.A.).

⁴⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 39, zit. „Deutsches Montagsblatt“; „Die Tribüne“.

⁵⁾ Brief der Mutter, 23. Mai 1882 (V.A.).

die Rede ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Zunächst ließ er überprüfen, ob die aus dem Dispositionsfonds des Kaisers gespeiste Rente Vollmars nicht kassiert werden könne. Als dieses jedoch nicht opportun erschien, wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Preßpolemik gegen Vollmar eingeleitet, um seine Tätigkeit als sozialistischer Agitator als Undankbarkeit gegen den Kaiser darzustellen, der ihm aus seinem persönlichen Fonds ein Gnadengeschenk gewähre¹⁾.

4. Vom Führer des Radikalismus zum Führer der bayerischen Sozialdemokratie.

Verkörperte nun Georg von Vollmar seit seiner ersten Rede vor dem Reichstag nach außen hin den entschieden revolutionären, radikalen Teil der Sozialdemokratie, so war er innerhalb der Partei bestrebt, die hier und dort sichtbar werden den reformlerischen Bestrebungen zu bekämpfen. Zwei Strömungen wollte er auf einer Parteikonferenz 1882 in Zürich unterscheiden: eine kompromißlose Gruppe, die vom baldigen Umsturz überzeugt war, und eine dieser entgegenwirkende Richtung, deren Vertreter sich vor Aktionen fürchteten²⁾. Als im folgenden Jahre der zweite Parteikongreß während des Sozialistengesetzes in Kopenhagen zusammentrat, legten die sächsischen Delegierten eine scharfe Resolution vor, die rücksichtsloses Vorgehen gegen all die Genossen beantragte, die in ihrem Auftreten vor der Öffentlichkeit es an der nötigen Festigkeit fehlen ließen. Vollmar war einer der Vertreter Sachsens und an der Abfassung dieser Resolution führend beteiligt, so daß auf dem Parteitag sofort der Verdacht laut wurde, die sächsischen Delegierten hätten sich zum Werkzeug Vollmars machen lassen, der dank seiner radikalen Gesinnung im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stand. Zwar hatte er sich zunächst gegen Angriffe von seiten des früheren Lassalleaners Hasenclever und des Süddeutschen Blos zu verteidigen, stieß dann aber selbst vor und forderte eine Politik der Offenheit, ein rücksichtsloses Bekenntnis zu den Prinzipien des Parteiprogramms. Aus seiner Rede war ersichtlich, daß er die Revolution für die nahe Zukunft erwartete und es als die Aufgabe der Partei ansah, für den Ernstfall Vorbereitungen zu treffen. Offenbar war er der Meinung, erst durch die Initiative des selbstbewußten Proletariats könne die Chance einer revolutionären Situation fruchtbar ausgenützt werden. Den Hintergrund zu Vollmars radikalen Forderungen bildeten aber bereits in Kopenhagen die vorsichtigen Mahnworte all derjenigen, die eher einer reformlerischen Tätigkeit als der revolutionären Aktivität zugeneigt schienen³⁾. Bebel

¹⁾ Kampfmeier, a.a.O., S. 39, und Saenger, NZ XL/2, S. 361 ff. Beide stützten sich auf Polizeiakten. Zur Haltung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vgl. „Fremdenblatt“ (München), 13. Juni 1882 (V.A.).

²⁾ Protokoll der Züricher Konferenz 1882. Manuskript im Motteler Nachlaß.

³⁾ Prot. Kopenhagen 1883, S. 24. Vgl. ferner W. Blos, „Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten“, Bd. II, S. 55.

verlangte im krassen Widerspruch zu Vollmar die aktive Beteiligung der Sozialdemokraten bei gesetzgeberischen Maßnahmen im Reichstag. Der Parteitag schloß mit einer Resolution, die dem Vollmarschen Radikalismus weitgehend entgegenkam, wenngleich unter gewissen Bedingungen die Teilnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Beratungen über die Sozialreform nicht abgelehnt wurde¹⁾.

Durch einen nichtigen Anlaß kam es jedoch bald darauf in den Reihen der Partei zu einem offenen Konflikt der beiden Richtungen. Als die Regierung in Berlin dem Reichstag die staatliche Unterstützung einer Reihe von Dampferlinien nach Übersee vorschlug, konnte sich die sozialdemokratische Fraktion zu keiner einheitlichen Haltung entschließen. Die Mehrheit wollte für die Subventionierung stimmen, sofern es sich dabei um Linien handelte, die nicht unmittelbar den deutschen Kolonialismus förderten, weil sie in der Ausgestaltung des Welthandels eine kulturelle Aufgabe sah. Die Minderheit lehnte dies ab. Bei der endgültigen Beratung im Reichstag knüpfte jedoch die Mehrheit der Fraktion an ihre Zustimmung die Bedingung, daß nur modernste, auf deutschen Werften gebaute Schiffe eingesetzt werden dürften. Als diese Forderung nicht erfüllt wurde, wies die gesamte Fraktion die Vorlage zurück. Erst nach dieser Entscheidung, die bereits am 23. März 1885 fiel²⁾, weitete sich der Parteikonflikt aus. Anlaß dazu war der Versuch der Majorität der Fraktion, das Zentralorgan „Socialdemokrat“ zu maßregeln, weil es auf der Seite der Minderheit gestanden hatte. Wie sich von selbst verstand, war Vollmar auch hier einer der Radikalen. Er suchte die allgemeine Erregung auszunützen, um den Genossen, die der Sozialreform zuneigten, einen Schlag zu versetzen, indem er den Streit vor eine breitere Öffentlichkeit trug. Von den sozialdemokratischen Vertrauensleuten des Wahlkreises München II ließ er eine Resolution annehmen, worin sich die Münchener Sozialdemokraten mit der Haltung der Minderheit „vollkommen einverstanden“ erklärten³⁾. Dadurch wurden die Spannungen in der Partei nur verschärft, und selbst Bebel, der bis dahin Vollmar unterstützt hatte, war mit diesem Schritt des Bayern nicht einverstanden⁴⁾. In der bürgerlichen Presse verfolgte man mit Aufmerksamkeit die inneren Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten und vermutete zeitweilig, daß der völlig isolierte Vollmar ausgeschlossen werden könnte⁵⁾. Er lenkte jedoch ein und stellte selbst den Antrag in der Reichstagsfraktion, man solle die Genossen in Frankfurt — wo es sogar zu Tötlichkeiten gekommen war — doch auffordern, von jedem gehässigen Vorgehen gegeneinander abzustehen⁶⁾.

¹⁾ Prot. Kopenhagen 1883, S. 29. Vgl. ferner Kampffmeyer, a.a.O., S. 49 f.

²⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 57.

³⁾ Socialdemokrat Nr. 8, 19. Februar 1885. — Kampffmeyer, a.a.O., S. 62 f.

⁴⁾ Bebel an Vollmar, 14. Juni 1885 (B.A.).

⁵⁾ Bayerischer Landbote, 12. Juni 1885. — Augsburger Abendzeitung, 15. Juli 1885. (Ausschnitte im V.A.).

⁶⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 63.

In der Frage der Dampfersubvention war Vollmar noch einmal als Führer der Radikalen in Erscheinung getreten und hatte die Münchener Sozialdemokraten in das Lager der Linksopposition geführt. Inzwischen hatte er selbst jedoch sich bereits stark gewandelt. Niemand konnte zunächst ahnen, daß die Rückkehr in seine Heimatstadt, wo er im Jahre 1883 zum ersten Male öffentlich auftrat und seit 1884 wieder beständig wohnte, für ihn der Anlaß zu einer so schnellen und umfassenden politischen Wende werden würde.

Gleich bei seiner ersten Kandidatur für den Wahlkreis München II im Jahre 1884 verletzte er das noch im Vorjahre auf dem Kopenhagener Kongreß verteidigte Prinzip, kein Wahlabkommen mit bürgerlichen Parteien einzugehen. Indem er nämlich unter der Parole: „Das Zentrum muß aus München heraus!“ im ersten Münchener Wahlkreis bei der entscheidenden Stichwahl die Sozialdemokraten für den Nationalliberalen stimmen ließ, gewann er ohne eigentliche Absprache die Unterstützung liberaler Wähler für sich selbst¹⁾. Eduard Bernstein, der Geschichte und Politik mit den Augen des Moralisten betrachtete, erinnerte sich noch Jahrzehnte später an den üblen Eindruck, den dieser jähe Gesinnungswechsel Vollmars aus Gründen der Opportunität in ihm hervorgerufen hatte²⁾. Für die drei Jahre später stattfindenden Landtagswahlen hegte Vollmar schon den Plan, in größerem Umfange ein Wahlbündnis abzuschließen. Bei den Urwahlen wurden jedoch so wenige sozialdemokratische Wahlmänner durchgebracht, daß ihnen für die entscheidenden Endwahlen keinerlei ernsthaftes Gewicht als Partner irgendeiner Partei beigemessen werden konnte. Außerdem erhoben sich nun auch bei der Parteileitung Bedenken wegen dieser Abweichung von der gewohnten Parteilinie³⁾. Seine Wahlstrategie war jedoch ein Anzeichen dafür, daß nun bei Vollmar die revolutionären Gedanken verblaßten. Er begann sich ganz in die Rolle eines parlamentarischen Politikers hineinzufühlen. Zwei Jahre nach der Rede über das Tabakmonopol machte er sich im Reichstag schon zum Anwalt des Parlamentarismus. Der Reichstag als die souveräne Vertretung des Volkes hatte seiner Ansicht nach nicht unter oder neben der Regierung, sondern über ihr zu stehen. In der parlamentarischen Arbeit sah er jetzt die einzige Möglichkeit, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Deutschen Reich auf friedliche Weise zu ändern⁴⁾.

Seine eigentliche parlamentarische Lehrzeit machte Vollmar im sächsischen Landtag von 1883 bis 1889 durch. Dort war die sozialdemokratische Fraktion recht klein. Neben Bebel und Liebknecht war Vollmar der einzige Parteigenosse mit bedeutenderem Format. Bei den sehr nüchternen Verhandlungen fanden sich wenig Gelegenheiten für programmatische Erklärungen. Gerade hier zeigte Vollmar zum ersten Male ein reformistisches Interesse an dem sozialen Fort-

¹⁾ RT, 3. Dezember 1884, S. 183.

²⁾ Vgl. Bernstein, „Aus Vollmars politischer Entwicklung“, SM XXVIII 1922, S. 645—651.

³⁾ Vollmar an Bernstein, 4. Februar 1886 (Bernstein-Archiv). — Vgl. Prot. Dresden 1903, S. 329.

⁴⁾ RT 15. Dezember 1884, S. 365; 13. Februar 1886, S. 1058.

schritt durch allmähliche, stufenweise Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung. Der erste Antrag, den Vollmar im sächsischen Landtag stellte, bezog sich auf die Einführung geschlossener Bremserschutzhäuschen am Wagenmaterial der Königlichen Eisenbahnen. Jahre später konnte er mit Genugtuung feststellen, daß seinem Verlangen in weitem Maße entsprochen worden war¹⁾. Immer wieder trieb er den Staat an, regelnd in das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben einzugreifen, weil die liberale Vorstellung des „Nachtwächterstaates“ allgemein überwunden werden müsse. Bei dem Bestreben, die Kompetenzen des Staates zu erweitern, war die Einführung einer staatlichen Mobiliar-Brandversicherung ihm ein besonderes Anliegen, die er sich als ersten Schritt zur allgemeinen Verstaatlichung des Versicherungswesens dachte²⁾. Weitere soziale Forderungen waren u. a. die Besserstellung der staatlichen Unterbeamten, die Ausweitung der Fürsorge für entlassene Strafgefangene und der Ausbau der Gewerbeaufsichtsämter³⁾, während er andererseits vom Staat verlangte, auch den kleineren Gemeinden das Recht der Selbstverwaltung einzuräumen⁴⁾, den Gewerkschaften das ungeschmälerete Koalitionsrecht zu geben und dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern und kleinen Landwirten der Zugang zu den Besitzerstellen in den Gewerbeberichten geöffnet werde⁵⁾. Er selbst rückte von der radikalen Haltung des „Socialdemokrat“ öffentlich vor dem sächsischen Landtag etwas ab und gab zu, daß in dem Zentralblatt der deutschen Sozialisten mitunter auch Übertreibungen vorkämen⁶⁾.

Als Reichstagsabgeordneter von München wurde er zugleich Führer der Münchener und der südbayerischen Sozialdemokraten, obwohl er erst am 20. November 1886 das bayerische Staatsbürgerrecht zurückerhielt. Es war nur zu natürlich, daß die tägliche Kleinarbeit als Parteiredner, als Organisator und Redakteur häufig verbotener Zeitungen zeitig in ihm das Feuer allzu großer Revolutionsbegeisterung erstickte⁷⁾. Auf dem heimischen Boden Bayerns fand er zurück zur politischen Wirklichkeit.

¹⁾ LT Sa 16. Dezember 1887, S. 222.

²⁾ LT Sa 14. Februar 1885, LT Sa 19. November 1885, S. 65.

³⁾ LT Sa 27. Januar 1886, S. 511/19.

⁴⁾ LT Sa 8. Dezember 1885.

⁵⁾ LT Sa 7. Februar 1888, S. 549.

⁶⁾ LT Sa 8. Februar 1886, S. 707.

⁷⁾ Vollmar hatte wenig Glück als Redakteur. Zunächst beherrschte der von Rodbertus beeinflusste Rechtssozialist Viereck die Münchener Parteizeitung „Recht auf Arbeit“ und deren Nachfolgeorgane. Vollmar konnte nur zeitweilig den „Bayerischen Landboten“ beeinflussen (1885). Die von ihm begründete „Bayerische Volksstimme“ wurde nach drei Monaten ein Opfer des Sozialistengesetzes (März bis Mai 1886). Erst seit 1890 konnte die „Münchener Post“ herausgegeben werden. Vollmar war etwa drei Monate lang selbst Redakteur, etwas länger Herausgeber dieser Zeitung. Vgl. Kampffmeyer, a.a.O., S. 76. — Knaus, „Die Münchener Post während des Weltkrieges“, sowie „Münchener Post“ Nr. 128, 1. Juli 1926. Leider waren diese Zeitungen, die als die wichtigsten Quellen für Vollmars Münchener Zeit während des Sozialistengesetzes in Frage kommen, dem Verf. nicht zugänglich. Die einzigen nachweisbaren Jahrgänge befinden sich in der Bayerischen Staatsbibliothek, die jedoch ihre gesamten Zeitungsbestände noch ausgelagert hat.

Nicht unbedeutend war für seine Wendung die Eheschließung mit Julia Kjellberg (1849 bis 1923). Georg Brandes nannte diese Tochter eines schwedischen Großindustriellen einmal „eine der feinsten und entzückendsten Frauen, die Schwedens Erde erzeugt hat¹⁾“. Sie war eine Freundin von Ellen Key und durch Sonja Kowalewska an Vollmar verwiesen worden, um sich bei ihm Auskunft für das Studium der Volkswirtschaft zu holen, das sie 1884 in Zürich beginnen wollte. Der Briefwechsel mit seiner Braut und Gattin (1884 bis 1916) zeigt, daß Vollmar fortan in seiner Ehe die große Erfüllung seines Lebens fand und das Politische mehr und mehr an die Peripherie gedrängt wurde. Durch seine Heirat änderte sich auch grundlegend seine wirtschaftliche Lage. Hatte er bisher recht bescheiden von seiner kleinen Rente seine Mutter und sich selbst unterhalten müssen, so gestattete ihm nun das Vermögen seiner Frau ein freieres und unabhängigeres Leben, was für seine Gegner innerhalb und außerhalb der Partei Anlaß zu schnöden Verdächtigungen wurde²⁾.

Auch seine Stellung innerhalb der „bürgerlichen“ Gesellschaft wurde jetzt ebenfalls völlig anders. Daß die beiden Vollmars schon unter dem Sozialistengesetz nicht mehr aus den Kreisen der Literaten und Künstler in Schwabing wegzudenken waren und sich ihr Erscheinen bei Premieren von Theater und Konzerten beinahe von selbst verstand, läßt sich zu einer Zeit, wo sonst im wilhelminischen Deutschland die Sozialisten Geächtete waren, nur durch das versöhnlichere politische und gesellschaftliche Klima der süddeutschen Hauptstadt erklären³⁾. M.G. Conrad, der mit Vollmar befreundete Herausgeber der avantgardistischen „Gesellschaft“, feierte Vollmar als hervorragenden Übersetzer skandinavischer Schriftsteller⁴⁾. Durch Julia war ihm diese Dichtung erschlossen worden, und durch sie kam er auch in geselligen Verkehr mit Henrik Ibsen während dessen Aufenthalt in München⁵⁾. Als, durch eine mißverständliche Äußerung Ibsens veranlaßt, im „Daily Chronicle“ ein Artikel erschien, aus dem zu schließen war, daß Ibsen jegliche Berührung mit dem Sozialismus ablehne, wandte sich Vollmar an den Dichter und bat ihn um nähere Aufklärung. Ibsen stellte ihm daraufhin einen bereits nach England gesandten richtigstellenden Brief zur Verfügung, den Vollmar in der „Münchener Post“ veröffentlichte⁶⁾. Erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes erhielt Vollmar Zugang zu den Kreisen der Wissenschaftler und Gelehrten der Münchener Universität. Die Vermittlerrolle spielte

¹⁾ G. Brandes, „Deutsche Persönlichkeiten“ (G. v. Vollmar), S. 350.

²⁾ Vgl. Bebel, Prot. Erfurt 1891, S. 271.

³⁾ „Darmstädter Tageblatt“, 1. Dezember 1894 (Ausschnitt V.A.).

⁴⁾ „Die Gesellschaft“, April 1891. Vollmar gab seine belletristischen Versuche im Stile Gottfried Kellers wegen zu starker Selbstkritik auf. Ein Entwurf „Die Haderer“ sollte das Leben in Miesbach nach Art der „Leute von Seldwyla“ beschreiben (V.A.). — Vollmar an Julia, 6. Januar 1887.

⁵⁾ Vollmar an Julia, 7. Juli 1887.

⁶⁾ Münchener Post Nr. 200, 1890. — Ibsen, „Ges. Werke“, Bd. X, S. 390. Ibsen an Vollmar, 22. August 1890 (V.A.).

dabei Lujo Brentano, den er bei einem Treffen ehemaliger Schüler der Schule von St. Stefan kennengelernt hatte¹⁾). Den größten Teil des Jahres verbrachte Vollmar seit 1888 auf dem von seiner Frau gebauten Landhaus Soiensass in der damals noch nahezu unberührten Einsamkeit des Walchensees. Nur nach siebenstündiger Fahrt mit einer Nebenbahn und der Kutsche über z. T. halsbrecherische Pfade war er hier zu erreichen²⁾).

Als Vollmar längst den ruhigeren Weg des Parlamentariers eingeschlagen hatte, erreichten ihn noch die Folgen seiner „revolutionären“ Epoche. Bei der Rückreise vom Kopenhagener Parteikongreß wurde er mit fünf weiteren Sozialdemokraten an der Grenze vorübergehend verhaftet und nach kurzem Verhör wieder freigelassen. Eine Anklage wegen Geheimbündelei schloß sich daran an. Bei den Vorverhandlungen war Bebel recht froh, daß Vollmar nicht anwesend war, weil von ihm so manche kompromittierende Äußerungen aus Reichstags- und anderen Reden vorlagen³⁾). Mehrere Gerichte wiesen die Anklage ab oder ließen den Prozeß mit Freispruch enden. Erst das Freiburger Landgericht verurteilte die Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen, indem es auf Weisung des Reichsgerichtes schon in der Entgegennahme eines Berichtes über den Verbreitungsstand des „Socialdemokrat“ eine strafbare Beteiligung an einem Geheimbund zur Verbreitung dieser Zeitung sah⁴⁾). Vollmar durfte auf besonderes ärztliches Attest hin die Haftzeit von neun Monaten in einem Münchener Gefängnis verbringen⁵⁾). Während seiner Haftzeit gebar ihm Julia ihr einziges Kind, einen Jungen, der aber noch während der Strafzeit Vollmars starb. Den Münchener Genossen gelang es 1887 nicht, ihren Führer wieder zum Abgeordneten von München zu machen. Es war die einzige Niederlage bei einer Reichstagswahl, die Georg von Vollmar erlitten hat⁶⁾).

¹⁾ Lujo Brentano, „Mein Leben“, S. 169.

²⁾ Vgl. de Wyzewa, „Die sozialistische Bewegung in Europa“, S. 46. — Vollmar, Prot. Berlin 1892.

³⁾ Bebel an Vollmar, 1. Oktober 1885 (B.A.).

⁴⁾ Vgl. Bernstein, „Lehrjahre“, S. 167. — Vollmar, „Die Abgeordnetenverhaftungen zu Kiel und Neumünster“, München 1887.

⁵⁾ Vollmar an Julia, 6. Dezember 1886 (V.A.).

⁶⁾ Sozialdemokrat Nr. 19, 6. Mai 1887; Nr. 50, 9. Dezember 1887. — Kampffmeyer, a.a.O., S. 83.

II. Kapitel

Föderalistischer Reformist

1. Der neue Kurs

Der mit dem Sturz Bismarcks verbundene Fall des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 hätte für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein entscheidender Wendepunkt werden können. Äußerlich hat sich die Partei die Rückkehr auf den Boden des normalen Rechts wohl zunutze gemacht. Von 1890 bis 1914 wuchs sie Jahr für Jahr an, so daß 1914 mehr als eine Million deutscher Menschen der politischen Organisation der Sozialdemokratischen Partei angehörten. Politisch hat sich das Ereignis von 1890 jedoch nicht ausgewirkt. Die Partei schritt den unter dem Sozialistengesetz eingeschlagenen Weg weiter und konzentrierte ihr Hauptinteresse auf die parlamentarische Arbeit, auf die Ausweitung des Wahlrechts und anderer demokratischer Rechte, verstärkte noch ihre Anteilnahme an der Ausgestaltung der Sozialreform, verharrte jedoch in unversöhnlicher Feindschaft zum „bestehenden“ nationalen Staat und zur „bestehenden“ Gesellschaft, wiewohl sie an nichts weniger dachte, als die Notwendigkeit des Staates zu leugnen. Von beiden Seiten wurde ein fruchtbares politisches Gespräch abgelehnt.

Georg von Vollmar war im Jahre 1890, als das Sozialistengesetz fiel, ein erprobter Parteiführer. Er hatte sich zeitweilig einen Namen als Führer der Radikalen gemacht, seit seiner Rückkehr nach Bayern war es jedoch stiller um ihn geworden. Im allgemeinen läßt sich von seiner Leistung zu dieser Zeit sagen, daß sie sich kaum von dem unterschied, was viele seiner Genossen mit der für die Sozialdemokratie typischen Aufopferung und Treue zur Organisation geleistet hatten. Erst unter den veränderten politischen Verhältnissen trat Vollmar hervor und zeigte, daß er im Gegensatz zur großen Mehrheit seiner politischen Freunde ohne große Ressentiments auf die jüngste Vergangenheit blickte und gewillt war, die neugewonnene Plattform scheinbarer politischer Gleichberechtigung zu betreten, um der Partei im Wechselspiel der politischen Kräfte fruchtbare Bedeutung zukommen zu lassen.

Eine erste Neuorientierung verlangte er für den organisatorischen Aufbau. Bislang hatte sich die gesamte Partei notgedrungen der „Diktatur“ der Reichstags-

fraktion als der einzig möglichen Zentralstelle beugen müssen. Unter den neuen Verhältnissen glaubte Vollmar nun, die Sozialdemokratie müsse sich, in „einem Reich mit so verschiedenen Entwicklungsgängen und Einrichtungen wie sie Deutschland bietet“, besonders stark auf das „örtliche Element“ stützen¹⁾. Auf dem Gründungskongreß der zweiten Internationale, wo Vollmar einer der Sitzungspräsidenten gewesen war, hatte er es als ein besonders eindrucksvolles Erlebnis empfunden, wie geschlossen und einheitlich die deutsche Vertretung war und damit das krasse Gegenteil zu den zersplitterten französischen Sozialisten bildete, die dem Kongreß mit ihren internen Streitigkeiten zur Last fielen²⁾. Nunmehr versprach er sich von einer Auflockerung der Parteiorganisation im bundesstaatlichen Deutschen Reich eine Hebung ihrer politischen Schlagkraft und wies die Befürchtung Paul Lafargues zurück, der annahm, damit könnte einer so chaotischen Zersplitterung wie in Frankreich das Tor geöffnet werden. „Dazu neigt der deutsche Geist viel zu sehr zur Disziplin“, beschwichtigte er die Einwände des Franzosen³⁾. Es war daher nicht weiter verwunderlich, daß er auf dem ersten Parteitag nach dem Ausnahmegesetz danach strebte, daß die Dezentralisierung und die Berücksichtigung der Eigenart der verschiedenen deutschen Staaten und Landschaften zur Grundlage des neuen Organisationsstatus gemacht werden sollte. „Jedem einzelnen Ort“ — so führte er aus — „ist die Organisation selbst zu überlassen und als gemeinsames Band gibt es außer der Fraktion nur drei Dinge: Parteivorstand, Kontrollausschuß und Zentralorgan⁴⁾.“ Er wollte dabei aber nicht in kleinlichen Partikularismus verfallen und gab gerne zu, daß nur solche Leute in den Kontrollausschuß gewählt werden sollten, die nicht allzu weit von der Reichshauptstadt entfernt wohnten und jederzeit leicht erreichbar waren⁵⁾. Sein Föderalismus sollte auf der Gesinnungs- und Meinungsfreiheit des Individuums fußen⁶⁾. Daher wollte er auch die Presse nicht unter eine allgemeine Parteizensur gestellt sehen. „Die Freiheit unserer Presse in der Auffassung aller Vorgänge des öffentlichen Lebens, in der Erörterung der Meinungsverschiedenheiten, in der Kritik von Fehlern beschränken, hieße . . . alles Parteileben ersticken und zur Versumpfung bringen⁷⁾.“ Diese Forderungen wurden in Halle zum Teil nicht richtig verstanden. Die Linksoption der „Jungen“ erinnerte sich noch seiner schon Jahre zurückliegen-

¹⁾ Vgl. „Münchener Post“ Nr. 183—186, 13.—16. August 1890.

²⁾ Vollmar an Julia, 21. Juli 1889 (V.A.). — Vgl. Prot. Internat. Arbeiterkongreß Paris 1889, S. 6; S. 127.

³⁾ Vollmar an P. Lafargue (Konzept eines Briefes, undatiert, jedoch vor dem 1. Oktober 1890 verfaßt. V.A.).

⁴⁾ Prot. Halle 1890, S. 133.

⁵⁾ Prot. Halle 1890, S. 252.

⁶⁾ Vgl. Brief an P. Lafargue (V.A.).

⁷⁾ „Münchener Post“ Nr. 185, 15. Juli 1890.

den radikalen Äußerungen und glaubte daher 1890, er wolle insgeheim als ihr Wortführer auftreten und ihr Bewegungsfreiheit verschaffen¹⁾).

Erst mit den Reden über „die *nächsten* Aufgaben der Sozialdemokratie“ — schon dieser Titel war programmatisch — erregte Georg von Vollmar über die Partei hinausreichendes Aufsehen. Diese Ansprachen, die nach dem Münchener Versammlungslokal auch die „Eldoradoreden“ genannt wurden, können im Zusammenhang mit einer damals unbeachtet gebliebenen Rede Vollmars vor einer Festversammlung der Bremer Gewerkschaften²⁾ und seinem Brief an Paul Lafargue wichtige Aufschlüsse über seine politische Einstellung beim Ende des Sozialistengesetzes geben. Zunächst tauchte noch einmal der wohlbekannte Gedanke auf, daß sowohl friedliche Evolution als auch gewaltsame Revolution die geschichtliche Entwicklung bestimmen können, wobei er wiederum glaubte, daß die Staatsmacht entscheide, welcher Weg eingeschlagen werde. Schlagwortartig faßte er seine Ansicht zusammen: „Dem guten Willen, wo er sich zeigt, die offene Hand, dem schlechten Willen, Drohungen und Anfechtungen, die Faust³⁾!“ Er selbst war aber ganz davon überzeugt, daß in Deutschland sich die friedliche Entwicklung anbahne. Durch die Entlassung Bismarcks habe sich die Reichspolitik aus der innerpolitischen Erstarrung gelöst⁴⁾. Große Hoffnungen setzte Vollmar zudem auf die Person des jungen Kaisers, was natürlich den herkömmlichen Auffassungen in der Sozialdemokratie mit der Überbetonung der Macht der Verhältnisse strikt widersprach. „Die Ansichten des Reichsoberhauptes reichen weiter als die aller anderen offiziellen Kreise. Aber der Widerstand der Bürokratie und des Kapitals beeinträchtigt und hindert sie auf jede Weise⁵⁾.“ Wenn Vollmar daher auch nicht ganz ohne Mißtrauen war und nichts davon wissen wollte, daß die Genossen die „bewährten und wohlgeführten“ Waffen der bisherigen Taktik ohne weiteres fortlegten, so suchte er doch andererseits seine politischen Freunde mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß die innenpolitischen Verhältnisse des Reiches in Fluß gekommen seien und langsam sich zum Besseren wenden würden. Er sprach zwar der vorwärtstürmenden, die Hindernisse im Fluge überwindenden politischen Theorie nicht jede Bedeutung ab, sondern erblickte in ihr „die Hoffnung, die uns stärkt“; doch zwischen ihr und der realen Politik sah er nun eine große Kluft sich auf-tun. „Die Tat . . ., die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit, überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es wohl große Krisen gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruck machte . . ., im allgemeinen aber findet ein langsames, organisches Entwickeln statt⁶⁾.“ Der Ka-

¹⁾ Vgl. Prot. Halle 1890, S. 93 f. — Kampffmeyer, „Der unbekanntere Vollmar“, in „Der Abend“ Spätausgabe des „Vorwärts“, 15. März 1930.

²⁾ Konzept der Rede (Handschrift Julia v. Vollmar, V.A.).

³⁾ Ebd. — vgl. ähnliche Wendungen in „Über die nächsten Aufgaben . . .“.

⁴⁾ „Über die nächsten Aufgaben . . .“, S. 3.

⁵⁾ Brief an Paul Lafargue (V.A.).

⁶⁾ „Über die nächsten Aufgaben . . .“, S. 5.

pitalismus müsse als ein politisches und gesellschaftliches System, das die Menschen an der Entwicklung ihrer selbst hinderte, durch die „menschheitlich-sozialistische“ Gesellschaftsordnung abgelöst werden, in der es erst dem Individuum möglich sein werde, zur vollen Entfaltung aller in ihm vorhandenen Anlagen zu gelangen¹⁾. Wenn nun Vollmar diese Entwicklung als ein naturnotwendiges, unabwendbares Ereignis ansah und dabei mit Jahren und Jahrzehnten voll geduldigen Wartens rechnete, so glaubte er andererseits, daß es den Sozialisten durchaus möglich sei, den historischen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Indem sie in der praktischen Politik Nahziele zu erreichen suchten, könnten sie am ehesten auf das Endziel hinarbeiten²⁾. Vollmar selbst regte folgendes Aktionsprogramm an, dessen einzelne Punkte unter den bestehenden Verhältnissen voll und ganz verwirklicht werden könnten:

1. Fortführung des Arbeiterschutzes;
2. Wirkliches Koalitionsrecht;
3. Beseitigung staatlicher Intervention bei Lohnstreitigkeiten zugunsten eines Teiles;
4. Maßnahmen, die Trusts, Ringe und Kartelle gesetzlichen Bestimmungen unterwerfen, um künstliche Preissteigerungen zu unterbinden;
5. Beseitigung der Lebensmittelzölle³⁾.

Vollmar richtete sein Augenmerk aber nicht allein auf die Innen- und Wirtschaftspolitik, sondern darüber hinaus auf die Staats- und Außenpolitik, weil er — noch nachdrücklicher als in dem Schriftchen über den „isolierten sozialistischen Staat“ — neben der Wirtschaft auch Volkstum und das „staatliche Gemeinwesen“ als historisch wichtige Faktoren anerkennen mußte. Grundsätzlich ging es ihm darum, endlich einen Zugang zum deutschen Staat zu erlangen. „Bei freier Wahl hätten wir die deutsche Einheit sicherlich ganz anders gestaltet. Aber nun sie einmal so und nicht anders geworden ist, sollen wir nicht unsere Kraft in unablässigen, unfruchtbaren Erörterungen des Vergangenen vergeuden, sondern uns auf den Boden des Tatsächlichen stellen und unser Bestreben darauf richten, die Mängel jenes Werkes nach Kräften zu bessern. . .“

¹⁾ „Vom Optimismus“, Aufsätze, erschienen in der „Münchener Post“, 1.—4. August 1891, abgedruckt in „Über die nächsten Aufgaben . . .“, 2. Aufl. 1899, S. 26—33.

²⁾ Wie wenig er jedoch die Gesamtkonzeption der „marxistischen“ Ideologie aufgeben wollte, zeigt eine andere Stelle seiner Rede: „Die Kapitalkonzentration, die Entwicklung des Großbetriebes, die Heranbildung einer schroffen Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, in eine Anzahl Reicher und Millionen völlig Enteigneter macht unaufhörlich Fortschritte. Aber noch sind Mittel- und Kleinbetriebe, namentlich bei uns in Deutschland, in erheblichem Maße vorhanden, noch sind die sogenannten Mittelstände, das Kleinbürgertum und vor allem die Bauernschaft, keineswegs so ganz zermürbt . . . Die Partei ist weit entfernt, über die Mehrheit in der öffentlichen Meinung, ja auch nur der Arbeiterklasse selbst zu verfügen.“ Interessant ist, wie auch hier Vollmar sein Verhältnis zum Staat umreißt: „Eine große Menge staatlicher Einrichtungen ist überlebt und kann keinem kräftigen Anfall widerstehen; andere aber, vor allem der Staatsgedanke selbst, haben vielfache und feste Wurzeln.“ — Auf dem Parteitag zu Erfurt führte er ähnliche Gedanken aus. Vgl. Prot. Erfurt 1891, S. 254.

³⁾ „Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“, S. 19.

An anderer Stelle der gleichen Schrift fuhr er dann fort: „Auf die vereinigten Staaten von Europa werden wir noch lange warten . . . Vermeiden wir ebenso die nationale Überhebung wie das Zerrbild, die Verneinung der Nation und die Selbstbeschimpfung.“ Auch noch 1891 hielt er die Ereignisse von 1871 und die seitdem zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung für verhängnisvoll. Den Frieden sah er jedoch nun nicht durch den Dreibund bedroht, in dem er vielmehr eine Garantie für die Sicherheit und Ruhe Europas erblicken wollte, sondern durch die maßlosen Hetzereien der Irredentisten in Italien und der Chauvinisten in Frankreich. Besonders den letzteren warf er „ekelhaftes Kokettieren mit dem russischen Zarentum“ vor. Die deutsche Sozialdemokratie habe bei aller weltbürgerlicher Gesinnung die Pflicht, sich von derartigen Elementen der Unordnung und Unruhe zu distanzieren.

Als diese Vorträge im Auslande Aufsehen erregten und man selbst in den dortigen sozialistischen Kreisen daraus den Schluß zog, daß die deutschen Sozialdemokraten sich mit den Ereignissen von 1871 abgefunden hätten und in das chauvinistische Lager abgeschwenkt seien, wurde von dem Zentralorgan „Vorwärts“ in Berlin das Zeichen zu einem großen Presse Sturm gegen Vollmar gegeben¹⁾. Namentlich Wilhelm Liebknecht erwies sich dabei wenig taktvoll, so daß Vollmar der Berliner Parteizentrale mit einer nicht weniger heftigen Entgegnung in der „Münchener Post“ drohte, falls sie Liebknecht nicht wegen seiner Ausfälle zurechtweise²⁾.

Auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 wurden dann Vollmars Reden vor der obersten Vertretung der deutschen Sozialdemokratie kritisch überprüft. Der Parteitag hatte sich zwar als besonderes Ziel die Beratung des neuen Programms gesetzt, allein dieser Punkt der Tagesordnung mußte hinter der ersten „Taktikdebatte“ zurücktreten, die nicht weniger fruchtlos blieb als all die Debatten über die Taktik der Partei, die ihr noch im Laufe der nächsten Jahre folgen sollten. Bebel vor allen anderen griff Vollmar scharf an und warf ihm die Versumpfung der Partei und eine voreilige Versöhnungsbereitschaft mit der bürgerlichen Welt vor. Von anderer Seite hielt man Vollmar vor, er wolle die Prinzipien der Partei wie ein Familienheiligum hinter Glas setzen und ihnen für den alltäglichen politischen Kampf keinerlei Bedeutung mehr zukommen lassen³⁾. Der Bayer antwortete in einer gut vorbereiteten, wohlgesetzten Rede und verwies auf einige Widersprüche in den Darlegungen Bebels. Seine eigenen Anschauungen suchte er hingegen als etwas darzustellen, das längst Allgemeingut der Sozialdemokratie geworden sei, und bewies seine Behauptungen durch

¹⁾ Über die Haltung des Auslandes vgl. Vollmars Rechenschaftsrede „Über die nächsten Aufgaben . . .“, 2. Aufl., S. 15. — Ferner: „F. Engels Briefwechsel mit K. Kautsky“, Engels an K. Kautsky, 29. Juli 1891, S. 304 f. Von der Parteipresse traten nur das „Hamburgische Echo“ und die „Fränkische Tagespost“ für Vollmar ein (Ausschnitte im V.A.).

²⁾ Vgl. Brief Vollmars an den Parteivorstand, 22. Juli 1891 (Konzept im V.A.).

³⁾ Prot. Erfurt 1891, S. 198.

zahlreiche Zitate¹⁾. Er leugnete, eine neue Taktik angestrebt zu haben und kündigte seine Zustimmung zur Resolution Bebels an, die alle opportunistischen Irrwege verurteilte und keines der alten Parteiprinzipien preisgegeben wissen wollte.

Wenn auch Vollmar bei seinen Verteidigungsreden reichen Beifall erwarb — „mehr Beifall als ich erwartete“, wie Bebel mit beginnender Eifersucht feststellte²⁾ —, so wagte doch kaum einer der Delegierten, offen für ihn einzutreten. Selbst der Vertreter Münchens gab ihn preis und erklärte vor dem Parteitag, daß die Mehrzahl der Genossen in der bayerischen Hauptstadt nicht mit Vollmar übereinstimme³⁾. Eine Zuspitzung erfuhren jedoch die Auseinandersetzungen erst, als der Vertreter des Vororts der nordbayerischen Sozialdemokratie, der Nürnberger Karl Oertel, zur Resolution Bebels ein Amendement stellte, das Vollmar unter Nennung seines Namens treffen sollte. Dieser drohte mit dem Austritt aus der Partei, wenn dem Zusatzantrag stattgegeben werden sollte. Da war es der humorvolle Pfälzer Franz Josef Ehrhart, der die Lage rettete, indem er das Amendement Oertels für unnötig erklärte, weil schon durch die Resolution Bebels jeder Irrweg in den Opportunismus versperrt worden sei⁴⁾.

Die Behandlung der Parteistreitigkeiten nahm so viel Zeit in Anspruch, daß für die Beratungen des Parteiprogramms kaum einige Stunden übrig blieben. Dem Parteitag lagen mehrere Programmwürfe vor, von denen jedoch nur der grundsätzlichsste, ideologisch am wenigsten anfechtbare, von Karl Kautsky verfaßte zur Diskussion gestellt wurde. Die Beratungen fanden in einer nicht öffentlichen Kommission statt, deren einundzwanzig Mitglieder — darunter auch Vollmar — auf Vorschlag durch Akklamation gewählt wurden. Das Plenum stimmte erst in vorgerückter Stunde über den ganzen Entwurf en bloc ab und kam zu dem erwünschten hundertprozentigen Ergebnis⁵⁾. Vollmar hatte auf dem Parteitag Mühe gehabt, den Gedanken eines Aktionsprogramms zu verteidigen, weil man auch darunter Prinzipienverrat vermutete. Am Beispiel der Sozialisten in der Schweiz konnte er jedoch nachweisen, daß eine solche Gefahr hier nicht zu befürchten sei⁶⁾. Wenn auch seine Anregungen ungehört verhallten, so hat er doch in die Debatten über das Grundsatzprogramm eingegriffen. Die Erörterungen darüber hatten schon vor dem Zusammentreten des Parteitages begonnen, als der Parteivorstand einen von Liebknecht ausgearbeiteten Entwurf als „geheimes Rundschreiben“ den führenden Persönlichkeiten

¹⁾ Vgl. Kampffmeyer, „von Vollmar und die Sozialdemokratie“, Berlin 1891. — Kampffmeyer gehörte zu den „Jungen“ und suchte nachzuweisen, daß die Hauptvertreter der Partei sich in nichts von Vollmar unterschieden.

²⁾ Prot. Erfurt 1891, S. 279.

³⁾ Ebd., S. 236.

⁴⁾ Ebd., S. 202 — S. 287.

⁵⁾ Prot. Erfurt 1891, S. 358.

⁶⁾ Ebd., S. 261.

der Partei vorlegte¹⁾. Neben den sprachlichen Mängeln und dem Gebrauch unnötiger Fremdwörter hatte Vollmar daran vor allem beanstandet:

1. Daß eine bestimmte gegnerische Richtung, der „Staatssozialismus“, unter Namensnennung in dem sonst allgemein gehaltenen Programm verurteilt werde. Statt dessen schlug er vor, in das Programm ein eindeutiges Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus aufzunehmen.

2. Vollmar hielt es für eine leere Phrase, daß es im Entwurf Liebknechts hieß, „die Befreiung der Arbeiterklasse sei nicht eine nationale sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer beteiligt sind, und deren Lösung nur durch internationales Zusammenwirken erreicht werden“ könne. Er war hingegen der Ansicht, auch wenn die Sozialdemokratie sich stets des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung wohl bewußt sein müsse, so könne sie doch ihre politische Arbeit nur im Rahmen des bestehenden nationalen Staates vollbringen.

3. Bei der Abgrenzung des Verhältnisses von Kirche und Staat empfahl er besondere Vorsicht. Wenn auch die Trennung der beiden die Aufhebung aller Beiträge für kirchliche Zwecke aus öffentlichen Mitteln in sich schließe, müsse es den Kirchen ausdrücklich überlassen bleiben, ihre Gläubigen selbst zu finanziellen Beiträgen heranzuziehen.

In der Programmkommission des Erfurter Parteitages kam Vollmar bei der Beratung der Vorlage Kautskys dann auf die Frage des Staatssozialismus und des Verhältnisses von Kirche und Staat zurück. Einen gegen den Staatssozialismus gerichteten Passus konnte er auch hier zu Fall bringen²⁾. In der Religionsfrage blieb ihm ein Erfolg versagt³⁾.

Das „Erfurter Programm“ war in seinem ersten Teil „marxistisch“. Anklänge an Forderungen von Lassalle gab es nicht mehr. Der größtenteils von Bernstein verfaßte zweite Teil, der praktische Forderungen an den gegenwärtigen Staat stellte, blieb neben dem Grundsätzlichen nur ein Appendix⁴⁾. Die Partei legte offiziell mehr Gewicht auf den prinzipiellen Standpunkt als auf taktische Erfolge. Während sie aber in Erfurt die „Jungen“ aus ihren Reihen stieß und sich damit wichtiger revolutionärer Impulse beraubte, konnte Georg von Vollmar sich halten. Damit war eine Entscheidung gefallen, die weit über dessen persönliches Geschick hinaus für die gesamte deutsche Sozialdemokratie wichtig wurde: Sie verzichtete darauf, innere Streitigkeiten restlos zu klären, wenn sie dadurch — anders als im Falle der linksoppositionellen „Jungen“ —

¹⁾ Ein mit Randbemerkungen Vollmars versehenes „Geheimes Rundschreiben“ befindet sich im V.A.

²⁾ Vgl. Kampffmeyer, „Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie“, S. 51.

³⁾ Kautsky an Engels, 30. Oktober 1891 (Engels' Briefwechsel mit K. Kautsky 2. Aufl.) S. 315: „In der Religionsfrage wollte Vollmar mit Rücksicht auf die bayerischen Bauern alle Verwässerungen einschmuggeln. Als aber die Redaktionskommission seine Anträge formuliert hatte, erschienen sie so ungeheuerlich, daß die Kommission sie wieder strich.“

⁴⁾ Vgl. P. Gay, „Das Dilemma des demokratischen Sozialismus“, S. 70.

größere Gruppen von Mitgliedern der Partei entfremdet hätte. Die Gegensätze wurden von Resolutionen voller nichtssagender Redewendungen überdeckt. Bebel machte daraus gar kein Hehl, als er nach Abschluß des Erfurter Parteitages an Viktor Adler in Wien schrieb, es habe nicht der Eindruck entstehen dürfen, als ob man Vollmar aus der Partei habe drängen wollen, weil ein großer Teil der Anhängerschaft dadurch vor den Kopf gestoßen worden wäre. Bebel rechnete damit, daß durch das Wachstum der Partei auch das kleinbürgerliche Element in der Führerschaft zunehmen müsse. „Es waren auf dem Parteitag eine Menge Leute bis in die nächsten Freundeskreise, die ganz oder zu einem großen Teil mit Vollmar sympathisierten . . .¹⁾“

2. Die Staatssozialismus-Debatte

Im folgenden Jahre wurde die Debatte über Vollmars eigenwillige Ansichten weiter fortgesetzt. Sachlich lag jetzt dem Parteistreit ein Artikel Vollmars in der „Revue bleue“ zugrunde²⁾. In ihm hatte er sich eingehender als in den Reden und Diskussionen des Vorjahres über den Staatssozialismus ausgelassen. Er hielt den Zeitpunkt für gekommen, eine fruchtbare Zusammenarbeit mit jenen sozialreformerischen Bestrebungen zu erwägen, die nicht sozialdemokratischen Ursprungs waren. Der Inhalt seines Aufsatzes läßt sich nach seinen Haupt Gesichtspunkten wie folgt zusammenfassen:

1. Vollmar glaubte, die sozialdemokratische Partei habe seit einem Jahrzehnt genügend Festigkeit, so daß ihre Anhänger durch staatliche Reformmaßnahmen nicht mehr irreführt oder korrumpiert werden könnten. Überdies blieben die kaiserlichen Erlasse zur Sozialreform hinter den Forderungen des internationalen Arbeiterkongresses in Paris zurück, wie ja auch das Kapital gegen die kleinste Reform stärksten Widerstand leiste.

2. Bei Bismarck habe die Gefahr bestanden, daß „staatssozialistische“ Maßnahmen zu „machtpolitischen Zwecken“ mißbraucht würden. Bei Wilhelm II. hielt Vollmar so etwas für ausgeschlossen, obwohl er nicht mehr, wie noch im Briefe an Paul Lafargue, so große Hoffnungen auf den Kaiser setzte und nicht ohne Bedenken dessen Annäherung an den Freiherrn von Stumm beobachtete.

3. Auch das Erfurter Programm verlange das Eingreifen des Staates in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Freilich dürfe man sich nicht der Illusion hingeben, als ob der Sozialismus von oben her geschenkt werden könne, denn das Sozialideal, das für die kaiserlichen Erlasse maßgebend sei, sei natürlich nicht das Ideal der Sozialdemokratie, weil diese von dem

¹⁾ Fr. Adler, „Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky“, S. 80, Bebel an Adler, 25. Oktober 1891.

²⁾ Diesem Abschnitt liegt die deutsche Ausgabe zugrunde, der Vollmar noch einen polemischen Anhang beifügte. „Über Staatssozialismus“, Nürnberg 1892.

Grundsatz ausgehe, daß die endgültige Umgestaltung der Gesellschaft nur das Werk des Volkes selbst sein könne.

4. Vollmar war der Ansicht, daß die Zeit für die Sozialdemokratie arbeite, denn er sah in der mit „mathematischer Sicherheit“ sich vollziehenden Kapitalkonzentration und der damit verbundenen wachsenden Massenverarmung — also „marxistische Thesen“ — die Garantie dafür, daß alle staatssozialistischen Maßnahmen durch die „Entwicklung der Verhältnisse von selbst“ die Sozialdemokratie zum Siege führen werden.

Wie im Vorjahre war es wiederum Liebknecht, der im „Vorwärts“ als erster vor die Parteiöffentlichkeit trat, um auf die erneute Verletzung der Parteiprinzipien durch Vollmar hinzuweisen¹⁾. Indem Vollmar dem Klassenstaat Absichten unterschiebe, die unvereinbar mit dessen grundlegendsten Bestandteilen seien, habe er sich nach Liebknechts Ansicht bedenklich dem Klassenstandpunkt des Bürgertums genähert²⁾. Einen besonderen Aspekt erhielten nun aber die Auseinandersetzungen durch Kautsky, der vom „wissenschaftlichen“ Standpunkt aus den Kampf um die Reinerhaltung des Prinzips begann. Er fühlte sich bereits damals zum Hüter des Erbes von Karl Marx berufen und suchte Vollmar durch logische Definition zu widerlegen, der selber an nichts weniger dachte als an theoretische Streitereien³⁾. Kautsky glaubte, daß Vollmar zu seinem falschen Standpunkt gekommen sei, weil er einen nicht genügend klaren Begriff des Staatssozialismus habe. Er ging dann von Rodbertus aus, um nachzuweisen, daß es den Staatssozialisten um eine Aussöhnung der Klassen gehe. Er hielt es daher für falsch, Forderungen zu unterstützen, die von staatssozialistischer Seite aus gestellt wurden, wengleich er zugab, daß dadurch u. U. Vorarbeit für den Sozialismus geleistet werden könnte. „Verstaatlichungen“, so dozierte Kautsky weiter, „liegen im Interesse des Proletariats nur in Staaten, denen das fehlt, was die Vorbedingung, das wesentliche Merkmal des Staatssozialismus ist: Eine von der Masse der Bevölkerung unabhängige Staatsgewalt. Die Begegnung mit dem Staatssozialismus im Vollmarschen Sinne ist nur dort möglich, wo der Staatssozialismus im Sinne der Staatssozialisten keinen Boden hat⁴⁾.“ Die praktischen Forderungen des Erfurter Programms wurden nach Kautskys Ansicht nicht aus dem Bestreben heraus gestellt, das Proletariat zu befriedigen und dadurch die herrschende Klasse in der Machtposition zu erhalten, wie es der Wille der Staatssozialisten war, sondern die verlangten Maßregeln sollten allein das Proletariat stärken, damit es seine volle Kraft in den Klassenkämpfen entfalten könne.

Weniger ablehnend stand dem Gedanken an staatliche Sozialreform eine Aufsatzreihe im „Vorwärts“ gegenüber. Während Kautsky den gegenwärtigen Staat

¹⁾ Vgl. Prot. Berlin 1892, S. 202.

²⁾ Vgl. „Vorwärts“ Nr. 155; 161; 168; 169; 174 vom 6.; 12.; 21.; 22. und 28. Juli 1892.

³⁾ Vgl. Vollmar, „Zur Streitfrage über den Staatssozialismus“, NZ XI, 1, S. 196.

⁴⁾ Kautsky, „Vollmar und der Staatssozialismus“.

als solchen verneinte, wurde in dieser Artikelserie, deren Verfasser nach einem Hinweis im Vollmar-Archiv Eduard Bernstein war¹⁾, die Behauptung geäußert: „Die Sozialdemokratie schließt die Inanspruchnahme des Staates, wie er zur Zeit beschaffen ist, nicht aus.“ Es wurde zwar bezweifelt, ob in einem „bürokratisch geleiteten Bourgeoisstaat“ tatsächlich tiefgreifende Hilfsmaßnahmen für das Proletariat ergriffen werden könnten, doch hieß es dann weiter: „Wir sind keine Antistaatsfanatiker. Wir wissen, daß man den Staat nicht von heute auf morgen abschafft, daß der Staat überhaupt nicht abgeschafft wird, sondern eines Tages ein natürliches Ende erreichen wird... Schon deshalb wäre ein Aussprechen gegen den Staatssozialismus ein Unding gewesen. Aber zwischen der Ablehnung einer solchen Erklärung und dem Vollmarschen Versuch, die Partei vor den Staatssozialismus-Wagen zu spannen, ist ein grundlegender Unterschied.“

In dem Nachwort, das Georg von Vollmar der deutschen Ausgabe seines Aufsatzes beifügte, bekannte er sich noch nachdrücklicher als Bernstein im „Vorwärts“ zum Staat als bleibender Institution und verwahrte sich gegen jede Art von „Staatscheu“. Er glaubte, daß man in der Sozialdemokratie bei der Austilgung des Lassalleschen Staatsgedankens in ein anderes Extrem verfallen sei. „Man kann den Staat nach zwei Richtungen hin metaphysisch auffassen. In Wirklichkeit ist er ein körperliches Machtmittel, das mächtige Werkzeug gesellschaftlicher Beherrschung, dessen auch wir bedürfen. Dieses Werkzeug ist heute im Besitz des Kapitalismus. Aber es ist im Begriffe, seinen erlahmenden Händen allmählich zu entgleiten und wird in absehbarer Zeit in die unsrigen gelangen²⁾.“ Über das Absterben des Staates ließ er nichts verlauten. Den Staatssozialismus umriß er als eine Bestrebung, die die Souveränität des Staates auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet ausweiten wollte. Die Sozialdemokratie sollte es begrüßen, wenn der Staat seinen Aufgabenbereich vergrößere; denn der gegenwärtige Staat müsse zusehends unter den Einfluß der Sozialdemokratie gelangen, der es entschieden leichter fallen werde, dort zu wirken, wo bereits weitgehende Vorarbeiten geleistet worden seien³⁾.

Auf dem Parteitag zu Berlin sollte erneut über Vollmar zu Gericht gesessen werden. Unmittelbar nachdem der „Vorwärts“ gegen ihn die Polemik begonnen hatte, war Vollmars Selbstverteidigung zunächst recht schwächlich gewesen, denn er verschanzte sich hinter der Behauptung, durch entstellende Zeitungsberichte und Übersetzungsfehler seien Mißverständnisse verursacht worden⁴⁾. Vor dem Parteitag leugnete er wiederum wie in Erfurt, nach einer neuen Taktik gestrebt zu haben. Er wollte weder eine Annäherung an den Staatssozialismus befürworten noch einen besonderen Grund dafür sehen, daß die Feindschaft der

¹⁾ Vgl. „Vorwärts“ Nr. 176, 177, 178 vom 30.; 31. Juli und NZ 2, S. 705, 2. August 1892.

²⁾ „Über Staatssozialismus“, S. 25.

³⁾ Vgl. NZ XI, 1, S. 196 ff.

⁴⁾ Vorwärts Nr. 168, 21. Juli 1892.

Sozialdemokratie besonders dem Staatssozialismus zu gelten habe. Gemeinsam mit Liebknecht, der sein Hauptgegner gewesen war, legte er dem Parteitag eine Resolution zur Frage des Staatssozialismus vor. Darin wurde alles, was die Sozialdemokratie von dieser politischen Richtung trennte, ausdrücklich hervorgehoben; allein für die Zukunft sollte nicht jede Möglichkeit der Zusammenarbeit versperrt werden, so daß die Resolution versöhnlich schloß: „Die Sozialdemokratie hat es nie verschmäht, solche staatlichen Maßregeln zu fordern oder — falls von anderer Seite vorgeschlagen — zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse herbeiführen können¹⁾.“

Schon bald zeigte sich, daß man hier ausführte, was Vollmar unter allgemeiner Mißbilligung angeregt hatte. Die schon unter dem Sozialistengesetz begonnene reformlerische Tätigkeit der Partei wurde nicht geändert. Kaum zwei Jahre später legte nämlich Bebel ein noch viel eindeutigeres Bekenntnis zum „Staatssozialismus“ ab, als es Vollmar je gewagt hatte. „Wir müssen sogar den Staat zwingen, immer mehr Kulturaufgaben zu übernehmen. Dadurch bringen wir schließlich den heutigen Staat aus den Fugen . . . Der Standpunkt, die Staatsmacht nicht zu stärken, indem man ihr die Lösung von Kulturaufgaben überläßt, ist manchesterlich. Wir müssen diese Eierschalen abstreifen . . . Die praktischen Forderungen des Kommunistischen Manifestes sind heute zum erheblichen Teil veraltet²⁾.“

3. Bayerischer Föderalismus und Berliner Zentralgewalt

Zweimal hatte nun Vollmar die Mehrheit der Partei gegen sich gehabt und dabei nicht vermeiden können, daß seine Gegner die Entschlüsse der Parteitage jedesmal als Erfolge für sich empfanden. Aber andererseits erkannte genau so wie Bebel auch Friedrich Engels, daß energischere Maßnahmen gegen Vollmar unmöglich waren. Während man noch über den Staatssozialismus-Aufsatz stritt, schrieb er an Kautsky, die Disziplin in einer Massenpartei müsse anders geübt werden als in einer kleinen Sekte, die von Ausnahmegesetzen bedrängt werde, weshalb er es für unklug hielte, mit dem Ausschluß zu drohen. „Heute muß man den faulen Elementen die Zeit geben, so faul zu werden, daß sie fast von selbst abfallen³⁾.“

Bewußt oder unbewußt ist dieser Rat befolgt worden, und Vollmar tat viel, um weiteren Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Obwohl er im Jahre 1890 wieder in den Reichstag gewählt worden war, blieb er nun in Berlin ein seltener Gast. Er vermied die allzu häufige Berührung mit den dortigen ihn

¹⁾ Prot. Berlin 1892, S. 173.

²⁾ Prot. Breslau 1895, S. 119.

³⁾ Vgl. „F. Engels Briefwechsel mit Karl Kautsky“, 2. Aufl. 1955, S. 363, Engels an Kautsky, 4. September 1829.

feindselig betrachtenden Parteihäuptern und begann statt dessen mit dem Aufbau seiner Machtstellung in Bayern. Dort holte er sich den von den Liberalen geprägten, von der Berliner Sozialdemokratie freudig aufgegriffenen Namen „Königlich bayerischer Sozialdemokrat¹⁾.“ Sein Aufstieg hatte zwar schon zu einer Zeit begonnen, als er noch der Abgeordnete für Chemnitz im sächsischen Landtag war und in Bayern weder über eine Zeitung noch über eine feste Organisation verfügte²⁾, und von Anfang an mußte seine Tätigkeit in Bayern auf ganz anderen Voraussetzungen aufbauen, als sie im übrigen Reich bestanden. Wir sind in der glücklichen Lage, von ihm selbst darüber ein umfassendes Zeugnis zu besitzen, das durch Bemerkungen seiner Gattin ergänzt werden kann. Als nämlich Franz Mehring sich anschickte, seine bekannte Parteigeschichte zu schreiben, bat er die Vollmars um Auskunft über die Verhältnisse der Partei in Bayern. Die Antworten sind sehr aufschlußreich³⁾. Vollmar schrieb an Mehring, daß bei oberflächlicher Betrachtung kaum ein Gebiet in Deutschland geringere Aussichten für die Sozialdemokratie hätte bieten können als Bayern. „Wenn man rein nach den sozialen Verhältnissen, dem Stande der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen urteilen und dazu den Bestand des Katholizismus anschlagen wollte, so könnte kein Land und könnten wenige Städte weniger für die Sozialdemokratie geeignet erscheinen.“ Bei der Analyse der soziologischen Verhältnisse war für ihn am wichtigsten, daß Bayern ein Bauernland sei, das keinerlei Großindustrie beherberge. Aber auch den Stammeseigentümlichkeiten der Bayern maß er nicht weniger Bedeutung zu. „Eine vergleichsweise hohe Lebenshaltung; da vom Sparsinn keine Rede ist, wird jeder Einkommenszuwachs im Volk sogleich der Lebenshaltung zugeführt. Es existieren erheblich geringere Einkommensunterschiede als anderwärts, weniger Luxus, weniger Bettelarmut. Kurz, die Verhältnisse sind einfacher und nicht so ins Extrem getrieben. Infolgedessen und infolge des ausgeprägten demokratischen Gefühls ist geringerer Klassenhaß, weniger gegenseitige Absperrung und Überhebung, aber Verkehr auf gleichem Fuße vorhanden. Hiermit hängen Charaktereigenschaften der Bajuwaren zusammen; bei ungebrochener Volkskraft Starrsinn, Steifnackigkeit, wenig Unternehmungsgeist und Profitgier, keine Spur von Unterwürfigkeit, Genußfreudigkeit, mäßige Arbeitslust. Hier regt sich noch ein kräftiges Bauernvolk. Keine Spur von Spekulation und

¹⁾ Vgl. LT Bay. 11. Januar 1906, Bd. II, S. 369. — Die liberalen Abgeordneten Sartorius und Hammerschmidt prägten den Ausdruck. — Vgl. ferner Viktor Naumann, „Profile“, S. 87: „Herzlich lachte er über die Wutschreie, die erschallen, weil an seinem Haus am Walchensee die weiß-blaue Fahne aufgezo-gen wurde.“

²⁾ Erst gegen Ende des Jahres 1888 wurde in München ein „Verein für volkstümliche Wahlen“ gegründet. Vgl. dazu Vollmars Schreiben (Konzept) an die Königliche Polizeidirektion, 2. Januar 1889 (V.A.).

³⁾ Vollmar an Mehring, undatiert. Abgedruckt bei Kampffmeyer, a.a.O., S. 95 ff. (im V.A. nicht mehr auffindbar). — Julia von Vollmar an Mehring (Konzept, V.A.). — Vgl. Mehring, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 2. Aufl. Stuttgart 1903, Bd. 4, S. 254—156.

Grübeleien. Der formale Bildungstrieb ist gering. Die Religion wirkt lediglich als Gewohnheit und Kunst. *Die Politik wird wesentlich mit dem Gefühl erfaßt, für Theorien fehlt fast der Sinn.*“

In dieser vom demokratischen Gefühl — wie Vollmar sich ausdrückte — getragenen Gesellschaft fehlte die für Preußen so wichtige Schicht der Junker, da der Adel nicht so begütert war und seit jeher mit der Geistlichkeit Macht und Ansehen hatte teilen müssen. Weil das Land sich aber noch im vorindustriellen Stadium befand, kam der Einzelpersönlichkeit im politischen Leben eine überragende Bedeutung zu. Nur derjenige konnte nach Ansicht Vollmars über die bayerischen Verhältnisse mitreden, der wußte, wie wenig die „festen Parteiverhältnisse“, wie stark das „individuelle Wirken der handelnden Personen“ für die breiten Schichten der Bevölkerung von Wichtigkeit waren¹⁾. Dabei ist erstaunlich, wie Vollmar, der als Kern des sozialdemokratischen Heeres „selbstverständlich“ auch in Bayern die Industriearbeiter betrachtete, einen Propagandastil entwickeln konnte, der nicht auf die industrielle Masse berechnet war, sondern viel eher den Gefühlen des noch alten Traditionen verhafteten Volkes entgegenkam²⁾. Mit der Schilderung seiner Stammesbrüder — dieser Eindruck drängt sich unwillkürlich auf — verband er eine Selbstcharakterisierung. Genau wie die Bayern nach seiner Darstellung kein Interesse an politischen Theorien fanden, hatte er selbst daran keine Freude, und auch die Tage der Gefängnishaft, die Bebel zum Studium und zur Schriftstellerei ausnützte, füllte Vollmar lieber mit schöngeistiger und historisch-darstellender Lektüre sowie mit Schnitzarbeiten aus, weil ihn das nicht am „Träumen“ hinderte³⁾. Seine Gattin sah in ihm den Typus eines Gebirgsbayern, der viel zu phlegmatisch war, um eine übermäßige politische Herrschgier zu entwickeln. „Seine Stellung hier beruht viel mehr auf Imponderabilien als bloß auf bestimmter, zielbewußter Arbeit und ist eigentlich ein Geschenk, das er seinen bayerischen Natureigentümlichkeiten verdankt. Ich kann mir kaum eine bessere Inkarnation dieser halb leichtsinnigen, halb schwerfälligen und leicht zu beeinflussenden Menschenklasse vorstellen.“ Auf die vorbereitete Gefühlsgemeinschaft mit der Umgebung und auf die Gabe, sich unmittelbar in die Gedankenwelt des Gegners hineindenken zu können, auf intuitive Fähigkeiten führte Julia von Vollmar die politischen Erfolge ihres Mannes zurück⁴⁾. Die Nöte und Sorgen des Volkes wußte er unmittelbar auszusprechen, er redete die Sprache des Volkes; den bayerischen Dialekt verwandte er auch in Versammlungsreden. Selbst die ersten Propagandabroschüren haben eine von der Mundart durchtönte Sprache. In Lodenjacke und Lederhose wurde der „Girgl“ für

¹⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 95.

²⁾ Der Ausdruck „Volk“ spielt in der Sprache Vollmars eine viel größere Rolle als „Klasse“ oder „Proletariat“.

³⁾ Vollmar an Julia, 10. Juni 1887 (V.A.).

⁴⁾ Julia von Vollmar betonte gegenüber Mehring, daß sie erst als reife Frau ihren Mann kennengelernt habe und daher ihn mit gewisser Objektivität betrachten könne.

das Volk der oberbayerischen Gebirgsgegend, wo bis dahin kaum der Name „Sozialdemokrat“ gehört worden war, eine plastische Vorstellung. Durch Anpassung an die Vorstellungswelt seiner Zuhörer suchte er in bis dahin unberührte Herrschaftsbereiche des Zentrums einzubrechen. „Vom Marxismus wußten die Genossen in Lederhosen mit bloßen Knien, dem griffesten Messer in den Taschen und der Spielhahnfeder auf dem Hut freilich nichts. . . Eher dürfte Ignaz Auer recht gehabt haben, der behauptete, es wären hauptsächlich Haberfeldtreiber und Wildschützen, die sich der Sozialdemokratie anschlossen¹⁾.“

Dieser direkte persönliche Einfluß Vollmars blieb auf Altbayern, d. h. auf Ober- und Niederbayern sowie auf Teile von Schwaben und der Oberpfalz beschränkt. Weil aber neben ihm zwei gleichgesinnte politische Freunde standen, die in den anderen Gebieten des Staates dasselbe Ziel verfolgten, erhielt die bayerische Sozialdemokratie ein so eigenes Aussehen. Karl Grillenberger (1848 bis 1897) war viel länger in der Partei tätig als Vollmar. Er entstammte einer durch den frühen Tod des Vaters verarmten Lehrersfamilie. Von Beruf war er Schlosser, doch wurde er schon in jüngeren Jahren Redakteur und Verleger in Nürnberg, wo es ihm gelang, auch während des Sozialistengesetzes ohne größere Unterbrechung eine eigene Zeitung herauszugeben. Seit 1881 vertrat er Nürnberg im Reichstag. Dort machte er sich in den Kämpfen um das Septennat einen Namen und bekundete öffentlich seine undogmatische Auffassung der Politik²⁾. Im nördlichen Bayern hatte die Sozialdemokratie schon mehr Tradition als in den altbayerischen Gebieten. Für Grillenberger als Einzelpersonlichkeit war es nicht ganz leicht, sich gegenüber der radikaleren Richtung, an deren Spitze sein früherer Schützling Karl Oertel stand, durchzusetzen. Durch seine Vitalität gelang es ihm jedoch zeitlebens, die fränkische Sozialdemokratie in der Richtung Vollmars zu halten³⁾.

Der Aufstieg der Sozialdemokratie in der Pfalz geschah unter der Führung von Franz Josef Ehrhart (1853 bis 1908). Als Sohn einer Dienstmagd hatte er eine sehr harte Jugend gehabt und mußte noch in reiferen Jahren mit unermüdlichem Fleiß die Lücken seiner Schulbildung schließen. Als Handwerksbursche war er auf der Wanderschaft durch Süddeutschland zum ersten Male mit Sozialisten zusammengekommen. Während des Ausnahmegesetzes emigrierte er zeitweilig nach Paris, Brüssel und London, wo er sich dem Anarchisten Most anschloß. In den achtziger Jahren ließ er sich in Ludwigshafen am Rhein nieder⁴⁾.

¹⁾ Wolfgang Heine, „Lebenserinnerungen“ (Ungedrucktes Manuskript).

²⁾ Vgl. RT, 28. Februar 1891.

³⁾ Vgl. Mehring, „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 2. Aufl. Stuttgart 1903, Bd. 4, S. 252 ff. — G. Gärtner, „Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868—1908“, Nürnberg 1908.

⁴⁾ Vgl. „Die Hilfe“ Jg. XIV, Nr. 31. — Erich Schneider, „Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—1899“, phil. Diss., Mainz 1956, S. 41 f.

Schon in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes kamen Vollmar, Ehrhart und Grillenberger in nähere Berührung miteinander, und bald verband sie eine tiefe persönliche Freundschaft. Ehrhart und Grillenberger blieben die einzigen bayerischen Parteigenossen, deren Gleichberechtigung neben Vollmar schon dadurch zum Ausdruck kam, daß das brüderliche „Du“ sie mit ihm verknüpfte. Hinter den alltäglichen Organisationsfragen, taktischen Überlegungen und Wahlvorbereitungen waren auch bei ihnen — im Falle Grillenberger sogar schon früher als bei Vollmar — die radikalen Illusionen zurückgetreten. Der besonders bei dem Pfälzer Ehrhart ausgeprägte Humor und Witz überwand jede starre Dogmatik und hat in Erfurt bei der Beratung des Antrages von Oertel Vollmar aus einer bedenklichen Situation retten können¹⁾.

Die Mehrzahl der übrigen Parteiführer der bayerischen Sozialdemokratie konnte sich in den neunziger Jahren nicht mit Vollmar auf die gleiche Stufe stellen. Julia von Vollmar deutete in dem bereits erwähnten Brief an Mehring an, daß ihr Gatte nicht leugnete, einem anderen sozialen Milieu als die meisten der übrigen Sozialdemokraten zu entstammen und auch noch darin beheimatet zu sein. Dadurch wurde das Ansehen ihres Mannes nach Julias Meinung nur noch gesteigert. Tatsächlich galt er nicht allein in den südlichen Teilen Bayerns etwas, sondern er genoß überhaupt einen solchen Ruf, daß bei seinen Agitationsreisen durch die süddeutschen Staaten in den Jahren 1891 und 1892 selbst in den kleinen württembergischen und badischen Landstädtchen ihn stets eine vielhundertköpfige Zuhörerschaft erwartete²⁾.

Die Landtagswahl von 1893 wurde für die Geschichte der bayerischen Sozialdemokratie ein wichtiges Ereignis. Um diese Wahlen vorzubereiten, fanden sich im Jahre 1892 zum ersten Male sozialdemokratische Vertreter aus allen Teilen Bayerns zu einem eigenen Landesparteitag zusammen, der in Regensburg stattfand. Erst seit diesem Zeitpunkt kann man von einer eigentlichen bayerischen Sozialdemokratie sprechen, denn bis dahin hatte es keine, wenn auch noch so lose Zusammenfassung der sozialdemokratischen Organisationen in den verschiedenen Bezirken Bayerns gegeben³⁾. Auf dem ersten Landesparteitag wurde ein eigenes Landtagswahlprogramm aufgestellt, dessen Entwurf weitgehend der Feder Vollmars entstammte⁴⁾. Vollmars Absicht war, in allen Bevölkerungsschichten diejenigen für die Sozialdemokratie zu gewinnen, die mit den vorhandenen politischen und gesellschaftlichen Zuständen unzufrieden waren, und beschränkte sich nicht darauf, die in Bayern noch recht schwache Arbeiter-

¹⁾ Prot. Erfurt 1891, S. 287.

²⁾ Vgl. „Württembergische Volkszeitung“, 24. September 1892 (Ausschnitt im V.A.), ferner die Briefe Vollmars an Julia aus den Jahren 1891/92. Er sprach u. a. in Reutlingen, Biberach/Riß, Offenburg, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau sowie in verschiedenen Städten der Rheinpfalz.

³⁾ Vgl. E. Schneider, a.a.O., S. 148 ff.

⁴⁾ Handschriftliche Bemerkungen und Entwürfe im V.A.

klasse allein anzusprechen. Das Programm sollte kein abstraktes „wissenschaftliches“ Parteiprogramm sein, sondern eine Aufstellung von Forderungen, die auch den Ungeschulten teilweise bekannt, begrifflich und sympathisch waren. Die einundzwanzig Abschnitte des Aktionsprogrammes für die Landtagswahl enthielten daher Forderungen, die auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet lagen. Lediglich der letzte Punkt „Kündigung des mit Rußland abgeschlossenen Auslieferungsvertrages, welcher Bayern zum willenslosen Werkzeug asiatischer Barberei erniedrigt“, griff über den innenpolitischen Rahmen hinaus. Das Hauptgewicht lag auf den verfassungsrechtlichen Forderungen, besonders auf der Forderung nach einem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht. Da aber der Gedanke an das Frauenstimmrecht mancherorts noch befremdend wirken mußte, verzichtete Vollmar darauf, es ausdrücklich zu verlangen, und forderte die Wahlberechtigung „für alle volljährigen Bayern“. Die neben der Kammer der Abgeordneten noch bestehende erste Kammer sollte abgeschafft werden und mit ihr — das war ein weiterer Punkt des Landtagswahlprogramms — sollten sämtliche Standesvorrechte verschwinden. Die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat wurde aus dem allgemeinen Parteiprogramm übernommen. Vollmar war jedoch sehr darauf bedacht, daß dieser Programmpunkt von den politischen Gegnern nicht als „Kirchenraub“ mißdeutet werde, und setzte daher erläuternd hinzu: „Den Kirchen steht es frei, ihren Unterhalt nach eigenem Ermessen durch Leistungen ihrer Mitglieder zu bestreiten¹⁾.“

1893 zogen dann zum ersten Male sozialdemokratische Abgeordnete in die zweite Kammer des bayerischen Landtages ein. Vier von ihnen waren in Nürnberg gewählt worden, einen — es war Vollmar — schickte München als Abgeordneten. Diese kleine Schar übte bald einen Einfluß aus, der „um das Dutzendfache“ die zahlenmäßige Schwäche der Landtagsfraktion überstieg. Zum Erstaunen ihrer politischen Gegner schenkten sie nicht nur den Anliegen der Industriearbeiter ihr Interesse, sondern beteiligten sich auch an der Erörterung aller Fragen, „welche irgendeinen wesentlichen Volksteil oder gar das Gemeinwesen als solches und die Kultur“ berührten²⁾. Insgesamt ergriffen die fünf Sozialdemokraten in den drei Sitzungsperioden des 1893 gewählten Abgeordnetenhauses sechshundertmal das Wort und brachten vierzig Anträge und Interpellationen ein³⁾, wobei sie die „programmatischen Gesichtspunkte und das praktisch Erreichbare“ verknüpften⁴⁾. Die Mehrzahl der Anträge zielte darauf ab, der bayerischen Verfassung eine parlamentarisch-demokratische, dem westeuropäischen Vorbild nachgeahmte Form zu geben. Grillenberger recht-

¹⁾ Prot. Bay. 1892, S. 15—18.

²⁾ Kampfmeier, a.a.O., S. 96 f. Vollmar an Mehring.

³⁾ „Die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag 1893/99“ (Handbuch für Landtagswähler), S. 7.

⁴⁾ Kampfmeier, a.a.O., S. 96 f.

fertigte das, indem er behauptete, die Sozialdemokratie müsse erst die elementarsten Versäumnisse der Liberalen und bürgerlichen Demokraten nachholen, ehe sie daran gehen könne, eigentlich sozialistische Forderungen zu stellen¹⁾. Die parlamentarische Mehrheit als Ausdruck des Volkswillens sollte einst die Wegbereiterin des Sozialismus sein. Wie Vollmar 1894 vor dem bayerischen Parteitag darlegte, sollten dem Volk nicht „über seinen Kopf hinweg“ Gesetze aufgedrängt werden, sondern es müsse belehrt werden, daß sich die Ziele der Sozialisten in Übereinstimmung mit den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Gesamtbevölkerung befänden²⁾. Weil die Sozialdemokraten in Bayern noch auf einem von ihnen ziemlich unerschlossenen Neuland standen, glaubte Vollmar, daß hier besondere psychologische Rücksichten zu nehmen seien. *Die Zustimmung zum bayerischen Budget 1894* wollte er auf dem bayerischen Parteitag zunächst in diesem Sinne gedeutet wissen. Den Gegnern wäre es gewiß nicht schwer gefallen, im Falle einer Ablehnung alle sozialdemokratischen Anträge auf Verbesserungen und Erhöhung der Ausgaben für Kulturzwecke als bloßen Schwindel darzustellen. Seine Feststellung, daß von den 328 Millionen Mark des Gesamtbudgets nur 15 Millionen für die sozialdemokratische Fraktion völlig unannehmbar wären, zeigte, daß nicht allein psychologische Rücksichten ihn und die Fraktion bei ihrer Entscheidung bestimmt hatten, sondern nicht minder die Anschauung, daß zwischen der Partei und dem gegenwärtigen Staat nicht eine große, unüberwindbare Kluft bestand³⁾; wie ja schon Vollmar im Streit über den Staatssozialismus den Staat, wie er war, als die Basis für die sozialistische Gesellschaftsordnung betrachtet hatte. Grillenberger leistete seinem Freunde Hilfestellung und wies auf die Einstimmigkeit der Fraktion bei dem folgenschweren Entschluß hin. Damit wollte er allen in Norddeutschland kursierenden Gerüchten entgegentreten, die Bewilligung sei lediglich „eine Mache von Vollmar⁴⁾“. Der bayerische Parteitag verschloß sich nicht den Darlegungen seiner Führer. Selbst Karl Oertel aus Nürnberg wollte in der Budgetbewilligung lediglich eine „Zweckmäßigkeitsfrage“ sehen⁵⁾. Einstimmig wurde die gesamte parlamentarische Tätigkeit der Fraktion gutgeheißen.

In Berlin hatte man zunächst nicht mit Lobesworten gespart, als die Bayern im Landtag eine so rührige Tätigkeit entfalteten⁶⁾. Die Bewilligung des Budgets wirkte jedoch verstimmend. Ohne Furcht aber konnte Vollmar drei Wochen nach dem zweiten bayerischen Parteitag zum Kongreß der Gesamtpartei nach Frankfurt reisen, weil er sich bewußt war, daß man nicht ihn als Einzelperson, sondern die gesamte bayerische Sozialdemokratie verurteilen mußte, wenn ge-

1) Prot. Bay. 1894, S. 27 f.

2) Prot. Bay. 1894, S. 29.

3) Ebd., S. 33.

4) Ebd., S. 37.

5) Ebd., S. 40.

6) Vollmar an Julia, 10. März 1893 (V.A.).

gen die Budgetbewilligung eine Resolution gefaßt werden sollte¹⁾). Schon beim Streit über den Staatssozialismus hatten sich die Münchener Sozialdemokraten hinter ihren Führer gestellt²⁾). Gegenüber 1891 hatte sich seine Stellung nun grundsätzlich geändert. Damals hatte es zwar auch nicht an rührenden Beweisen der Anhänglichkeit an ihn gefehlt³⁾, doch schien es zeitweise recht fraglich, ob die Münchener Genossen mutig genug waren, ihn an seiner führenden Stelle zu belassen⁴⁾).

In Frankfurt standen sich zwei Meinungsfronten gegenüber. Bebel als Sprecher der entschiedenen Richtung sah in der Haltung der Bayern eine gefährliche Bereitschaft zum Kompromiß mit den herrschenden Staatsgewalten und nannte alle Versuche, mit psychologischen Gründen die eingennommene Haltung zu rechtfertigen, nur Aufgabe des Prinzips zugunsten von Methoden des „Stimmen- und Bauernfangs⁵⁾“. Neben einer ausführlichen Darlegung gerade dieser psychologischen Rücksichten, in deren Verlauf auf das Fehlen jedes Verständnisses für theoretische Fragen in der Masse der bayerischen Bevölkerung hingewiesen wurde, suchte Vollmar wie 1891 und 1892 die Differenzen zu bagatellisieren. „Der Reichstag“ — so sagte er wörtlich — „ist der Ort, wo die großen Prinzipienfragen entschieden, der allgemeine Geist der Politik festgestellt wird; die Landtage haben im wesentlichen nur die Konsequenzen daraus zu ziehen, sie haben nur Verwaltungspolitik zu treiben⁶⁾.“ Bebel legte eine Resolution vor, die jede Zustimmung zum Budget verurteilte; jedoch wurde ein verwässernder Zusatzantrag eingebracht, der für besondere Fälle noch eine letzte Möglichkeit offen ließ⁷⁾). Damit wurde die Resolution Bebels zu einer Kompromißformel, die mit den Stimmen Vollmars, Grillenbergers, Ehrharts und Oertels angenommen werden konnte⁸⁾).

In den Debatten von Frankfurt wurde erst offenkundig, daß in anderen süddeutschen Parlamenten — der badische und der hessische Landtag wurden ge-

¹⁾ Prot. Frankfurt 1894, S. 109.

²⁾ Prot. Berlin 1892, S. 22.

³⁾ Vgl. den Brief eines der rühmlichsten Genossen aus einem *ländlichen* Bezirk (V.A.): Kolbermoor, den 25. Oktober 1891
Werter Genosse!

Ich hatte Ihnen schon längst schreiben sollten; ich wartete, bis der Parteitag zu Ende war, da ich für den Fall, daß Sie in der Partei nicht thätig sein wollten, auch jede Agitation hätte gut sein lassen . . .
Franz Sperber.

⁴⁾ Vgl. Fremdenblatt (München) No. 490, 28. Oktober 1891. — Münchener Neueste Nachrichten, 28. Oktober 1891. — Nach einer Parteiversammlung stellten beide Blätter fest, eine „allgemeine Erschütterung“ habe die Stellung Vollmars in der Partei ins Wanken gebracht (Ausschnitte V.A.).

⁵⁾ Prot. Frankfurt 1894, S. 114—119.

⁶⁾ Prot. Frankfurt 1894, S. 109—112.

⁷⁾ Ebd., S. 133 — Bebel wollte die Zustimmung zum Staatshaushalt verweigern, „weil die Bewilligung des Gesamtbudgets als Vertrauensvotum gilt“. Das Wort „weil“ wurde dann aber durch „soweit“ ersetzt.

⁸⁾ Ebd., S. 133.

nannt — die sozialdemokratischen Abgeordneten schon früher den Finanzgesetzen zugestimmt hatten, wovon man bisher jedoch in Berlin keine Notiz genommen hatte¹⁾). Für Vollmar war das natürlich ein geeigneter Anlaß, um die Interessengemeinschaft der süddeutschen Sozialdemokraten gegenüber der Parteileitung in Berlin hervorzuheben. Hier zeigte sich zum ersten Male, daß die *Mainlinie* auch für die sozialdemokratischen Deutschen eine wichtige ethnographische Grenze war. Während Bebel wohl am freimütigsten von allen Mitgliedern des Parteivorstandes für einen radikalen Unitarismus des Reiches eintrat, war für Vollmar nichts schlimmer, als wenn der nivellierende Einfluß des preußischen „Korporalgeistes, der alles von einem Punkte aus diktieren“ wollte, auch für die Sozialdemokratie bestimmend werden sollte²⁾). Grillenberger war in Frankfurt vielleicht noch offener. Er brachte zur Sprache, daß unter den bayerischen Genossen bereits „große Erbitterung“ gegen die anmaßende Redeweise der im Norden befindlichen Parteileitung herrsche und verhehlte nicht, daß die bayerische Sozialdemokratie sich in Landesangelegenheiten nicht unbedingt nach einem Beschluß richten könnte, der von der Gesamtpartei getroffen sei³⁾).

Erst nach dem Parteitag ergab sich eine Gelegenheit, bei der die Bayern ihre Solidarität bekunden konnten. Bebel war nämlich unbefriedigt von Frankfurt weggegangen und machte seinem Ärger am 14. November 1894 vor dem zweiten Berliner Wahlkreis in einer großen, heftigen Rede Luft. Er bedachte Vollmar mit harten, zum Teil nicht besonders geschmackvollen Ausdrücken. Dessen „*Staatskunst*“ — so nannte er hier zum ersten Male die Taktik seines Nebenbuhlers — habe sich nun, wo der Kaiser die Umsturzvorlage fordere, als völlig illusionär erwiesen. In dem versöhnlichen Beschluß des Frankfurter Parteitages sah er ein Anzeichen dafür, daß die Partei nur in die Breite, nicht aber in die Tiefe gewachsen sei, und meinte demgegenüber, daß eine kleine, wohl disziplinierte Gruppe einem großen ungefügigen Haufen vorgezogen werden müsse⁴⁾).

Obwohl er sich völlig bewußt war, daß seine eigene Lage in Nürnberg nicht in jeder Hinsicht sicher war, reagierte als erster der Bayern Grillenberger mit ungewöhnlicher Schärfe. Was ihn besonders erregte, war der Hinweis Bebels auf die finanziellen Unterstützungen, die vom Norden in den Süden flossen. Er berief nach Nürnberg drei Protestversammlungen ein⁵⁾. Vollmar wartete zu-

1) Ebd., S. 109—112.

2) Prot. Köln 1893, S. 160 (Bebel). — Prot. Frankfurt 1894, S. 111 (Vollmar).

3) Prot. Frankfurt 1894, S. 123.

4) Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 318, 19. November 1894.

5) Ebd. Nr. 325. — „Fränkische Tagespost“ 29. November und 5. Dezember 1894. — Vgl. Grillenberger an Vollmar: „Wenn ich nur der Nürnberger ganz sicher wäre. Das große Gros geht ja durch dick und dünn mit mir, aber es ist ein Dutzend einflußreicher Stänkerer da, die direkt von Berlin aus . . . angestiftet sein müssen zu rebellieren. Und dann haben wir den Mephisto Oertel im eigenen Nest sitzen.“ (V.A.).

nächst ab, wie der Parteivorstand sich zu Bebel stellen würde¹⁾, und ging erst dann in der „Münchener Post“ mit einer Aufsatzreihe „Bebels Fahnen-erhebung“ zum Gegenangriff über. Es fiel ihm nicht schwer, verschiedene Widersprüche Bebels nachzuweisen, bei dem etwa Jeremiasklagen über die Versumpfung der Partei mit verzückten Erwartungen des „Kladderadatsch“ sich abwechselten. Den Vorwurf, die Bayern seien „partikularistische Spießbürger“, fand er wenig originell, weil dessen erster Teil dem Bürgertum, sein zweiter den Anarchisten abgelautet sei²⁾. Der Münchener sozialdemokratische Ortsverein stellte sich am 26. November in einer großen Versammlung hinter Vollmar. In der Diskussion bemerkte Sebastian Wittl, der damals in der Münchener Partei eine führende Rolle spielte, „daß man gegenüber den Angriffen Bebels kaum so duldsam sein könnte wie Vollmar selber“. Zwei Resolutionen teilten mit Grillenberger und Vollmar die Entrüstung über Bebels Verhalten³⁾.

4. Die Agrarfrage

Der Streit um die Budgetbewilligung war nur ein Vorspiel zu einer Auseinandersetzung über die Haltung der Sozialdemokratischen Partei zu Bauerntum und Landwirtschaft. In den Rücksichten, die man in Süddeutschland auf die Gefühle und Lebensgewohnheiten der Bauern nahm, sah Kautsky den eigentlichen Grund zu allen opportunistischen Verirrungen⁴⁾.

Vollmar hatte bei den Landtagswahlen 1893 versucht, direkt und indirekt zum Bauerntum vorzustoßen. Der indirekte Weg ging über den bayerischen Bauernbund. Er knüpfte an diese bäuerliche Bewegung die Hoffnung, daß sie als Spaltprodukt des Zentrums diese Mehrheitspartei schwächen würde. Gleichzeitig dachte er auch schon weiter und wollte voraussehen, daß der Bauernbund, bei dem sich „reaktionäre und halbsozialistische“ Forderungen mischten, für die von ihm in der Hauptsache vertretenen bäuerlichen Mittelschichten zum Wegbereiter der Sozialdemokratie werden würde⁵⁾. Eingehende Konferenzen führten ihn vor und nach der Landtagswahl mit den Führern des Bauernbundes zusammen, für deren Wichtigkeit die Besorgnisse des Zentrums ein gültiger Maßstab sein konnten⁶⁾.

Weit mehr läßt sich jedoch über die Versuche Vollmars sagen, unmittelbaren Zugang zum Bauerntum zu erlangen, denn gerade seine in Deutschland damals

¹⁾ Vollmar an Liebknecht, 20. November 1894 (Konzept im V.A.).

²⁾ Münchener Post Nr. 265, 266, 267, 269 vom 22., 23., 24., 27. November 1894. Der Titel knüpfte an eine Äußerung Bebels in Erfurt 1891 an, er werde die Fahne der Rebellion gegen die Partei erheben, wenn sie die Taktik Vollmars billigen würde.

³⁾ Vgl. „Augsburger Postzeitung“ Nr. 328, 27. November 1894.

⁴⁾ Kautsky an Engels, 14. November 1894, a.a.O., S. 413.

⁵⁾ Vollmar an Mehring. Kampffmeyer, a.a.O., S. 96.

⁶⁾ Vgl. Bachem, a.a.O., Bd. VIII, S. 25.

einzigartigen agitatorischen Erfolge in den oberbayerischen Landkreisen waren es, die ihn mit freudigem Stolz erfüllten¹⁾). Gleich nach seiner Wahl in die Kammer der Abgeordneten begann er, für die Interessen der Bauern einzutreten, und verlangte staatliche Maßnahmen zur Linderung einer durch Mißernte entstandenen Futternot. Wie den anderen bedrückten Schichten des Volkes müsse auch den Bauern „kommunistische Unterstützung“ von seiten des Staates zuteil werden, der auch in der Landwirtschaft regulierend und helfend eingzugreifen habe. In der speziellen Futterfrage pflichteten daher die Sozialdemokraten zunächst einem Regierungsentwurf bei, der die Bereitstellung von 2 Millionen Mark als unverzinsliche Vorschüsse für die geschädigten Landwirte vorsah, und unterstützten zugleich einen Zentrumsantrag, der landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften den zollfreien Bezug von eingeführten Futtermitteln ermöglichen sollte²⁾). Während einer größeren Debatte über die Verbesserungen der landwirtschaftlichen Verhältnisse stellten die bayerischen Sozialdemokraten einen umfassenden Antrag auf Verstaatlichung des Hypothekenwesens. In der Begründungsrede bemerkte Vollmar, daß der Begriff „Verstaatlichung“ keineswegs „bloß die spezielle Organisation, welche man den Staat bezeichnet“, umfassen sollte, sondern jede Art von öffentlich rechtlicher Körperschaft, wie Gemeinden, Kommunalverbände, Provinzen usw. Dieser Antrag sollte geeignete Maßnahmen veranlassen, um der „steigenden Bedrängnis“ der landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetriebe entgegenwirken zu können und den Bauern weitmöglichst ihre Selbständigkeit zu erhalten. Selbst bei Übergang eines stark verschuldeten Anwesens in den Besitz der öffentlichen Hand sollte weitgehend die Bewirtschaftung durch den früheren Eigentümer beibehalten werden, soweit dieser dazu in der Lage war³⁾). In Parallele zur Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung in der Industrie regte Vollmar in der bayerischen Kammer eine Reihe weiterer staatlicher Interventionen in die sozialen Verhältnisse der Landwirtschaft an. Dazu gehörte die Entschädigung der durch Tierseuchen entstandenen Verluste, die Senkung bzw. der Erlaß der Grundsteuer für alle Landwirte, die durch Mißernten besonders stark heimgesucht wurden, sowie die Ausdehnung der Sozialversicherung auf Arbeitnehmer in der Landwirtschaft⁴⁾).

Während nun diese Forderungen und parlamentarischen Anträge meist den Erfordernissen der Stunde entsprangen, besaß man in der Partei keine Gesamtkonzeption für die Agrarpolitik. Seitdem die Streitereien über die Grund- und Bodenfrage mit ein Anlaß zur Auflösung der ersten Internationale gewesen waren, hatten diesbezügliche Fragen kaum mehr die Diskussionen sozialistischer

¹⁾ Vollmar an Julia, 22. November 1891, 1. Mai 1893 und viele andere Briefe (V.A.).

²⁾ LT Bay., 25./26. Oktober 1893, Bd. I, S. 293—315.

³⁾ LT Bay. 1893, Beilagen Bd. I, Beilage 13. — Vgl. Schlessinger, „Die Agrartheorien der Sozialdemokratie 1895—1914“, Jur. Diss. München 1938.

⁴⁾ LT Bay. 25./26. Oktober 1893, 9. und 22. November 1893, 8. Januar 1894.

Kongresse bestimmt¹⁾). Dem Frankfurter Parteitag 1894 lag nun eine Reihe von Anträgen vor, die eine eingehendere Beschäftigung mit der Agrarfrage verlangten. Die inhaltsreichste Resolution war von Georg von Vollmar und dem anfangs in München, nun aber in Sachsen tätigen Journalisten Dr. Bruno Schönlanck eingebracht worden. Beiden oblag es zudem, in längeren Referaten die gemeinsam vorgelegte Entschliebung zu begründen. Schönlanck stellte in den Vordergrund seiner Betrachtungen die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Ostelbien, wobei er vielfach die Untersuchungen Max Webers erwähnte. Das Ergebnis seines Referates war, daß die Sozialdemokratie vorerst auf dem Lande mit keinem größeren Erfolge rechnen könnte und einen Fortschritt schon allein darin erblicken müßte, wenn die „Neutralisierung“ der Bauern im Klassenkampf gelingen sollte²⁾). Ganz anders als Schönlanck ging Vollmar als dessen Korreferent induktiv von seinen Erfahrungen in der bayerischen Landagitation aus. Die Agrarfrage war für ihn ausschließlich eine *Bauernfrage*, da Großgrundbesitz und Landproletariat für Bayern praktisch ohne Belang waren und der bäuerliche Familienbetrieb den Ausschlag gab. Auch unter den Bauern wollte er eine wachsende Bereitschaft zur Aufnahme sozialistischer Ideen sehen, da sie in zunehmender Bedrängnis — Vollmar sprach in Frankfurt sogar von „wachsender Verelendung“ — sich befanden. Unter dieser „Verelendung“ begriff er zunächst die allgemeinen, den Bauern aber besonders hart treffenden Belastungen durch den langen Militärdienst und die Steuern³⁾, dann aber vor allem die steigende Verschuldung der Landwirtschaft, die er als eine Folge der veränderten Situation für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt ansah. Indem er das Wort „Verelendung“ aussprach, griff er wie in den früheren Debatten auf die Parteideologie zurück, um aber auch hier wiederum andere Konsequenzen zu ziehen. Einmal wußte er nämlich aus seiner vielfältigen persönlichen Berührung mit dem Landvolk, daß man diesem nicht eine Überführung seines Besitzes an Grund und Boden in „Gemeineigentum“ als Zukunftsziel vor Augen führen durfte, ohne seine Sympathien zu verlieren. Zum anderen äußerte er aber auch Zweifel, ob für die Landwirtschaft das gleiche Entwicklungsgesetz gelte wie für die Industrie. Weil er kein Systematiker war, kam er hier noch nicht zu einem neuen, endgültigen Resultat, zeigte jedoch umrißhaft eine andere Entwicklungsmöglichkeit für die Landwirtschaft. Die Zerstörung der Mittel- und Kleinbetriebe ging dort nicht so sehr — wie in der Industrie — „durch die Konkurrenz der Großen gegen die Kleinen innerhalb der ländlichen Produktion, sondern wesentlich von außen her durch das Geldkapital vor sich“. Zweifel hegte er ferner, ob der Großbetrieb vom wirtschaftlichen Standpunkt aus auf dem Lande wie in der Industrie arbeitsintensiver und rationeller sei als

¹⁾ Bernstein, „Lehrjahre“, S. 98 f.

²⁾ Prot. Frankfurt 1894, S. 141.

³⁾ Vgl. dazu schon Vollmars erste in Bayern verfaßte Broschüre, „Wie's im Reichstag zugeht!“, München 1884.

der bäuerliche Mittel- und Kleinbetrieb, weil auch die Verwendung technischer Hilfsmittel wie Dampfpflug und Dampfmästereien seine Überlegenheit noch nicht erwiesen hätten¹⁾).

Wie er aus psychologischen Rücksichten im Landtag bereits Schutzmaßnahmen für die Bauernschaft gefordert hatte, so verlangte er nun von der Partei, daß sie nicht tatenlos die Bauern dem Elende preisgab, weil dadurch auch jede Arbeiterschutzpolitik unmöglich werde, da die proletarisierten Bauern in die Stadt drängten und dort vom Kapital als Lohndrucker willkommen geheißen würden. Hingegen war es nach Vollmars Ansicht die Aufgabe der Partei, den Bauern einen Weg zu weisen, wie sie als selbstwirtschaftende Individuen in die sozialistische Gesellschaft hineinwachsen könnten. Freilich waren die überkommenen Vorstellungen und besonders der Hochmut des Städters schlechte Voraussetzungen für eine glückliche Landagitation. Wie er bei der Rechtfertigung seines Aktionsprogramms auf das Vorbild der Schweizer Genossen verwiesen hatte, so deutete er nun auf die französischen Sozialisten der Richtung Jaurès, die sich auf ihrem Kongreß in Nantes gerade ein Agrarprogramm gegeben hatten. Er fügte noch hinzu, daß seines Wissens Friedrich Engels sich mit den Franzosen einverstanden erklärt hatte. Auf sofortige Anfrage von Kautsky kam jedoch aus London ein Dementi²⁾).

Die von Vollmar und Schönlank vorgelegte Resolution zur Agrarfrage wurde angenommen, eine darin geforderte Studienkommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms konstituierte sich. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit wurde dieser Arbeitsausschuß bald in einen nord-, einen mittel- und einen süddeutschen Unterausschuß aufgegliedert und jede dieser Teilkommissionen machte sich an die Aufstellung eines eigenen Programmentwurfs. Wie sich versteht, gab Vollmar im süddeutschen Ausschuß die Richtung an. Zwar konnte er an den Sitzungen in Berlin nicht mehr teilnehmen, da aufs neue seine körperlichen Kräfte versagten und er fast das ganze Jahr 1895 auf die persönliche Teilnahme an der Politik verzichten mußte³⁾. Statt seiner übernahm der Hesse Dr. Eduard David die Leitung der süddeutschen Teilkommission. Auf seine Initiative hin hatten bereits 1894 die Sozialdemokraten in Gießen den Frankfurter Parteitag

¹⁾ Prot. Frankfurt 1894, S. 144 ff. Zehn Jahre zuvor hatte er anders gedacht (RT 20. April 1885, S. 2204). „Meine Herren, Ihre ganze Schutzzollpolitik dient zu nichts anderem, als den ohnehin schon wirtschaftlich starken Großgrundbesitz noch stärker zu machen. Der Prozeß der Aufsaugung der Kleinen durch die Großen kommt dadurch in eine noch schnellere Gangart.“

²⁾ Der Antwortbrief von Friedrich Engels wurde im Vorwärts veröffentlicht und in das offizielle Parteitageprotokoll (Prot. Frankfurt 1894, S. 151) aufgenommen. Zur Stellungnahme von Engels vgl. G. Mayer, „Friedrich Engels“, Bd. II, S. 493.

³⁾ Vgl. Julia an die Münchener Parteifreunde (Konzept) etwa Januar 1895 (V.A.). Es handelte sich um einen durch Überarbeitung zugezogenen neuerlichen Ausbruch seines nervösen Kriegseleidens. Im Anschluß an seine Erkrankung begab sich Vollmar im Sommer 1895 in das Institut des Orthopäden Hessing in Göggingen bei Augsburg, wo er durch eine schmerzhaft Kur nach 24jähriger Lähmung wieder eine beschränkte Gehfähigkeit ohne Hilfsmittel erlangte. Vgl. Vollmar an Julia, Sommer-Herbst 1895 (V.A.).

aufgefordert, an die Ausarbeitung eines Agrarprogramms zu gehen¹⁾. Der Programmwurf der Süddeutschen entstammte jedoch in seinen Grundlagen den Gedanken Vollmars. David, der sich in seinen Anschauungen nicht wesentlich von ihm unterschied, überarbeitete noch die Skizze Vollmars und feilte sie stilistisch aus, wozu er als ehemaliger, etwas pedantischer Oberlehrer besonders geeignet war. Die süddeutsche Vorlage hob mit der richtunggebenden Forderung nach „planmäßiger Organisation der Volksernährung durch fortschreitende Einflußnahme des Staates auf die landwirtschaftliche Produktion“ an. Eine Reihe von Einzelmaßnahmen sollte den mittleren und kleineren bäuerlichen Betrieben Hilfe bringen. Gedanken aus dem Antrag auf Verstaatlichung der Hypotheken klangen wieder an. Der staatliche Grundbesitz sollte teils zu Mustergütern ausgebaut werden, teils sollten die Domänen parzelliert und an selbstwirtschaftende Bauern als „Lehengüter“ überlassen werden. Diese „Lehen“ mußten so bemessen sein, „daß die wirtschaftende Familie darauf ihren ganzen Unterhalt findet²⁾“.

Durch eine großanglegte Fragebogenaktion suchte David Unterlagen zu erhalten, aus denen er den Nachweis erbringen konnte, daß der Großgrundbesitz nicht wirtschaftlicher als die kleine und mittlere Bauernwirtschaft sei. Eine Frucht dieser Untersuchungen wurde sein späteres Werk über Sozialismus und Landwirtschaft³⁾.

Vorsitzender im mitteldeutschen Ausschuß war Dr. jur. Max Quarck aus Frankfurt am Main. Ebenso wie David suchte er Vollmar auf seinem Krankenzimmer auf, um sich von ihm für die Kommissionsarbeit beraten zu lassen. Da er zugleich Schriftführer des Gesamtausschusses war und es ihm oblag, aus den drei Entwürfen einen allgemeinen Entwurf zu komponieren, holte er sich auch für diese Aufgabe Ratschläge bei Vollmar⁴⁾, dessen Ansichten zum größten Teil seinen Beifall fanden.

Noch während die Ausschüsse arbeiteten, begann die Gegenpropaganda der Parteiorthodoxie, die für den nach Breslau einberufenen Parteitag erneut heftige Auseinandersetzungen erwarten ließ. Bis zuletzt hofften David und Quarck, Vollmar möchte gesundheitlich wieder so hergestellt sein, daß er selbst nach Breslau kommen könnte⁵⁾. Wie sehr sie sich vor den Parteigewaltigen fürchteten und welche Hoffnungen die „Agrarier“ im Bewußtsein ihrer Unzulänglichkeit auf den Bayern setzten, kam in einem Brief zum Ausdruck, den Vollmar von David erhielt: „Wären Sie doch in Breslau dabei! Dann könnte ich mich hinter Ihrem breiten Rücken bergen. So muß ich vorweg ins Feuer⁶⁾!“ Vollmar suchte

¹⁾ Prot. Frankfurt 1894, S. 10.

²⁾ Vgl. Prot. Breslau 1895, Anhang.

³⁾ Vgl. Schlessinger, a.a.O., S. 20 ff.

⁴⁾ Quarck an Vollmar, 8. Juni — 13. Juli 1895 (V.A.).

⁵⁾ Quarck an David, 29. August 1895 (V.A.).

⁶⁾ David an Vollmar, 12. September 1895 (V.A.).

nun wenigstens durch die südbayerische Parteidelegation, die er gleichsam als seine Hausmacht für die Agrarfrage mobilisierte, auf die Debatten einen Einfluß auszuüben. Er gab daher dem Vertrauensmann der Münchener Sozialdemokraten, Franz Schmitt, den strikten Auftrag, auf jeden Fall dahin zu wirken, daß der Parteitag sich nicht im Sinne der Gegner des Agrarprogramms festlege. „Wer irgendwie in die Agrarfrage hineingeguckt hat und noch nicht von fanatischer Majorisierungswut oder doktrinärer Alleswisserei geblendet ist, der muß meinen, daß über diese Sache im allgemeinen wie in den Einzelheiten noch verdammt wenig Klarheit besteht.“ In einer voreiligen Festlegung sah er nur den Anlaß für spätere Schwierigkeiten¹⁾.

Mit viel größerer Ruhe und Zuversicht sahen die Gegner des Agrarprogramms dem Parteitag entgegen. Obwohl die Gesamtkommission ihre aus den drei Entwürfen komponierte Vorlage dreimal umarbeitete, um möglichst alle anstößigen Ecken abzuschleifen, obwohl auch der endgültige Entwurf nicht mehr das eindeutige Bekenntnis zur „Hebung der Landeskultur“ enthielt, wie die Süddeutschen es vorgeschlagen hatten, blieben die Anhänger einer sozialdemokratischen Agrarpolitik in der Minderzahl. Dabei bot sich in Breslau das einzigartige Schauspiel, daß sowohl Bebel als auch Wilhelm Liebknecht auf die Seite der „Agrarier“ übergeschwenkt waren, weil sie die Opportunität der Landagitation erkannt hatten²⁾.

Mit einer Rede voll beleidigender Demagogie eröffnete Max Schippel den Angriff auf das Agrarprogramm und nannte den nicht anwesenden Vollmar einen Scharlatan. Nicht nur er sah in Vollmar den eigentlichen Urheber der Agrarfrage, sondern die auch schon damals zu den wildesten Radikalen gehörige Clara Zetkin rief mit Emphase in die Debatte: „Die Sozialdemokratie geht nicht nach Soiensass“ d. h. zu Vollmar an den Walchensee³⁾. Einen Triumph erlebte jedoch auf diesem Parteitag Kautsky, der sich in der Agrarfrage noch auf die Autorität des jüngst verstorbenen Engels berufen konnte⁴⁾. Dozierend und mit der ihm eigenen völligen Verkennung tatsächlicher Gelegenheiten für die politische Aktion trat er vor das Parteigremium: „Wir müssen zu den verzweifelten Bauern gehen und ihnen, anknüpfend an ihre Lage, nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern natürlich notwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihnen nur die Verwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische helfen kann. Möglich, daß es nicht ‚praktisch‘ ist,

¹⁾ Vollmar an Franz Schmitt, 5. Oktober 1895 (Konzept im V.A.).

²⁾ Bebel an Victor Adler, a.a.O., S. 193 f., 20. Oktober 1895: „Die Breslauer Beschlüsse verlängern unsere Wartezeit um mindestens zehn Jahre, aber dafür haben wir das ‚Prinzip‘ gerettet.“ Selbst Lenin hat Bebel für orthodoxer gehalten und ist durch dessen Haltung in Breslau enttäuscht worden. Vgl. Sämtliche Werke, Bd. VI., S. 426.

³⁾ Prot. Breslau 1895, S. 143.

⁴⁾ Vgl. G. Mayer, „F. Engels“, Bd. II, S. 492 ff.

aber es ist wahr und notwendig.“ Kautsky war überzeugt, daß bei den Verhältnissen der bestehenden Gesellschaftsordnung jedes Eintreten für den Bauern ein Eintreten für den Privatbesitz, d. h. eine Sache der Reaktion sei¹⁾. Mit 158:63 Stimmen pflichtete der Parteitag dem grundsätzlichen ersten Teil der Resolution Kautskys bei. Zum zweiten Teil, in dem „intensives“ Studium des gesamten Fragenkomplexes empfohlen wurde, fand sich nur eine Gegenstimme.

Nach der Entscheidung in der Budgetfrage war die Breslauer Agrarresolution²⁾ ein weiterer Anlaß für die bayerische Sozialdemokratie, eigene politische Wege zu suchen. Von einer anfangs geplanten öffentlichen Erklärung, daß sie diese Entscheidung nicht anerkennen könne, nahm die bayerische Landtagsfraktion zwar Abstand. Wahrscheinlich hätten sich Hessen und Badener, vielleicht sogar auch die Württemberger, den Bayern angeschlossen³⁾. Die Opposition gegen Breslau äußerte sich nun weniger dramatisch, als der sozialdemokratische Abgeordnete Scherm im bayerischen Landtag unmittelbar nach dem Parteitag erklärte, die Strömung gegen die Agrarpolitik in der Sozialdemokratie sei nur eine vorübergehende Erscheinung⁴⁾.

Richtungweisend für die weitere Arbeit war eine kleine Broschüre, die Vollmar ein Jahr später verfaßte. Schon der Titel: „Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern“ (1895/96) war ein Hinweis, daß man sich nun von Berlin distanzieren wollte⁵⁾. Die Debatten des Breslauer Parteitages fanden hier insofern einen Niederschlag, als sich Vollmar wenigstens bemühte, eine kurze theoretische Rechtfertigung vorzuschicken. Er ging dabei von der Überlegung aus, daß neun Zehntel der bayerischen Landwirte „Selbstwirtschafter“ seien, d. h. nur mit den Arbeitskräften ihrer Familie das Land bebauten. „Diese Bauern“ — so

¹⁾ Prot. Breslau 1895, S. 124. — Der biegsame Charakter von Kautskys Geistesart ermöglichte ihm jedoch schon bald, seiner Resolution eine ganz andere Deutung zu geben. Vgl. Schlesinger, a.a.O., S. 6.

²⁾ Prot. Breslau 1895, S. 176.

³⁾ David an Vollmar, 16. Oktober 1895 (V.A.).

⁴⁾ LT Bay., 23. Oktober 1895.

⁵⁾ Aus dem in der Broschüre dargestellten Betätigungsfeld der Sozialdemokratie in Agrarfragen seien zwei Punkte hervorgehoben:

1. Bei der Beratung eines neuen Forstgesetzes hatten sich die Sozialdemokraten für die Wahrung der historischen, teilweise verschütteten Waldrechte der Bauern (Weide, Streu, Holz) eingesetzt. Um den Nachweis ihrer Rechtsansprüche zu erleichtern, forderten sie die Öffnung der Archive. Als es bei der Ablösung eines solchen alten Rechtes durch einen Grundherrn in der Gemeinde Fuchsmühl zu einem ausgearteten Haberfeldtreiben gekommen war, das unter Einsatz von Militär niedergeschlagen wurde, griff die Sozialdemokratie diesen Fall auf und setzte sich für eine milde Bestrafung der Beteiligten ein.

2. Um die raschere Ablösung der noch aus der Bauernbefreiung stammenden Bodenzinse, die in die Staatskasse flossen, herbeizuführen (der Staat hatte die ehem. Grundherren im voraus entschädigt), bemühten sich die bayerischen Sozialdemokraten um eine Senkung des Zinsfußes, so daß bei gleichbleibenden Zahlungen durch die Bauern die Einnahmen des Staates augenblicklich nicht geschmälert wurden, während andererseits die Amortisation schneller voranschreiten konnte.

hieß es bei ihm wörtlich — „unterscheiden sich vom modernen Proletariat nur dadurch, daß sie noch im Besitze ihrer Arbeitsmittel sich befinden.“ Vollmar legte großen Nachdruck auf die Feststellung, daß die Sozialdemokraten in der Politik des Bauernschutzes alle Maßnahmen ablehnen müßten, die, wie Schutzzölle, Subventionen und Branntweinliebesgaben, auf Kosten der Allgemeinheit den wirtschaftlichen Fortschritt zugunsten der Landwirtschaft hemmten. Vollmar verzichtete jedoch darauf, in der Bauernfrage für die sozialistische Gesellschaft eine neue Lösung zu konstruieren, sondern hielt die moralische Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Bauernschaft für genügend, um das Kommen der neuen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen. „Je größer die Zahl der Bauern ist, denen die Sozialdemokratie den wirklichen Abstieg ins Proletariat ersparen kann, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung¹⁾.“

Wenn im Laufe der Jahre die Landagitation und auch die Agrarpolitik in Bayern für die Sozialdemokratie mehr und mehr in den Hintergrund trat, so war die kurzsichtige Haltung des „aus seinen Denkschablonen nicht so leicht loszulösenden Radikalismus“ nicht die alleinige Ursache²⁾. Die sozialistischen Bestrebungen und das Aufkommen des weltanschaulich zum Teil recht liberalen Bauernbundes hatten vielmehr das Zentrum aufgeschreckt und dazu angeregt, aufs neue das Interesse und die Sympathien der Landbevölkerung durch andere Methoden politischer Werbung und neue politische Zielsetzungen für sich zu erwecken. Die großangelegte sozialistische Propaganda unter den Bauern Altbayerns blieb letzten Endes nur eine Episode³⁾.

5. Die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag (1893—1907)

Wenngleich Vollmar seine Agitation vielfach den traditionsgebundenen Verhältnissen anpaßte, so begann doch mit dem Einzug der Sozialdemokraten in den bayerischen Landtag die Dynamisierung der Innenpolitik, und die moderne Masse trat auch in Bayern politisch in Erscheinung⁴⁾. Innerhalb der fünf Wahlperioden, die Vollmar dem bayerischen Landtag angehörte, stieg die Wahlbeteiligung für die zweite Kammer von 31,2% (1893) auf 81,9% (1912)⁵⁾. Die Sozialdemokraten hatten es als erste verstanden, das Interesse weitester Volks-

¹⁾ „Bauernfrage und Sozialdemokratie in Bayern 1895/96“, Nürnberg 1896, S. 10.

²⁾ Vgl. Max Schippel, „Aus der revisionistischen Vorgeschichte des sozialdemokratischen Agrarprogrammes“, SM 1927, S. 434. Schippel war längst nicht mehr Radikaler und vertrat nun das Gegenteil dessen, was er in Frankfurt einst gefordert und gesagt hatte.

³⁾ Vgl. P. Busching, „Der Zug nach links“, in „Süddeutsche Monatshefte“ 1910/11, S. 125 ff. „Die Sozialdemokraten haben eingesehen, daß die Agitation unter Bauern kaum die Kosten lohnt.“ — E. Schneider, a.a.O., S. 182 ff.

⁴⁾ Vgl. Doeberl, a.a.O., Bd. III, S. 575. — Bachem, a.a.O., VIII, S. 24/35.

⁵⁾ Statist. Jb. f. d. Kgr. Bayern, Jg. 1895, S. 279; Jg. 1913, S. 460.

schichten auch für die Landespolitik zu wecken, und wurden stilbildend für Agitationsweise und Organisation der übrigen bayerischen Parteien.

Von entscheidender Bedeutung für Bayern war es dabei, daß dank der Persönlichkeit Vollmars die neu in den Vordergrund der Politik tretenden Volksschichten für den bayerischen Staatsgedanken gewonnen wurden und sich nicht den unitarischen Ideen der Berliner Parteizentrale verschrieben. Die Zustimmung zum Landesbudget bei gleichzeitiger Ablehnung des Reichstagsetats auch durch die bayerischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mußten den Eindruck erwecken, als ob der bayerische Staat der Sozialdemokratie näher stände als das Reich¹⁾. Damit ging die bayerische Sozialdemokratie bewußt einen ganz anderen Weg als der bayerische Liberalismus, der als einzige politische Richtung im zweitgrößten deutschen Bundesstaat eher dem Unitarismus als dem entschiedenen süddeutschen Föderalismus zuneigte²⁾. Wie das Landtagsprogramm forderte, trat Vollmar in der Kammer allen Bestrebungen entgegen, von denen er eine Schwächung der bayerischen Eigenständigkeit erwarten mußte. Zur gleichen Zeit fast, als sein Gegenspieler Bebel sich auf dem Kölner Parteitag zum Einheitsstaat bekannte, erklärte Vollmar vor der zweiten Kammer des bayerischen Landtags, daß die Sozialdemokraten es wohl zu schätzen wüßten, wenn in Bayern noch nicht die preußischen Zustände herrschten³⁾. An der Haltung der Regierung bemängelte er jedoch, daß sie vornehmlich um die Wahrung von Äußerlichkeiten der bayerischen Selbständigkeit besorgt sei — etwa um den Raupenhelm der Kürassiere und um die bayerische Briefmarke —, während er die Eigenständigkeit Bayerns so verstand, daß sich das Land gegenüber dem Norden durch Vermehrung der Volksrechte und Förderung der Kultur auszeichnen solle. Er pochte auf die Verträge von 1866 und 1871, denen er schon als Jüngling seine erste Studie gewidmet hatte, als er glaubte, daß die bayerische Regierung bereit sei, sie zum Nachteile des Landes zu verletzen. Besonders beim Heer fürchtete er die preußischen Einflüsse, die er einmal mit den Worten „Caesarismus, Unitarismus, Scharfmachertum“ umriß⁴⁾. So hielt er es für keinen glücklichen Entschluß des Kriegsministers, als dieser gemeinsame Übungen von preußischen und bayerischen Truppen erlaubte, weil er fürchtete, das böse Beispiel junkerlicher Offiziere würde in den Kreisen der bayerischen Offiziere allzu leicht Nachahmung finden. Außerdem sah er bisher unbekannte Belästi-

¹⁾ Vgl. dazu die Stellung zur Flagge. Die Farben Schwarz-Weiß-Rot wurden nicht gezeigt. Selbst auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß 1910, wo alle Nationen ihre Landesfarben zeigten, war Deutschland mit Schwarz-Rot-Gold vertreten. Auf bayerischen Parteitagen wehte — wie später in der Revolution — neben der roten die blau-weiße Flagge.

²⁾ Vollmar wies in Bemerkungen zum Landtagswahlprogramm auf diesen Fehler der Liberalen ausdrücklich hin und wollte dem Zentrum nicht allein die Sorge für die bayerische Selbständigkeit überlassen (V.A.).

³⁾ Vgl. Bebel, Prot. Köln 1893, S. 160. — Vollmar, LT Bay., 28. Oktober 1893, Bd. I, S. 320; 30. November 1893, Bd. I, S. 632.

⁴⁾ LT Bay., 7. November 1899, Bd. I, S. 475.

gungen der Zivilbevölkerung voraus, wenn bei Manövern preußische Offiziere auf bayerischem Boden die „völlige Unterwerfung“ der Zivilisten unter ihr schnoddriges Regiment verlangten¹⁾).

Auch die Reservatrechte bei Post und Eisenbahn waren mehrfach Gegenstand seiner Landtagsreden. Als Württemberg auf das Recht verzichtete, eigene Briefmarken herauszugeben, sah Vollmar keinen Grund für Bayern, auf jeden Fall bei einer solchen Äußerlichkeit zu verbleiben, empfahl jedoch der Regierung, zuerst die in Württemberg gemachten Erfahrungen zu untersuchen. Von einem Verzicht auf das gesamte Postreservat durfte aber seiner Meinung nach nicht die Rede sein²⁾. Über die Eisenbahnreservatrechte kam es sogar in der Sozialdemokratie zu einer Parteitagsdebatte. Auf dem Parteitag zu Mainz 1900 wurde nämlich erörtert, ob nicht zweckmäßigerweise die gesamte Eisenbahnverwaltung auf das Reich zu übertragen sei³⁾. Am Beispiel Hessens, das mit Preußen eine Eisenbahngemeinschaft eingegangen war, suchte nun Vollmar nachzuweisen, daß durch eine Übertragung der Bahnen auf das Reich nur der Einfluß Preußens in ganz Deutschland vermehrt werde. Die Verpreußung der Bahn war für ihn gleichbedeutend mit der Verschlechterung der rechtlichen und sozialen Stellung der Bahnbediensteten. Mit der Aufgabe der Eisenbahnverwaltung war seiner Ansicht nach der Verlust der wirtschaftlichen Eigenständigkeit unausbleiblich verbunden. David kam Vollmar in Mainz zur Hilfe und regte die Bildung einer Eisenbahngemeinschaft der süddeutschen Staaten an. Vollmar blieb jedoch vor dem Parteitag in der Minderheit. Damit gab er sich jedoch nicht zufrieden, denn neben sein Verlangen nach staatlichem Föderalismus trat auch hier wie in der Frage der Budgetbewilligung und der Agrarpolitik der immer nachdrücklicher werdende Wille zu einem Parteiföderalismus. Er war die treibende Kraft, als im November 1901 in Stuttgart eine Konferenz von zwanzig süddeutschen Landtagsabgeordneten zusammenkam, die sich erneut dem Problem der Eisenbahn widmeten. Zunächst hatte Vollmar die Süddeutschen auf seiner Seite, in Stuttgart wagte ihm nur Wilhelm Keil zu widersprechen⁴⁾. Die Diskussionen zogen sich jedoch bis ins Frühjahr 1904 hin. Allmählich erlahmte der Eifer, und selbst der Freund Franz Josef Ehrhart glaubte seine Haltung nun ändern zu müssen, als die Reichstagsfraktion einen Antrag auf Überführung der Eisenbahnen in die Verwaltung des Reiches erwog.

¹⁾ LT Bay., 11. Januar 1906, Bd. II, S. 369.

²⁾ LT Bay., 14. Februar 1894, Bd. II, S. 831 (eine von sehr vielen Stellen); Briefmarkenfrage 15. Januar 1902, Bd. VII, S. 373.

³⁾ Prot. Mainz 1900, S. 198 ff.

⁴⁾ Keil, „Erlebnisse eines Sozialdemokraten“, Bd. I, S. 188 f. — Keil umreißt die Ziele Vollmars in Stuttgart: „Er wollte den Versuchen entgegenreten, die süddeutschen Eisenbahnen in die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft einzubeziehen“ . . . „wollte Vollmar der großen Mehrheit, die sich auf dem Mainzer Parteitag für Reichseisenbahnen ausgesprochen hatte, einen Dämpfer aufsetzen.“

Vollmar war zu dieser Zeit wieder an das Krankenlager gefesselt und konnte nur resigniert den Umschwung zur Kenntnis nehmen¹⁾).

Ernster als dieses Pochen auf die süddeutschen Reservatrechte, die unter Hinweis auf die größeren demokratischen Freiheiten des Südens verteidigt wurden, sind die Versuche zu nehmen, die der Ausgestaltung und Erweiterung der demokratischen Rechte in Bayern galten. Wichtig und besonders eindrucksvoll ist, wie es der kleinen sozialdemokratischen Landtagsfraktion gelang, die Änderung des Landtagswahlrechtes in die Wege zu leiten²⁾). Nach dem 1881 abgeänderten Landtagswahlrecht von 1848 konnte jeder mündige männliche Bayer in gleicher und geheimer Wahl wählen. Nachteilig im Sinne einer demokratischen Massenbewegung war jedoch an den geltenden Bestimmungen, daß die Wahl indirekt vollzogen wurde. Außerdem lag der Wahlkreiseinteilung das Ergebnis einer Volkszählung aus dem Jahre 1875 zugrunde, was natürlich die trotz aller Landagitation vorwiegend städtische Sozialdemokratie zugunsten der Liberalen und des Zentrums schädigte. Nach dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Kammer war ihr erster eine Verfassungsänderung bezweckender Antrag auf ein neues Wahlgesetz gerichtet. Am 7. Oktober 1893 stellte Grillenberger an die Staatsregierung das Ersuchen, dem Landtag den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vorzulegen. Wenn die Sozialdemokratie aus Gründen der Geschäftsordnung davon absehen mußte, einen schon völlig ausgearbeiteten eigenen Entwurf selbst vorzulegen, konnte Grillenberger doch in seiner Begleiterklärung die Grundzüge der sozialdemokratischen Forderungen skizzieren. Diese hielten sich im wesentlichen an das Wahlprogramm von 1892. Gegen 17 Stimmen wurde das Ersuchen abgelehnt. Vor allem das Zentrum machte geltend, daß während der Regentschaft die Verfassung nicht geändert werden dürfte³⁾). In den beiden folgenden Sitzungsperioden wurde dieser Antrag erneuert. Als Grillenberger am 25. Oktober 1895 auf dieses Thema zurückkam, durfte er aus Gründen der Geschäftsordnung sein altes Ersuchen nicht zum zweiten Male stellen. Statt dessen brachte er nun einen Antrag ein, der das Frauenstimmrecht und das Verhältniswahlsystem enthielt. Die Kammer ging nach längerer Debatte mit den 69 Stimmen des Zentrums und seines Anhanges gegen die 53 Stimmen von Sozialdemokraten und Liberalen zur Tagesordnung über⁴⁾). In der letzten Session bat Grillenberger am 19. Oktober 1897 erneut die Kammer, an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, das Wahlgesetz so abzuändern, daß die Wahl direkt vollzogen und eine Neueinteilung der Wahlkreise vorgenommen werden konnte⁵⁾). Eindrucksvoll wurde dieser Antrag dadurch, daß Grillenberger zwei Stunden darauf einen Schlaganfall erlitt, an dem er noch am

¹⁾ Vollmar an Ehrhart, 23. Januar 1904 (V.A.).

²⁾ Vgl. Doeberl, a.a.O., Bd. III, S. 575.

³⁾ LT Bay., 7. Oktober 1893, Bd. I, S. 93 ff. Vgl. Prot. Bay. 1894, S. 20 ff.

⁴⁾ LT Bay., 25. Oktober 1895, Bd. VI.

⁵⁾ LT Bay., 19. Oktober 1897, Bd. IX, S. 229.

gleichen Tage starb. Vollmar gab am folgenden Tage noch nähere Erläuterungen zu den Forderungen seines Freundes. Alle Parteien des Hauses vereinigten sich nun in dem Ersuchen an die Regierung, einen Wandel in der Wahlgesetzgebung zu schaffen¹⁾. Dieser Versuch scheiterte an der Haltung der Kammer der Reichsräte²⁾.

Die Landtagswahl 1899 vollzog sich unter der Parole „Wahlreform“. Ein sozialdemokratischer Wahlagitationsapparat wurde nun zum ersten Male lückenlos über das ganze Land hin ausgebaut³⁾. Die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner konnte sich dementsprechend auch fast verdoppeln (1893: 376; 1899: 747). Weil aber die Einteilung der Urwahlbezirke ebenfalls auf veralteten Voraussetzungen beruhte, sahen sich in einigen Wahlkreisen die sozialdemokratischen Wahlmänner trotz ihrer großen Stimmenüberzahl einer Mehrheit von bürgerlichen Wahlmännern gegenüber. Als Beispiel sei das Ergebnis im Wahlkreis München I genannt⁴⁾:

Sozialdemokraten	49 599 Stimmen	166 Wahlmänner
Zentrum	14 382 Stimmen	91 Wahlmänner
Liberalen (zus.)	12 825 Stimmen	87 Wahlmänner

Aus rein taktischen Erwägungen gingen daher die Sozialdemokraten mit dem Zentrum für die Wahlkreise München I und Speyer-Ludwigshafen sowie Pirmasens-Zweibrücken ein Wahlbündnis ein. Die Nationalliberalen wurden dadurch aus ihrer früheren Hochburg in der Pfalz fast völlig zurückgedrängt; die Sozialdemokraten konnten die Zahl ihrer Abgeordneten mehr als verdoppeln (11 statt 5), das Zentrum erhielt in der zweiten Kammer die absolute Mehrheit⁵⁾.

Auf seiten des Zentrums gab es eine konservative Richtung, deren hervorragendster Vertreter vielleicht Hertling war, die das Bündnis mit den unchristlichen Gegnern der Monarchie niemals billigte⁶⁾. Das bekannte opportunistische Geschick und die geschmeidige Wendigkeit dieser Partei fanden jedoch in einem späteren Ausspruch des leitenden Zentrumsmannes Dr. Pichler auf dem Straßburger Katholikentag ihren Ausdruck, als er erklärte, das Zentrum habe den „Großteufel Sozialdemokratie“ zu Treiberdiensten für die christliche Sache in Bayern gewinnen können⁷⁾. Vollmar seinerseits glaubte, das Zentrum müsse erst einmal in Bayern sich abnützen: „Wie aber die Verhältnisse bei uns einmal sind, müßte man es geradezu für wünschenswert halten, daß wir in Bayern

¹⁾ LT Bay., 20. Oktober 1897, Bd. IX, S. 254.

²⁾ Prot. Bay. 1898, S. 4. Prot. Bay. 1902, S. 52.

³⁾ Prot. Bay. 1898, S. 27 (Ehrhart); S. 45 (Vollmar).

⁴⁾ Vollmar, „Landtagswahlrecht und Liberalismus in Bayern“, in „Neue Gesellschaft“ 1905, S. 2 ff.

⁵⁾ Vollmar, „Landtagswahlrecht . . .“

⁶⁾ Hertling, „Erinnerungen aus meinem Leben“, Bd. II, S. 248 f.

⁷⁾ Vgl. „Die Hilfe“, Jg. XIII, Nr. 7, 17. Februar 1907.

ein offen ultramontanes Regiment bekämen, das mit dem Genusse der Herrschaft auch die Verantwortung für dieselbe tragen müßte und sich dadurch in wenigen Jahren abarbeiten und die Mehrheit des Landes gegen sich mobil machen würde¹⁾.“ Er wies auch auf den Strukturwandel in dieser Partei hin, in der sich als Antwort auf die Herausforderung durch den Bauernbund und die Sozialdemokratie die demokratischen Kräfte mehrten. Der Einfluß des Adels ging zeitweilig in der Zentrumsparlei so zurück, daß neben dem Liberalen von Stauffenberg nur noch Georg von Vollmar Träger eines adligen Namens in der bayerischen zweiten Kammer war²⁾).

Im neuen Landtag wiederholte der Nachfolger Grillenbergers, der Nürnberger Arbeitersekretär Martin Segitz, am 20. Oktober 1899 den Antrag seines Vorgängers, wobei er ausdrücklich darauf verwies, daß die Sozialdemokratie sich in ihren Forderungen sehr gemäßigt zeigte. Der Antrag wurde einer 22köpfigen Kommission überwiesen, in die von den Sozialdemokraten Segitz und Franz Schmitt delegiert wurden³⁾. Erst in der folgenden Session legte dieser Ausschuß dem Plenum eine Resolution zur Wahlrechtsfrage vor. Danach sollte das bayerische Landtagswahlrecht in wesentlichen Punkten an das Reichstagswahlrecht angeglichen werden, wodurch die Wahlmündigkeit auf das 25. Lebensjahr hinaufgeschoben wurde. Ebensowenig entsprach es den sozialdemokratischen Wünschen, daß man jetzt erst dem Staat ein Jahr lang eine direkte Steuer gezahlt haben mußte, ehe man wahlberechtigt wurde, während bisher die Frist von einem halben Jahre genügte. Außerdem mußten die Wähler jetzt ein Jahr lang die bayerische Staatsangehörigkeit besitzen, um das Wahlrecht ausüben zu können. Dennoch stimmte die Landtagsfraktion geschlossen für das Wahlgesetz⁴⁾. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden auch jetzt in Berlin wieder Stimmen laut, die sich über die Haltung der Bayern entrüsteten. Bebel fürchtete erneut den Verrat heiligster Parteiprinzipien und verurteilte in verschiedenen Artikeln die Entscheidung der Bayern⁵⁾. Die Opposition innerhalb der bayerischen Partei war geringfügig, und der Parteitag zu Ludwigshafen a. Rh. 1902 billigte gegen nur eine Gegenstimme die Haltung der Fraktion⁶⁾.

Während nun das Zentrum beizeiten erkannte, daß der Gedanke der Wahlreform im bayerischen Volke auch auf dem Lande um sich griff, und es dadurch genügend Chancen für seine eigene Entwicklung wahrnehmen konnte⁷⁾, verfehlte der Liberalismus in Bayern den Anschluß an die neue Entwicklung. Die katholische Partei konnte sich in kurzer Zeit auf die neuen Formen der Massenagita-

1) Prot. Bay. 1900, S. 38.

2) Vollmar an Mehring, Kampffmeyer, a.a.O., S. 96; Bachem, a.a.O., Bd. VIII, S. 36.

3) Prot. Bay. 1900, S. 5.

4) LT Bay., 16. Mai 1902.

5) Vgl. Vollmars Antwort auf Bebels Kritik, „Bebel und die bayerische Wahlreform“, in „Münchener Post“ Nr. 149, 150, 151 vom 5., 6. und 7. Juli 1902.

6) Prot. Bay. 1902, S. 79. Elf Delegierte enthielten sich der Stimme.

7) Vollmar, „Landtagswahlrecht . . .“, in „Neue Gesellschaft“ 1905, S. 29.

tion umstellen. Innerhalb des Klerus stand ihr zudem ein Stab von zum Teil hervorragenden Organisatoren zur Verfügung¹⁾. Die Liberalen blieben trotz der verzweifelten Versuche, die aus den Reihen der Bildungsschicht kamen, zunächst noch die Partei der Guts- und Mühlenbesitzer, der Ökonomieräte und Amtsbürgermeister²⁾. Der Partei fehlte die organisatorische Basis. Hatte einst die „Patriotische Partei“ und das Zentrum als deren Nachfolgerin den Liberalen in den katholischen Gebieten Abbruch getan, so drohte nun auch die Sozialdemokratie den liberalen Einfluß in den protestantischen Landgegenden und in der säkularisierten Atmosphäre der großen Städte zu beengen. In den Reichstagswahlen von 1903 wurde die Stimmenzahl der Liberalen zum ersten Male in Bayern von den Sozialdemokraten überflügelt. Unter dem Eindruck dieser akuten Gefahr glaubten die Liberalen mit dem alten Landtagswahlrecht ihren Verfall aufhalten zu können, weil sie durch die Einteilung der fränkischen Wahlkreise z. T. erhebliche Vorteile gegenüber der Sozialdemokratie besaßen. Mit ihnen stimmten Konservative und Bauernbündler gegen das neue Wahlgesetz, da beide um den Verlust ihrer bevorteilten ländlichen Wahlkreise bangten³⁾. Die Kammer der Reichsräte — „sie sind eben keine preußischen Junker“, schrieb Vollmar — billigte hingegen nun die Wahlreform. Da aber in der zweiten Kammer sich die verfassungsändernde Mehrheit nicht fand, wurde die Reform doch vereitelt. „Kurzsichtiger hat kaum jemals eine Partei für ihren Ruin und für die Todfeinde gewirkt“ sagte Vollmar über die Liberalen, indem er die „Frankfurter Zeitung“ zitierte⁴⁾. Sozialdemokraten und Zentrumsleute schlossen nun ein Wahlbündnis, das viel weiter ging als das von 1899. Wenn es auch der Landesvorstand — d. h. Vollmar — war, der ein förmliches Abkommen mit dem Zentrum schloß⁵⁾, so waren die unteren Organe der Partei nicht weniger bei der Sache. Das Bewußtsein, „bündnisfähig“ zu sein, mit Pfarrern und geistlichen Würdenträgern, aber auch mit angesehenen Bürgern als Partnern auf gleicher Ebene zu verhandeln, gab den aus kleinen Verhältnissen aufgestiegenen Parteiführern ein anderes Lebensgefühl. Wenn man auch vorgab, sich der prinzipiellen Unterschiede stets bewußt zu bleiben, so fühlte man sich doch durch den Zugang zu anderen Gesellschaftsklassen geehrt. Das kämpferische Klassenbewußtsein wurde auf jeden Fall durch dieses Wahlabkommen geschwächt⁶⁾.

1) Profit, „Dr. von Bettinger und die Sozialdemokratie“, München 1913.

2) Jacob Beyhl an Vollmar, 18. Januar 1905 (V.A.). Beyhl war ursprünglich Nationalsozialer und später Herausgeber der „Freien bayerischen Lehrerzeitung“. — Zur Situation der Liberalen vgl. Theodor Schieder, „Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung“, HZ 177, 1954, S. 70.

3) „Der Kampf um die Wahlreform in Bayern“, S. 28.

4) „Landtagswahlrecht . . .“, S. 27.

5) Konzept des von Vollmar entworfenen und abgeschlossenen Vertrages (V.A.). — Die entscheidende Konferenz des Landesvorstandes tagte am 2. Juni 1904 in Soiensass.

6) Vgl. Profit, a.a.O. — Ehrhart an Vollmar 1899 — 1905 (V.A.).

Durch eine Änderung der Wahlkreise konnten sich die Liberalen noch einmal bei der Wahl von 1905 sämtliche Landtagsmandate in Nürnberg sichern. Die Sozialdemokratie hatte von dem Wahlbündnis kaum einen Nutzen. Ihre Abgeordnetenzahl stieg nur von elf auf zwölf, während das Zentrum von den 159 Sitzen der zweiten Kammer allein 102 eroberte. Die Annahme des Wahlgesetzes war gesichert, und auch die Liberalen stimmten nun nicht mehr dagegen. Nach einer Session wurde der Landtag wieder aufgelöst und nach der neuen Wahlordnung wiedergewählt. Da in den einzelnen Wahlkreisen unter den Kandidaten die relative Mehrheit entschied, sofern diese mehr als ein Drittel aller Stimmen ausmachte, erübrigten sich die Stichwahlabsprachen. Der Landesparteitag von Schweinfurt 1906 verlangte daher auch für die Wahl von 1907 ein völlig selbständiges Vorgehen der Sozialdemokratie¹⁾; dennoch gab das Zentrum seinen Anhängern für alle Zweifelsfälle die Devise: „Mit den Sozialdemokraten gegen die Liberalen²⁾!“ Als drittstärkste Fraktion zogen die Sozialdemokraten 1907 mit zwanzig Abgeordneten in den Landtag ein, in dem das Zentrum wiederum die — wenn auch geschwächte — Mehrheit besaß.

Wie nun der Aufstieg der Sozialdemokratie sich größtenteils auf Kosten des Liberalismus vollzog, so war es auch Vollmars Bestreben, ihn auf politischem Gebiet abzulösen. Im übrigen dachte er von den bayerischen Liberalen recht gering. Er hielt sie für die schlechtesten im ganzen Reich³⁾ und nannte einmal die „Generalpacht des nationalen Gedankens und der Vaterlandsliebe neben dem Kulturkampf und der Pfaffenfresserei“ das einzige, was die Nationalliberalen als geistiges Eigentum für sich in Anspruch nehmen könnten⁴⁾. Auf keinem Gebiete zeigte sich die liberale Gesinnung Vollmars so deutlich wie bei der Kulturpolitik⁵⁾. Die Trennung der Bereiche von Kirche und Staat wollte er mit allen Konsequenzen durchgeführt sehen. Es entsprach dabei durchaus seiner im Wissenschaftsglauben der Jahrhundertwende verhafteten Geistigkeit, wenn er den theologischen Fakultäten das Daseinsrecht in einer universitas litterarum absprach, die auf voraussetzungslosen, kritischen Zweifeln, nicht aber auf Dogmen beruhte. „Der Fremdkörper ist dann draußen und zu gleicher Zeit der große Vorteil für die theologische Fakultät gegeben, daß ihre Leute mit der gefährlichen Nachbarschaft der übrigen Fakultäten nichts mehr zu tun haben⁶⁾. Vollmar war jedoch so klug, nicht in die kulturkämpferischen Fehler der bayerischen Liberalen zu verfallen. Diese ließen im Wahlkampf die Auseinandersetzungen

¹⁾ Prot. Bay. 1906.

²⁾ Bachem, a.a.O., Bd. VIII, S. 40.

³⁾ Vgl. Vollmar an Mehring, Kampfmeier, a.a.O., S. 96.

⁴⁾ LT Bay., 11. Januar 1906, Bd. II, S. 371

⁵⁾ Vgl. Dr. Eugen Katz, „Die Politik der bayerischen Sozialdemokratie“, in „Die Hilfe“ Nr. 3, 1905. „Man will den bayerischen Liberalismus auf alle Fälle ruinieren. Nicht aus marxistischen Klassengesichtspunkten — von diesen läßt sich die bayerische Sozialdemokratie kaum leiten. Man will vielmehr selbst liberale Partei sein, über den alten Liberalismus hinauswachsen, und man beabsichtigt sicher ganz ehrlich, die alten liberalen Forderungen ganz zu erfüllen.“

⁶⁾ Vgl. LT Bay., 28. Februar 1894, Bd. III, S. 11—18; 4. Juni 1912, Bd. II, S. 806 ff.

mit dem Zentrum mitunter zu „kleinen Religionskriegen“ entarten¹⁾ und mischten sich auch im Landtag gerne in innerkirchliche Angelegenheiten. Sie zeigten sich dabei in alten Anschauungen des Staatskirchentums befangen, wenn sie etwa um das placetum regium, die Rechte der Krone bei Bischofsnennungen oder die Besetzung theologischer Lehrstühle kämpften. Georg von Vollmar sah in all diesen „Rechten“ nur belastende historische Überbleibsel, bei deren Verteidigung der Staat jedesmal unterliegen mußte, und verlangte daher deren Abschaffung²⁾. Obgleich diese Forderung einer Haltung entsprang, die den Staat noch viel stärker profanieren mußte, als die gewöhnlichen Liberalen im Sinne hatten, brachte sie doch der bayerischen Sozialdemokratie den Ruf besonderer Toleranz ein³⁾. Bei der Behandlung der Schulfrage schien Vollmar Vorsicht geboten, weil er fürchtete, eine allzu prinzipielle, antiklerikale Politik würde allein dem Zentrum zugute kommen. Wenngleich er bei der generellen Forderung nach der „religiös neutralen“ Schule beharrte und daraus auch kein Hehl machte, so erstrebte er doch zunächst nur weniger Anstoß erregende Nahziele. Ein besonderes Anliegen war ihm dabei die Hebung der wirtschaftlichen Stellung der Lehrer und die Verbesserung ihrer wissenschaftlichen Ausbildung⁴⁾, damit sie sich aus dem geistigen Drill der weltanschaulichen Verengung freimachen konnten. Überhaupt war die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag gegen vielfache Widerstände bestrebt, die Volksschule — „den Gnadenbrocken, den die herrschenden Klassen dem Volk von ihrem Bildungsgut hinwerfen“ — auszubauen und durch die Einführung des achten Schuljahrs zu verlängern⁵⁾. Obwohl Vollmar die Ansicht äußerte, daß den Kindern der Arbeiterschaft in Deutschland der Zugang zur höheren Bildung noch versperrt wäre, ergriff er wiederholt im Landtag zum Thema „Höhere Schulen“ und „Universitäten“ das Wort. 1896 unternahm er schon einen Vorstoß, um den Absolventen der humanistischen Gymnasien das Monopol für den Universitätsbesuch und den Aufstieg in die höhere Beamtenlaufbahn zu nehmen⁶⁾. Zwei Jahre zuvor hatte er an der Ausbildung der Gymnasiallehrer bemängelt, daß sie ohne Rücksicht auf pädagogische Fähigkeiten allein nach philologischen Gesichtspunkten erfolge⁷⁾. Wohl unter dem Einfluß seiner Gattin und deren Freundeskreis hatte er sich schon im sächsischen Landtag zum Anwalt des Frauenstudiums gemacht⁸⁾. In München war er im gleichen Sinne weiter tätig, was ihm auch bei den nichtsozialistischen Frauenverbänden Sympathien verschaffte⁹⁾.

¹⁾ Vgl. „Die Hilfe“, März 1904, zit. in „Der Kampf um das Wahlrecht in Bayern“.

²⁾ LT Bay., 4. Juni 1912, Bd. II, S. 806.

³⁾ Vgl. Bachem, a.a.O., Bd. VIII, S. 24.

⁴⁾ LT Bay., 5. Mai 1896, Bd. VIII, S. 257.

⁵⁾ Vgl. LT Bay., 9. April 1894, Bd. III, S. 594 (neben vielen anderen Belegstellen). — Einführung des achten Schuljahres: 31. Mai 1906, Bd. IV, S. 516.

⁶⁾ LT Bay., 16. April 1896, Bd. VII, S. 413; 5. Mai 1896, Bd. VIII, S. 237.

⁷⁾ LT Bay., 28. Februar 1894, Bd. III, S. 17.

⁸⁾ LT Sa., 9. Februar 1888, S. 585 ff.

⁹⁾ LT Bay., 2. März 1896, Bd. VII, S. 251 ff. (neben vielen anderen Belegstellen).

In Universitätsangelegenheiten konnte er häufig das Plenum durch seine genaue Unterrichtung in Detailfragen überraschen. Er brachte z. B. im Landtag zur Sprache, wenn in den Hörsälen bestimmter Professoren zu wenig Platz war; er prangerte das Vordringen kommerzieller Gesichtspunkte in der Verwaltungspraxis der Universitäten an, weil er davon eine Schwächung des jugendlichen Bildungsidealismus befürchtete. Die Gleichstellung der „halbproletarischen“ Geisteswissenschaftler mit den durch ihre Nebenpraxis „fürstliche“ Gehälter beziehenden Medizinern und Chemikern hielt er für notwendig und bezweifelte, ob derartige Nebeneinnahmequellen der Forschung und der Betätigung als wissenschaftlicher Lehrer dienlich wären¹⁾. Die Intrigen innerhalb der geisteswissenschaftlichen Fakultäten der Münchener Universität blieben in seinen Landtagsreden nicht unerwähnt. Er brachte zur Sprache, wenn einzelnen Professoren wegen allzu freier politischer oder weltanschaulicher Äußerungen von seiten der Universität oder des Staates Schwierigkeiten gemacht wurden und umging selbst eine so delikate Angelegenheit wie das Disziplinarverfahren gegen Max Scheler nicht²⁾. Anderen Professoren suchte er bei der Erlangung eines Lehrstuhles behilflich zu sein³⁾. Die wichtigste Informationsquelle für alle Universitätsangelegenheiten war ihm Lujo Brentano, auf den sich auch andere Professoren beriefen, wenn sie sich mit Anliegen an den sozialdemokratischen Parlamentarier wandten⁴⁾. Waren nun diese Ausführungen Vollmars zu Universitätsangelegenheiten schon mehr ein Ausfluß seiner persönlichen Neigungen als eines Interesses der Partei, so trat bei der Behandlung von Kunstfragen das persönliche Moment fast allein in den Vordergrund⁵⁾, denn gelegentlich mußte er selber eingestehen, daß die Kunst „für das Volk *noch* Kaviar“ sei⁶⁾. Den aus diesen Worten ersichtlichen

¹⁾ LT Bay., 8. März 1894, Bd. III, S. 149.

²⁾ LT Bay., 2. April 1900, Bd. III, S. 773; 12. Mai 1910, Bd. XI, S. 26 (und viele andere Belegstellen). Hauptsächlich trat er für L. Brentano ein, der häufig Schwierigkeiten hatte. Auch Theodor Lipps wurde von ihm unterstützt, als dessen Äußerung über die „Unbestechlichkeit“ der Richter moniert worden war.

³⁾ Vgl. Krumbacher an Vollmar, 9. Februar 1902 (V.A.). Vollmar erwarb sich damals Verdienste um die Einrichtung eines Lehrstuhls für die lateinische Philologie des Mittelalters und setzte sich nachdrücklich für den Begründer dieser Disziplin, den bekannten, früh verstorbenen L. Traube, ein.

⁴⁾ Die vorhandenen Briefe geben nur gelegentlich Aufschluß. Dafür war der persönliche Verkehr zwischen beiden Familien sehr stark (vgl. Brentano, a.a.O., S. 350 f.). — Bei Brentano lernten dann andere Wissenschaftler Vollmar kennen (vgl. Curtius, a.a.O., S. 86). Im Fall Scheler differierten übrigens ihre Ansichten. Vollmar an Brentano, 19. Oktober 1909 (Nachlaß Brentano); Brentano an Vollmar, 14. Januar 1910 (V.A.).

⁵⁾ Vgl. Julia an Mehring: „Die Gebildeten begrüßen ihn als ihresgleichen, er spricht ihre Sprache, hat ihren Geschmack, versteht und teilt ihre geistigen Interessen . . . Weit entfernt, daß diese Stellung . . . eine Entfremdung hervorbringt, kann ich Ihnen versichern, daß ich oft genug Äußerungen höre, die klarlegen, daß die Arbeiter stolz darüber sind und sich freuen, daß ihr Vertreter die Partei zu einer führenden Stellung erhoben und zur anerkannten Trägerin aller Kulturaufgaben gemacht.“ (V.A.).

⁶⁾ LT Bay., 28. Februar 1894, Bd. III, S. 17. Vom Verf. gesperrt.

Glauben, daß die gesellschaftliche Entwicklung hier Wandel schaffen würde, hätte er allerdings nicht mit seinen Erfahrungen in der Partei rechtfertigen können. Von Anfang an war es sein Bestreben gewesen, das kulturelle Niveau der Partei zu heben. Sämtliche Versuche aber waren fehlgeschlagen. Die Gründung eines belletristischen Wochenblattes als Beilage zum „Volksstaat“ von Liebknecht scheiterte 1874 aus finanziellen Gründen¹⁾. Sein Plan, 1890 eine Parteikorrespondenz für literarisch wertvolle Fortsetzungsromane zu schaffen, fand keinen Widerhall²⁾. Einige Jahre später ließ er seine Unterstützung dem Publizisten Viktor Naumann, der zusammen mit dem sozialdemokratischen Journalisten Kratsch die Absicht hatte, eine Bildungsstätte für die Arbeiterbevölkerung zu schaffen. In Zusammenarbeit mit dem „Verein Freie Volksbühne“ wurde ein erster Versuch gemacht, eine Volkshochschule zu gründen. Das Mißtrauen, das die Arbeitervertreter Naumann entgegenbrachten, sofern nicht Vollmar oder der Redakteur der „Münchener Post“ Dr. Adolf Müller den Verhandlungen beiwohnten, war nicht sehr ermutigend³⁾.

Die Ausführungen zu Fragen der Kunst im Landtag trugen bei Vollmar häufig spezifisch bayerische Akzente. Sein Ehrgeiz war es nämlich, daran mitzuwirken, daß München sich im Wettstreit mit Berlin als Kunstmetropole Deutschlands behaupten konnte⁴⁾. Deshalb forderte er, der sonst ein strenger Gegner jeder Zentralisierung war, daß die bayerischen Kunstsammlungen in den Provinzen wertvolle Besitztümer an die Münchener Museen abtreten sollten⁵⁾. Nicht weniger bemühte er sich darum, daß München mit repräsentativen Bauten ausgeschmückt wurde⁶⁾. Ein besonderer Charakterzug Vollmars war es, daß er sich rasch neuen Kunstrichtungen zuwandte und sich von ihnen vorschnell begeistern ließ, wenngleich er sie erst oberflächlich kannte⁷⁾. Er war einer der ersten Parlamentarier, die sich für die Kunst in „Schurzfell und Kittel“, d. h. die naturalistische Plastik, einsetzten und konnte den Ankauf solcher Bildwerke durch die staatliche Ankaufkommission für die Glyptothek durchsetzen⁸⁾.

¹⁾ Kampffmeyer, a.a.O., S. 10.

²⁾ Vollmar und seine Gattin übersetzten selbst skandinavische Romane, von denen dann einige in der „Münchener Post“ erschienen. Vervielfältigte Manuskripte und der Entwurf zu einem Rundschreiben an die Redaktionen sozialdemokratischer Blätter befinden sich im V.A. — Vgl. ferner Kampffmeyer, a.a.O., S. 116.

³⁾ Vgl. Viktor Naumann an Vollmar, 2. November 1898 (V.A.): „Vor allem ist eine starke Begehrlichkeit vorhanden, am liebsten nur Rechte und absolut keine Pflichten.“ — Dem Komitee der „Freien Volksbühne“ gehörten an Viktor Naumann, M. G. Conrad, Dr. Wilhelm Rosenthal, Leopold Weber, G. v. Vollmar, Edgar Steiger, Dr. Benedikt Birnbaum, M. Kratsch.

⁴⁾ LT Bay., 21. April 1894, Bd. III, S. 834, 31. Mai 1902, Bd. IX, S. 420.

⁵⁾ LT Bay., 21. Mai 1894, Bd. III, S. 834.

⁶⁾ Zeitweilig war er Mitglied der Monumentalbaukommission, die die öffentlichen Bauten zu begutachten hatte.

⁷⁾ Im LT Bay., 14. April 1894 setzte er sich für die Sezessionisten ein. Vgl. Julia an Mehring (V.A.).

⁸⁾ LT Bay., 22. April 1898, Bd. XII, S. 192/200. vgl. die Briefe des Akademieprofessors Roth an Vollmar 1898/99 (V.A.).

Zweimal wurde seine private Kunstliebhaberei für die gesamte Partei von Bedeutung. In den Beratungen über die Lex Heinze im Reichstag und im Landtag erzielte Vollmar mit seinen kulturpolitischen Reden für seine Partei einen Erfolg, die ihr die Sympathien weiter Kreise der Bildungswelt einbrachte¹⁾. Diese Gesetzesvorlage war ursprünglich durch die unerhörten Roheitsakte des Zuhälterpaares Heinze veranlaßt worden. Das Zentrum und seine konservativen Mitläufer wollten diese Gelegenheit zu einem Schlag gegen die künstlerische und schriftstellerische Freiheit ausnutzen. Im bayerischen Landtag hatte es schon wiederholt Debatten über die Anstößigkeit von Plastiken und Bildern unbedeckter Menschen gegeben, so daß Vollmar bereits einige Übung hatte, als er im Jahre 1900 für die Freiheit der Kunst seine Stimme erhob. Während sich gerade das Zentrum demokratischer Argumente bediente und darauf verwies, daß solche Kunstwerke sich „gegen das gesunde Volksempfinden“ richteten, sprach Vollmar dem „Volk“ jede Kompetenz zur Beurteilung der Kunst ab, ehe der dazu notwendige, „geläuterte, gebildete Geschmack“ durch Hebung der sozialen Verhältnisse und der Allgemeinbildung in den breiten Schichten der Bevölkerung entwickelt worden sei. Gerade in der Unbildung und den sozialen Mißständen sah er die Ursachen, die zu solch furchtbaren Verbrechen führten²⁾.

Ein Jahr später unterzog er die Bautätigkeit Wilhelms II. einer nicht minder scharfen Kritik in den Etatsdebatten des Reichstages. Bei der Beratung des Reichszuschusses für den Aufbau der Hohkönigsburg bei Schlettstadt wandte er sich gegen den „Mummenschanz und die Maskeraden“ der wilhelminischen Romantik, die schon die Saalburg verdorben hätten. Für ein Glück hielt er, der viel in Italien reiste, daß so kostbare Relikte der Antike wie die Engelsburg und das Kolosseum diesem Barbarismus entzogen seien. „Wir wollen nicht, daß die falsche Romantik, das szenische Element, das seit Jahren in unserem öffentlichen Leben eine so große und unleidliche Rolle spielt, hier ein neues Zugeständnis erfahre.“ Auch in seinem „engeren Vaterland“ — wie Vollmar sich auszudrücken liebte — habe einst der gemütskranke Ludwig II. Phantasieschlösser gebaut; doch seien nicht andere mit deren Finanzierung belästigt worden³⁾.

¹⁾ Delbrück in Pr. Jbb. 100, S. 100: „Viel bedeutender noch als die Bewegung, die gegen die Lex Heinze entfesselt worden ist, ist die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion den Kampf gegen sie geführt und die Sympathien der besten Elemente der Nation dabei hinter sich hat . . . Die Torheit der Rechten, die es erst der Sozialdemokratie ermöglicht hat, sich die Sympathien der deutschen Bildung zu erwerben, hat ihr auch diesen Trumpf gegeben . . .“ ebd. S. 570: „Die Impotenz und Zerfahrenheit der liberalen Parteien in Deutschland ist so groß, daß sie von dieser wahrhaft von den Göttern geschenkten Gelegenheit, die deutsche Bildung gegen die klerikale Weltanschauung zu verteidigen, keinen Gebrauch zu machen verstanden haben, sondern die Führung der Sozialdemokratie überließen . . . Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen.“ Vollmars Reichstagsrede wurde als Pfennigbroschüre vertrieben: „Über die Freiheit der Kunst“, München 1900.

²⁾ LT Bay. 20. April 1900, Bd. IV S. 25—32. RT 15. März 1900, S. 4701—4706.

³⁾ RT 15. März 1901, S. 1928—1931.

6. Der Streit um den Revisionismus und der Fall Millerand

Mit einem Exkurs: August Bebel und Georg von Vollmar

Nach den Debatten um das Agrarprogramm war es zunächst um Vollmar still geworden. Er trat nicht mehr mit Kritiken oder Vorschlägen vor die Gesamtheit der Parteigenossen, sondern beschränkte sich darauf, in Bayern die Stellung der Sozialdemokratie zu festigen. Auf dem Breslauer Parteitag im Jahre 1895 hatte ein der praktischen Politik so fernstehender Ideologe wie Kautsky die Gunst der Mehrheit gefunden. Allein die Agrardebatten zeigten zum ersten Male in aller Deutlichkeit, daß über opportunistische Regungen hinaus Zweifel an der Doktrin laut wurden. Was die Zweifler mehr oder weniger deutlich empfanden, sprach Eduard Bernstein in seinen Aufsätzen, die in der „Neuen Zeit“ 1896 bis 1898 erschienen, klar und bestimmt aus. Diese Artikel stellten „keine aufregende Neuheit“ dar, sondern waren nur die „verstandesmäßige Anerkennung eines bereits bestehenden Zustandes“. Weil Bernstein den Versuch machte, durch ein anderes ideologisches System eine Alternative zum orthodoxen Marxismus zu geben, wurde er so freudig begrüßt und wirkte innerhalb der Sozialdemokratie gruppenbildend¹⁾. Wenn er auch auf kein Universitätsstudium zurückblicken konnte, so war er doch Gelehrter und bewies in seinen Aufsätzen den kritischen Geist des politischen Wissenschaftlers. Seine Anhänger, die bald die „Revisionisten“ genannt wurden, waren zumeist Literaten und Intellektuelle²⁾. Wie einige Jahre zuvor Vollmar, so wurde nun Bernstein durch seine Artikel zum Anlaß verschiedener Parteitagsdebatten über die Taktik und Theorie der Partei. Bernstein selbst konnte 1898 und 1899 nicht an den Streitgesprächen persönlich teilnehmen und mußte sich mit Verteidigungsbriefen begnügen, weil er noch von der Zeit des Sozialistengesetzes her in Deutschland wegen seiner Redaktionstätigkeit am „Socialdemokrat“ strafrechtlich verfolgt wurde und erst Bülow im Jahre 1901 veranlaßte, daß der gegen ihn gerichtete Steckbrief aufgehoben wurde³⁾. In den Debatten, die von Anhängern Bernsteins auf der einen und von Kautsky und seinen Gefolgsleuten auf der anderen Seite mit größter Erbitterung geführt wurden, forderte Vollmar Meinungsfreiheit für Bernstein. Er selbst konnte diesem allerdings nicht in jeder Hinsicht beistimmen. Besonders Bernsteins positive Stellung zum bürgerlichen Liberalismus konnte er nicht anerkennen. Auch von anderen Einzelheiten glaubte er, daß sie zu stark durch die englische Brille betrachtet würden. In offensichtlicher Anspielung auf Marx und Engels meinte er, daß das schon früher größere Leute getan hätten⁴⁾. Von den Debatten und Streitereien über die Theorie dachte Vollmar jedoch gering. Einige Wochen

¹⁾ Vgl. P. Gay, „Das Dilemma des demokratischen Sozialismus“, Nürnberg 1954, S. 84.

²⁾ Über die Entstehung des Namens „Revisionismus“ vgl. Erika Rikli, „Der Revisionismus“, Zürich 1936, S. 84.

³⁾ Bülow, „Denkwürdigkeiten“, Bd. I, S. 469.

⁴⁾ Prot. Hannover 1899, S. 213/221.

nach dem ersten Streitgespräch in Stuttgart 1898 machte er vor dem bayerischen Landesparteitag aus seiner Verachtung über den Zank der Literaten kein Hehl. Er wies darauf hin, daß sowohl er selbst als auch die übrigen bayerischen Delegierten sich bei den theoretischen Auseinandersetzungen sehr zurückhaltend gezeigt hätten: „Ich will es in ihrem Namen (d. h. der bayerischen Delegierten zum Parteitag der Gesamtpartei) hier sagen, daß ihnen die Verhandlungen über die Bergarbeiterfrage, welche von praktischen Arbeitern in so vorzüglicher Weise geführt worden sind, ein weit höheres Interesse abgerungen haben¹⁾.“ Noch viel ablehnender äußerte sich Vollmar in Notizen und Glossen, die sich in seinem Nachlaß befinden. Danach fühlte er sich bei den Diskussionen in die Zeit zurückversetzt, wo die Kirchenväter in haarspalterischen Auseinandersetzungen mit frühchristlichen Häretikern gestanden hatten. In diesem Zusammenhang warf er den Deutschen allgemein vor, sie seien eine Professorenation, zu deren Gelehrtendünkel bei der Sozialdemokratie im besonderen noch durch die slawischen Genossen die urwüchsige Formlosigkeit trete. Trotz dieser Sarkasmen bezeugt gerade dieses Notizenmaterial, daß die Anschauungen Bernsteins auch auf Vollmar nicht ohne Folgen geblieben sind. Noch in einer Versammlungsrede des Winters 1895/96 hatte er bei der Behandlung des Themas „Wissenschaft und Sozialismus²⁾“ die These vertreten, die materialistische Geschichtsauffassung sei eine exakte, voraussetzungslose Wissenschaft, weil durch sie die naturwissenschaftliche Methodik auf die Gesellschaftswissenschaft übertragen worden sei. Sein durchweg ästhetisches Empfinden sträubte sich jedoch schon hier dagegen, den vielverlästerten „Materialismus“ vertreten zu müssen. Aus diesem Dilemma suchte er sich zu befreien, indem er die Behauptung aufstellte, daß die Determinierung des Geschichtsablaufes im Sinne von Marx nicht den Geist degradiere, daß sie weder fatalistisch noch mechanisch sei, sondern lediglich die Wirkungen ursprünglich materieller Ursachen nachweise. Der handelnden Persönlichkeit wollte er nicht jede Bedeutung für die Geschichte absprechen, sah sie aber jeweils in einer historischen Entwicklungsreihe eingespannt, aus der sie nicht herausspringen könne. Unter den späteren Notizen finden sich nun einige Sätze, die anzeigen, daß Vollmars Glauben an die „Wissenschaftlichkeit“ der Ideologie erschüttert war und er begann, die Grundlagen des „Marxismus“ zu relativieren. Er hielt zwar den „Marxismus“ noch weiterhin für ein durch seine Geschlossenheit imponantes System, erkannte aber an, daß auch dieses System auf „Glaubensgrundlagen“ d. h. Apriorismen beruhe. Insbesondere hegte er Zweifel, ob sich vorbehaltlos Prognosen über eine spätere Entwicklung aufstellen ließen³⁾. Für die Massenpropaganda hielt er

¹⁾ Prot. Bay. 1898, S. 37.

²⁾ Notizen auf losen Blättern in blauer Mappe mit der Aufschrift „Hannover 1899“ (V.A.).

³⁾ Zu Bernsteins Ansichten über die „Wissenschaftlichkeit“ im Sinne Kautskys und des späten Engels vgl. Kautsky, „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“, 1899. Ferner Bernstein auf dem Parteitag 1901, Prot. Lübeck 1901, S. 176.

allerdings die hoffnungsvoll in die Zukunft zeigenden Ziele für unerlässlich, weil nun einmal die Menge zur Hochachtung vor den politischen Theorien und der „wissenschaftlichen Grundlage“ des Parteiprogramms erzogen worden sei. Dem politischen Praktiker hatten allerdings seiner Ansicht nach allgemeine Regeln wenig zu sagen, denn er hielt die Politik eher für eine „Kunst“ als für eine „Wissenschaft“, in der gewisse Erfahrungssätze und Regeln nur beschränkte Bedeutung haben konnten, die aber weit stärker durch die in „wechselnden Lagen“ sich zeigenden „lebendigen Kräfte“ bestimmt würde. Der Politiker dürfte sich, wie Vollmar auf dem Parteitag zu Stuttgart ausführte, nicht ohne Not festlegen, „weil er die Verhältnisse nicht alle voraussehen kann“. Daher war er kein Freund der auf den Parteitagen in Überfülle beschlossenen Resolutionen und variierte vor der Parteiversammlung seine in den Notizen krasser ausgeprägte Anschauung über die praktische Unzulänglichkeit der deutschen Sozialdemokratie: „... Alles in der Welt muß in Deutschland im allgemeinen und in der Sozialdemokratie im besonderen wissenschaftlich geprüft werden. Alles muß Weltanschauung werden...¹⁾“

Wie Dr. Eduard David schon vor dem Breslauer Parteitag sehnlichst gewünscht hatte, sich hinter dem „breiten Rücken“ des bayerischen Hünen zu verstecken, so suchten nun die „Revisionisten“ bei Vollmar Schutz, weil sein noch aus der Verfolgungszeit stammendes Ansehen in der Gesamtpartei durch den Rückhalt, den ihm jetzt Bayern bot, nicht zu erschüttern war. Hinzu kam noch, daß Eduard Bernstein nicht zum politischen Führer taugte. Seine Rückkehr sollte für die Revisionisten eine herbe Enttäuschung werden. „Wir hatten den Kündler einer neuen Wahrheit erwartet und ein Zweifler war gekommen, dem die Pontius-Pilatus-Frage Geist und Gewissen bewegte“, schrieb später Lily Braun in ihren Memoiren²⁾. Wie groß das Liebeswerben der Revisionisten um Vollmar war, zeigt ihre Korrespondenz mit ihm. Josef Bloch, der Herausgeber der „Sozialistischen Monatshefte“, die der literarische Treffpunkt der Revisionisten waren, ersuchte Vollmar in regelmäßigen Zeitabständen um seine literarische Mitarbeit. Als auf dem Parteitag zu München im Jahre 1902 der Parteivorstand von Kautsky, der die „Neue Zeit“ redigierte, gegen die „Sozialistischen Monatshefte“ mobil gemacht werden sollte, weil diese unabhängige Zeitschrift zusehends der parteioffiziellen, subventionierten „wissenschaftlichen“ Revue Kautskys die Abonnenten abspenstig machte, war es Vollmar, der die „Sozialistischen Monatshefte“ verteidigte³⁾. Ebenso legten Dr. Heinrich Braun und seine Frau Lily bei der Gründung der Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ sehr

¹⁾ Prot. Stuttgart 1898, S. 199.

²⁾ Lily Braun, „Memoiren einer Sozialistin“, Bd. II, S. 387.

³⁾ Prot. München 1902, S. 138 f. — Vgl. Vollmar an Jaurès, 6. Juni 1902 (Konzept im V.A.). Vollmar entschuldigte sich bei dem Franzosen für die taktlose Kritik, mit der ihn die „Neue Zeit“ bedacht habe. Gleichzeitig hob er hervor, die Herausgeber dieser Revue seien längst verknöchert und ihr Blatt habe in Deutschland zugunsten der „Sozialistischen Monatshefte“ an Ansehen verloren.

großen Wert darauf, daß in der ersten Nummer auf der Titelseite gleich ein Aufsatz Georg von Vollmars gebracht werden konnte¹⁾. Noch deutlicher trat er als politischer Mäzen der Revisionisten auf, indem er Lily Braun auf ihren Wunsch hin das Mandat eines bayerischen Wahlkreises als Delegierte für einen Parteitag besorgte²⁾. Vielen der „revisionistischen“ Literaten, die die Spalten der „Sozialistischen Monatshefte“ und der „Neuen Gesellschaft“ füllten, fehlte der feste Rückhalt in der Parteiorganisation. Glücklicher waren diejenigen, die wie Dr. Südekum, Dr. David, Rechtsanwalt Heine und zeitweilig auch Dr. Heinrich Braun Reichstagsabgeordnete werden konnten.

In die Debatten des Stuttgarter Parteitages von 1898 war Vollmar trotz seiner bekannten Abneigung gegen „theoretische Katzbalgereien³⁾“ mit hineingezogen worden. Etwa gleichzeitig mit den „Revisionisten“ hatte sich in der Partei auch die äußerste sozialrevolutionäre Linke zu einer eigenen, vom „Parteizentrum“ Kautskyscher Prägung getrennten Gruppe konstituiert. Die wichtigste Vertreterin dieser Richtung war die noch junge Dr. Rosa Luxemburg. In Stuttgart kam es dann zu einem Streitgespräch zwischen Vollmar und Luxemburg über die Frage der politischen *Machtergreifung*. Rosa Luxemburg behauptete, für die Sozialdemokratie als revolutionär-proletarische Partei könne es keine aktuellere Frage geben als die des Endziels. Sie begriff jedoch darunter — und das war das Neue gegenüber der marxistischen Parteimitte — „nicht diese oder jene Vorstellung vom Zukunftsstaat, sondern das, was einer Zukunftsgesellschaft vorausgehen muß, nämlich die Eroberung der politischen Macht⁴⁾!“ Vollmar fand dafür nur Worte des Spottes und wollte der Vertreterin solcher Ansichten, die er nur als Ausfluß des „Sektierer- und Mahdistentums“ gelten ließ, keinerlei Berufung zu praktischem, politischem Handeln zubilligen. Selbst Marx wurde von ihm zum Kronzeugen für die Notwendigkeit praktischer Reformpolitik gemacht, indem er eine Stelle aus dem „Kapital“ zitierte, wo sich der Meister lobend über die Ergebnisse der englischen Fabrikgesetzgebung äußerte. Vom Erlaß dieser Gesetze her sei die Wiedergeburt des englischen Proletariats zu datieren⁵⁾. Entgegen der von Rosa Luxemburg in Stuttgart offen zur Schau getragenen Verachtung der Gewerkschaften konnte Vollmar ebenfalls einen Satz von Marx anführen, in dem die Trade Unions die „Preiskämpfer des europäischen Proletariats“ genannt wurden. Diese Berufung auf Marx blieb jedoch nur eine Spielerei und sollte beweisen, daß auch er mit den Schriften der Theoretiker vertraut war. Der dialektischen Kunst von Rosa Luxemburg zeigte sich der Bayer jedoch bei weitem nicht gewachsen, sondern indem er dem vorwärts-

¹⁾ Braun an Vollmar, 8. März 1905 (V.A.): „Als gutes Omen betrachten wir es, daß Sie mit Ihrem Beitrag dem neugebauten Haus die Weihe geben.“

²⁾ Prot. München 1902, S. 251.

³⁾ Dieser Ausdruck findet sich in Vollmars Redenotizen (V.A.).

⁴⁾ Prot. Stuttgart 1898, S. 96—100.

⁵⁾ Prot. Stuttgart 1898, S. 105. Die gleiche Stelle hatte Vollmar bereits auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 zu seiner Rechtfertigung herangezogen. Prot. Erfurt 1891, S. 184.

drängenden Elan der revolutionären Aktivistin entgegentrat, bewies er von neuem, daß er als reiner Praktiker wenig Beruf zum Ideologen hatte. Mit Bernstein zog er — wie schon oben angedeutet wurde — die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus nun in Zweifel. Völlig inkonsequent mußte es aber sein, wenn er sich sträubte, den daraus notwendig werdenden weiteren Schritt zu tun und den Glauben aufzugeben, daß der Sieg des Sozialismus *mit Zwangsläufigkeit* erfolgen müsse. Bernstein war folgerichtiger, wenn er die Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung ebenfalls in Zweifel zog und deswegen den Sozialismus als Weltanschauung zu begründen trachtete, weil er in ihm „zum großen Teil ein Element des Wollens“ sah¹⁾. Vollmar hingegen stellte in Stuttgart den Geschichtsprozeß noch stärker als in den Eldoradoreden als determinierten, revolutionären Vorgang dar. Aus der für notwendig erachteten historischen Entwicklungsreihe konnte seiner Ansicht nach das Proletariat durch Gewaltaktionen nicht herauspringen. Als Beispiel für einen vorzeitigen, fruchtlosen Versuch der Arbeiterschaft, sich die Macht zu erobern, nannte er die Pariser Kommune, während Rosa Luxemburg an der über sie in der Partei verbreiteten Heroenlegende festhielt²⁾. Nach seinen Stuttgarter Ausführungen mußte er geradezu für quietistisch gehalten werden, wenn er sagte: „Es könnte der deutschen Sozialdemokratie gar nichts Unglücklicheres passieren, als daß sie vorzeitig in die Lage käme, die politische Macht zu übernehmen, denn wir würden nicht befähigt sein, sie ersprießlich zu gebrauchen und sie festzuhalten. Wir wollen die Macht nicht durch künstliche Mittel, sondern durch innere Notwendigkeit gewinnen, die allein Unwiderstehlichkeit und sicheren Erfolg verbürgen und dann, wenn vor allem die ökonomischen Bedingungen gegeben sind³⁾.“ Der politische Wille wurde völlig in den Hintergrund gedrängt und allein die „Verhältnisse“ — durch kleinliche Reformmaßnahmen beeinflußt — schienen seiner Meinung nach die Politik zu bestimmen. „Wer die Lage des arbeitenden Volkes ökonomisch, geistig, kurz kulturell hebt, der befähigt es zum Weiterkämpfen, stärkt seine Macht und schreitet sicheren Fußes auf dem Weg, der zur schließlichen Ergreifung der politischen Macht führt. *Wäre dieser immanente, selbstwirkende Trieb nicht vorhanden, dann könnten wir uns mit unserer ganzen Agitation begraben lassen*!“⁴⁾

Was Vollmar da vorbehaltlos vortrug, war die Ideologie des Parteizentrums, die sich auf der Kautskyschen „Synthese von Marx und Darwin⁵⁾“ aufbaute. Dieser Entwicklungs- und Fortschrittsglaube führte unter dem Zwang der „Ver-

¹⁾ Prot. Lübeck 1901, S. 176. — Näheres bei Gay, a.a.O. S. 179. — S. 317. „Der Revisionismus unterscheidet sich . . . von dem allgemeinen Reformismus durch seine intellektuelle Kritik am Marxismus und den Versuch, eine ethische sozialdemokratische Weltanschauung zu begründen.“

²⁾ Prot. Stuttgart 1898 S. 105 ff. — Die Desillusionierung über die Kommune hatte schon während des Sozialistengesetzes eingesetzt (vgl. Bernstein, SM XXVIII/2, S. 645 f.).

³⁾ Prot. Stuttgart 1898, S. 105 f.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ Karl Korsch, „Die materialistische Geschichtsauffassung“, Leipzig 1929, S. 117.

hältnisse“ im wenig einflußreichen Reichstag und in der gesellschaftlichen Paria-Stellung der Vorkriegssozialdemokratie die Partei zu jener pseudorevolutionären Haltung, bei der sich „flammendes Prophetentum in Worten mit fast absoluter Bewegungslosigkeit in der Tat“ verband¹⁾.

Wenn Vollmar 1898 ein eindeutiges Bekenntnis zum abwartenden Glauben an die friedliche Evolution aussprach, so zeigte er bereits im Jahre 1899 wieder, daß er nicht daran dachte, damit die Politik passiver Abstinenz zu verbinden, wie sie für die Parteimitte so kennzeichnend war. In den Auseinandersetzungen mit Rosa Luxemburg war er auf das ihm fremde Gebiet der Ideologie gedrängt worden. Als während der Dreyfus-Krise 1899 der französische Sozialist Millerand als Handelsminister in das sonst bürgerliche Kabinett Waldeck-Rousseau eintrat, konnte er dann an Hand dieses Faktums viel unmißverständlicher erläutern, wie er sich die politische Entwicklung dachte. Nicht weniger aufschlußreich waren die Stellungnahmen anderer führender deutscher Sozialdemokraten, die durch die Passivität ihres politischen Gesamtverhaltens dazu neigten, die Entscheidung Millerands vom Standpunkt kleinbürgerlicher Moralisten zu beurteilen. Für Wilhelm Liebknecht erwachsen nämlich die größten Bedenken aus dem Umstand, daß der französische Genosse neben dem „Kommuneschlächter“ Gallifet im Kabinett saß²⁾. Für Kautsky war es klar, daß sich die französischen Sozialisten an die Spitze der Revisionsbestrebungen im Falle Dreyfus stellen mußten, sobald es offenkundig geworden sei, daß der jüdische Offizier einem Justizirrtum zum Opfer gefallen war. Andererseits war Kautsky jedoch von der Überzeugung durchdrungen, daß „die beste politische Tugend“ der Sozialdemokratie „das Mißtrauen gegen jede bürgerliche Regierung“ sein müsse³⁾. Daraus ergab sich für ihn, daß die französischen Sozialisten zwar das Kabinett Waldeck-Rousseau stützen mußten, in dem Eintritt eines Sozialisten in eine bürgerliche Regierung sah er aber einen Schritt vom Pfade der politischen Tugend.

Ehe Vollmar zum „Fall Millerand“ Stellung nahm, ließ er sich von Jaurès genau über die Vorgänge bei der Regierungsbildung unterrichten⁴⁾. Etwas später legte ihm Millerand selbst alle Einzelheiten in einem längeren Briefe dar⁵⁾. Ein Aufsatz in den „Sozialistischen Monatsheften“ war die erste Frucht dieser Korrespondenz⁶⁾. Vollmar ging es zunächst darum, die genauen historischen Fakten zu klären, und er umriß deswegen die Stellung von Jaurès und dessen

¹⁾ Vgl. Robert Michels, „Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbands“, „Archiv f. Sozialwiss. und Sozialpolitik“ Bd. 25, 1907, S. 219. — Michels schrieb seine Studie, als der Stern der Deutschen in der 2. Internationale zu sinken begann.

²⁾ Vorwärts 29. Juli 1899.

³⁾ Vorwärts 1. August 1899.

⁴⁾ Jaurès an Vollmar, 23. Oktober 1900 (V.A.).

⁵⁾ Millerand an Vollmar, 14. Dezember 1900 (V.A.). — Vollmar sandte seinen Aufsatz an Millerand und erhielt ein längeres handschriftliches Dankschreiben, „que le version que vous avez donné, est des tous points conformé à la réalité“, 3. Januar 1901 (V.A.).

⁶⁾ SM S. 767—783, „Zum Fall Millerand“, SM V. S. 160—163 „Zwei Entgegnungen“.

marxistischen Gegenspielers Guesde. Die Details interessieren hier nicht. Er unterließ es jedoch bei dieser Darstellung nicht, einen Seitenhieb auf Kautsky niedersausen zu lassen, der auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris eine Resolution über die Mitgliedschaft von Sozialisten in bürgerlichen Kabinetten vorgelegt hatte. Dessen Absicht war dabei zweifellos gewesen, die Regierungsbeteiligung zu verurteilen. Allein die Meisterschaft, jede klare Formulierung zu vermeiden und statt dessen seine Zuflucht bei doppeldeutigen Phrasen zu suchen, hatte er vor der Internationale noch besser beweisen können als in Deutschland, so daß ein entschiedener Gegner der Ministerschaft Millerands die Kautskysche Vorlage „einen Kautschuk“ nannte¹⁾. Doch Kautsky hatte in Paris nicht als einziger Deutscher zur Diskussion über Millerand beigetragen. Mit Gelassenheit hatte vielmehr der einzige Landsmann Vollmars im Parteivorstand, der lebenswürdige, versöhnliche Ignaz Auer, das Wort ausgesprochen, die deutsche Sozialdemokratie sei „leider“ noch nicht in der Lage, einen parlamentarischen Minister zu stellen. Damit war der Meinung Vollmars nahegekommen, der in der Beteiligung der Sozialisten an der Regierungsgewalt ein epochales Ereignis erblickte, weil er glaubte, daß der Sozialismus auf seinem Wege zur Macht sich dem Ziele nähere. „Die Arbeiter werden erkennen, daß der Sozialismus heute stark genug ist, um allenthalben in die bürgerlichen Einrichtungen einzudringen, ohne von ihnen aufgesogen zu werden²⁾.“

Mehrfach hat Vollmar aus der Tätigkeit Millerands auch für die deutsche Politik Folgerungen gezogen. An der Sozialpolitik des Franzosen beeindruckte ihn besonders der Versuch, staatliche Sozialmaßnahmen und die auf der Initiative der Arbeiterschaft beruhende Organisationstätigkeit der Gewerkschaften aufeinander abzustimmen. „Das Wesentliche, der Kern einer aufrichtigen Sozialpolitik muß dahingehen“, sagte er in einem Vortrag in Dresden, „der Arbeiterklasse in steigendem Maße Einfluß auf die Gestaltung des Lohnvertrages und damit auf den Produktionsprozeß selbst zu verschaffen³⁾.“ Den Klassenkampf sah er in dieser Rede als eine geschichtliche, für den Fortschritt der Menschheit notwendige Tatsache an, die „nun einmal“ hingenommen werden müsse. Allein er nahm diesem Schlagwort seine inhaltsschwere Bedeutung, indem er in den Maßnahmen Millerands Ansätze dafür fand, wie die bisher im Kampf vergeudeteten Kräfte für die Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung dienstbar gemacht werden konnten. „Um wirtschaftliche und soziale Kämpfe fruchtbar und ohne unnötigen Aufwand an Kraft und Opfern durchführen zu können, dazu ist es notwendig, daß an die Stelle unerfahrener, zusammenhangloser, blindlings von Empörung und Begeisterung zur Entmutigung wankender Massen eine Gesamtheit von zielbewußten Arbeitern tritt, die Gemeingeist,

1) Prot. Int. Sozialistenkongreß 1900, S. 18.

2) SM IV, S. 783.

3) „Die Sozialpolitik in Deutschland und Frankreich“, Dresden 1901, S. 5.

Schulung und Selbstzucht sowie den erforderlichen Einblick in die ganze Konjunktur besitzt, um das Maß der aufzuwendenden Kraftanstrengung und der bestehenden Gewinnaussichten beurteilen zu können¹⁾.“ Weil es Millerand gelungen war, zwischen den Gewerkschaften, die diese Schulungs- und Organisationsarbeit geleistet hatten, und dem Staat eine Brücke zu schlagen, stand Frankreich nach der Meinung Vollmars an der Spitze der Sozialreform. Schon vor dem Rücktritt des Kabinetts Waldeck-Rousseau räumte er ein, daß auf diese ersten Versuche eines sozialistischen Ministers wiederum ein Rückschlag erfolgen könne, wollte darin aber keine Minderung der grundsätzlichen Wichtigkeit des Falles Millerand sehen²⁾. Im Vergleich zu Frankreich erschienen in seiner Darstellung die deutschen Verhältnisse recht ungünstig. Die deutsche Sozialdemokratie war zwar die größte sozialistische Partei der Welt, die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften war gewaltig und auf staatlicher Seite verschloß man sich nicht der Notwendigkeit, soziale Maßnahmen durchzuführen; das Sozialversicherungswesen war „unstreitbar erheblich besser als in anderen Ländern³⁾.“ Ansätze hingegen, um beide Machtbereiche zu fruchtbringender Zusammenarbeit einander zu nähern, wollte Vollmar aber nur in Süddeutschland erkennen, wo die staatlichen Behörden mit den Gewerkschaften in Fühlung standen und die Arbeitersekretariate respektierten⁴⁾. Im allgemeinen stellte er jedoch eine tiefe Unzufriedenheit im Lande fest, weil die innere Entwicklung — er meinte damit vor allem die staatsrechtlichen Grundlagen des Reiches — mit dem äußeren Aufstieg nicht Schritt gehalten habe. „Die Zukunft Deutschlands ist davon bedingt, daß seine Bahn endlich von dem Wust unhaltbar gewordener Hindernisse reingefegt und daß es zu einem modernen, demokratischen Staatswesen gemacht werde, in dem sich alle Kräfte des politischen Fortschritts ungehemmt entfalten und in freien Verhältnissen und Formen gestalten können⁵⁾.“ Sein Aufsatz „Die innenpolitischen Zustände des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie“, dem obiges Zitat entnommen wurde, war zunächst in einem englischen Journal erschienen. In England hatte man schon vor Jahren mit einem gewissen Erstaunen bemerkt, daß an einflußreicher Stelle in der deutschen Sozialdemokratie ein ziemlich unorthodoxer und nüchterner Politiker stand⁶⁾.

¹⁾ Ebd. S. 12, Auch diese Ansichten wichen nicht von denen des Parteizentrums ab, das immer auf die Notwendigkeit der Organisation verwies — nur die Folgerungen, die Vollmar zog, waren andere.

²⁾ SM V. S. 160—163, „Zwei Entgegnungen“.

³⁾ „Die Sozialpolitik . . .“.

⁴⁾ Ebd. S. 10.

⁵⁾ „Die innenpolitischen Zustände des Deutschen Reiches und die Sozialdemokratie“, München 1903. Ursprünglich in „National Review“ erschienen.

⁶⁾ Mrs. Sellers in „Pall Mall Gazette“, 4. August 1896: „Were he an Englishman instead of a German he would probably be in office doing much usefull work on Royal Commission.“

Dem englischen Publikum wollte Vollmar auch in diesem Aufsatz die theoretischen Streitigkeiten vorenthalten, die 1903 die Partei wieder bewegten. Statt dessen nannte er die Sozialdemokratie „ein notwendiges Element der Entwicklung des Reiches, die Partei der *nationalen Zukunft*“, die neben der „Herbeiführung einschneidender sozialer Reformen“ auf politischem Gebiet sich für Demokratisierung und Verfassungsreform einsetze. In acht Punkten glaubte er die Nahziele der Sozialdemokratie zusammenfassen zu können:

1. Wahl der parlamentarischen Vertretung nach einer Ordnung, die allen Bevölkerungsteilen Gerechtigkeit widerfahren läßt.
2. Einführung der parlamentarischen, d. h. der Volksvertretung verantwortlichen Regierungsweise.
3. Einschränkung der unproduktiven Ausgaben (Hof, militärischer Prunk, Kirchen usw.).
4. Gerechte Verteilung der Steuerlasten.
5. Abschluß guter Handelsverträge mit den Partnerländern.
6. Ein humanes Strafrecht.
7. Verkürzung der militärischen Dienstzeit. Beschränkung militärischer Maßnahmen auf den notwendigen Bereich.
8. Sicherung des Friedens durch Herbeiführung internationaler Verträge¹⁾.

Wenn auch all diese Forderungen in dieser oder in ähnlicher Form schon im Erfurter Programm enthalten waren, so dachte jedoch die Mehrheit der Partei nicht daran, nach derartig konkreten Forderungen Politik zu treiben. Was Vollmar in der englischen Zeitung ausführte, war in Wirklichkeit ein neues Aktionsprogramm, das er zwölf Jahre nach den Eldoradoreden unter dem Eindruck des großen Wahlerfolges von 1903 vorschlug.

Ein recht bescheidener, für die Zeitgenossen aber ungewöhnlicher Beginn einer parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Regierung war das sachliche Verhältnis, das zwischen Vollmar als dem Führer der bayerischen Landtagsfraktion und der Staatsregierung Podewils bestand. Zum Ärger Bebels, der noch kurz vor seinem Tode stolz bekannte, nie mit einem Regierungsmitglied verhandelt zu haben²⁾, scheute sich Vollmar nicht, in politischen Anliegen persönlichen Kontakt mit den Ministern aufzunehmen, wie er andererseits auch stets darauf bedacht war, daß die Regierung der sozialdemokratischen Fraktion die gleiche Behandlung wie den anderen Parteien zukommen

¹⁾ „Die innenpolitischen Zustände . . .“, S. 19.

²⁾ Bebel an Kautsky, 27. Juli 1910 (K.A. D. III, 137). — Zu Bebel vgl. Lensch, „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück“, S. 2; ferner G. Mayer, „Erinnerungen“, Wien 1949, S. 179.

ließ¹⁾). Im Reichstag herrschte dagegen ein viel härterer Ton, und es weckte auf beiden Seiten Verwunderung, als ein bayerisches Mitglied der Reichsregierung, Herr von Stengel, seinen sozialdemokratischen Landsmann mit Handschlag begrüßte, als dieser nach längerer Krankheit wieder einmal nach Berlin gekommen war²⁾).

Zu einer Begegnung Vollmars mit einem Reichskanzler ist es nur einmal gekommen. Im Jahre 1903 hatte Vollmar die Rede Wilhelms II. im Reichstag angegriffen, worin dieser bei der Beerdigung Krupps in Essen wieder einmal die Sozialdemokraten beschimpft hatte³⁾. Vollmar kündigte dabei einen Initiativantrag an, der den allmählichen Übergang zum parlamentarischen System in Deutschland durch die Einführung der Verantwortlichkeit des Kanzlers für alle Reden des Kaisers vor dem Reichstag vorsah. Er hatte sich schon bald nach dem Eintritt Millerands in die Regierung mit derartigen Plänen beschäftigt. Bülow suchte in der Entgegnung den Kaiser gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er kein soziales Verständnis habe. Dabei erwähnte er ein Marginal des Kaisers: „Hätten wir einen Millerand!“ , das er zu einem Bericht des deutschen Botschafters in Paris über seine Unterredung mit dem Handelsminister vermerkt hatte. Zum Schluß seiner Rede rief der Kanzler, sich den Sozialdemokraten zuwendend, bedeutungsvoll pathetisch: „Meine Herren, ich wünsche Ihnen einen Millerand⁴⁾!“ Am darauffolgenden Tage gewährte Bülow Vollmar eine Unterredung, um ihm „den erwähnten Botschaftsbericht zur Einsicht vorzulegen⁵⁾“. Anscheinend wurden jedoch noch andere Fragen besprochen, jedenfalls berichtet Bülow in seinen Denkwürdigkeiten über die Unterhaltung: „Ich empfang von ihm den Eindruck eines nicht nur gescheiterten, sondern auch ehrlichen und charaktervollen Mannes, mit dem, unbeschadet der beiderseitigen Grundsätze, eine praktische Verständigung wohl möglich war. Den Anfang mußte freilich die Ernennung von Parlamentariern aus verschiedenen Parteien zu Ministern bilden, wozu sich der Kaiser in der Besorgnis, in seiner Ellenbogenfreiheit eingeengt und beschränkt zu werden . . . , nicht entschließen konnte⁶⁾.“

¹⁾ Vgl. Vollmar an den Verkehrsminister, 1. Mai 1904 (Konzept im V.A.). Adolf Braun berichtete im „Vorwärts“ Nr. 306, 1. Juli 1922, daß Vollmar durch seinen Einfluß verfolgten Ausländern wie Vera Sassulitsch und Lenin in Bayern Asylrecht verschafft habe. Aufschlußreich für das persönliche Verhältnis ist ein Brief des Ministerpräsidenten v. Podewils an Vollmar (V.A. ca. 1904): Podewils wünschte Vollmar für einen Kuraufenthalt in Italien alles Gute und gibt sein Bedauern kund, daß es ihm nicht gelungen sei, einen Sonderwagen bereitzustellen. Statt dessen habe er die Reservierung einer ganzen Wagenabteilung 1. Klasse angeordnet und die österreichischen und italienischen Behörden veranlaßt, gleiches zu tun.

²⁾ „Münchener Zeitung“ Nr. 179/180, Nachruf (Ausschnitt V.A.).

³⁾ RT 20. Januar 1903, S. 7413—7423. — Zur Verfassungsänderung vgl. Vollmar an Julia, 16. November 1900 (V.A.): „Jag arbetar . . . pa en verfassungsnovel som skall gorte kanslaren anwartig för alle Ws. (Wilhelms) tal nu mösste jag studere alla folkens legar in demma hinseenda.“

⁴⁾ RT 20. Januar 1903, S. 7423.

⁵⁾ Bülow an Vollmar, 20. Januar 1903; 21. Januar 1903 (V.A.).

⁶⁾ „Denkwürdigkeiten“, Bd. I., S. 600. Bülows Angaben werden durch obige Billets bestätigt. Ansonsten ist Bülow in den Angaben über die Sozialdemokraten zumindest flüchtig; z. B. wirft er biologische Einzelheiten aus dem Leben F. J. Ehrharts und I. Auers durcheinander.

Im gleichen Jahre errang die deutsche Sozialdemokratie mit über drei Millionen Stimmen einen überraschenden Erfolg bei den Reichstagswahlen. Friedrich Naumann glaubte jetzt, daß die Zeit für Vollmar gekommen sei, um aus seiner politischen Reserve hervorzutreten¹⁾. Dabei verkannte Naumann jedoch die Kräfteverteilung und die Macht der Tradition innerhalb der Sozialdemokratie, die sich erneut in den Debatten des Parteitages zu Dresden im Herbst 1903 offenbarten. Der äußerliche Anlaß zu diesen Auseinandersetzungen war ein Artikel von Eduard Bernstein, in dem dieser die Frage aufgeworfen hatte, ob nicht die Partei nun, wo ihre Vertretung im Reichstag so groß geworden sei, einen Platz im Präsidium beanspruchen sollte. Bernstein wollte dabei in den „höfischen Verpflichtungen“, d. h. im herkömmlichen Besuch der Präsidenten beim Kaiser, keinen Hinderungsgrund für die Sozialdemokratie sehen²⁾. Vollmar hielt Bernsteins Vorgehen für taktisch recht unklug, wie ja Bernstein zeitlebens mehr Moralist denn politischer Praktiker gewesen ist³⁾; aber auch der Führer der bayerischen Sozialdemokraten glaubte, daß für die Partei „mit der jetzigen Entwicklungsphase . . . der schwerste Teil . . . der Aktion begonnen habe“, weil nach der Periode der bloß kritischen Tätigkeit die Zeit der verantwortlichen Politik anfangen müsse. „Ich kann nur sagen“, äußerte er in einer Münchener Versamlungsrede, „daß wir Sozialdemokraten durchaus gewillt sind, unsere jetzige Position dazu anzuwenden, auch positiv gestaltend, reformierend an den großen nationalen Kulturaufgaben mitarbeiten zu können; es wird sich nur zu zeigen haben, wieweit uns nicht der Widerstand der gegnerischen Mächte daran hindert⁴⁾.“ In diesem Zusammenhang sah er in dem Eintritt eines Sozialdemokraten in das Reichstagspräsidium eine Möglichkeit, den Einflußbereich der Partei zu erweitern. Er wies deshalb alle Versuche zurück, die Meinungsfreiheit in der Sozialdemokratie bei der Erörterung dieser Frage zu beschneiden.

Mit verbissener Energie peitschte jedoch schon vor dem Parteitag Bebel die Stimmung in der Partei auf. Auf seiten der „Revisionisten“ wie auch ihrer Gegner erwartete man für Dresden eine erneute „Taktik-Debatte“; jedoch selbst unter den politischen Freunden Bebels sah man diesen Auseinandersetzungen mit Besorgnis entgegen. Am deutlichsten hat wohl Viktor Adler kurz vor dem Parteitag, als sich Bebels rasende Wut schon ihrem Höhepunkt näherte, die innere Situation der Sozialdemokratie in Deutschland umrissen und dabei an Bebel die Frage gestellt, ob er selbst neben der reinen Ablehnung

¹⁾ Vgl. „Die Hilfe“, 9. Juli 1903: „Was aber tut Vollmar? Jetzt soll er aus seinen Bergen herauskommen, jetzt oder nie. Er ist der geborene Mann für diese Entwicklungsperiode des Sozialismus. Aber mancher läßt sich von der Geschichte vergeblich locken und bleibt unter den Lotophagen, auch wenn die Schiffe seiner bedürfen. Alle die anderen, die Heine, David, Bernstein, können das nicht tun, was er kann, wenn er will. Er hat den ganzen Weg von der Illusion zur Politik in sich erlebt, nun sollte er mehr sein wollen als ein bayerischer Berggeist. Sein Volk braucht ihn. Ob er aber will, wer weiß es?“

²⁾ SM 1903, S. 478 ff.

³⁾ Heine an Vollmar, 6. Juli 1903 (V.A.).

⁴⁾ „Lehre und Folgen der letzten Reichstagswahlen“, München, 1903.

des „Revisionismus“ etwas Positives, Neues zu bieten habe, ein „Aktionsprogramm“, das ein praktisches Ziel aufwiese¹⁾. Die Hauptsorge Bebels, die ihn auch alle von Adler geäußerten Bedenken übersehen ließ, galt nicht so sehr der Frage, ob ein Sozialdemokrat Vizepräsident des Reichstages werden dürfe, sondern dem Umstand, daß durch das Anwachsen der Reichstagsfraktion die Zahl der „revisionistischen“ Abgeordneten gestiegen war und in der parlamentarischen Vertretung der Partei die Mehrheit zu erreichen drohte²⁾. Bebel war es dann auch, der auf dem Parteitag den Angriff auf die „Revisionisten“ eröffnete, und schon über das Thema „Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Zeitschriften“ kam es zu einer ersten erregten Auseinandersetzung, die vornehmlich den Literaten galt, die an der „Zukunft“ Hardens mitgewirkt hatten³⁾.

¹⁾ Viktor Adler an Bebel, 8. September 1903, a.a.O. S. 421 f.: „Das Bedenken ist, daß Du in schonungsloser Weise auf die jungen Streber in der Partei losschlägst — was nach meinem Herzen ist —, dabei aber nicht genug der Tatsache Rechnung trägst, daß auch alte erfahrene Leute drüben stehen. Vollmar, Ede (Bernstein), Legien etc. sind ja gar nicht ‚junge‘, sondern ‚alte‘ Leute, und man muß sich doch sagen, daß, wenn solche Leute eine Richtung tragen, das nicht individualpsychologisch zu erklären ist, sondern irgendwo in den Dingen liegen muß . . . Ich zweifle nicht, daß Dein prächtiger Angriff, getragen von dem gesunden Sinn der Partei, in Dresden glänzend siegen wird. *Aber was dann?* Du läßt den Geschlagenen keine Rückzugslinie offen und das ist es, was meiner Methode . . . so zuwider geht. Vollmar, Heine etc. werden eine große Majorität gegen sich haben, aber was dann? Meinst Du, sie werden sich fügen? Das ist noch nie geschehen. Oder werden sie sich in die Büsche schlagen und abziehen? Ebensowenig, und täten sie es, so würde immerhin ein Stück Macht und Prestige der Partei mit ihnen verlorengehen . . . Dann aber fehlt die Darlegung des Positiven zur Negation. Gewiß, der Weg der Revisionisten ist nicht zu gehen . . . Aber andererseits: Daß eine Partei von drei Millionen Stimmen auch andere Möglichkeiten hat als eine von dreimalhunderttausend ist klar. Auch hier schlägt die Quantität in die Qualität um. Wenn Du zu der ganz äußerlichen und oberflächlichen Rederei der Vollmar und Ede ein *Aktionsprogramm* in großen Linien andeuten würdest . . . wenn Du nicht wie K. K. (Kautsky) auf das Programm berufen würdest, . . . das natürlich Alles sagt und damit Nichts, dann würdest Du den ganzen Parteitag mitreißen.“ (Vom Verf. Kursiv.)

²⁾ Vgl. Prot. Dresden 1903, S. 308—321. — H. Delbrück, „Preußische Jahrbücher“ 114, S. 184.

³⁾ Prot. Dresden 1903, S. 184 ff. — Vollmar war in diesen Streit, bei dem die Revisionisten recht kläglich auftraten, nicht beteiligt. Er war mit Harden persönlich bekannt, verlor jedoch nach Dresden den Kontakt mit ihm. — Vgl. Briefe Hardens an Vollmar 1894—1903 (V.A.). J. v. Vollmar an Harden 1901—1903 (Harden-Nachlaß im Bundesarchiv Koblenz). — Harden selbst äußerte sich über sein Verhältnis zu Vollmar (3. Oktober 1903 Zeitungsausschnitt V.A. ohne nähere Angaben): „Seit acht Jahren verkehre ich in einem Kreise, der sich, wenn Herr v. V. in Berlin ist, um ihn und seine geistig grazile Frau jeden Donnerstag abends zu bilden pflegt. Ich war auf Wunsch des Ehepaares Vollmar in diesen Kreis geladen worden, ließ mich, als politisch anders als die Mehrheit der Tafelrunde Gesinnter, in jedem Jahre ausdrücklich wieder einladen und hatte die Freude, vermißt zu werden, wenn ich fehlte. Teilnehmer an diesen ungemein bescheidenen Symposien waren außer dem Riesen von Soiensass die sozialdemokratischen Abgeordneten Grillenberger, Schönlanck, Bloss, Heine, Südekum; fast immer war noch ein der Politik fernstehender Literat, manchmal eine Dichterin anwesend, und wir am Donnerstagstisch länger Vereinten hatten das Recht, Freunde mitzubringen. Anregende, behagliche Abende, auf die sich jeder freute und deren Wiederkehr jeder herbeisehnte, wenn die Bayern gar zu lang das Borussenland mieden . . . Natürlich sprach man von omnibus rebus et de quibusdam aliis, mehr als über jeden Gegenstand über Politik, alte und neue. Jede Überzeugung wurde respektiert, in Ernst und Scherz suchte man einander zu nähern, und niemals entstand Gefahr eines noch so winzigen Konfliktes, im Kleinen das Bild des Zustandes, der in Ländern älterer Kultur Alltagserscheinung geworden ist. Nach erfüllter Pflicht . . . kommen Menschen zusammen, deren Europäerpuls ungefähr im gleichen Takt schlägt.“

Der Grundton der großen Rede Bebels wurde von seinen Ressentiments bestimmt: Er steigerte sich in die Rolle des zu Unrecht Beleidigten herein, verteidigte sich gegen den Vorwurf, er rede einer unpraktischen Politik das Wort, wies auf die politische Unzuverlässigkeit des Bürgertums hin, zitierte aufreizende Kaiseraussprüche und kämpfte vor allem gegen die süddeutschen Genossen, deren abweichende politische Taktik er auf überreichlichen Alkoholgenuß und wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Rückständigkeit zurückführen wollte. Sein zum Aufschäumen neigendes Temperament, sein wilder Fanatismus feierte hier einen neuen Triumph. Allen Besänftigungsversuchen hielt er entgegen, noch niemals sei die Partei so uneinig gewesen wie jetzt¹⁾. Auch 1903 bekannte er sich noch als „Todfeind“ der bürgerlichen Gesellschaft und wollte nicht eher ruhen, bis diese alte Ordnung zerschlagen sei. Vollmar hatte schon vor dem Parteitag, als er die Absichten Bebels ahnte, sich das Korreferat übertragen lassen²⁾. Nun hielt er dem Jähzornigen entgegen: „Wer Dinge und Menschen lenken will, der muß vor allem verstehen, sich selbst zu beherrschen.“ Vier Stunden, bis zur physischen Erschöpfung, behauptete sich dann Vollmar auf dem Rednerpult. „... Wiederholt schwiug Vollmar minutenlang und betrachtete den vor ihm sitzenden Bebel, der unermüdlich war in Zwischenrufen und oft hochrot vor Erregung aufsprang, namentlich wenn Vollmar ihm Diktatorangewohnheiten vorwarf³⁾.“ Er wies nach, wie im Laufe der Zeit vieles, das zunächst als Verbürgerlichung, Verwässerung oder sogar Versumpfung gebrandmarkt worden war, später doch von der gesamten Partei übernommen wurde. Besonders Kautsky, der „Partei gewordene Professor“, wurde das Objekt der Gegenschläge des Bayern⁴⁾. Während Bebel nur Vollmar dem französischen Minister Millerand für ebenbürtig hielt, unterschob Kautsky dem gesamten „Revisionismus“ die Absicht, eine dem Vorgehen dieses Franzosen ähnliche politische Bahn einschlagen zu wollen, wiewohl die Verhältnisse im Reich ganz anders gelagert seien⁵⁾. Die Resolution, die dem Parteitag vorgelegt wurde, verlangte zunächst in der Vizepräsidentenfrage eine klare, ablehnende Entscheidung. Darüber hinaus wurden jedoch alle „revisionistischen Bestrebungen“ verurteilt, die sich zum Ziele setzten, die Sozialdemokratie zum Glied einer parlamentarischen Mehrheit zusammen mit bürgerlichen Parteien zu machen. Die Revisionisten, so hieß es, gingen von einer falschen Voraussetzung aus, wenn sie glaubten, daß die Bourgeoisie den Sozialisten den Klassenkampf um die Rechte des Proletariats abnehmen werde.⁶⁾

1) Prot. Dresden 1903, S. 309.

2) Heine an Vollmar, 17. August 1903 (V.A.).

3) Zeitungsausschnitt — undatierbar (V.A.).

4) Prot. Dresden 1903, S. 323.

5) Ebd. S. 384.

6) Ebd. S. 413 (Vollmar gegen Kautsky) „So sehr ich mich gegen Bebel wenden mußte, betrachte ich doch bei der ganzen Geschichte nicht ihn, sondern Kautsky als die Hauptperson vor allem, weil er den Vorteil hat, konsequenter zu sein.“

Vollmar wollte in der Vizepräsidentenfrage die Entscheidung des Parteitages anerkennen. Den übrigen Teil der Resolution nannte er jedoch einen „Popanz“, den man sich zurechtgemacht habe, um beliebig auf ihm herumzuschlagen. „Was mich betrifft“, sagte er dann wörtlich, „so habe ich mich sicherlich weder jemals als einen Bernsteinianer noch einen Bebelianer bezeichnet, ja nicht einmal einen Marxisten genannt; ich habe keine Neigung und kein Talent zu solchen ‚Isten‘ und ‚Anern‘ und mir genügt vollkommen, daß ich Sozialdemokrat bin¹⁾.“ Weil Vollmar die Gesamtresolution für falsch hielt, glaubte er auch, daß sich durch sie niemand getroffen fühlen konnte²⁾. Genau so wie er zwölf Jahre zuvor es in Erfurt gemacht hatte, stimmte er auch jetzt für die Resolution, die ihn treffen sollte. Damit schlug er den Gegnern die Waffen aus der Hand. Die meisten der „Revisionisten“ taten es ihm gleich. Mit 288 : 11 Stimmen fand die Entschließung den Beifall des Parteitages³⁾.

Die Auseinandersetzungen in Dresden glichen nicht endgültig die Spannungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie aus. Neben der „ungeheuren Blamage“, wie Hans Delbrück den Parteitag in den „Preußischen Jahrbüchern“ nannte, zeitigte Dresden keinerlei Ergebnis. Das Parteizentrum, unterstützt von den Radikalen, wagte es nicht, die „Revisionisten“ aus der Partei zu drängen. Auf der Gegenseite war nicht mindere Unzufriedenheit vorhanden, man war enttäuscht von der nachgiebigen Haltung Vollmars, der „der erste und der einzige“ war, „der mit der Autorität seines Namens Widerstand gegen die Resolution hätte leisten können⁴⁾“. Doch Vollmar dachte nicht daran, sich offen aufzulehnen. Er bekannte sich zur Einheit der Partei, die weiterhin unter der Leitung des zwiespältigen Parteizentrums verblieb. Noch kein Vierteljahr nach den Dresdener Auseinandersetzungen erhielt Vollmar aus Berlin von Südekum die launige Mitteilung: „Die Wogen haben sich geglättet, die bockigen Esel sind beruhigt. Nachdem die Partei nunmehr definitiv gerettet worden ist, geht es im alten Trott weiter. August Bebel ist der unentwegteste Revisionist in der Fraktion⁵⁾.“ Erst unter dem Eindruck der russischen Revolution schwenkte 1905 das Parteizentrum — wenn auch nur sehr vorübergehend — etwas nach links⁶⁾.

Wenn auch der Dresdener Parteitag einer grundsätzlichen Bedeutung entbehrt, so ist der persönliche Gegensatz zwischen Bebel und Vollmar niemals

¹⁾ Prot. Dresden 1903, S. 419.

²⁾ Ebd. „Und da ich mir nun sage, zwar halte ich das Ganze für falsch, aber eben darum trifft es mich auch nicht. Und wenn es einer großen Menge der Parteigenossen eine Beruhigung gewähren kann, Grundsätzen, die ich als existent gegenwärtig nicht kenne, von denen die Verfasser aber annehmen, daß sie vielleicht irgendwann einmal zum Vorschein kommen könnten, im Vornherein einen Riegel vorzuschieben, so würdige ich diese Ansicht und will ihr nicht entgegen sein.“

³⁾ Ebd. S. 419.

⁴⁾ Vgl. Pr. Jbb. 114, S. 183. — Lily Braun, a.a.O. Bd. II S. 511. — W. Hellpach, „Wirken und Wirren“, Bd. I, S. 236.

⁵⁾ Südekum an Vollmar, 21. Dezember 1903.

⁶⁾ Vgl. Schorske, „German Social Democracy 1905—1917“, S. 42.

klarer in Erscheinung getreten als hier. August Bebel ist zweifellos der angesehenste Führer gewesen, den die deutsche Sozialdemokratie im Kaiserreich besessen hat. Unter seinen Gegenspielern in der Partei hat keiner jemals die Autorität Vollmars erreichen können. In der Zeit der Verfolgung hatten beide als Freunde zusammengearbeitet. Als Vollmar noch die Rolle des Überradikalen spielte, hatte Bebel ihn mehrfach zurechtgewiesen¹⁾. Ignaz Auer glaubte jedoch schon damals nicht so recht an die Echtheit des Vollmarschen Radikalismus²⁾. Bebel hat einen Umschwung wie Vollmar nie erlebt, in seinem politischen Handeln ist eine wirkliche Entwicklungslinie nicht festzustellen³⁾. Er blieb bei der gleichen Grundhaltung und machte höchstens Scheinwandlungen durch, wie die Politik der Sozialdemokratie eine statische Grundsatzpolitik blieb. Die tiefe Gläubigkeit der Anfangszeit der deutschen Arbeiterbewegung bewahrte er sich lange. Temperament und Glaubenskraft machten ihn zum Propheten, zum Derwisch, der in Verzückung und stammelnden Voraussagen den Hereinbruch eines neuen Äons ankündigte⁴⁾. Seine eigene Begeisterung und sein Begeisterungsvermögen machten ihn, der selbst aus den Reihen der kleinen Leute aufgestiegen war, durch die volkstümliche Bilder- und Vorstellungswelt seiner Reden und Schriften bei diesen so beliebt. Er selbst hielt sich dabei für ein reines Werkzeug der Masse; im Führer wollte er nur den Ausdruck des Massenwillens sehen. Daher sagte er in Dresden, der Führungsauftrag könnte jedem entzogen werden, wenn er nicht mehr den Wünschen der Menge entspräche und mit ihr den Kontakt verliere⁵⁾. Das Urmißtrauen gegen die in immer größerer Zahl in die Partei einströmenden Intellektuellen und die „Proletarier in gehobener Lebensstellung⁶⁾“ hat ihn nie verlassen, obwohl er selbst mit der Zeit wohlhabend geworden war und ein Landhaus am Zürcher See besaß. Eine genaue Vorstellung, wie sich diese in der Masse vermutete „Intelligenz“ in politische Aktivität umsetzen konnte, hatte Bebel nicht; ebensowenig verband sich bei ihm mit dem vielgebrauchten Wort „Kladderadatsch“, womit er den Beginn des großen Umbruchs kennzeichnete, ein klar faßbarer Begriff. Im Grunde waren sowohl die Hoffnung auf die Masse als auch die Erwartung des „Kladderadatsch“ Glaubensgeheimnisse, hinter denen sich die widerspruchsvolle Existenz der deutschen Sozialdemokratie als großer Partei ohne eigentlichen Willen zur Macht verbarg. Um 1903 wirkten diese messianischen Erwartungen auf einen Teil der jüngeren Generation befremdend⁷⁾. Doch Bebel war — wie

¹⁾ Vgl. oben S. 24.

²⁾ Vgl. „Tägliche Rundschau“ Nr. 201, 28. August 1892 (Ausschnitt im V.A.).

³⁾ Vgl. E. Matthias, „Sozialdemokratie und Nation“, S. 74. — Eine allgemeine Charakteristik der Partei findet sich auch bei Arthur Rosenberg, „Die Entstehung der deutschen Republik“, Berlin 1928, S. 48 f.

⁴⁾ Vgl. Prot. Erfurt 1891, S. 172. — Dazu die ironischen Bemerkungen Vollmars. Prot. Dresden 1903, S. 329 ff.

⁵⁾ Prot. Dresden, 1903, S. 311. — Vgl. Prot. Erfurt 1891, S. 174.

⁶⁾ Prot. Dresden 1903, S. 309.

⁷⁾ Hellpach, a.a.O. Bd. I S. 231 ff.

Friedrich Naumann einmal sagte — „Prophet und Kleinbürger¹⁾“. Viele der Tugenden, die diesen Stand auszeichnen, fanden sich bei ihm, Emsigkeit, Rechtschaffenheit, Wohlanständigkeit gepaart mit Humorlosigkeit. Er war eines der fleißigsten und sachkundigsten Kommissionsmitglieder im Reichstag; seine Prinzipientreue war nicht, wie häufig mißdeutet wurde, ein Ausdruck besonderer Radikalität, sondern ein Zeichen seiner ehrlichen, wohlanständigen politischen Gesinnung, die sich nicht mit den politischen Gewalten des verurteilten „bestehenden“ gesellschaftlichen Systems in Berührung bringen wollte. Budgetbewilligung und Hofbesuch wurden eher aus ethischen als aus revolutionären Motiven von ihm abgelehnt.

Anders als Bebel fühlte Vollmar sich nie als Beauftragter der Massen. Nicht erst in Bayern, wo eine solche Verhaltensweise durch die soziologische Eigenart der Verhältnisse in den Landkreisen geradezu diktiert wurde, sondern bereits in seiner frühen, radikalen Periode sah er in den Parteiführern Menschen, die über der breiten Masse zu stehen hatten. Zu Beginn des Sozialistengesetzes schrieb er etwa an Most, die Massen hätten voller Vertrauen auf die Führer gesehen, als die Zeit der Bedrückung begann. Weil aber diese selbst ratlos gewesen seien, hätten sich auch in der Menge Verwirrung und Schrecken verbreitet²⁾. Der Anarchist Most hatte nichts Eiligeres zu tun, als bei Beginn der Auseinandersetzungen zwischen „Freiheit“ und „Sozialdemokrat“ dieses autoritär-militaristische Denken seines Gegners anzuprangern. Auf dem Parteitag in Wyden 1880 führte Vollmar andererseits das Versagen der Sozialdemokratie zu Anfang des Sozialistengesetzes auf die Masse zurück: „Diese dirigiert sich nicht selbst, sondern bedarf zur Zeit noch energischer Führung³⁾.“ Nach seinem Stellungswechsel machte er erst recht kein Hehl aus seiner Abneigung, den Massen zu schmeicheln. Auf dem Parteitag zu Erfurt stellte er fest, daß es der Bewegung zwar nicht an Organisation und Disziplin mangle, „aber in bezug auf die Selbständigkeit der Meinung steht es doch noch etwas flau bei uns!“ An Beispielen wies er nach, wie bedenkenlos die Menge im Austeilen ihrer Gunst sei und erklärte es für eine inhaltlose Phrase, von der „Reife der Massen“ zu sprechen⁴⁾. Als daher in Dresden Bebel sich auf die Massen berief und unter Hinweis auf das Volksgewissen seine persönliche Erregung rechtfertigte, war

¹⁾ F. Naumann, „Ausgewählte Schriften“, S. 130. — Vgl. R. Michels, „August Bebel“, Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol. 1913, S. 688. — Bebel's humorlose Korrektheit charakterisiert bei Scheidemann, „Memoiren“, Bd. I, S. 211. — Vgl. ferner M. Sauerbrey, „Bebel und die Grundlagen der deutschen Politik im Zeitalter Bismarcks“, phil. Diss. Köln 1951.

²⁾ Johann Most, „Taktik contra Freiheit“, London 1881, S. 16. Most zitierte einen Brief Vollmars vom 4. August 1879.

³⁾ Prot. Wyden 1880, S. 23.

⁴⁾ Prot. Erfurt 1891, S. 261 ff. — Ein Schlaglicht auf die Lage in Bayern wirft der Brief von S. Politzer an Vollmar, 14. Juni 1878. Politzer bat Vollmar, in München zu kandidieren, wo die Gegner Adlige aufgestellt hätten: „Wir brauchen gegenüber den beiden Gentlemen *auch* einen Kavalier.“ (Abschrift V.A.).

es für Vollmars Einstellung nichts Neues, wenn er erwiderte: „Ich habe wahrlich keine geringe Meinung von der Masse und dem Volksempfinden, aber die Geschichte aller Volksbewegungen und die Geschichte unserer Partei lehren mich, daß dieses Volksgewissen sich täuschen und getäuscht werden kann, daß das Volk ebensogut Irrtümern unterworfen ist wie der einzelne¹⁾.“

Schon in der Art und Weise, wie er zur Menge sprach, zeigte sich seine Verschiedenheit von Bebel. Während jener sich selbst und seine Zuhörer entflamnte und mitriß, appellierte Vollmar an die Einsicht. Er suchte durch kühle, nüchterne Überlegung zu überzeugen, würzte seine Ansprachen mit Sarkasmen und Ironie. Seine gemessene Sprechweise erhielt volkstümliche Wärme durch die humorvolle Darstellung und die vom Dialekt gefärbte Tönung seiner Aussprache²⁾.

Hatten schon die Diskussionen auf dem Parteitag in Stuttgart 1899 gezeigt, wie stark Vollmars politische Grundanschauungen von der Ideologie des Parteizentrums beeinflußt wurden, so darf auch an dieser Stelle nicht übersehen werden, daß trotz der großen Unterschiede in Charakter und politischer Einstellung zwischen Bebel und Vollmar beide sich hinsichtlich ihrer optimistischen Weltanschauung sehr nahestanden. Bebels Fortschrittsglaube war unkritisch. Er hatte die Selbstsicherheit des besserwissenden Aufklärers. Wenn auch sein eschatologischer Glaube an den „Kladderadatsch“ wenig rational war, so zeigte doch sein literarisches Hauptwerk „Die Frau und der Sozialismus“ — das meistgelesene sozialistische Buch in Deutschland —, daß Bebel im Grunde Rationalist sein wollte. Obgleich er in der Partei „Gewissensfreiheit“ in religiöser Hinsicht forderte, gab er doch zu verstehen, daß er selbst auf „wissenschaftlichem“ Boden stand und der Atheismus für ihn ethische Notwendigkeit war³⁾. Die unerschütterliche Selbstsicherheit machte ihn auf politischem Gebiet so engstirnig, daß er es gar nicht begreifen konnte, wenn man anderer Meinung war als er. Auf diese Weise kam er in den Geruch, Diktaturgelüste zu hegen.

Vollmar war vom gleichen Fortschrittsglauben wie Bebel beseelt⁴⁾. Durch sein Studium, namentlich durch die Werke Spinozas⁵⁾, hatte er aber auf weltanschaulichem Gebiet die voreilige Selbstsicherheit eingeübt. Er relativierte die Religiösität auf die „Gesamtheit der moralischen Bedürfnisse“ des Menschen und hielt „Selbstführung von Kopf und Herz“ für den höchsten Religionsersatz⁶⁾.

¹⁾ Prot. Dresden 1903, S. 332.

²⁾ Vgl. Th. Heuß, „Vorspiele des Lebens“, S. 246. — Hellpach, a.a.O. Bd. I, S. 236—245. — Martin Wenck, „Georg v. Vollmar“, „Die Hilfe“, 2. Probenummer 1895.

³⁾ Von Bebels „Frau“ erschienen mehr als 50 Auflagen. Seine weltanschauliche Einstellung findet sich am klarsten in dem vielfach aufgelegten und mit einem späteren Vorwort versehenen Schriftchen „Christentum und Sozialismus“, 1878.

⁴⁾ Vgl. Vollmar an Julia, 15. September 1884 (V.A.): „Ich glaube . . . an die fast übergroße Verbesserungsfähigkeit der Welt . . .“

⁵⁾ Vgl. David an Vollmar, 16. August 1895 (V.A.).

⁶⁾ Notizen und Excerpte (undatiert, ca. 1895—1900, V.A.).

Die religiöse Toleranz, die im katholischen Bayern schon allein eine taktische Notwendigkeit war, war bei Vollmar ungeheuchelt, und er hat sich niemals gescheut, allen Versuchen entgegenzutreten, die unter dem Deckmantel „Aufklärung“ platteste antireligiöse Propaganda verbreiten wollten. Die Trennung der Bereiche von Kirche und Staat wollte er so streng durchgeführt sehen, daß er bei allen amtlichen Dokumenten grundsätzlich die Angabe seiner Konfessionszugehörigkeit verweigerte, wiewohl er die katholische Kirchensteuer zahlte¹⁾. Die bayerische Partei machte sich die völlige Indifferenz gegenüber religiösen Fragen zu eigen, und der Vertreter Vollmars in München, Erhard Auer, war entsetzt, als im Annoncenteil der „Münchener Post“ 1908 einmal ein Inserat der „Freidenkergemeinde Darwin“ erschien²⁾.

¹⁾ Vgl. Kürschners Reichstagshandbücher. — Über Kirchensteuer vgl. Dokumente im V.A. — Mit dem Ortspfarrer von Urfeld war Vollmar befreundet und auch mit geistlichen Kollegen im Landtag pflegte er geselligen Verkehr. — Vgl. V. Naumann, „Profile“, S. 89. — Zu Vollmars Stellungnahme zur Religion im politischen Gebiet vgl. Prot. Frankfurt 1894, S. 146.

²⁾ Auer an Vollmar, 5. Mai 1908 (V.A.). Der aus der Partei ausgestoßene atheistische Anarchist Dr. Rüdert wühlte damals in München.

III. Kapitel

Autorität im Hintergrund (1907—1918)

1. Bayerische Politik 1907—1914

In den Dresdener Parteitagsdebatten hatte der Revisionismusstreit seinen Höhepunkt gefunden. Wenn auch dort keinerlei Entscheidung gefallen war, so klang nun die Heftigkeit der Auseinandersetzungen doch allmählich ab, weil das allgemeine Interesse an theoretischen Fragen nachließ¹⁾.

Der Dresdener Parteitag stellte auch Vollmar zum letzten Male in den Vordergrund des Parteigeschehens. Einige Tage nach seinem Abschluß, am 2. Oktober 1903, erlitt er einen Eisenbahnunfall, als dessen Folge sich die Kriegsleiden wieder verstärkten²⁾. Vollmars Gehfähigkeit ließ nun rasch nach, geistige Konzentration führte zu vorzeitiger Ermüdung. Seit 1908 ergriff eine Schüttellähmung die Hände, und seine Stimme wurde so geschwächt, daß er bald nur noch flüsternd sprechen konnte³⁾. Auch regelmäßig wiederholte Reisen in den Süden, nach Italien, Dalmatien und Griechenland, brachten ihm keine Linderung. Nur noch im Rollstuhl konnte er sich von seiner Gattin in die Parlamente fahren lassen.

Diese Verschlechterung seines Gesundheitszustandes minderte zunächst nicht seinen Einfluß auf die bayerische Sozialdemokratie, wenngleich sich das Verhältnis der Bayern zu ihrem Führer änderte. Vollmar war kraft seiner Persönlichkeit an die Spitze der Sozialisten des zweitgrößten deutschen Bundesstaates gekommen. Organisationsfragen hatten zunächst bei den noch überblickbaren Verhältnissen kaum eine Rolle gespielt, auch hatte er anfangs keinen Wert auf den Aufbau eines durchgegliederten Parteiapparates gelegt. In der Pfalz und in Südbayern — Nürnberg und Nordbayern machten darin schon bald eine Ausnahme — verließ man sich an untergeordneten Stellen durchweg auf die Initiative der „Großen“, und es konnte geschehen, daß Vollmar vor einem Parteitag auf einmal 27 Aufforderungen zu Versammlungen erhielt⁴⁾. Als Gegner der Zentrali-

¹⁾ Kautsky selbst mußte das auch eingestehen: Vgl. NZ XXVIII, 2, S. 842; NZ XXXI, S. 532. — Ferner „Die Hilfe“ Nr. 39, 27. September 1903: „An die Stelle des alten revolutionären Marxismus tritt die Programmlosigkeit, die Interesselosigkeit an prinzipieller Politik . . .“

²⁾ Unterlagen über den Unfall (V.A.).

³⁾ Erhart Auer an Vollmar, 25. Januar 1908 (V.A.).

⁴⁾ Prot. Bay. 1896, S. 46.

sation begrüßte er diesen Zustand nicht und wollte in den lokalen Gruppen mehr Initiative und Verantwortungsgefühl entfaltet sehen. „Wenn man Freiheit erstrebt, muß man selbst bis zu einem gewissen Grade frei sein“, sagte er all denjenigen, die sich auf die Autorität der angesehenen Parteiführer verlassen wollten. Doch die Verhältnisse waren in Bayern nicht ohne Grund so. Auf dem Lande fehlten die Vertrauensleute, die gesellschaftlich und wirtschaftlich unabhängig genug waren, um sich offen zur Sozialdemokratie bekennen zu können. Vollmar und seine Freunde vermochten zwar dort ungestört aufzutreten, gegen die kleinen örtlichen Führer jedoch hatten die Behörden und besonders die Geistlichkeit ein leichtes Spiel¹⁾. Dazu kam noch, daß die bayerische Vereins- und Versammlungsgesetzgebung der Ausbreitung einer geschlossenen Landesorganisation im Wege stand. Bei politischen Vereinen konnten weder Frauen noch Minderjährige Mitglieder werden. Auch durften politische Vereine nicht miteinander in Verbindung treten²⁾. Strittig war die Interpretation des Versammlungsrechtes, doch wurde es durchweg so ausgelegt, daß auch an Versammlungen Frauen und Minderjährige nicht teilnehmen durften. Wurde eine Versammlung von einer Einzelperson einberufen, so erklärte die Polizeibehörde häufig den Veranstalter zum Mitglied eines über ganz Bayern verbreiteten — in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen — politischen Vereins „Sozialdemokratie“, um sich einen Grund für das Verbot der Veranstaltung zu beschaffen. 1894 erwog man tatsächlich die Gründung eines solchen Vereins, doch aus Furcht, dadurch die Tätigkeit der Sozialdemokratie von vornherein noch größeren Beschränkungen zu unterwerfen, beschloß der Parteitag, die Landtagsfraktion zur Landeszentralstelle zu machen und die Organisation im Lande auf Orts- und Kreisvertrauensmänner zu beschränken³⁾. Der Apparat blieb denkbar gering, das Hauptgewicht lag auf den persönlichen Beziehungen der Genossen zueinander. Auch die Zahl der Mitglieder der Partei hielt sich in engen Grenzen⁴⁾. 1896 gab es in fast allen Reichstagswahlkreisen Vertrauensleute. Lediglich Mittelfranken bildete eine Ausnahme und mußte von dem in Nürnberg befindlichen „Agitationsverein für Nordbayern“ agitatorisch betreut werden⁵⁾. In dieser Periode fehlten in der bayerischen Sozialdemokratie noch die direkt von der Partei besoldeten Funktionäre. Nur wirtschaftlich unabhängige Leute konnten führende Stellen einnehmen. Vollmar war diese Unabhängigkeit durch das Vermögen seiner Gattin zuteil geworden, Ehrhart hatte sich als Tapeziermeister hochgearbeitet und ein Möbelgeschäft gegründet, dessen Leitung ausschließlich seine Frau besorgte. Grillenberger war Redakteur und Verleger. In den größeren Städten befanden sich die Vertrauensleute vielfach in einer zum Teil von den

¹⁾ Ebd. S. 54. — Eingehend widmet sich auch E. Schneider, a.a.O. S. 104, S. 145 den organisatorischen Schwierigkeiten der Sozialdemokratie in der Pfalz.

²⁾ Prot. Bay. 1896, S. 46 ff.

³⁾ Prot. Bay. 1894, S. 41—53.

⁴⁾ Mitgliederstatistiken fehlen bis 1900.

⁵⁾ Prot. Bay. 1896, S. 37.

Parteigenossen abhängigen Stellung als Gastwirte und Zigarrenhändler. Der um die Münchener Organisation hochverdiente Franz Schmitt — ursprünglich Optiker — lebte von einem solchen Parteilokal in Schwabing. 1894 erhielt zum ersten Male ein Sozialdemokrat in Bayern einen Posten als „Parteibeamter“. Jedoch wurde dieser „Arbeitersekretär“, Martin Segitz, der die Genossen in allen rechtlichen Fragen unterstützen sollte, größtenteils von den Gewerkschaften besoldet¹⁾. Mit dem Jahre 1898 begann auch in Bayern ein Umschwung, als durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine die Abfassung eines Organisationsstatuts für Bayern und der Aufbau eines Parteiapparates begonnen werden konnte. Während die Regelung der örtlichen Aufgaben ganz den Lokalorganisationen überlassen blieb, wurde das Schwergewicht der Propagandatätigkeit auf die Gauvorstände übertragen, die in München (Oberbayern, Niederbayern, Schwaben und ein Teil der Oberpfalz), Nürnberg (die drei Franken und der größte Teil der Oberpfalz) und in Ludwigshafen a. Rh. (Rheinpfalz) ihren Sitz hatten²⁾. Die Landtagsfraktion behielt sich die politische Oberaufsicht vor. Durch das neue Statut kam die bayerische Sozialdemokratie in eine bessere finanzielle Lage, weil an die Stelle der bisherigen freiwilligen Leistungen der Genossen nun verpflichtende feste Beiträge traten³⁾.

Mit dem Anwachsen der Landtagsfraktion erweiterte sich auch der Aufgabebereich der Partei, die nun in die verschiedenen Ausschüsse des Landtages Vertreter zu entsenden hatte. Vollmar wurde Mitglied des Finanzausschusses, dessen Sitzungen wegen des veralteten Verfahrens der mündlichen Berichterstattung für besonders zeitraubend galten⁴⁾. Außerdem behielt er sich für die Plenarverhandlungen weitgehend die Kultur-, Militär- und Agrarangelegenheiten vor⁵⁾. Auch die Zusammensetzung der Landtagsfraktion änderte sich mit der Zeit, die Reibereien mehrten sich. Der Rechtsanwalt Dr. Süßheim und der Arzt Dr. Freiherr Haller von Hallerstein, die beide in Nürnberg gewählt worden waren, wurden in der Fraktion Hauptträger einer Opposition gegen Vollmar. Vor allem der exaltierte Freiherr, der durch radikales Auftreten und durch zahlreiche Zwischenrufe bei Landtagssitzungen sein revolutionäres Vollgewicht unter

¹⁾ Vgl. Briefwechsel Segitz, Ehrhart, Grillenberger, Schmitt mit Vollmar (V.A.).

²⁾ Vgl. Prot. Bay. 1898, S. 27. — Prot. Bay. 1903, S. 33.

³⁾ Die Einnahmen und Ausgaben des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Bayerns (nach den Parteitageprotokollen) in Mark:

	Einnahmen	Ausgaben		Einnahmen	Ausgaben
1894/96	1 287,21	934,81	1906/08	48 277,07	47 882,72
1896/98	3 236,38	2 432,90	1908/10	76 489,93 (+ 14 000)	65 784,83
1898/00	2 567,53	2 401,27	1910/12	249 511,32 (+ 155 000)	243 029,89
1900/02	4 895,13	4 111,29	1912/14	147 503,89 (+ 32 000)	144 503,89
1902/04	10 119,85	9 203,46			

(+) gibt die Höhe des in den Einnahmen enthaltenen Beitrages des Parteivorstandes in Berlin zur bayerischen Landesagitation an. — Ein Protokoll des bayerischen Parteitages zu Schweinfurt war dem Verf. leider nicht zugänglich.

⁴⁾ Vgl. Prot. Bay. 1908, S. 99. — Heine, SM XXVIII, 2, S. 641.

⁵⁾ „Stoffverteilungsplan“ (V.A.).

Beweis stellen wollte, bei einer Kritik durch Vollmar aber sogleich mit der Niederlegung seines Mandats drohte, machte es Vollmar nicht immer leicht, sich in der Fraktion durchzusetzen¹⁾. In der kleinen Fraktion von 1893 hatte er Ehrhart und Grillenberger nahezu immer auf seiner Seite gehabt, doch die alten Mitarbeiter aus der Zeit des Sozialistengesetzes traten sehr schnell in den Hintergrund. Die Beziehungen innerhalb der bayerischen Sozialdemokratie versachteten sich. Auf dem Parteitag der Gesamtpartei in Jena 1905 wurde ein einheitliches Organisationsstatut beraten und beschlossen, ohne daß Vollmar der Parteiversammlung einige wesentliche föderalistische Zugeständnisse abzurufen vermochte²⁾. Der darauffolgende Schweinfurter Landesparteitag mußte daher an dem Statut der bayerischen Sozialdemokratie entsprechende Änderungen vornehmen. Der bayerische Landesvorstand wurde nun von der Landtagsfraktion getrennt und sollte fortan auf den Landesparteitagen gewählt werden. Wenn auch Vollmar stets einstimmig oder mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als erster Vorsitzender bestätigt wurde, so war er nun doch nicht mehr der unbeschränkte Leiter der Partei wie ehemals. Eine Verwaltungsmaschinerie von besoldeten Sekretären entstand auch in Bayern³⁾.

Vollmar hat diese Entwicklung nicht hemmen können und wollen. Statt dessen hat er mit Erfolg versucht, die führenden Stellen in Bayern mit Leuten seiner Geistesart zu besetzen. Auf diese Weise gelang es ihm, den von Nürnberg ausgehenden Einfluß des linken Parteizentrums einzudämmen, als dessen einziger Vertreter der Nürnberger Simon das Amt eines Beisitzers im Landesvorstand erhielt⁴⁾. Seit 1906 stand als zweiter Vorsitzender Dr. Adolf Müller neben Vollmar. Müller stammte aus einer katholischen rheinischen Familie, hatte Medizin studiert und als Schiffsarzt die Welt bereist. Seit 1893 war er Redakteur an der „Münchener Post“ und stieg durch Vollmars Wohlwollen in der bayerischen Sozialdemokratie auf⁵⁾. Außer Müller muß Erhard Auer genannt werden, der seit 1908 besoldeter Landessekretär und engster Mitarbeiter Vollmars war. Vollmar suchte ihn systematisch zum Parteiführer heranzubilden⁶⁾. Auer war der Sohn einer Schwester von Ignaz Auer und hatte nach dem

¹⁾ Vgl. Ehrhart an Vollmar, 19. November 1903 (V.A.). — Südekum an Kautsky, 24. Juli 1908 (K.A.).

²⁾ Prot. Jena 1905, S. 162 ff.

³⁾ Besoldete Funktionäre gab es (lt. Prot. Bay. 1902—1914):

	Südbayern	Nordbayern	Pfalz		Südbayern	Nordbayern	Pfalz
1902	—	1	—	1908	1	3	1
1906	—	1	1	1910	2	2	2

Seit 1908 gab es zusätzlich 1 Landessekretär mit Hilfskraft. 1914 hatte die Partei in Bayern 20 „Parteibeamte“.

⁴⁾ Prot. Bay. 1908, S. 146.

⁵⁾ Vgl. Eugen Schiffer, „Ein Leben für den Liberalismus“, S. 223. Müller wurde nach dem Kriege Gesandter in Bern und war der einzige Sozialdemokrat, der sich bis 1933 im Auswärtigen Dienst behaupten konnte. — Vgl. Mitteilung des Ausw. Amtes 117/103—13/1062/55 vom Juli 1955.

⁶⁾ Vgl. Auer an Vollmar, 25. Januar 1908 (V.A.).

frühen Tode seiner Mutter eine überaus harte Kinderzeit erleben müssen. Erst nach Ableistung seiner Militärdienstpflicht blieb er in der Stadt und konnte als Kaufmannskommis seine lückenhafte Volksschulbildung ergänzen¹⁾. Auch der Gewerkschaftler Johannes Timm, der einst als Hyperradikaler von Berlin nach Bayern gekommen war, kann dieser Generation von führenden bayerischen Sozialdemokraten zugerechnet werden, die unter der Obhut Vollmars emporstiegen.

Da aber Vollmar wegen seiner Krankheit allmählich in den Hintergrund treten mußte, verloren die Bayern auch ihre Vorrangstellung unter den süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen²⁾. Im Jahre 1899 hatten die Abgeordneten der süddeutschen Landtage bei einem Treffen in Würzburg ihre Haltung gegenüber den Landesbudgets beraten³⁾. 1901 mußte sich der Parteitag in Lübeck mit den badischen Sozialdemokraten befassen, deren Landtagsfraktion dem Budget zugestimmt hatte. Vollmar, der in den Debatten bedauernd vermißt wurde, war mit Bedacht nicht nach Lübeck gekommen, um durch eine dort gefällte negative Entscheidung nicht zu stark gebunden zu werden und in der Kritik freier zu bleiben⁴⁾. Nach der in Lübeck angenommenen Resolution sollte den Landtagsfraktionen nur in besonderen Ausnahmefällen die Zustimmung zum Budget erlaubt sein⁵⁾.

In Baden wiederholte sich zunächst nun nach bayerischem Vorbild, daß sich Zentrum und Sozialdemokratie zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts taktisch zusammenschlossen. Anschließend bildete jedoch die Sozialdemokratie mit den Liberalen zur Bekämpfung des Zentrums einen „Großblock“ und erfüllte damit die von Friedrich Naumann schlagwortartig erhobene Forderung nach einem liberalen Block von „Bassermann bis Bebel“, allerdings ohne den ersteren und sehr gegen den Willen des zweiten⁶⁾. Der Hauptvertreter dieser Politik in der Sozialdemokratie Badens war Wilhelm Kolb, der als Redakteur eine freimütige Kritik an der Gesamthaltung der deutschen Sozialdemokratie übte. Ihm fiel es nicht leicht, sich immer gegenüber dem Altmeister der badischen Sozialdemokraten Adolf Geck durchzusetzen, der nicht ganz so opportunistisch war, wengleich er einige Jahre später keinen Anstoß daran nahm, als Vize-

¹⁾ Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. I.

²⁾ Dennoch blieb das Ansehen Vollmars auch außerhalb Bayerns ungeschmälert. Er suchte sich mitunter recht energisch Gehör zu schaffen, wenn er glaubte, daß die Eigenständigkeit der Süddeutschen in Gefahr sei. Vgl. Vollmar an Carl Ulrich, 4. Juni 1910, abgedruckt bei Carl Ulrich, „Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten“, herausgegeben von Ludwig Bergstraesser, Offenbach/M. 1953, S. 206.

³⁾ Lily Braun, a.a.O. Bd. II S. 511. — Hellpach, a.a.O. Bd. I S. 236.

⁴⁾ Prot. Lübeck 1901, S. 280. — Vollmar an Ehrhart, 16. September 1901 (V.A.).

⁵⁾ Prot. Lübeck 1901, S. 268 ff.

⁶⁾ Marianne Weber, „Max Weber“, Heidelberg 1950, S. 449.

präsident der badischen Kammer „zu Hofe zu gehen¹⁾“. Erst als der glühende Idealist Dr. Ludwig Frank zum Führer der badischen Partei aufstieg, erhielten die Badener eine Führerpersönlichkeit, die an Popularität Vollmar gleichkam und bis 1914 zum repräsentativen Leiter der süddeutschen Sozialdemokraten überhaupt wurde. Die Haltung der württembergischen Sozialdemokraten wurde in Bayern und in Baden mit Mißtrauen betrachtet, weil in Stuttgart selbst der Einfluß der Radikalen unter der geistigen Leitung von Clara Zetkin recht groß war und Keil seit der ersten Eisenbahnkonferenz als unzuverlässig für die süddeutsche Sache galt²⁾. Ein richtiggehendes Komplott gegen den Lübecker Beschluß wurde die Zustimmung der Bayern und Badener zu ihren Landesbudgets am 11. und 13. August 1908. Aus einem Brief von Wilhelm Kolb an Georg von Vollmar sprach die ganze Entschlossenheit, nunmehr auf keinen Fall den Ansprüchen des Parteivorstandes nachzugeben. Zwar schaute Kolb mit Argwohn nach Stuttgart, wo die Massen der „Revolutionstrompete“ (Clara Zetkin) jubelten und Keil elend im Stich ließen, doch glaubte er, daß die Mehrheit der Süddeutschen auf der Seite der Bewilliger stände und u. U. auch bereit sei, „die Konsequenzen einer Mißhandlung auf sich zu nehmen“. Schon ehe der Parteitag überhaupt zusammentrat, hatte man sich in Karlsruhe und München verständigt, wie man sich gegenüber den zu erwartenden Angriffen verhalten sollte. Da im Vorjahre bereits die Württemberger dem Budget zugestimmt hatten, wurde mit Sicherheit eine hitzige Debatte erwartet. „Diesmal gibt es nur eins, die Pistole den Kerls auf die Brust setzen, sonst sind wir verloren resp. blamiert“, meinte Kolb³⁾.

Als nun in Nürnberg 1908 tatsächlich eine Entschließung gegen die Süddeutschen mit 258:119 Stimmen angenommen wurde, gaben 66 Delegierte der süddeutschen Länder eine Minderheitenresolution ab, durch die sie sich in Landesangelegenheiten ein eigenes Urteil vorbehielten und jedes Einspruchsrecht des Gesamtparteitages ablehnten⁴⁾. Vollmar konnte wegen einer Erkrankung nicht in Nürnberg erscheinen. Statt seiner leitete hier zum ersten Male Erhard Auer mit Umsicht die Bayern. In unermüdlicher Zusammenarbeit mit den badi-

¹⁾ Zur Haltung der Badener vgl. Prot. Nürnberg 1908, S. 334; Prot. Magdeburg 1910, S. 123, S. 259, S. 295, S. 303 ff. — Der Gegensatz zwischen Kolb und Geck war so groß, daß es bei einer Wahlkreisbesprechung beinahe zu einer Schlägerei kam. Vgl. Kolb an Vollmar, 1. September 1908 (V.A.).

²⁾ Kolb an Vollmar, 1. September 1908 (V.A.). — Schorske, a.a.O. S. 130, widmet den württembergischen Verhältnissen eine genaue Untersuchung und legt die Differenzen zwischen „revisionistischer“ Landesorganisation und den radikalen Mehrheiten der Großstädte dar. Seine Schlußfolgerung, daß die Revisionisten auf Landesparteitagen die Mehrheit erlangten, weil die ländlichen Delegierten gegenüber den Großstädtern im Vorteil waren, da die Delegationen nach Bezirken und nicht nach der Kopfzahl der einzelnen Mitgliedschaften zusammengestellt wurden, läßt sich nicht unbedingt verallgemeinern. Nürnberg und Augsburg waren in Bayern zwar verhältnismäßig „radikal“, München dagegen nicht. Selbst als Lenin dort im Exil lebte, waren es „Revisionisten“ wie Dr. Lehmann, die ihm beistanden. Vgl. Krupskaja, „Erinnerungen an Lenin“, Bd. I, S. 67.

³⁾ Kolb an Vollmar, 1. September 1908 (V.A.).

⁴⁾ Prot. Nürnberg 1908, S. 426. — Keil, a.a.O. Bd. I, S. 205 ff.

schen und auch den württembergischen politischen Freunden gelang es ihm, die Geschlossenheit der bayerischen Delegation zu wahren, von der sich nur Gabriel Löwenstein und Dr. Süßheim von der Protesterklärung der süddeutschen Vertreter ausschlossen¹⁾. Zwei Jahre später bewilligte die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Karlsruhe erneut den Haushaltsplan. In der bayerischen Landtagsfraktion wurde ein solcher Entschluß vereitelt, da durch das Fehlen eines Abgeordneten die ängstlichen und die „radikalen“ Mitglieder der Fraktion mit einer Stimme in der ablehnenden Mehrheit waren²⁾. Dr. Frank bat Vollmar, seinen Einfluß propagandistisch für die Badener geltend zu machen und verhehlte nicht seine tiefe Enttäuschung, als es in München ruhig blieb³⁾. Auf dem folgenden Parteitag in Magdeburg schien es fast so, als ob die Parteileitung des dauernden Streitens müde sei und es bei einer nachdrücklichen Rüge bewandt sein lassen wollte. Erst als Ludwig Frank diese humorvoll mit den Worten eines alten, beim Holzdiebstahl ertappten Weibleins beantwortete: „Ich stehl mei' Holz und zahl mei' Straf“⁴⁾ setzten die darob erbosten Radikalen in stürmischer Nachtsitzung, bei der ihre Gegner aus Süddeutschland unter Protest den Versammlungsraum verließen, eine energische Verwarnung der Badener durch⁴⁾.

Für die bayerische Landtagsfraktion machte sich das immer häufigere Fehlen Vollmars auf die Dauer recht nachteilig bemerkbar. Wenn auch die einzelnen Referate sachkundige Spezialisten fanden und selbst auf dem Gebiete der Kulturpolitik Adolf Müller nicht weniger Interesse zeigte als Vollmar, so fehlte doch in der Fraktion die überragende Persönlichkeit, die durch ihr Ansehen die vielfach auseinanderstrebenden Meinungen koordinieren und der sozialdemokratischen Vertretung im Landtag die nötige Geschlossenheit geben konnte⁵⁾.

Seit 1906 begannen sich zudem in immer stärkerem Maße Entscheidungen auch auf Bayern auszuwirken, die bei der Parteizentrale gefallen waren. Für die deutsche Sozialdemokratie insgesamt hatte das Auftreten Vollmars keine Wende bedeutet. Noch viel weniger hatten die „Revisionisten“ den Kurs des Parteizentrums beeinflussen können. Den Gewerkschaften blieb es vorbehalten, auf dem Parteitag zu Mannheim 1906 zum ersten Male das Parteizentrum zum Rückzug zu veranlassen. Unter dem Eindruck der russischen Revolution war die Möglichkeit des politischen Massenstreiks in der deutschen Sozialdemokratie erörtert worden. Selbst Vollmar hatte nicht umhin können, in einer Ver-

¹⁾ Heine an Vollmar, 16. September 1908 (V.A.).

²⁾ Vgl. Süddeutsche Monatshefte 1910, 2, S. 344. — Süßheim an Kautsky, 24. Juli 1910 (K.A.).

³⁾ Frank an Vollmar, 17. Juli 1910 (V.A.). — Vgl. L. Frank, „Aufsätze, Reden usw.“, S. 171. — Ferner David an Vollmar, 29. Juli 1910 (V.A.): „Vermögen wir nicht die Gesamtpartei in die Bahn gesunder Entwicklung zu bringen, so haben wir die Pflicht, diese Entwicklung wenigstens nicht für den Süden durch den Unverstand der Majorität des Nordens versanden zu lassen. — Die Entscheidung liegt bei den Bayern. Versagen sie, lassen sie die Badenser im Stich, dann haben die Berliner gewonnen.“

⁴⁾ Vgl. Keil, a.a.O. Bd. I, S. 220. — Prot. Magdeburg 1910, S. 360.

⁵⁾ Auer an Vollmar, 25. Januar 1908 (V.A.).

sammlung 1905 den russischen Revolutionären seine Anerkennung auszusprechen¹⁾). Die Gewerkschaften setzten jedoch 1906 durch, daß der Gedanke an politische Massenstreiks in Deutschland fallengelassen wurde²⁾). Nicht weniger als im Reich drängten nun auch in Bayern die Gewerkschaften in den Vordergrund. Sie wuchsen viel rascher als die politische Partei; 1914 standen rund 100 000 Mitgliedern der politischen Organisation mehr als 235 000 Gewerkschaftler gegenüber³⁾). Die politische Tätigkeit der Sozialdemokraten im bayerischen Landtag wurde nun zusehends von den wirtschaftlichen Zielen der Gewerkschaften her bestimmt. Unter der Regierung Podewils erlangten auch die Arbeiter der Staatsbetriebe das Koalitionsrecht. Man zeigte sich auf Regierungsseite den Gewerkschaften gegenüber zu größerem Entgegenkommen bereit und erkannte sie dadurch de facto als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft an⁴⁾).

Auch im bayerischen Zentrum, das immer wieder seine Eigenständigkeit gegenüber der deutschen Zentrumspartei betont hatte, wirkte sich nun eine 1908 in Berlin gefallene Entscheidung aus. Das Zerbrechen des Bülow-Blocks führte im Reichstag Konservative und Katholiken zueinander. Innerhalb der bayerischen Zentrumspartei erhielt dadurch der konservative Flügel starken Auftrieb und die nach links tendierende bäuerlich-demokratische Gruppe um Dr. Heim und Dr. Schädler verlor viel von ihrem Einfluß. Allerdings verwarf auch die konservative Richtung des Zentrums nicht den sozialen, arbeiterfreundlichen Kurs, den die Partei seit dem Jahre 1898 zum Erstaunen mancher Liberaler eingeschlagen hatte⁵⁾).

Der Machtzuwachs der „Freien Gewerkschaften“ und die Rechtsschwenkung des bayerischen Zentrums gaben nun den Anlaß zu parlamentarischen Auseinandersetzungen, die an Heftigkeit seit dem Eintreten der Sozialdemokraten in die Kammer nicht ihresgleichen hatten. Als nämlich der „Süddeutsche Eisenbahnverband“, der der Sozialdemokratie nahestand, zusehends wuchs, während der christliche „Bayerische Eisenbahnverband“ nicht solche Fortschritte aufweisen konnte, suchte das Zentrum als Mehrheitspartei seinen Einfluß beim

¹⁾ Manuskript der Rede aus dem Jahre 1905 im V.A. — Vollmar zog aber einen klaren Trennungsstrich zwischen den russischen und den deutschen Verhältnissen und den durch sie geforderten politischen Methoden.

²⁾ Vgl. Prot. Mannheim 1906, S. 227. — Schorske, a.a.O. S. 50 ff. Schorske liefert auch hier eine eingehende Untersuchung.

³⁾ Prot. Bay. 1914, S. 126. — Mitgliederzahlen der Partei (nach den Protokollen der bayerischen Parteitage zusammengestellt):

	Südbayern	Pfalz	Nordbayern		Südbayern	Pfalz	Nordbayern
1904	5 750	5 565	14 139	1910	21 111	9 638	34 499
1906	7 882	5 969	17 465	1912	30 594	11 856	44 662
1908	13 101	8 610	26 038	1914	29 741	12 805	48 063

In der „Roten Woche“ wurden im Sommer 1914 in Bayern noch 9879 Mitglieder geworben, so daß bei Kriegsbeginn die bayerische Sozialdemokratie 100288 Mitglieder zählte.

⁴⁾ Vgl. Johannes Timm, „Die Arbeiterpolitik im bayerischen Landtag“, SM XIV (1908), S. 1154.

⁵⁾ Vgl. Ludwig Bergstraesser, „Geschichte der politischen Parteien“, 7. Aufl., S. 168. — „Süddeutsche Monatshefte“ 1907, 2, S. 240. — J. Beyhl an Vollmar, 18. Januar 1905 (V.A.).

Verkehrsminister geltend zu machen, um den Eisenbahnern den Beitritt zu der „verfassungsfeindlichen“ Organisation zu erschweren¹⁾. Vollmar warnte den Minister davor, den Einflüsterungen des Zentrums nachzugeben, und tatsächlich stieß diese Partei bei Eisenbahnminister von Frauendorfer auf Widerstand²⁾. Es kam daraufhin in der Kammer zu erregten, vom Zentrum provozierten Zwischenfällen, und schließlich stellte die Mehrheitspartei die Mitarbeit im Finanzausschuß ein, weil an ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit dem Verkehrsminister nicht mehr zu denken sei. Daraufhin löste der Prinzregent die Kammer auf³⁾.

In der gemeinsamen Absicht, dem konservativ-klerikalen Block Abbruch zu tun, kam es bei den Reichstagswahlen 1912 zum ersten Male zu einer Wahlkoalition zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen⁴⁾. Bei den fast gleichzeitig stattfindenden bayerischen Landtagswahlen, wo die Bedrohung der Linken durch das Zentrum viel größer war, wurde nun wie schon Jahre zuvor in Baden der „Großblock“ Wirklichkeit, den Friedrich Naumann verlangt hatte. Einer der ersten Versuche Naumanns, mit der Sozialdemokratie in Berührung zu kommen, hatte Georg von Vollmar gegolten, den er im Frühjahr 1899 in München aufgesucht hatte⁵⁾. Theodor Heuß gibt in der Biographie seines Lehrers einige Andeutungen über den Bericht, den Naumann über seine Besprechungen dem nationalsozialen Parteivorstand erstattete. Vollmar hielt danach das Kommen einer nationalen Demokratie, die von ihm selbst bis zum Freisinn reichte, für möglich, war aber der Ansicht, daß der Kaiser eher zum Staatsstreich greifen werde, als sich mit einer solchen Linken zu verständigen. „So ist auf Vollmar zunächst nicht zu rechnen“, schloß Naumann damals seinen Bericht⁶⁾.

Schon bei den Landtagswahlen von 1905 gab es in der bayerischen bürgerlichen Linken Kräfte, die eine Annäherung von „proletarischen“ und „bürgerlichen“ Liberalismus erstrebten⁷⁾. Die offenherzigen Briefe des Lehrers Jacob Beyhl, der ursprünglich Nationalsozialer war und im Jahre 1903 für die Nationalliberalen bei den Reichstagswahlen in Würzburg kandidiert hatte, aber auch Hinweise in der Korrespondenz zwischen Vollmar und Brentano sind Zeugen dafür⁸⁾. Beyhl leitete in Würzburg damals die Jungliberalen. Seine Enttäuschung über die Haltung der Liberalen in der Wahlrechtsfrage gestand er in den Briefen an Vollmar offen ein. Die Hauptdifferenz zwischen Vollmars und seinen eigenen politischen Zielsetzungen sah er darin, daß auch Vollmar in der Ablehnung der expansiven Welt-, Flotten- und Militärpolitik verharrete, die er selbst für eine

1) Prot. Bay. 1912, S. 16.

2) LT Bay. 26. Oktober 1911, Bd. XII, S. 447.

3) Vgl. Johannes Timm, „Die Bedeutung der bayerischen Landtagswahlen, SM XVIII (1912), I, S. 85—91.

4) Prot. Chemnitz 1912, S. 330. — Bergstraesser, a.a.O. S. 170.

5) Friedrich Naumann an Vollmar, 4. April 1899 (V.A.).

6) Theodor Heuß, „Friedrich Naumann“, I. Aufl., S. 213.

7) Beyhl an Vollmar, 18. Januar 1905 (V.A.).

8) Lujo Brentano an Vollmar, 26. Februar 1904 (V.A.).

Lebensnotwendigkeit eines großen, wachsenden Volkes hielt¹⁾. 1906 streckten die Liberalen einen ersten Fühler aus, um mit der Sozialdemokratie wegen der Landtagswahl von 1907 in Kontakt zu kommen²⁾. Vollmar hielt sich diesem Werben gegenüber genau so zurück wie etliche Jahre zuvor gegenüber Naumann. Als dieser 1905 in Bayern eine Wahlrede gehalten hatte, meinte Vollmar, daß Naumann sich nur mit „halbem Herzen“ für den bayerischen Liberalismus habe einsetzen können. „Und wer nur genau hinsieht“, schrieb er auf seinen Notizblock, „weiß, daß der Liberalismus, wie er ihn schildert, zwar sehr schön ist, nur nicht auf deutscher Erde existiert, und daß Naumann mehr als Dichter denn als Realpolitiker gesprochen hat³⁾.“ Die Liberalen ihrerseits sprachen von der „rätselhaften Politik des Herrn von Vollmar“, der dem Zentrum zu wiederholten Malen die Mehrheit im Landtag verschafft habe, weil er hoffte, an die Stelle der Liberalen treten zu können⁴⁾. Das Landtagswahlbündnis von 1912 zwischen Sozialdemokraten, Liberalen und Bauernbündlern galt für alle bayerischen Wahlkreise. Zunächst wollten sich die verbündeten Parteien durch das Übereinkommen ihren Besitzstand an Mandaten sichern, für die Wahlkreise jedoch, die das Zentrum innehatte, trafen sie die Vereinbarung, daß dort nur jeweils die Partei kandidieren sollte, die bei den letzten Wahlen hinter dem Zentrum am erfolgreichsten gewesen war. Die Landtagsfraktion übertrug die Verhandlungen mit den Partnerparteien den beiden Landesvorsitzenden und dem Landessekretär. Vorsichtshalber wollten die Bayern Bebel zu den Besprechungen hinzuziehen, der jedoch in Berlin nicht abkömmlich war. Die Landeskonferenz billigte mit 28:14 Stimmen das Vorgehen der Fraktion. Ernsthafte Unzufriedenheit über das Wahlbündnis wurde nur in den nordbayerischen Wahlkreisen laut, wo das Zentrum nicht bodenständig war, und sich die Genossen daran gewöhnt hatten, in den Liberalen die einzigen politischen Gegner zu sehen⁵⁾.

Auch 1912 konnte das Zentrum seine Mehrheit in der zweiten Kammer behaupten. Die Linke war jedoch stärker geworden, und erstmalig hatte sich die Sozialdemokratie nicht auf Kosten der Liberalen erweitert⁶⁾. Die neue Landtags-session begann sofort mit einem Zwischenfall, als das Zentrum die Wahl eines Sozialdemokraten in das Präsidium verhinderte, worauf auch die Liberalen darauf verzichteten, in diesem vertreten zu sein. Fünf Jahre zuvor hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht die ihr angebotene Stelle eines Schriftführers besetzt, weil für das Präsidium nicht nur der Besuch beim Prinzregenten, sondern auch bei sämtlichen Prinzen der Haupt- und Nebenlinien des

¹⁾ „Rede des Reichstagskandidaten Herrn Lehrer Jacob Beyhl, gehalten in der liberalen Wählerversammlung in Würzburg am 9. Juni 1903“, Würzburg 1903.

²⁾ Adolf Müller an Vollmar, 31. Oktober 1906 (V.A.).

³⁾ Notizen, anscheinend für eine Entgegnungsrede (V.A.).

⁴⁾ „Die Hilfe“ Nr. 7, 17. Februar 1907. — „Süddeutsche Monatshefte“ 1907, 2, S. 240.

⁵⁾ Prot. Bay. 1912, S. 79 ff.

⁶⁾ Joh. Timm, „Nach der bayerischen Landtagswahl“, SM XVIII (1912), 1, S. 163. — Das Wahlergebnis: Zentrum 87 (98), Konservative 7 (16), Liberale 30 (25), Sozialdemokraten 30 (21), Bauernbünde 9.

Hauses Wittelsbach üblich war. Nunmehr — neun Jahre nach den Debatten in Dresden — hätte sich die bayerische Sozialdemokratie zweifellos dem herkömmlichen Zeremoniell gefügt, wenn es ihr möglich gemacht worden wäre¹⁾. Die innenpolitische Spannung in Bayern verschärfte sich noch, als kurz vor der Wahl das Ministerium Podewils zurücktreten mußte, weil es mit wohlwollender Duldung zugesehen hatte, daß unter den Staatsbeamten für den „Linksblock“ geworben wurde. Unter dem Einfluß seines Sohnes Ludwig berief der greise Prinzregent den Freiherrn von Hertling, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, auf den Posten des Ministerpräsidenten²⁾. Hertling bildete ein Kabinett von Fachministern, in dem außer ihm selbst noch einige Zentrumsleute waren. „Jetzt haben wir in Wahrheit den Anfang des parlamentarischen Regimes in Bayern“, behauptete die „Hilfe“³⁾. Hertling selbst aber bekannte vor der Kammer, daß er sich allein der Krone verpflichtet fühle und nicht parlamentarischer Minister sein wolle. Er wollte konservativ und nach den ewig gültigen Wahrheiten des Christentums regieren⁴⁾. Bereits fünf Wochen nach seiner Ernennung führte er vor dem Landtag aus, daß es fortan der Regierung unmöglich sein würde, Sozialdemokraten zu Beamten zu ernennen oder als Gemeindebürgermeister zu bestätigen. In das Gemeindebeamtengesetz wurde eine Ausnahmebestimmung gegen die Sozialdemokraten aufgenommen⁵⁾. Die Sozialdemokraten im bayerischen Landtag gerieten in wachsende Erregung. Vollmar nannte in einer seiner wenigen Landtagsreden des Jahres 1912 das Vorgehen des Zentrums eine „Erpresserpolitik“. Die Auseinandersetzungen wurden so heftig, daß Vollmar, der selbst in seiner radikalen Zeit nie bei seinen parlamentarischen Reden den Takt des Aristokraten verleugnet hatte, nun, wo er nur noch mit flüsternder Stimme unter Aufbietung seiner letzten Kräfte sprechen konnte, zweimal hintereinander einen Ordnungsruf erhielt⁶⁾.

¹⁾ LT Bay. 28. Februar 1912, Bd. I, S. 2. — Prot. Bay. 1912, S. 21. — Vgl. Vollmar an Scheidemann, 10. Februar 1912 (Konzept im V.A.). Etwa zur gleichen Zeit wurde Scheidemann in das Präsidium des Reichstages gewählt, sollte aber nicht „zu Hofe gehen“. Vollmar hingegen, der vorzeitig Berlin verlassen mußte, suchte ihn zu bewegen, sich an der „Formalie“ zu beteiligen . . . : „Verhält sich W. (Wilhelm II.) anständig als Gentleman zu Gentleman, dann ist die Sache mit einigen gegenseitigen Begrüßungen abgemacht, sollte er aber ausfallend gegen Sie werden, so würden Sie ihm die Antwort schon nicht schuldig bleiben. Jedenfalls darf ein solcher Zwirnsfaden die weitere politische Entwicklung in diesem Reichstag nicht hindern.“

²⁾ Vgl. Bachem, a.a.O. Bd. VIII, S. 47.

³⁾ „Die Hilfe“ Jg. XVIII, Nr. 7, 15. Februar 1912.

⁴⁾ LT Bay. 5. März 1912, Bd. I. — Prot. Bay. 1912, S. 25.

⁵⁾ Prot. Bay. 1914, S. 145. — Seitdem am 28. Juli 1908 der Landtag beschlossen hatte, daß in Gemeinden über 4000 Einwohner die Gemeindevertretung nach dem Verhältniswahlssystem zu wählen sei, hatte die Sozialdemokratie sich eifrig an der Kommunalpolitik beteiligt und ein Kommunalprogramm aufgestellt. 1908 saßen 125 Sozialdemokraten in bayerischen kommunalen Vertretungen, 1912 dagegen 854. In Nordbayern und der Pfalz wurden verschiedene Sozialdemokraten zu Beigeordneten und Bürgermeistern gewählt, die die Regierung Podewils — von Fall zu Fall prüfend — in der Regel bestätigte. — Vgl. Prot. Bay. 1908, S. 64. — Prot. Bay. 1912, S. 15. — Profit, a.a.O. S. 28 ff.

⁶⁾ LT Bay. 4. Juni 1912, Bd. II, S. 806 ff.

Neben der akuten Wucht des Parteienstreites zeigte sich jedoch im Jahre 1913 beim Thronwechsel in Bayern, daß trotz der heftigen parlamentarischen Kämpfe die bayerische Sozialdemokratie nicht daran dachte, in den staatsfeindlichen Jargon zurückzufallen. Prinzregent Luitpold war wegen seiner Menschlichkeit nie unbeliebt gewesen, und die für Norddeutschland so verhängnisvollen Majestätsbeleidigungsprozesse waren in Bayern nahezu unbekannt¹⁾. Bei seiner Beisetzung gab ihm auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion geschlossen die letzte Ehre, wenn sie auch dadurch den Unwillen einiger weniger „Radikaler“ erregte²⁾. Auch Prinz Ludwig war der Sozialdemokratie zunächst nicht unsympathisch. Selbst Bebel hatte einmal erklärt, wenn er aus den Reihen der deutschen Fürsten eine Persönlichkeit bei einer Kaiserwahl vorschlagen müßte, so würde seine Wahl auf den Prinzen Ludwig fallen³⁾. Beim Tod des alten Regenten erhob sich nun die Frage, ob die seit 26 Jahren dauernde Regentschaft fortzuführen sei, oder ob Ludwig als König den Thron besteigen sollte. Freiherr von Hertling bereitete den Thronwechsel vor, indem er in die Verfassung eine Klausel einfügen ließ, derzufolge die Regentschaft bei dauernder Regierungsunfähigkeit des legitimen Thronerben nach zehn Jahren beendet werden konnte. So wurde Ludwig König⁴⁾. Vollmar wollte diesem staatspolitischen Schritt nicht die Berechtigung absprechen. Er verlangte jedoch von der sozialdemokratischen Fraktion die Ablehnung, weil die Regierung diesen Schritt eigenmächtig ohne verfassungsrechtliche, parlamentarische Rechtfertigung gegangen und der Thronwechsel zudem mit einer Erhöhung der Zivilliste verbunden sei⁵⁾. Die Sozialdemokraten waren die einzigen, die sich in der Abgeordnetenkammer der Erhebung Ludwigs zum König widersetzen — nicht aus prinzipiell antimonarchischen Gründen, sondern aus parlamentarischen und finanziellen⁶⁾.

2. Imperialismus und Weltkrieg

Das Interesse für die Außenpolitik erwachte in der deutschen Sozialdemokratie erst recht spät, und nirgends kam ihre Bewegungslosigkeit so deutlich zum Ausdruck wie hier⁷⁾. Als Realist hatte Vollmar sich bereits in den Eldoradoreden

¹⁾ Vgl. Curtius, a.a.O. S. 149.

²⁾ SM XVIII (1913), 1, S. 22.

³⁾ Prot. Magdeburg 1910, S. 347.

⁴⁾ Vgl. Sendtner, „Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern“, München 1954, S. 114.

⁵⁾ Undatierter bruchstückhafter Briefentwurf an den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden (Segitz oder Adolf Müller) (V.A.).

⁶⁾ Prot. Bay. 1914, S. 9.

⁷⁾ Vgl. Max Weber, „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“, S. 31 ff. — Ferner die Spezialuntersuchungen: Max Viktor, „Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik (1869—1914)“, Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik Bd. 60, 1928; K. Mandelbaum, „Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus 1895—1914“, phil. Diss. Frankfurt/M. 1926.

von der internationalen Phrase distanziert, dabei gleichzeitig ein eindeutiges Bekenntnis zum nationalen Staat abgelegt und sogar dessen Bündnissystem gutgeheißen¹⁾). Die allgemeine Forderung nach Freihandel, die das Parteizentrum erhob, das wie überall auch hier einen revolutionären Aspekt bei Marx zum Dogma seiner starren Prinzipienreiterei machte, wurde von Vollmar nicht gebilligt, weil er die Interessen des eigenen Volkes gewahrt sehen wollte. Auf dem Parteitag zu Mainz sagte er daher: „Man kann sehr wohl ein guter Sozialdemokrat und guter Internationaler sein und braucht sich deshalb doch nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß wir jeder Handlung des Auslandes mit gebundenen Händen gegenüberstehen müssen²⁾.“ Vollmars Hauptinteressen richteten sich jedoch wie bei der Mehrzahl seiner Parteigenossen auf die Innenpolitik, und genauso wenig wie die meisten von ihnen begriff er rechtzeitig, daß mit dem Imperialismus eine neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt hatte. In seinen Reichstagsreden zum Kolonialetat vertrat er zunächst kritiklos die offizielle Meinung der Partei, wenn er in der Kolonial- und Weltpolitik nur einen Ausfluß des „persönlichen Regimentes“ und ein „napoleonisches Mittel“ sah, um die Aufmerksamkeit der Massen von der innenpolitischen Lage abzuwenden³⁾. Die lange Rückständigkeit der nationalen und sozialen Entwicklung stellte seiner Ansicht nach Deutschland vor viel mehr innenpolitische Aufgaben, als es in den übrigen europäischen Ländern der Fall war, so daß Kolonien nur eine zusätzliche Belastung seien. Wiewohl gerade Vollmar sich dafür einsetzen wollte, daß der Staat seine Souveränität auf das wirtschaftliche und soziale Gebiet ausdehne, wünschte er für die Kolonialpolitik das Gegenteil. „Die Kolonisation soll von denjenigen finanziert werden, die später auch die Profite einstecken wollen⁴⁾.“ Das Vorgehen der Deutschen in den Kolonien hielt er nicht für schlechter oder besser als das der anderen europäischen Nationen. Seine Einstellung modifizierte sich im Laufe der Jahre dahingehend, daß er sich zusehends für die kolonialen Institutionen zu interessieren begann, die Verbesserung der Ausbildung der Kolonialoffiziere forderte und von der Regierung verlangte, keine abenteuerhungrigen jungen Leute nach Afrika zu schicken, denn die Sozialdemokraten hätten den Wunsch, daß die Kolonialpolitik möglichst „national“ — d. h. ohne Schaden für die deutschen Steuerzahler und die Eingeborenen — betrieben werde⁵⁾. Die gleiche Richtung verfolgte seine Denkschrift „Zur Erziehung der Neger in Europa“, die er dem Auswärtigen Amt vorlegte. Im Gegensatz zu amtlichen deutschen Stellen hielt er die Ausbildung von Eingeborenen in Deutschland für erfolgversprechend, wenn man geeignete Schwarze

1) „Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie“, 1891.

2) Prot. Mainz 1900, S. 196. — Zu Marxens Stellung vgl. „Das Elend der Philosophie“ (dtisch. Übers.), Stuttgart 1913, S. 188.

3) RT 12. Mai 1890, S. 43.

4) RT 13. Mai 1890, S. 70.

5) RT 18. März 1895, S. 1567—1569.

dafür aussuche, diese in Europa vor den negativen Einflüssen der Zivilisation bewahre und ihnen nach ihrer Rückkehr in die Heimat eine Aufstiegschance biete. In dieser Abhandlung äußerte Vollmar keinerlei prinzipielle Bedenken gegen die Kolonialpolitik als solche, sondern setzte ihr vielmehr das Ziel, die Kolonialvölker zu gleichberechtigten Partnern heranzubilden¹⁾. Peinlichst suchte er bei den Etatsreden zwischen den kolonialen Forderungen und der Unterstützung der Wissenschaft zu unterscheiden. 1890 schon teilte er die Bereitschaft der Sozialdemokraten mit, wissenschaftlichen Forschungen in den Kolonien nichts in den Weg legen zu wollen. 1891 bewilligte die Fraktion dementsprechend 150 000,— Mark für Forschungsreisen, während die Errichtung einer Versuchsfarm in Südwestafrika abgelehnt wurde²⁾. Als daraufhin die Liberalen Bamberger und Eugen Richter Vollmar als den Sprecher der Fraktion wegen der Inkonsequenz eines solchen Verhaltens angingen, entgegnete er, nur für sich persönlich sprechend, daß er sich zwar bewußt sei, wie leicht wissenschaftliche Expeditionen zum Vorspann für die Gründung von Handelsniederlassungen gemacht werden könnten, andererseits aber in dieser beabsichtigten oder auch unbeabsichtigten Folge keinen Grund sähe, daß die Sozialdemokraten der Wissenschaft die Mittel vorenthalten sollten.

Nach dem Eintritt in die bayerische Kammer war es sein Ziel, die bayerische Regierung immer wieder gegen besonders auffällige Entscheidungen in der Außen- und Weltpolitik in Bewegung zu setzen, indem er auf angebliche oder tatsächliche Verletzungen der in den Versailler Verträgen Bayern zugestandenen Rechte hinwies. Bereits 1893 warnte er die Regierung vor den „caesaristischen“ Neigungen in Berlin, wie er überhaupt mit Unbehagen das fahriges Wesen des Kaisers wahrnahm, auf den er selbst einmal seine Hoffnungen gesetzt hatte³⁾. Er machte der bayerischen Regierung Vorwürfe, als sie nach der Krügerdespesche und bei der ersten Marokkokrise keinen Gebrauch von dem ihr zustehenden Rechte gemacht hatte, den auswärtigen Ausschuß des Bundesrates einzuberufen⁴⁾. Alle Einwände des Ministerpräsidenten, die Kammer sei für derartige Angelegenheiten nicht zuständig, schob er mit der kurzen Bemerkung beiseite, daß es in einem Verfassungsstaat nichts geben dürfe, was sich der Zuständigkeit der Volksvertretung entziehe. Ebenso wie in der Kolonialpolitik schätzte er in der Außenpolitik die Tragweite der persönlichen Entschlüsse des Reichsoberhauptes sehr hoch ein und war noch 1907 der Ansicht, Deutschland werde im Ausland allein deswegen mit Mißtrauen betrachtet, weil seine Außenpolitik von „persönlichen Einflüssen“ und einer „kleinen aber einflußreichen und rücksichtslosen,

¹⁾ Konzept im V.A. — Das Auswärtige Amt bestätigte am 7. März 1895 den Erhalt der Denkschrift (V.A.).

²⁾ RT 3. Februar 1891, S. 1291.

³⁾ LT Bay. 28. Oktober 1893, Bd. I, S. 316. — Vgl. RT 19. März 1897, 20. Januar 1903, 30. April 1907.

⁴⁾ LT Bay. 7. November 1899, Bd. I, S. 475; 19. Oktober 1905, Bd. I, S. 254.

urreaktionären Kaste“ bestimmt werde, während weite Schichten des Volkes an den Entscheidungen nicht beteiligt seien¹⁾).

Bei der zweiten Marokkokrise war selbst der Parteivorstand in Berlin sich zunächst nicht im klaren, was zu tun sei. Nachdem die Gegner in den Reichstagswahlen von 1907 das nationale Empfinden als Wahlparole so erfolgreich gegen die Sozialdemokratie ausgenützt hatten, fürchtete nun die Partei, dieses Empfinden zu verletzen²⁾. Es gibt Anzeichen dafür, daß Vollmar diese Krise anfangs für recht harmlos hielt. In einem Gespräch mit dem römischen Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“, Hans Barth, äußerte er, der Ausbruch eines Krieges sei unwahrscheinlich. In Marokko würde es für Deutschland ein Erfolg sein, wenn Frankreich seine Aktionen im Landesinnern aufgeben müsse. Im Reich selbst ständen Sozialdemokraten Seite an Seite mit der Regierung gegen die alldeutschen Hetzer³⁾. Einen Monat später jedoch — der Vorwärts hatte inzwischen schon sein Befremden über die Meinung Vollmars geäußert — verlas dieser in der zweiten bayerischen Kammer eine Interpellation der Fraktion, worin die Regierung um Auskunft gebeten wurde, warum der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nicht einberufen worden sei⁴⁾. Freiherr von Podewils suchte die Besprechung herauszuschieben, Adolf Müller kam aber bald darauf auf das Thema zurück. Der Ministerpräsident hatte erwartet, daß Vollmar das Wort ergreifen werde. Aus einem unlängst veröffentlichten Brief Podewils' an den bayerischen Gesandten in Berlin ist zu ersehen, daß der Ministerpräsident die Einwände Vollmars ernst zu nehmen pflegte und ihnen als Bayer die Berechtigung nicht absprechen konnte⁵⁾.

Genau wie in den Fragen der überseeischen Expansion neigte Vollmar auch in Heeresangelegenheiten lange Zeit zur Meinung des Parteizentrums, nach der Demokratisierung des Heeres und Schaffung einer Volkswehr die besten Garantien für die Wahrung des Friedens waren. Diese Forderungen waren ein altes volksparteiliches Erbgut, und der Gönner Vollmars, Georg Friedrich Kolb, war lange Zeit im bayerischen Landtag ein eifriger Verfechter des Milizgedankens gewesen⁶⁾. Von den Haager Konferenzen, deren Beschickung durch Deutsch-

¹⁾ RT 30. April 1907, S. 1254—1257.

²⁾ Prot. Jena 1911, S. 464 ff. — Vgl. ferner die eingehende Untersuchung bei Schorske, a.a.O. S. 59 ff.

³⁾ „Berliner Tageblatt“ 14. September 1911, Nr. 468. — Vollmar protestierte sofort gegen die Veröffentlichung des Gesprächs, bei dem Dr. Lehmann und Wolfgang Heine zugegen gewesen waren, weil Einzelheiten verdreht und unrichtig seien. Vgl. Briefe an Th. Wolff und Adolf Müller (Konzepte im V.A.).

⁴⁾ LT Bay. 21. Oktober 1911, Bd. XIII, S. 371. — Adolf Müller: LT Bay. 11. November 1911. Nach der Daily-Telegraph-Affäre hatte Timm im Landtag angefragt, da Vollmar zu dieser Zeit krank war. Prot. Bay. 1910, S. 12.

⁵⁾ Deuerlein, „Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten 1870—1918“, Regensburg 1955, S. 172.

⁶⁾ Zu Kolb vgl. Schieder, a.a.O. S. 170. — Die Ansichten der Sozialdemokraten zum Heerwesen bei Bebel, „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“, Stuttgart 1898. — Vollmar gab ähnliche Äußerungen in Parlamentsreden von sich.

land Vollmar im Reichstag forderte, versprach er sich keinen Erfolg, solange nicht die politischen Systeme der europäischen Staaten, namentlich Rußlands und Deutschlands, abgeändert worden seien. Gerade Deutschland sollte seiner Ansicht nach mit gutem Beispiel vorangehen: „Es muß ausgesprochen werden, daß gerade Deutschland, das durch seine Politik den ersten Anstoß zu dieser Ära der Massenheere gegeben hat, allen Anlaß hätte, nun auch, da es sich um die Einleitung einer Umkehr handelt, den Anfang zu machen¹⁾.“ Nicht minder befand er sich im Einvernehmen mit der Gesamtpartei, wenn er an der institutionellen Entwicklung des Militärwesens großes Interesse zeigte und trotz des Parteigrundsatzes: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“ lebhaft um soziale Besserstellung des Mannschaftsstandes und Abstellung von Soldatenmißhandlungen durch Vorgesetzte bemüht war. Gerne erkannte er dabei im bayerischen Landtag an, daß das bayerische Militärstrafgesetzwesen erhebliche Vorteile gegenüber den entsprechenden preußischen Einrichtungen besitze und wies mit gewissem Stolz darauf hin, daß in Bayern Soldatenmißhandlungen viel seltener seien als in Preußen²⁾.

Erst mit der Steigerung der internationalen Spannungen im letzten Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg suchte Vollmar eine andere Haltung zu den Militärfragen einzunehmen. Die Forderung nach Schaffung einer Miliz hatte er schon früher unterlassen, da in der Partei selbst Zweifel an deren militärischer Tüchtigkeit aufgetaucht waren³⁾.

Auch von Bebel gibt es eine Reihe von Äußerungen, in denen er die Bereitschaft der Sozialdemokratie zur Vaterlandsverteidigung in einem gerechten, d. h. gegen einen Angriff gerichteten Krieg betont. Das Mißtrauen gegen Rußland veranlaßte ihn vor allen Dingen zu solchen Bekenntnissen. Mit dem Gedanken an den Krieg war aber bei ihm noch 1907 die Vorstellung des revolutionären Umschwungs und des Beginns der sozialistischen Gesellschaft verbunden⁴⁾. Vollmars Haltung dagegen wurde mehr und mehr von dem Gefühl der *nationalen Solidarität* bestimmt. Am deutlichsten kam das in einer Rede auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart 1907 zum Ausdruck.

¹⁾ RT 13. Dezember 1898, S. 51—58. — RT 30. April 1907, S. 1254—1257.

²⁾ LT Bay. 5. Juni 1896, Bd. VIII; 26. Oktober 1897, Bd. IX, S. 355. — Vollmar hob hervor, durch das Eingreifen des Kriegsministers seien Soldatenschindereien in Bayern seltener geworden. Rechtliche Auskünfte erhielt Vollmar von Anton Mayer, Oberstleutnant a. D., und Rudolf Krafft, Premierleutnant a. D.

³⁾ Über Vollmars Verhältnis zum Milizsystem läßt sich für die spätere Zeit kaum etwas sagen. Zweifel an der Wirksamkeit der Miliz hatte als erster Schippel geäußert, wobei er sich auf Stellen bei Engels berief, der ebenfalls den Wert der Miliz in späteren Jahren in Frage gestellt hätte. Vollmar setzte sich in einer Fraktionssitzung für Schippel ein, konnte sich aber nicht durchsetzen. Vgl. Vollmar an Julia, 12. Januar 1899 (V.A.), sowie Konzept einer Fraktionsrede (V.A.). — Es bleibt überhaupt eine Frage, inwieweit Vollmar bei seinen Reichstagsreden durch die von Bebel scharf überwachte Fraktionsdisziplin an der freien Entfaltung seiner Meinung gehemmt wurde. — Die Landtagsreden sind auf jeden Fall ein persönlicheres Zeugnis.

⁴⁾ RT 25. Juni 1890, S. 568; 20. Februar 1902, S. 4350; Prot. Essen 1907, S. 254—256.

Schon drei Jahre zuvor hatte sich die Internationale unter dem Eindruck des dauernden Wettrüstens der Großmächte mit dem Militärstreik beschäftigt. In Stuttgart war es der Franzose Hervé, der als radikaler Internationalist dem nationalen Sonderdasein jede Berechtigung absprechen wollte und das internationale Proletariat zum Massenstreik gegen den Krieg aufrief. Vollmar war Referent der deutschen Delegation zum Problem „Militarismus“. Er konnte nicht scharf genug dem Franzosen entgegentreten: „Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist!“ Die Idee, durch einen Massenstreik den Krieg abzuschaffen, hielt er für ebenso unsinnig, als wenn der Kapitalismus durch einen Generalstreik über Nacht gestürzt werden sollte. Seine Rede war eine einzige Absage an alle übernationalen Illusionen und ein Bekenntnis zur parlamentarischen Arbeit auf nationalstaatlicher Basis¹⁾. Drei Wochen später,

¹⁾ Prot. Internationaler Sozialisten-Kongreß Stuttgart 1907, S. 92 ff. — Vollmar bekannte sich hier erneut zur reformistischen Ansicht, durch „Volksaufklärung“ zur Macht zu kommen, und lehnte alle Einzelmaßnahmen gegen die Erscheinungsformen des kapitalistischen Systems ab.

Die unterschiedliche Stellung der verschiedenen sozialistischen Strömungen in Stuttgart kommt klar zum Ausdruck bei W. I. Lenin „Der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart“ Ges. Werke Bd. XII, S. 101 f.

„Der bekannte Hervé, der in Frankreich und Europa so viel Staub aufgewirbelt hat, vertrat in dieser Frage (Antimilitarismus — Anm. des Verf.) einen halb anarchistischen Standpunkt, indem er . . . beantragte, jeden Krieg mit Streik und Aufstand zu „beantworten“. Einerseits begriff er nicht, daß der Krieg ein unvermeidliches Produkt des Kapitalismus ist, und daß das Proletariat die Beteiligung an einem revolutionären Krieg nicht von vornherein ablehnen kann, da in kapitalistischen Gesellschaften solche Kriege möglich und tatsächlich vorgekommen sind. Andererseits begriff er nicht, daß die Möglichkeit, den Krieg zu ‚beantworten‘ vom Charakter der durch den Krieg hervorgerufenen Krise abhängt. Von diesen Bedingungen ist die Wahl der Kampfmittel abhängig, wobei der Kampf . . . nicht allein die Ersetzung des Krieges durch den Frieden, sondern die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus zum Ziele haben muß. Es handelt sich nicht allein darum, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, sondern darum, die durch den Krieg hervorgerufene Krise auszunutzen zur Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie. Doch all diese halbanarchistischen Widersinnigkeiten des Hervéismus enthalten einen praktischen, richtigen Kern — man müsse dem Sozialismus einen Anstoß geben in dem Sinne, daß man sich nicht auf parlamentarische Kampfmethoden beschränken, daß man bei den Massen das Verständnis für die Notwendigkeit revolutionärer Aktionsmethoden in Verbindung mit den Krisen, die der Krieg unvermeidlich im Gefolge hat, fördern soll, in dem Sinne endlich, daß man in den Massen ein lebendiges Bewußtsein der internationalen Arbeitersolidarität und der Verlogenheit des bürgerlichen Patriotismus verbreiten soll. Die Resolution Bebels, die von den Deutschen eingebracht wurde . . ., litt gerade an dem Mangel, daß ihr jeder Hinweis auf die akuten Aufgaben des Proletariats fehlten. Dies gab die Möglichkeit, die orthodoxen Formulierungen Bebels durch die opportunistische Brille zu lesen. Vollmar setzte diese Möglichkeit sofort in die Wirklichkeit um.

Daher brachten Rosa Luxemburg und die russischen sozialdemokratischen Delegierten zur Bebelschen Resolution Abänderungsanträge ein. Diese Anträge besagten erstens, daß der Militarismus das Hauptwerkzeug der Klassenunterdrückung ist, verwiesen zweitens auf die Aufgabe der Sozialdemokratie, nicht nur gegen die Entstehung von Kriegen oder für die schleunige Beendigung bereits angebrochener Kriege zu kämpfen, sondern auch die durch den Krieg hervorgerufene Krise für die Beschleunigung des Sturzes der Bourgeoisie auszunutzen . . . Diese Resolution kann man nicht mehr auf Vollmarsche Art lesen; ebensowenig wie man sie in den engen Rahmen des Hervéismus zwängen kann.“

auf dem Parteitag zu Essen, war es neben Bebel vor allem Vollmar, der sich schützend vor den jungen Noske stellte, dessen von nationalem Pathos getragene Reichstagsrede den Argwohn der Radikalen erregt hatte. Vollmar ging in Essen noch schärfer als in Stuttgart gegen den Antimilitarismus von Karl Liebknecht vor. Die eindeutige antimilitaristische Resolution des internationalen Sozialistenkongresses konnte nach Vollmars Ansicht für die deutsche Partei nur gelten, „wie wir sie verstehen!“ Mit diesem geistigen Vorbehalt war sie für ihn ebenso ein bloßes Stück Papier, wie die Erfurter und die Dresdener Resolutionen Jahre zuvor¹⁾.

Seit 1907 erschien Vollmar nicht mehr auf einem deutschen Parteitag, und auch sein Auftreten im Reichstag wurde immer seltener. Bei einem seiner letzten Aufenthalte in Berlin, als eine der Balkankrisen wieder einen europäischen Krieg in greifbare Nähe rücken ließ, rief der Gelähmte den Publizisten Viktor Naumann an seinen Rollstuhl: „Sie stehen ja gut mit vielen Leuten in der Regierung, sagen Sie ihnen, sie sollten nicht ängstlich und furchtsam auf die Sozialdemokratie blicken, wenn es sich um die Existenz Deutschlands handelt²⁾.“ Die letzten Reden, die Vollmar im bayerischen Landtag hielt, sind in dieser Hinsicht vielleicht noch aufschlußreicher. Die Partei — so begründete er in einer Landtagsrede die Haltung der Sozialdemokraten in der Militärfrage — müsse die Ausgaben zu militärischen Zwecken ablehnen, weil sie die Finanzierung durch ein größtenteils indirektes, das Volk ausbeutendes Steuersystem ablehne. Er glaubte aber, daß die Regierung keinen Angriffskrieg führen wolle³⁾. Als er zum letzten Male vor dem Plenum des Landtages das Wort ergriff, befaßte er sich mit der Beleidigung der bayerischen Armee durch den General von Kracht auf dem Preußentag. Er wiederholte die Gründe, aus denen die Sozialdemokratie das Militärbudget ablehnen mußte, schloß dann aber seine Ausführungen: „Diese Gründe können uns Sozialdemokraten doch selbstverständlich nicht hindern und haben uns niemals gehindert, in dem Heere, das die Blüte der Nation enthält, unsere Landesverteidiger zu sehen und zu achten⁴⁾.“

In den Julitagen 1914 war die Lähmung Vollmars so weit fortgeschritten, daß er sich in einem Kraftwagen von München nach Soienß bringen lassen mußte, weil er völlig hilflos geworden war⁵⁾. Seit dieser Zeit hat er sich an keiner Landtagssitzung mehr beteiligen können und ist — soweit die Unterlagen darüber Auskunft geben — nur noch einmal kurz im Winter 1916 in München gewesen. Wenn er auch somit völlig aus der Öffentlichkeit verschwand und wegen der Schüttellähmung seit Jahren kaum noch schreiben konnte, so intensivierte

¹⁾ Prot. Essen 1907, S. 256. — Vgl. Schorske, a.a.O. S. 84 f.

²⁾ Naumann, „Profile“, S. 84.

³⁾ LT Bay. 21. August 1912, S. 655—660. — Vgl. LT Bay. 11. Januar 1906, Bd. II, S. 371. — Als Sonderdruck, „Sozialdemokratie und Vaterland“.

⁴⁾ LT Bay. 21. Januar 1914, Bd. VIII, S. 1016 f.

⁵⁾ Vollmar an Segitz, 26. Juli 1914 (V.A. Konzept). — Viele Konzepte aus der Hand Julias sind von dieser Zeit erhalten.

er mit Beginn der Julikrise 1914 seinen Briefwechsel mit den führenden Stellen der Partei und suchte auf diese Weise noch wirksam zu bleiben¹⁾).

Bereits am 21. Juli 1914 schrieb er an den Parteivorsitzenden Haase, der als deutscher Vertreter Mitglied des Büros der Internationale war, daß die deutsche Sozialdemokratie sich nicht an antimilitaristische Resolutionen halten könne, die von der Internationale gefaßt worden waren. Das müsse auch den Franzosen klargemacht werden²⁾). Als Haase nicht antwortete, wandte sich Vollmar an Scheidemann, der zum Vorstand der Reichstagsfraktion gehörte. Er setzte ihm auseinander, daß man sich auf keinen Fall in Diskussionen über einen Militärstreik einlassen dürfe, den die Franzosen ihrerseits ganz von der Haltung der Deutschen abhängig machten³⁾). Wollte Vollmar zunächst rein negativ durch seine Vorschläge verhindern, daß die Parteileitung Schritte unternahm, die seiner Ansicht nach unbesonnen waren, so war es ihm selbst doch noch nicht ganz klar, welche positiven Entscheidungen in diesen politischen Wirren zu fällen seien. Am deutlichsten geht das aus einem Briefe vom 26. Juli an den Abgeordneten Martin Segitz hervor. Während der Parteivorstand noch am Vortage die „brutalen, in der Weltgeschichte noch nicht dagewesenen“ Forderungen Österreich-Ungarns an Serbien scharf verurteilt hatte, meinte Vollmar, es habe wenig Sinn, auf Österreich-Ungarn zu schimpfen, wenn man den „serbischen Imperialismus“ verkenne. Die Landtagsfraktion sollte sich seiner Ansicht nach in allen außenpolitischen Fragen zurückhaltend zeigen, solange noch keine Entscheidung der Reichstagsfraktion vorliege. Er schloß den Brief mit dem ziemlich ratlosen Stoßseufzer: „Schließlich gilt das beste — wohl mir, daß ich nicht Kaiser oder Kanzler bin⁴⁾“.

Am Nachmittag des 28. Juli erhielt Adolf Müller als erster Sozialdemokrat in Deutschland vom Kriegsministerium in München die Mitteilung, daß die deutsche Mobilmachung unmittelbar bevorstünde⁵⁾). Auf die darauf sich überstürzenden Ereignisse hatte Vollmar keinerlei direkten Einfluß. Er glaubte wie die überwiegende Mehrheit der Reichstagsfraktion, daß nun die vielfach behauptete Bereitschaft zur Landesverteidigung unter Beweis zu stellen sei und die Partei ihren Schicksalstag erlebe; sie mache sich zum Helfer Rußlands, wenn sie nun versage. Die Entscheidung, die die Reichstagsfraktion am 4. August 1914 mit der Bewilligung der Kriegskredite traf, wurde von den Mitarbeitern Vollmars in Bayern natürlich sehr begrüßt. Auch sie wurden von der über ganz Deutschland hinweggegangenen Woge der Begeisterung mitgerissen⁶⁾). Allein von Anfang an machte sich Georg von Vollmar keine Illusion darüber,

¹⁾ Vor allem wollte er das Ansehen der Rechtssozialisten stärken.

²⁾ Das „Internationale Sozialistische Büro“ tagte am 29. Juli in Brüssel. — Vgl. Prager, „Geschichte der USPD“, S. 22.

³⁾ Vollmar an Scheidemann, 26. Juli 1914 (V.A., Konzept).

⁴⁾ Undatierter, bruchstückhafter Briefentwurf (V.A.).

⁵⁾ Vgl. Fechenbach, „Der Revolutionär Kurt Eisner“, S. 10 f.

⁶⁾ Vgl. Erhart Auer an Vollmar, 14. August 1914 (V.A.).

daß in der Partei innere Schwierigkeiten auftauchen würden. Auf den Parteivorstand in Berlin und das ihn umgebende Parteizentrum schaute er nicht ohne Mißtrauen, das durch die unentschiedene Haltung des Parteizentralorgans „Vorwärts“ genährt wurde¹⁾). Durch einen ausgedehnten Briefwechsel mit Wolfgang Heine, der in dem gemeinsamen politischen Schaffen vieler Jahre sein Freund geworden war, behielt er Kontakt mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion.

Vollmars Haltung während des ganzen Krieges blieb ausschließlich von nationalen Gesichtspunkten bestimmt. In dieser eindeutigen Entschiedenheit stand nur eine kleine Gruppe von Reichstagsabgeordneten neben ihm²⁾). Selbst im Stil der Briefe, die er während des Krieges seiner Gattin diktierte, schwang dieses nationale Pathos mit³⁾). Als bei Kriegsbeginn führende deutsche Sozialdemokraten durch Vortragsreisen in den neutralen Ländern Verständnis für Deutschland zu wecken suchten, beteiligte sich Vollmar an dieser Aktion dadurch, daß er seine persönlichen Beziehungen zu skandinavischen Sozialdemokraten, vor allem zu Hjalmar Branting, dem Vorsitzenden der schwedischen Sozialisten, ausnützte, um Propaganda zu treiben. Seit Jahren schon hatte er mit Branting in persönlichem Kontakt gestanden und u. a. die Unterlagen für seine letzte Reichstagsrede 1911 von ihm bezogen⁴⁾). Gerüchtweise war zu Vollmar gedrungen, daß Branting Sympathien für die Entente hege. Er fragte im November 1914 nun bei ihm an, ob es damit seine Richtigkeit habe, und schloß sein Schreiben: „Es ist schade, daß Sie in dieser Zeit nicht ein paar Tage persönlich in Deutschland sich umsehen können, um sich von der einigen und kraftvollen Haltung des Volkes zu überzeugen⁵⁾.“ Viel Erfolg war ihm jedoch bei seinen Bemühungen nicht beschieden, denn Branting antwortete recht kühl, daß die Bekämpfung des Zarismus auf französischem Boden und der Überfall auf Belgien von ihm nicht gutgeheißen werden könne⁶⁾). Ein nochmaliger, nicht weniger nationaler Brief Vollmars, der unter Hinweis auf die Dokumentenveröffentlichung die Unschuld Deutschlands beweisen wollte, blieb ohne Antwort.

Ogleich Vollmar auch noch ein Jahr nach Kriegsausbruch an „Nationaltidende“ in Kopenhagen schrieb, „heute ist das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nur von dem einzigen, unbezähmbaren Willen beseelt, das Vaterland, seine

¹⁾ Vollmar an Südekum, 16. September 1914 (Konzept im V.A.).

²⁾ Heine an Vollmar, 8. Oktober 1914 (V.A.). Heine nennt Südekum, Schöpflin, Robert Schmidt, Cohen-Leipzig, Göhre, David, Scheidemann als Teilnehmer einer regelmäßigen Konferenz der rechtsstehenden Abgeordneten. Ebert hielt sich zurück.

³⁾ Vgl. Vollmar an Südekum, 16. September 1914: „Der Verlust Franks ist schwer, aber sein Tod ist erhebend.“ — Dr. Ludwig Frank war als Kriegsfreiwilliger in Frankreich gefallen.

⁴⁾ RT 22. Mai 1911, S. 7012—7015. — Vollmar an Branting, 17. Mai 1911, Arb. rör. Ark. Briefwechsel 1890—1915.

⁵⁾ Vollmar an Branting, 29. November 1914, Arb. rör. Ark.

⁶⁾ Branting an Vollmar, 6. Dezember 1914 (V.A.). — Vollmar an Branting 15. Januar 1915 (Arbetarrörelsens Arkiv Stockholm).

Unabhängigkeit und Kultur gegen die Feinde ringsum zu verteidigen¹⁾“, wußte er damals schon längst, daß die erwarteten Auseinandersetzungen in der Partei bereits mit großer Heftigkeit tobten. Als Karl Liebknecht sich durch Ablehnung der Kriegskredite im Dezember 1914 zum parlamentarischen Exponenten der kleinen revolutionären, linksextremistischen Gruppe von Sozialdemokraten zu machen gewagt hatte, war Vollmar einer der ersten, die seinen Ausschluß aus der Partei verlangten²⁾. Für noch viel gefährlicher hielt er jedoch die Gruppe der „Mußdeutschen“, die sich als legitime Erben des Parteizentrums der Vorkriegszeit wieder zurück in die idyllischen Verhältnisse „marxistischer“ Grundsatzzopposition sehnten³⁾. Während Vollmar sich früher immer für die Meinungsfreiheit eingesetzt hatte, verlangte er nun, wo sich das Schwergewicht der Partei nach dem 4. August nach rechts verlagert hatte, daß energische Maßnahmen gegen die „Zuchtlosigkeit“ ergriffen werden sollten, und empfahl bereits im August 1915 zu überprüfen, ob nicht eine „Neugruppierung“ d. h. ein Ausschluß der opponierenden Minderheit ratsam erscheine⁴⁾. Eine wirkliche Gefährdung der Parteinheit wollte er nur darin sehen, wenn Hunderttausende Genossen vor die Wahl zwischen der Partei und dem Vaterland gestellt würden⁵⁾. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Vollmar allmählich in seiner Bergeinsamkeit den Kontakt mit der Wirklichkeit verlor. Von allen Seiten liefen ihm bald Berichte zu über die Kriegsmüdigkeit unter der Bevölkerung, über innenpolitische Schwierigkeiten, über das Unverständnis der Reichs- und Heeresleitung für soziale Probleme. In den Briefen, die er erhielt, waren Klagen über die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen, durch die die Klassengegensätze erneut aufklangen. All das gab der Parteiopposition Auftrieb⁶⁾. Vollmar reagierte meist gar nicht auf derartige Andeutungen; lediglich in einem Brief an den Österreicher Ellenbogen, der ähnliche Bedenken geäußert hatte, ging er auf diese Probleme ein und zeigte einen übergroßen Optimismus. „Ich meinerseits fürchte durchaus keine Zerrüttung unserer militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen, und die Welt wird noch erfahren, wie ergiebig, um nicht zu sagen unerschöpflich, sie sind⁷⁾.“

Vollmars Hauptbemühungen galten vornehmlich den maßgeblichen Parteiführern Ebert und Scheidemann, die aus der zentralistischen Parteibürokratie hervorgegangen waren und denen das nationale Pathos nicht so ohnehin Selbst-

¹⁾ Vollmar an „Nationaltidende“, 22. August 1915 (Konzept im V.A.).

²⁾ Heine an Vollmar, 12. März 1915 (V.A.). In der Fraktion stellte der Gewerkschaftler Legien als erster den Antrag auf Ausschluß Liebknechts.

³⁾ Aus den Briefen Heines läßt sich die Meinung Vollmars häufig erschließen. Besonders scharf wurden die beiden „weltfremden Mümmelgreise“ Bernstein und Kautsky kritisiert. Vgl. Heine an Vollmar, 4. Februar 1915 (V.A.). — Vgl. Schorske, a.a.O. S. 303.

⁴⁾ Vollmar an unbekannte Empfänger, 20. August 1915 (Konzept im V.A.).

⁵⁾ Vollmar in seiner 1. Denkschrift (V.A.).

⁶⁾ Vgl. Heine an Vollmar seit Dezember 1914. David an Vollmar, 11. Juli 1915 (V.A.).

⁷⁾ Vollmar an Ellenbogen, 8. Februar 1915 (Ellenbogen-Archiv).

verständlichkeit war wie ihm selbst und Wolfgang Heine. Immer wieder suchte er ihre Entschlossenheit und Durchhaltefreudigkeit zu stärken und gleichzeitig ihre alten gefühlsmäßigen Bindungen an die bisher so hochgeschätzten Werte wie „Parteiainheit“ und „Internationale Solidarität“ zu lockern¹). Wenngleich er bis dahin zu Ebert keine näheren Beziehungen gehabt hatte, scheint er ihn doch höher als die anderen Mitglieder der oberen Parteibürokratie geschätzt zu haben, denn auch er hatte sich 1913 nach dem Tode Bebels dafür verwandt, daß Ebert Vorsitzender wurde²). Besonders beunruhigend wirkte es auf Vollmar, daß mit der wachsenden Kriegsmüdigkeit auch in den nach rechts abgeschwenkten Teilen des Parteizentrums als Nachwirkung der früheren Empfindungen erneut Hoffnungen auf internationale Verhandlungen gesetzt wurden. „Insbesondere muß man sich hüten, irgendwie den Gedanken eines europäischen Areopags oder gar Weltkongresses zur Beratung der Friedensbedingungen feste Gestalt annehmen zu lassen“, schrieb er an Scheidemann. „Angesichts der feindlichen Stellungnahme der sogenannten Neutralen gegen uns könnte da etwas Angenehmes bei herauskommen³).“

Als im August 1915 Parteiausschuß und Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie zusammentraten, um die Kriegsziele zu erörtern, sandte Vollmar als Diskussionsbeitrag eine Denkschrift an David, der von der Fraktionsmehrheit zum Referenten bestimmt worden war. Für die Minderheit sollte Eduard Bernstein sprechen. David antwortete Vollmar sofort, daß er grundsätzlich seine Anschauungen teile⁴). Aus Rücksicht auf die Parteiminderheit mußte er jedoch seinen Referentenentwurf nach einem Gespräch mit Scheidemann und Ebert erheblich abschwächen. Trotzdem blieb in seiner Vorlage das eindeutige Bekenntnis zur wirtschaftlichen und politischen Sicherung des Reiches erhalten. Vollmar führte in seiner Denkschrift eine viel festere Sprache und stellte gleich einleitend fest, daß der Ruf nach dem Frieden solange falsch sei, als die Kriegslage noch nicht entschieden sei und die völlig ablehnende Haltung der feindlichen Länder einschließlich der sozialistischen Parteien in ihnen sich nicht geändert habe. Wie David lehnte auch er Annexionen grundsätzlich ab, da sie nur das Reich schwächen würden, indem sie noch mehr nationale Minderheiten schufen. Grenzkorrekturen wollte Vollmar jedoch nicht ausschließen, wenn sie — wie etwa Belfort — eine bessere Verteidigungslinie für das Reich mit sich brächten. Überhaupt wandte er sich viel eingehender als David der Frage der

¹) Dieses Bemühen Vollmars läßt sich aus den Briefen von Ebert und Scheidemann an ihn erschließen. — Vgl. Ebert an Vollmar, 16. Februar 1916 (V.A.); Scheidemann an Vollmar, 16. Mai 1915 (V.A.).

²) Randglossen in der Handschrift Julius in einem Brief Südekums an Vollmar, 23. August 1913 (V.A.).

³) Vollmar an Scheidemann, 6. Mai 1915 (Konzept im V.A.).

⁴) David an Vollmar, 11. August 1915 (V.A.). Der Entwurf Davids findet sich in „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ vom 11. September 1915. Denkschrift Vollmars (Konzept im V.A.).

Grenzziehung zu, damit künftighin Deutschland gegen „ähnliche Angriffe bzw. Möglichkeit von deren Erfolg gesichert sei“. „Was hier zugunsten der Feinde versäumt wird, das hat das deutsche Volk zu tragen — das darf nimmer aus den Augen gelassen werden.“ Er hielt es daher für notwendig, die westlichen Teile des Zarenreiches, sofern sie keine großrussische Bevölkerung enthielten, zu verselbständigen. Die Forderung der Franzosen auf Rückgabe von Elsaß-Lothringen lehnte er ab. Dem Gedanken, bei Gebietsabtretungen durch Volksabstimmung den Willen der Bevölkerung zu ermitteln, stand er mit Skepsis gegenüber, da sich unter Napoleon III. die Fragwürdigkeit von Plebisziten herausgestellt habe. Gerade hier zeigte sich sehr deutlich der Unterschied zwischen Vollmar und dem humanitären Pazifisten Bernstein, der nur durch Volksabstimmungen Gebietsänderungen gerechtfertigt sah und die Sicherung gegen Krieg für die Zukunft allein vom Ausbau der internationalen Institutionen und des Völkerrechtes erhoffte. Vollmar wies solche Überlegungen nicht völlig zurück, maß ihnen aber verhältnismäßig wenig Wert zu. Dagegen setzte er sich für eine wirtschaftspolitische Vereinigung einer möglichst großen Zahl von kontinentaleuropäischen Ländern ein, von denen er offensichtlich die Feindstaaten aber ausgeschlossen sehen wollte, da er von ihnen — namentlich von Frankreich — große Kriegsentschädigungen verlangte.

Die Debatten über Kriegsziele und Friedensmöglichkeiten gingen innerhalb der Partei auch nach der Sitzung der führenden Gremien bis zur erneuten Abstimmung über die Kriegskredite im Dezember 1915 weiter. Vor dieser Reichstagsitzung sandte Vollmar erneut eine Denkschrift nach Berlin¹⁾. Seine Ausführungen hinsichtlich der Kriegsziele boten nichts Neues. Stärkere Worte brauchte er jedoch bei der Friedensfrage. Er untersuchte die Friedensbotschaft des Parteivorstandes vom Juni 1915²⁾ und kam zu dem Ergebnis, daß ihr nur ein negativer Erfolg zukomme, denn das Ausland denke nicht ans Verhandeln. „Die Leutchen fassen ein solches Angebot als Zeichen von Schwäche, wenn nicht gar als Beleidigung auf; und erst müssen unsere Heere Frankreich und Belgien und Rußland verlassen und sich bei den Herren Besiegten entschuldigt haben, bevor uns die Bruderparteien wieder die Hand reichen, und ehe man mit uns überhaupt über Frieden sprechen will.“ Während nun Vollmar der Ansicht war, daß die Partei mit dem nächsten Friedensantrag „ein klein wenig warten“ solle, interpellierte die Fraktion im Dezember 1915 auf Drängen der oppositionellen Minderheit den Reichskanzler, unter welchen Bedingungen er bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten³⁾. Die Erregung und Enttäuschung Vollmars über diesen Schritt sprach aus einem Brief, den er an Scheidemann richtete. Er glaubte, daß die Reichstagsfraktion ohne Not eine schwere

¹⁾ Denkschrift (Konzept im V.A.).

²⁾ Vgl. Prager, Geschichte der USPD, S. 78.

³⁾ Vgl. Bergstraesser, a.a.O. S. 184.

Verantwortung auf sich geladen habe. In den vielfachen Beweisen der „Friedens- und Brüderlichkeitsgefühle“, mit denen alle Welt von der deutschen Sozialdemokratie überhäuft würde, je mehr ihr nur „die Faust“ entgegengestreckt werde, sah er ein Stück des deutschen Nationallasters, der „Michelei“¹⁾.

Erst im Jahre 1916 setzten vom neutralen Ausland her ernsthaftige Bemühungen ein, die zweite Internationale wiederzubeleben. Vollmar wandte sich in einem längeren Brief nun direkt an den Parteivorstand. Wiederum sah er in den Franzosen das Haupthindernis zu einer Verständigung, weil sie zusammen mit dem früheren Sekretär der Internationale, dem belgischen Minister Vandervelde, keinerlei Verständnis dafür hatten, daß die deutsche Sozialdemokratie und ihre Bereitschaft, das Vaterland zu verteidigen, mit den gleichen Maßstäben gemessen werden müsse wie die französische und belgische Partei. Er hielt den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, wo man Verhandlungen und internationale Gespräche beginnen könne und glaubte, daß bei der „Gutmütigkeit und Neigung zum Doktrinarismus“ eine Konferenz mit Notwendigkeit zum Schaden der Deutschen ausgehen müsse. Dennoch konnte er es nicht unterlassen, einige Ratschläge für die Zusammensetzung einer etwaigen Delegation zu erteilen, aus der selbstverständlich alle Elemente fernzuhalten seien, die nicht klar hinter der Politik des 4. August ständen²⁾.

Mit dieser grundsätzlichen Abneigung gegen internationale Zusammenkünfte scheint jedoch Vollmar in der Partei ziemlich allein gestanden zu haben. Heine gab ihm zwar deutlich zu verstehen, daß ihn im Augenblick ganz andere Sorgen beschäftigten, weil die innenpolitische Situation durch die Vorlage neuer indirekter Steuern verschärft zu werden drohe, während sich außenpolitisch das Verhältnis zu Amerika merklich verschlechtert habe. Er sowohl wie David waren aber der Ansicht, daß man Verhandlungen nicht ausweichen dürfe, wenn Franzosen und Engländer zu solchen bereit seien³⁾. Ebenso antwortete Friedrich Ebert, der zugleich auch noch darauf hinwies, daß gerade die deutschen Parteigenossen am bittersten das Zerbrechen der internationalen Solidarität empfunden hätten und der Parteivorstand bei seinen Entscheidungen auf derartige Massentimmungen Rücksicht zu nehmen habe⁴⁾.

Erst im Juli 1916 trafen sich Vertreter der Sozialisten aus den neutralen Ländern in Den Haag⁵⁾. Vollmar knüpfte an diese Konferenz keinerlei Erwartungen und sah in der Aufforderung an Deutschland und Frankreich, in gemeinsamen Beratungen sich über Elsaß-Lothringen zu verständigen, nur eine

¹⁾ Vollmar an Scheidemann, 7. Dezember 1915 (Konzept im V.A.).

²⁾ Vollmar an den Parteivorstand, 1. Februar 1916 (Konzept im V.A.).

³⁾ Heine an Vollmar, 3. Februar 1916 (V.A.).

⁴⁾ Ebert an Vollmar, 16. Februar 1916 (V.A.).

⁵⁾ Prager, a.a.O. S. 95.

zwecklose Zumutung¹⁾). Als dann im Frühjahr und im Sommer 1917 tatsächlich die langerwarteten Konferenzen unter Beteiligung deutscher Sozialisten in Kopenhagen und Stockholm stattfanden, war Vollmar nicht sicher, ob Ebert und Scheidemann hinsichtlich Elsaß-Lothringens unnachgiebig genug sein würden²⁾. Wiederum schickte er an Ebert einen längeren Brief, den der Parteivorsitzende noch vor seiner Abreise nach Stockholm beantwortete. Er suchte dabei die Übernahme der Formel „Ohne Annexionen und Entschädigungen“ zu rechtfertigen und versicherte Vollmar, daß er nicht dazu neige, die Folgen der russischen Revolution zu überschätzen. In bezug auf Elsaß-Lothringen betonte er, daß an eine Nachgiebigkeit der deutschen Vertreter nicht zu denken sei, und glaubte Hinweise dafür zu haben, daß auch die Franzosen einsichtiger geworden seien³⁾. Während Ebert mit Ruhe und Sachlichkeit antwortete, sprach aus einem Briefe Eduard Davids, der ebenfalls deutscher Delegierter zur Stockholmer Konferenz war, große Niedergeschlagenheit. Vollmar hatte noch zu Beginn des Jahres 1917 die Hoffnung, daß von Rußland größere Teile gelöst werden könnten⁴⁾. David sah in derartigen Plänen aber nur Hindernisse für einen baldigen Friedensschluß, und der Fortgang des Krieges im Osten schwächte nach seiner Ansicht nur die deutsche Position im Westen, wo der U-Boot-Krieg keine Entscheidung gebracht habe, die Alliierten aber mit den Vereinigten Staaten im Rücken weniger als zuvor an ein Nachgeben dächten⁵⁾.

Im Laufe des Sommers 1917 erlitt Frau von Vollmar einen Schlaganfall. Damit riß die briefliche Verbindung Vollmars mit der Außenwelt ab, und seit der Stockholmer Konferenz hat er — soweit die Unterlagen Aufschluß geben — nicht mehr versucht, auf die Entscheidungen in Berlin einzuwirken. Der Kontakt mit der bayerischen Partei war noch früher gerissen, obwohl er bis 1918 de jure der erste Landesvorsitzende blieb. Bereits im Juli 1914 war auf dem bayerischen Landesparteitag nicht mehr alles nach seinem Wunsch verlaufen, und Erhard Auer war mit größerer Selbständigkeit aufgetreten. Er entschuldigte sich zwar förmlich bei seinem Meister und suchte sich durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß die politische Situation eine andere Entscheidung verlangt habe, als Vollmar gewünscht hatte⁶⁾. Bei Kriegsausbruch hatte in Bayern lediglich der fränkische Reichstagsabgeordnete Simon vor dem 4. August den „wildem

¹⁾ Notizen Vollmars (V.A.).

²⁾ David an Vollmar, 13. Mai 1917 (V.A.). Bereits 1916 hatte Vollmar Zweifel an der Haltung von Ebert und Scheidemann geäußert. Vgl. Heine an Vollmar, 3. Februar 1916 (V.A.).

³⁾ Ebert an Vollmar, 18. Mai 1917, zit. bei Kampffmeyer, a.a.O. S. 142.

⁴⁾ Julia an Georg von Vollmar, 12. Februar 1917 (V.A.).

⁵⁾ David an Vollmar, 13. Mai 1917 (V.A.).

⁶⁾ Auer an Vollmar, 12. August 1914 (V.A.). — Es handelte sich um einen Beschluß gegen die „Hofgängerei“ von Genossen bei Fürstenempfangen in den Kommunen. Vgl. Prot. Bay. 1914.

Mann“ zu spielen versucht¹⁾. Auch nachdem Erhard Auer ins Feld gerückt war, blieb die bayerische Landesorganisation bei einem betont rechts gerichteten Kurs. Während der Parteivorstand, die Generalkommission der Freien Gewerkschaften und der Zentralbildungsausschuß der Partei auch in der Zeit der nationalen Hochstimmung die Beteiligung der sozialistischen Jugend an der allgemeinen vormilitärischen Ausbildung ablehnten, sprach man sich im Landesvorstand der bayerischen Sozialdemokratie für die Teilnahme der jungen Genossen an den Übungen aus²⁾. Vergleicht man die Stimmungsbilder, die Wolfgang Heine im Winter 1914/15 von den Wahlkreiskonferenzen und Zahlabenden in Berlin gab, mit den Berichten, die aus München nach Soiensass kamen, so zeigt sich deutlich, daß die Münchener Parteigenossen viel geschlossener hinter der Politik der Reichstagsfraktion standen als die Berliner, bei denen die „vaterlandslose Phrase“ viel stärkere Nachwirkungen zeigte³⁾. Noch im Juli 1915 wurden die Anträge der Opposition auf einer Münchener Wahlkreiskonferenz bei 357 Anwesenden gegen sieben Stimmen abgelehnt, und Franz Schmitt glaubte sagen zu dürfen, daß neun Zehntel aller bayerischen Genossen zur Politik der Mehrheit standen⁴⁾. Erst als Rückwirkung auf die Erscheinungen in Norddeutschland erhob sich auch in Bayern die Frage der Parteispaltung. Vor der entscheidenden Landeskonferenz drückte Vollmar seine Hoffnung aus, in der bayerischen Partei möge sich niemand finden, „welcher der geschlossenen Einheit und Kraft der deutschen Arbeiterbewegung und der Sache des im harten Kampfe stehenden Vaterlandes Abbruch tun würde⁵⁾“. Als ein in Tagesordnungen geübter Routinier konnte im April 1916 Erhard Auer auf dieser Landeskonferenz die Minderheit überspielen, so daß die Einheit gewahrt blieb. Allein Südekum hatte recht, wenn er darin keine Dauerlösung sah⁶⁾, und tatsächlich gelang es den Unabhängigen Sozialdemokraten in Oberfranken, den Parteiapparat in die Hände zu bekommen. In München blieben dagegen die Unabhängigen eine sektenhafte Splittergruppe, die sich bei abendlichen Zusammenkünften wöchentlich einmal im Hinterzimmer einer Wirtschaft um den

¹⁾ Franz Schmitt an Vollmar, 13. August 1914 (V.A.). — Die Stellung der Süddeutschen war vor dem 4. August schon so gefestigt, daß Ludwig Frank gewillt war, für die Süddeutschen im Reichstag eine Sondererklärung abzugeben, falls sich die Mehrheit den Krediten versagen sollte. Frank an Kolb, 1. August 1914, zit. bei Grünebaum, „Ludwig Frank“, S. 37.

²⁾ Franz Schmitt an Vollmar, 7. Oktober 1914; 14. Oktober 1914 (V.A.). Neben Vollmar war auch Heine an dieser Entscheidung sehr interessiert.

³⁾ Heine an Vollmar, 8. Oktober, 14. November, 26. November, 10. Dezember 1914 (V.A.).

⁴⁾ Franz Schmitt an Vollmar, 16. August, 14. Oktober 1914, 1. Januar 1915, 23. Juli, 31. Juli 1915 (V.A.).

⁵⁾ Vollmar an Auer, 6. April 1916 (Konzept im V.A.). Man hatte Vollmar schon so vergessen, daß man nicht daran dachte, ihn zu einer Wahlkreiskonferenz einzuladen, als er zum letzten Male sich in München aufhielt. Vgl. Schmitt an Vollmar, 14. Februar 1916 (V.A.).

⁶⁾ Südekum an Vollmar, 15. April 1916 (V.A.).

aus Berlin stammenden Literaten Kurt Eisner scharte. Dieser war aus der Redaktion der „Münchener Post“ entlassen worden, weil sich seine Haltung zur Kriegspolitik der Mehrheit schon bald nach Kriegsbeginn nicht mehr mit der Meinung des Blattes gedeckt hatte. Als er die abendlichen Vorträge begann, hatte er ungefähr 25 Zuhörer; im Laufe des Jahres 1917 wurden es etwa 100¹⁾.

Ende August 1918, in einer Zeit der politischen Hochspannung, legte Georg von Vollmar seine Mandate für Land- und Reichstag sowie das nur noch dem Namen nach bestehende Amt des ersten Landesvorsitzenden nieder, weil es keinerlei Hoffnung mehr gab, daß sein Gesundheitszustand sich noch einmal bessern werde und er sich jeder Möglichkeit der Einflußnahme auf die Politik beraubt sah. Für den Oktober 1918 wurde die Nachwahl ausgeschrieben. Erhard Auer kandidierte für die SPD²⁾. Seitdem Adolf Müller aus eigener Initiative eine für das Auswärtige Amt wichtige Beobachtungsstelle in der Schweiz bezogen hatte, leitete Auer die bayerische Sozialdemokratie. Sein einziger Gegenkandidat war Kurt Eisner. Der Januarstreik hatte den bis dahin fast nur literarisch für die Partei wirksamen Bohemien in das Licht der Öffentlichkeit geführt, als er in einer Versammlung der mit ihren Fabriken nach München verlagerten Krupparbeiter von USPD-Hintermännern als Redner vorgeschlagen worden war. Schon bei diesem ersten Auftreten zeigte sich, daß er auf die erregte Masse besser zu reagieren verstand als die im institutionellen Denken befangenen Funktionäre Franz Schmitt und Johannes Timm. Zwar hatten sich bald hinter ihm die Gefängnistore geschlossen, zur Wahlvorbereitung im Oktober wurde er jedoch freigelassen. Aus dem Wahlkampf um das Mandat, das Georg von Vollmar 31 Jahre lang innegehabt hatte, entwickelten sich die Vorbereitungen für den Umsturz in Bayern. Eisner hielt schon bald die Wahl nicht mehr für notwendig und forderte die Revolution. Auch Auer verlangte die Beseitigung des Hohenzollernregimes und glaubte, mit dieser Forderung Eisner den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Der designierte königlich-bayerische Minister ohne Portefeuille nahm wie die meisten anderen Partei- und Staatsbürokraten den Literaten und Ästheten nicht für voll. Aus den Erfahrungen des Januarstreiks hatte er keine Lehre gezogen. Nach einer gemeinsamen Großkundgebung der beiden sozialistischen Parteien am 7. November 1918 auf der Bavariawiese zog nun Eisner nicht wie die organisierten Genossen in „gewohnter Disziplin“ nach Hause, sondern stellte sich an die Spitze der Menge, die zum großen Teil aus landfremden Arbeitern und Soldaten einer in Auflösung begriffenen Armee bestand, und marschierte mit ihr durch die bayerische Hauptstadt. Er stieß

¹⁾ Für die folgenden Ausführungen diene als Hauptquelle: Fechenbach, „Der Revolutionär Kurt Eisner“. F. war Sekretär Eisners und arrangierte dessen erstes Auftreten in der Versammlung der Krupparbeiter. Er schildert die Münchener USPD, S. 16: „Eine kleine Gemeinde, entschlossen, die Religion des Proletariats auch in dieser Zeit der Lüge und Gewalt hochzuhalten . . .“ Die USPD verfügte fast über gar kein Geld und besaß keine Organisation in München.

²⁾ Vgl. „Die Attentate im bayerischen Landtag“, München 1920, Einleitungskapitel.

auf eine verwirrte, in ihrer Überraschung gelähmte Staatsmacht, und so wurde durch einen jüdischen Literaten aus Preußen als erste der deutschen Dynastien das Haus Wittelsbach gestürzt, das über sieben Jahrhunderte lang in Bayern geherrscht hatte¹⁾).

¹⁾ Vgl. Fechenbach, „Die Attentate . . .“ — Kurt Sendtner, „Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern“, S. 374 — „Erhard Auer, ein Vierteljahrhundert bayerischer Politik“, in „Südpost“ (München), 24. Dezember 1954. Auer dachte nicht daran, die Wittelsbacher zu stürzen und hegte vor allem für Ludwig III. große Sympathien. Er pflanzte auch sofort neben der roten Revolutionsfahne das blauweiße Banner auf. Auch Eisner suchte sich das antipreußische Ressentiment zunutze zu machen, sein Preußenhaß hatte aber ganz andere Wurzeln. Vor dem Kriege hatte der Kantianer Eisner dem „revisionistischen“ Flügel der Partei angehört. Schon 1908 — zehn Jahre vor der bayerischen „Revolution“ — hatte Bebel prophezeit, indem er den stets besorgten Kautsky beruhigte, Eisner werde den Bayern viel durcheinanderwerfen, daß man ihn bald dort zum Teufel wünschen werde. Bebel an Kautsky, 22. August 1908 (D III/120 K.A.).

Schluß

Georg von Vollmar als Parlamentarier und Parteipolitiker

„Sie sind unser Führer noch heute, Sie sind es, der im Innern der Genossen die Keime gelegt hat, die am 4. August 1914 aufgesprossen sind, und die heute noch das Handeln der Partei bestimmen. Sie haben das Los aller geteilt, die das Wirkliche und Nötige viel früher gesehen haben wie andere. Aber es ist Ihnen mit Ihrer überlegenen Fähigkeit, Menschen zu behandeln, doch mehr als anderen Vorausschauern vergönnt gewesen, doch wirklich Schule zu machen und praktisch zu wirken.“

Wolfgang Heine an Georg von Vollmar, 18. Oktober 1918

„Wie vieles wäre anders geworden und heute anders, wenn Sie an der Spitze geblieben.“

Lujo Brentano an Georg von Vollmar, 10. März 1920

Blickt man zurück auf die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, so muß man sowohl den revolutionären Aktivisten um Rosa Luxemburg als auch den Leuten des rechten Flügels, den Gewerkschaftlern, den süddeutschen Parlamentariern und den Intellektuellen vom Schlage Wolfgang Heines zubilligen, daß ihr Handeln konsequent und zielbewußt gewesen ist. Die Sozialrevolutionäre waren im Sinne von Karl Marx von revolutionärer Dynamik erfüllt und suchten die Revolution vorzubereiten; die Rechtssozialisten strebten nach konsequenter parlamentarischer Mehrheitspolitik im Verein mit den aufgeschlossenen Kreisen der Liberalen. Zwischen beiden Richtungen eingekeilt stand nahezu bewegungslos das Parteizentrum als eigentlicher Exponent der sozialdemokratischen Massen, zwar auf die fortschreitende Parlamentarisierung des Reiches bedacht, stärker aber noch von dem Bestreben erfüllt, in Treue zur Parteiorganisation zu verharren und diese als Staat im Staate von der „bürgerlichen“ Gesellschaft abzuschließen. Der Apparat war weitgehend Selbstzweck geworden. „Parteipatriotismus“ nennt K. F. Brockschmidt in seiner mehrfach zitierten Dissertation den Geist, der die Masse des Parteizentrums erfüllte¹⁾.

Vollmar dagegen hatte als erster versucht, die Partei trotz der von amtlicher Seite gemachten Schwierigkeiten zu verantwortlicher Mitarbeit am Staatsganzen heranzuziehen. Aus der beinahe fatalistischen Gleichgültigkeit, in der man sich

¹⁾ Obige Briefzitate sämtlich im V.A. — Vgl. K. F. Brockschmidt, „Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes“, phil. Diss. Frankfurt 1929; Arthur Rosenberg, „Die Entstehung der deutschen Republik“, Berlin 1928, S. 49.

tröstete, alle von sozialdemokratischer Seite unternommenen Bemühungen zur Abänderung der bestehenden Verhältnisse müßten doch ohne spürsames Ergebnis bleiben, strebte Vollmar danach, die Partei zum Engagement in der praktischen Politik zu zwingen¹⁾).

Die Koalition von 1912 mit Liberalen und Bauernbündlern blieb nicht allein ein taktisches Manöver wie die früheren Wahlverbindungen mit dem Zentrum, sondern führte zum ersten Male zu einer beschränkten parlamentarischen Zusammenarbeit der Minderheitsparteien. Bayern schien trotz der streng konstitutionellen Haltung Hertlings auf dem Wege zum parlamentarischen Regierungssystem den meisten anderen deutschen Staaten weit voraus zu sein. Anders als die meist nur rhetorisch bedeutsame grundsätzliche Opposition gegen den Staat, wie sie die Reichstagsfraktion unter Leitung des Parteizentrums betrieb, waren die erregten Auseinandersetzungen in der bayerischen Kammer nach der Ernennung Hertlings zum Ministerpräsidenten offen eine Opposition im Staat.

Dabei erhebt sich die Frage, welchen Leitzielen Vollmar bei der Umgestaltung des Staates folgen wollte. 1886, noch unter der Nachwirkung seiner „revolutionären“ Periode, stellte er die dritte Republik, das Vaterland der Freiheit und der Revolution, gelegentlich einmal als leuchtendes Vorbild den „bonapartistischen“ Verhältnissen im Reich gegenüber. Allein durch die fortdauernden Krisen der dritten Republik und vielleicht auch unter dem Einfluß des England abgöttisch liebenden Bernstein kam er mehr und mehr zur Überzeugung, daß die organische Fortentwicklung der Verfassung, wie sie in Großbritannien sich vollzogen hatte, auch für Deutschland der bessere Weg sein würde²⁾. In diesem Zusammenhange sah er die Frage, ob die Republik einer Monarchie vorzuziehen sei, lediglich als etwas Taktisches, nicht aber Prinzipielles an³⁾.

Interessant ist dabei, unter Berücksichtigung seiner Haltung gegenüber der „Masse“ sein Verhältnis zum konstitutionellen Regierungssystem in Deutschland zu betrachten. Im Einklang mit seiner Politik, die nach Demokratisierung

¹⁾ Für die Haltung des Parteizentrums ist die Stellung des Augsburger Rollwagen zur bayerischen Wahlreform typisch. Auf dem bayerischen Parteitag 1902 meinte er, die Sozialdemokratie hätte ruhig gegen das Wahlgesetz stimmen können, das ihr nicht in allen Punkten genehm war, denn das Zentrum hätte doch für dessen Annahme gesorgt. — Vgl. auch Vollmar an Ehrhart, 23. Januar 1904, über die Eisenbahnfrage: „Daß die Genannten (offenbar die süddeutschen Reichstagsabgeordneten) umfallen, nimmt mich weiter nicht wunder, und es wird ihnen eben die ewige Streiterei zuwider, und sie werden sich außerdem damit trösten, daß unser jüngster diplomatischer Streich ja doch ohne praktische Konsequenz sein und eine bloße Deklamation bleiben wird. Ich halte das aber für eine Partei, die schon nach der Macht die Hand ausstrecken will, für keinen Trost- und Entschuldigungsgrund.“ (V.A.).

²⁾ RT 27. März 1886, S. 1676; RT 27. März 1903, S. 7413—7423.

³⁾ Vgl. LT Bay. 26. Oktober 1911, Bd. XIII, S. 450 f. Dort auch die bezeichnende Stelle: „Die sozialdemokratische Partei ist gerade die Partei, deren ganzes Leben, möchte ich sagen, sich im Begriffe des Staates, d. h. in der nationalen Einheit der Gesellschaft erfüllt. Wir sind es, die bei jeder Gelegenheit dem Staate Dienste übertragen, die andere nicht der Privatwirtschaft abnehmen lassen wollen usw. usw. Der einzige Unterschied ist nur der, daß wir dem Staate, dem wir dienen, andere Formen geben wollen. Aber das tun auch alle anderen Parteien in diesem Hause.“

des Staates strebte, stand es, wenn Vollmar als Verfechter des Parlamentarismus 1903 Bülow angriff und ihm vorwarf, in der Burenfrage hätte die Regierung in keiner Weise auf das *Volksempfinden* Rücksicht genommen. Der Reichskanzler antwortete darauf, es würde zum nationalen Unglück führen, wenn die Außenpolitik von Massenparolen bestimmt werden sollte¹⁾. Tatsache ist nun aber auch, daß andererseits der Parlamentarier Vollmar verschiedentlich die Regierung in Reichs- und Landtag aufgefordert hat, unabhängig von der — allerdings nicht sozialdemokratischen — Mehrheit des Hauses zu regieren. Bei seiner ersten Rede zum Kolonialetat wollte er von einer Hineinmischung des „nationalen Momentes in die kolonialen Fragen“ nichts wissen. Seine Rede hätte ein Programm des Konstitutionalismus sein können, denn er fürchtete, bei einer Beteiligung des Massenempfindens bei der Gestaltung der auswärtigen Politik „hört die Überlegung, das Denken auf, an seine Stelle tritt ein unberechenbares Gefühl. Was bei jenem das sicherste Mittel zur Schärfung der Einsicht ist, der Mißerfolg, das bewirkt bei letzterem nur das Gegenteil, immer blinder vorwärts zu stürzen. Ein Haupterfordernis für eine gute Regierung ist ruhige Überlegung, bewußtes und besonnenes Abwägen, Wahrung des freien Willens und der vollen Selbstbestimmung²⁾“. Zwanzig Jahre später sprach er im bayerischen Landtag in ähnlicher Weise. Er warnte dort die Regierung, sich durch das tumultuarische Wüten der Mehrheitspartei einschüchtern zu lassen. „Die bayerische Regierung sollte aus der langen Erfahrung doch wissen, wieviele von den professionellen Ministerstürzern auf der Seite drüben regelmäßig übrigbleiben, sobald sie sich einem Mann gegenüber sehen, der weiß, was er will und der dementsprechend zu handeln versteht³⁾.“

Will man diesen Sätzen eine Deutung geben, so kann es nur die sein, daß er die Mehrheit nicht als absoluten politischen Maßstab gelten lassen wollte, sondern nur dann, wenn sie die „Mehrheit der Einsichtigen“ verkörperte. Vollmar berührte sich dabei mit dem Parteizentrum, wenn er der Ansicht war, daß durch „Aufklärung“ und „Belehrung“ die Mehrheit der Bevölkerung zu der Einsicht gebracht werden müsse, daß der demokratische Sozialismus ihr zum Heile gebringe. Der Glaube an die „Verbesserungsfähigkeit der Welt“ beherrschte ihn auch noch in reifen Jahren⁴⁾.

¹⁾ Vgl. Bülow, a.a.O. Bd. I, S. 599. — Ferner für Vollmar aufschlußreich ein Interview „Le Temps“, 2 et 3 janvier 1912: „Une conversation avec M. de Vollmar“. „Le fait le plus grave peut-être est que les grands Parlements européens deviennent de plus en plus étrangers à la direction des affaires extérieures. Le Reichstag n’y a pris que rarement une part très active. Il fut un temps où l’influence de la Chambre des communes anglaise pesa plus lourd dans la balance de la politique internationale. Cette politique est aujourd’hui dirigée par quelques douzaines d’hommes. Nous n’aurions jamais cru en septembre être aussi près de la guerre. Combien de temps les peuples supporteront-ils cet état des choses?“

²⁾ RT 12. Mai 1870, S. 43.

³⁾ LT Bay. 26. Oktober 1911, Bd. XIII, S. 450 f.

⁴⁾ Will man nach geistesgeschichtlichen Quellen bei Vollmar forschen, so liegen diese zweifellos bei den Aufklärern und französischen Rationalisten.

Was ihn dabei aber von den übrigen Parteiführern unterschied, war sein Wirklichkeitssinn. Daher sahen die „Revisionisten“ in ihm das große Vorbild — sofern sie nicht wie Bernstein im luftleeren Raum der Theorie blieben. „Der einzige Staatsmann, den die Sozialdemokratie seit Lassalles Tod besessen hat, ist ihr . . . nun genommen“, schrieb Heinrich Braun, als Vollmar 1918 seine Ämter niederlegte¹⁾. Damit gab er Vollmar ein Attribut, das ihm auch Heinrich Herkner nicht vorenthielt²⁾. Heinrich Braun und Wolfgang Heine konnten mit Recht in der Entscheidung des 4. August eine Rechtfertigung Vollmars sehen, weil er seit 1890 dafür plädiert hatte, daß die Partei in aller Offenheit einen staatsbejahenden Kurs steuern solle. Andererseits war die Entscheidung des 4. August keineswegs ein „Triumph“ — wie Braun meinte —, denn man trennte sich nur unter großen Mühen von der früheren Passivität, und die rechtsgerichteten „Sozialpatrioten“ blieben eine kleine Gruppe³⁾.

Am bedeutendsten war jedoch Vollmars Wirken für Bayern. War er zunächst durch die Entscheidungen der Gesamtparteitage gezwungen worden, sich auf Bayern zu beschränken, so hat er später wenig Initiative gezeigt, um über die Grenzen dieser seiner Domäne hinauszutreten. Die Lässigkeit, mit der er ernsthaften Konflikten aus dem Wege ging, hat seine Verehrer in und außerhalb der Partei oftmals enttäuscht. Er blieb ganz Bayer. Als Bebel ihn in Dresden 1903 mit Millerand verglich, wollte er sich dafür „schönstens bedanken“, „schon weil bei uns die Regierung in Berlin sitzt, während ich mir einen angenehmeren Aufenthalt weiß⁴⁾“. Im Streit zwischen Norden und Süden blieb der „radikale“ Norden stets auf den Parteitagen in der Überzahl. Allein nicht nur die Macht der Verhältnisse und seine Krankheit zwangen Vollmar in diese abseitige Stellung. Wie schon Julia im Brief an Mehring feststellte, fehlte ihm der starke Wille zur Macht. Er ragte als Persönlichkeit über die zusehends zahlreicher werdenden Funktionäre, die ihre Posten nach Dienstjahren erhielten, aber nützte diese überragende Stellung doch nicht aus. „Die spontane Aggressivität des Norddeutschen ging ihm ab“, schrieb Hellpach, der an anderer Stelle zu dem Urteil Julias von Vollmar kam, wenn er meinte, ihm habe die „Besessenheit des politischen Machtbedürfnisses“ gefehlt, „ohne welche keine Führerrolle ersten Ranges errungen wird. Es ist der Mangel, der hervorragende deutsche Männer immer wieder am Griff nach der letzten Machtfülle, überhaupt an der Verwirklichung ihrer höchsten Ziele gehindert hat“. In diesem Zusammenhang rückte

¹⁾ Heinrich Braun an Vollmar, 31. August 1918 (V.A.).

²⁾ Herkner, „Die Arbeiterfrage“, Bd. II.

³⁾ Vgl. Heine an Vollmar, 15. August 1915: „Ebert, der jetzt die eigentliche Führung hat, kam im persönlichen Gespräch immer wieder darauf zurück, es sei ja ganz egal, was wir beschließen, denn der Friede würde doch ohne uns gemacht. Also immer noch der alte Standpunkt, die Partei könne so viel Dummheiten machen, wie sie wolle, weil die anderen es schon klug machen würden.“ (V.A.).

⁴⁾ Prot. Dresden 1903, S. 337. Im Protokoll vermerkt: „Große Heiterkeit.“

Willy Hellpach Vollmar sogar in die erlauchte Nachbarschaft des Freiherrn vom Stein und von Benningsen¹⁾. Vollmar blieb — wie seine nicht ganz eindeutige Stellungnahme zum Parlamentarismus und zur Masse als politischer Erscheinung schon zeigten — ein skeptischer, aristokratischer *Ästhet*, der nicht dauernd im politischen Gewühle Wohlbefinden und Befriedigung hätte finden können. Über Erfolge bei Agitationsreisen und beim Auftreten in den Parlamenten berichtete er natürlich nicht ohne Stolz an seine Gattin. Aber auf die Dauer befriedigte ihn das politische Leben nicht: die stickige Luft der Versammlungslokale, die Spießbürgereien der verknöcherten Funktionäre des Parteiapparates, das platte Geschwätz der Genossen ohne Herzensbildung waren ihm widerwärtig. „Ich hätte gute Lust, das Mandat wegzulegen, so wurmt mich das Reisen von Dir fort, herrenlos in der Welt herum“, so schrieb er einmal in Verzweiflungsstimmung aus dem für ihn „öden“ Berlin an die am Walchensee zurückgebliebene geliebte Frau²⁾. Dort in der Bergesamkeit lebte er den größten Teil des Jahres in „königlich-bayerischer Ruh³⁾“.

Von 1918 bis zu seinem Tod am 30. Juni 1922 hat Vollmar keinerlei aktiven Anteil mehr am politischen Leben Bayerns genommen. Seine Nachfolger suchten in seinem Sinne Politik zu machen, und gerade Erhard Auer hat nie seine föderalistische Gesinnung verleugnet. In den Wirren nach der Ermordung Eisners wurde Auer bei einem Attentatsversuch im bayerischen Landtag schwer verwundet und schied für längere Zeit aus der Politik aus. Erst, als sich von anderer Seite separatistische Tendenzen in Bayern zeigten, bekannte sich auch die bayerische Sozialdemokratie wieder zum Unitarismus⁴⁾.

Als der linksextremistische Spuk verzogen war, befand sich die bayerische Sozialdemokratie — mit dem Schlagwort „marxistisch“ vom erschreckten Bürgertum gebrandmarkt — wieder in der politischen Einsamkeit, aus der sie einst Vollmar so erfolgreich geführt hatte⁵⁾.

¹⁾ Hellpach, a.a.O. Bd. I, S. 236 ff.

²⁾ Vollmar an Julia, 10. März 1894 (V.A.). Der gesamte Briefwechsel mit seiner Gattin zeigt diese Tendenz. Eindrucksvoll ist der letzte, mit zittriger Handschrift mühselig gekritzelte Zettel den er seiner Gattin 1916 sandte, als diese in Schweden weilte: „... daß an einem Bergsee ein Glücklicher sitzt, dessen Herz weit fort ist, und dem es gut geht ...“ Vollmar war damals seit geraumer Zeit fast dauernd bettlägerig. (V.A.).

³⁾ Hellpach, a.a.O. Bd. I, S. 241.

⁴⁾ Vgl. Erhard Auer, „Das neue Bayern“, S. 37. — H. v. Keiling, „Bayern und der Einheitsstaat“, in „Die Glocke“ Bd. V.

⁵⁾ Vgl. Heinz Gollwitzer, „Bayern 1918—1933“, in „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“, 1955, Heft 4. — „Nicht nur die allgemeinen Krisen bis 1923, sondern vor allem der Revolutionsschock ist es wohl gewesen, der das bayerische Bürgertum einige Jahre alles dulden, ja willkommen heißen ließ, das ‚antimarxistisch‘ auftrat.“ — Sehr aufschlußreich ferner Erwein von Aretin, „Krone und Ketten“, S. 215 ff. — Aretin, Gründer des bayerischen Königs- und Heimatbundes, erkannte erst 1933, daß Auer und die bayerischen Sozialdemokraten Patrioten waren, die 1933 sogar die Erhebung des Kronprinzen Rupprecht zum Staatskommissar und die Wiedereinführung der Monarchie tolerieren wollten, um dem Nationalsozialismus zuvorzukommen. — Aretin und Auer teilten damals die gleiche Gefängniszelle.

Anhang

Verzeichnis der Abkürzungen

- Adoratski** Marx-Engels. Briefe an August Bebel, Wilhelm Liebknecht und andere. Teil I 1870—1886.
Besorgt vom Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau unter Redaktion von W. Adoratski, Moskau-Leningrad 1933.
- B. A.** Bebel-Nachlaß im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.
- K. A.** Kautsky-Nachlaß ebd.
- V. A.** Vollmar-Nachlaß ebd.
- LT Sa.** Mittheilungen über die Verhandlungen des ordentlichen Landtages im Königreich Sachsen (jeweils mit Datum)
- LT Bay.** Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages (jeweils mit Angabe des Datums).
- RT** Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages (jeweils mit Angabe des Datums).
- Prot.** Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (jeweils mit Angabe des Tagungsortes und des Jahres).
- Prot. Bay.** Protokolle über die Verhandlungen des ...ten Parteitages der sozialdemokratischen Partei Bayerns (jeweils mit Angabe des Jahres).

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Quellen

1. Ungedruckte Quellen

- Bebel*, August: Briefwechsel. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.
- Bernstein*, Eduard: Briefwechsel. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.
- Branting*, Hjalmar: Briefwechsel. Arbetarrörelsens Arkiv in Stockholm.
- Brentano*, Lujo: Briefwechsel. Im Besitze von Fräulein Sophie Brentano in Prien am Chiemsee.
- Ellenbogen*, Wilhelm: Briefwechsel. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.
- Engels*, Friedrich: Briefwechsel. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.
- Harden*, Maximilian: Briefwechsel. Bundesarchiv Koblenz.

Heine, Wolfgang: Lebenserinnerungen. Im Besitze von Herrn Oberregierungsrat Dr. W. Heine in München.

Kautsky, Karl: Briefwechsel. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

Motteler, Julius: Nachlaß. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

Vollmar, Georg von: Nachlaß. Enthält Briefe, Briefentwürfe, Manuskripte, Redeentwürfe, Drucksachen, Studien, Exzerpte, Zeitungsausschnitte. Internationales Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam.

2. Zeitungen und Zeitschriften

Der Socialdemokrat. Zentralorgan der Socialisten deutscher Zunge. Zürich 1879—1888. London 1888—1890.

Die neue Gesellschaft. Sozialistische Wochenschrift. Hrsg. von Heinrich Braun und Lily Braun. Berlin 1905—1907.

Die Hilfe. Gotteshilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe. Berlin 1900—1914.

Preußische Jahrbücher. Hrsg. von Hans Delbrück. Berlin 1890—1903. (zit. Pr. Jbb.)

Sozialistische Monatshefte. Berlin 1897—1922. (zit. SM).

Süddeutsche Monatshefte. Hrsg. von Paul Nik. Crossmann. München 1907—1914.

Vorwärts. Berlin 1890—1914.

Die Zeit. Nationalsoziale Wochenschrift. Hrsg. Friedrich Naumann. Berlin 1900—1903.

Die neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart 1883—1922. (zit. NZ).

Ausschnitte aus:

Fremdenblatt. München.

Münchener Neueste Nachrichten. München.

Münchener Post. München 1890—1914.

Augsburger Postzeitung. Augsburg.

3. Protokolle und Parlamentsberichte

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des deutschen Reichstages. Berlin 1890—1914.

Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern. Hrsg. vom k. statist. Landesamt. München 1895; 1899; 1901; 1909; 1913.

Mittheilungen über die Verhandlungen des ordentlichen (außerordentlichen) Landtags im Königreich Sachsen während der Jahre 1883—1888. Zweite Kammer. Dresden 1883—1888.

Protokoll über die Verhandlungen des ...ten Parteitages der sozialdemokratischen Partei Bayerns. Nürnberg 1892; 1894; 1896; 1898; 1900; 1902; 1904; 1908; 1910; 1912; 1913; 1914.

Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1890—1913.

Protokolle über die Verhandlungen der internationalen Sozialistenkongresse. 1889; 1900; 1907.

Die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag. Handbuch für sozialdemokratische Wähler. 1893/99; 1899/1905; 1905/07.

Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtages im Jahre 1893—1914. Stenographische Berichte. München 1893—1914.

4. Schriften Georg von Vollmars

- Waldverwüstung* und Überschwemmung. Ein Kapitel zur Grund- und Bodenfrage. In: *Der Volksstaat*. Nr. 103. 1876. 2. Aufl. Zürich 1884.
- Die *Wichtigkeit* der Grund- und Bodenfrage. Eine Skizze. In: *Der arme Konrad*. (Kalender) 1878, S. 100—104.
- Gerechtigkeit* in Rom. Erinnerungen eines einstigen Schlüsselsoldaten. In: *Die Gartenlaube*. Illustriertes Familienblatt. 1879.
- Der isolierte sozialistische *Staat*. In: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*. Hrsg. von Ludwig Richter. Zürich 1879.
- Der gegenwärtige *Stand* der Waldschutzfrage. Heidelberg 1880. (Aus: *Staatswirtschaftliche Abhandlungen*. Leipzig 1880).
- Aufhebung* des Sozialistengesetzes? von Surtur. Zürich 1882.
- Die *Abgeordnetenverhaftungen* zu Kiel und Neumünster. München 1883.
- Über die soziale *Frage*. München 1884.
- Öfver *Arbetarernas* i Tyksland. Föredrag hållet i Stockholms Arbetareförening den 18 okt. 1885. Stockholm 1885.
- Wie's* im Reichstag zugeht! (Flugblatt). München 1885.
- Der *Einfluß* der oberschlesischen Zinkindustrie auf die Gesundheit der Arbeiter. In: *Die neue Zeit*. Stuttgart. 6. 1888.
- Die *Bedeutung* der bevorstehenden Reichstagswahlen. (Rede). München 1890.
- Über die nächsten *Aufgaben* der Sozialdemokratie. 2 Reden, gehalten am 1. Juni und 6. Juli im „Eldorado“ zu München. München 1891. 2. Aufl. mit den Reden auf dem Parteitag zu Erfurt und vier Aufsätzen vom „Optimismus“. München 1899.
- Für Wahrheit, Recht und Freiheit!* (Flugblatt). München 1891.
- Sonja Kowalewski. In: *Die Gesellschaft*. H. 2. 1891. *Die neue Zeit*. Stuttgart. 9,1. 1891.
- Kleine Studien*. In: *Die Gesellschaft*. H. 4. 1891.
- Die *Bestrebungen* der Sozialdemokratie und die Zentrumsparthei. Als Flugblatt gedruckte Rede. Stuttgart 1892.
- Arne Gborg und seine müden Männer. In: *Die Gesellschaft*. H. 2. 1892.
- Die *Sozialdemokratie* und die Wahlen zum bayerischen Landtag. (Rede). München 1892.
- Über *Staatssozialismus*. Nürnberg 1892.
- Der *Staatssozialismus* unter Bismarck und Wilhelm II. In: *Die Gesellschaft*. H. 11. 1892.
- Zur *Streitfrage* über den Staatssozialismus. In: *Die neue Zeit*. Stuttgart. 11, 1. 1892.
- Die *Bauern* und die Sozialdemokratie. (Landtagsrede). München 1893.
- Zur *Besprechung* der Epidemie in der Infanterie-Leibregimentskaserne. (Landtagsrede). München 1893.
- Bebels *Fahnenhebung*. In: *Münchener Post*. München Nr. 264—267; 269. 1894.
- Grillenberger und von Vollmar: Die *Verbesserung* der Armenpflege. (Landtagsreden). München 1894.
- Bauernfrage* und Sozialdemokratie in Bayern. (1895—96). Nürnberg 1896.
- Die *Sozialdemokratie* und die preußischen Landtagswahlen. Eine Umfrage. In: *Sozialistische Monatshefte*. Berlin. 3. 1897.
- Die *Ergebnisse* des Hannoverschen Parteitages. In: *Sozialistische Monatshefte*. Berlin. 5. 1899.

- Die bayerischen *Landtagswahlen* In: Die Waage. Hrsg. von Rudolph Lothar. Wien. Augustheft 1899.
- Die *Sozialdemokratie* im bayerischen Landtag. Handbuch für Landtagswähler 1893/99. Nürnberg 1899.
- Für die Freiheit der Kunst! Rede gegen die §§ 184a und b der sogenannten Lex Heinze, gehalten in der Sitzung des Reichstages vom 15. 3. 1900. München 1900.
- Zum Fall *Millerand*. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin, 6. 1900, S. 767—83.
- Zwei *Entgegnungen*. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 7. 1901.
- Nachwort* zum Fall *Millerand*. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 7. 1901.
- Die *Sozialpolitik* in Deutschland und Frankreich. (Rede). Dresden 1901.
- Münchener *Festschrift* zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. München 1902.
- Die *Frage* der Taktik. Reden von August Bebel und Georg von Vollmar auf dem Parteitag zu Dresden. Berlin 1903.
- Die *Kaiserreden* im Reichstag. (Reichstagsreden von Bebel und v. Vollmar). Berlin 1903.
- Lehren* und Folgen der letzten Reichstagswahlen. (Rede). München 1903.
- Sozialdemokratischer *Parteitag* zu Dresden. (Festschrift mit Erinnerungen Vollmars an seine Tätigkeit in Sachsen). Dresden 1903.
- Die innenpolitischen *Zustände* des deutschen Reiches und die Sozialdemokratie. München 1903.
- La democrazia socialista* in Germania. I risultati della ultime electioni. In: Il Lavoro. Nr. 212. 1904.
- Landtagswahlrecht* und Liberalismus in Bayern. In: Die neue Gesellschaft. Berlin. 1905.
- Bayerischer *Liberalismus* und Rechte der Volksvertretung. In: Die neue Gesellschaft. Berlin 1905.
- Neuwahlen* zur bayerischen Abgeordneten-kammer. In: Der arme Konrad. (Kalender). München 1905.
- Sozialdemokratie* und Vaterland. (Landtagsrede). München 1906.
- Wie es* in Bayern zur Wahlreform kam. In: Die neue Gesellschaft. Berlin Nr. 3. 1906.
- Une *conversation* avec M. de Vollmar. — Elections au Reichstag, — Elections à la Diète. Un mot sur la situation internationale. In: Le Temps. 2.—3. Januar 1912.

B. Literatur

- Ackermann*, Karl: Organisatorische Streitigkeiten in der deutschen Sozialdemokratie 1890—1914. Ein Beitrag zur Soziologie des 4. August 1914. Stuttgart 1946. (Maschinenschrift). Heidelberg. Phil. Diss. vom 26. September 1946.
- Adler*, Viktor: Victor Adler. Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Ges. und erl. von Friedrich Adler. Wien 1954.
- Aretin*, Erwein von: Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin. München 1955.
- Die *Attentate* im bayerischen Landtag. Der Prozeß gegen Alois Lindner und Genossen vor dem Volksgericht München. München 1919.
- Auer*, Erhard: Das neue Bayern. München 1919.
- Der Fall *Auer*. Kritische Flugschrift der USPD-Opposition. München 1914.

- Bachem, Karl:** Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung, sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland. Bd. 2 u. 7. Köln 1927—30.
- Bebel, August:** Die Frau und der Sozialismus. 50. Aufl. Verb., verm. und neu bearb. Jubiläumsausgabe. Stuttgart 1910.
- Bebel, August:** Aus meinem Leben. 3 Bde. Stuttgart 1910—14.
- Bergstraesser, Ludwig:** Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 7. und bis auf die Gegenwart fortgef. Aufl. München 1952.
- Bernstein, Eduard:** Aus Vollmars politischer Entwicklung. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 28. 1922.
- Bernstein, Eduard:** Sozialdemokratische Lehrjahre. Berlin 1928.
- Bernstein, Eduard:** Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899—1902.
- Bernstein, Eduard:** Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich. Ein Vortrag. 2. Aufl. Berlin 1901.
- Blos, Wilhelm:** Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten. 2 Bde. München 1914—19.
- Boszotta, Josef:** Einflüsse des Darwinismus auf den Marxismus. Wien 1950. (Maschinenschrift). Wien, Hochschule für Welth., Diss. vom 14. Juli 1951.
- Brandes, Georg:** Deutsche Persönlichkeiten. München 1892.
- Braun, Lily:** Memoiren einer Sozialistin. Bd. 2. München 1911. 2. Kampfbahre.
- Braun-Vogelstein, Julie:** Ein Menschenleben. Heinrich Braun und sein Schicksal. Tübingen 1932.
- Brentano, Lujo:** Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands. Jena 1931.
- Brockschmidt, Karl Friedrich:** Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes. Leipzig 1929. Frankfurt, Phil. Diss. vom 2. August 1929. (Auch in: Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt a. M. Bd. 4. «Studien zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.»)
- Bülow, Bernhard Fürst von:** Denkwürdigkeiten. Hrsg. von Franz von Stockhammern. Bd. 1—3. Berlin 1930—31.
- Christenthum und Socialismus.** Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hohoff in Hüffe und (August Bebel) dem Verfasser der Schrift: Die parlamentarische Tätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Socialdemokratie. 2. Aufl. Leipzig 1875.
- Curtius, Ludwig:** Deutsche und antike Welt. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1950.
- Deuerlein, Ernst:** Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten. 1870—1918. Dargest. vornehmlich auf Grund bisher unveröffentlichter Akten des Bayerischen Geheimen Staatsarchivs/München, der Bayerischen Staatskanzlei/München, des Württembergischen Hauptstaatsarchivs/Stuttgart und des Badischen Generallandesarchivs/Karlsruhe. Regensburg 1955.
- Dierkes, Hans Herbert:** Die evangelisch-soziale Bewegung und der sozialdemokratische Arbeiter 1896—1914. (Maschinenschrift). Freiburg, Phil. Diss. vom 17. Juni 1949.
- Doeberl, Michael:** Entwicklungsgeschichte Bayerns. Bd. 3. München 1931. 3. (1825—1886). Vom Regierungsantritt König Ludwigs I. bis zum Tode König Ludwigs II. Mit einem Ausblick auf die innere Entwicklung Bayerns unter dem Prinzregenten Luitpold. Hrsg. von Max Spindler.
- Engels, Friedrich:** s. Marx, Karl.
- Engels, Friedrich:** Die Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein. Mit Briefen von Karl Kautsky an ebendenselben. Hrsg. von Eduard Bernstein. Berlin 1925.

- Engels, Friedrich:** Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky. 2. durch die Briefe Karl Kautskys vervollst. Ausgabe von „Aus der Frühzeit des Marxismus“. Hrsg. und bearb. von Benedikt Kautsky. Wien 1955. (Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der deutschen und österreichischen Arbeiterbewegung. 1.).
- Eyck, Erich:** Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890 bis 1914. Zürich 1948.
- Fechenbach, Felix:** Der Revolutionär Kurt Eisner. Aus persönlichen Erlebnissen. Berlin 1929.
- Finsterbusch, Kurt:** s. Strauss, Rudolf.
- Frank, Ludwig:** Aufsätze, Reden und Briefe. Ausgew. und eingel. von Hedwig Wachenheim. Berlin 1924.
- Gärtner, Georg:** Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868—1908. Nürnberg 1908.
- Gay, Peter:** Das Dilemma des demokratischen Sozialismus (The Dilemma of democratic socialism, deutsch). Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx. Nürnberg 1954.
- Gerlach, Hellmut von:** Die Führer der deutschen Sozialdemokratie. In: Die Zeit. Wiener Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaft und Kunst. Wien. Nr. 306 vom 11. August 1900.
- Goldenberg, Boris:** Beiträge zur Soziologie der deutschen Vorkriegssozialdemokratie. Berlin 1932. Heidelberg, Phil. Diss. vom 20. Juni 1932.
- Gollwitzer, Heinz:** Bayern 1918—1933. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. München. 4. 1955, S. 363—387.
- Grünebaum, S.:** Ludwig Frank. Ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Heidelberg 1924.
- Heilmann, Ernst:** Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge. Chemnitz 1911.
- Heine, Wolfgang:** Georg von Vollmar. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 28. 1922.
- Hellpach, Willy:** Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation. Bd. 1. 2. Hamburg 1948—49.
- Herkner, Heinrich:** Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. 7. Aufl. 2 Bde. Berlin 1921.
- Heuss, Theodor:** Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart 1937.
- Heuss, Theodor:** Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen. Tübingen 1953.
- Der Hochverraths-Prozeß** wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von Wilhelm Liebknecht. Berlin 1894.
- Jäckh, Ernst:** Der goldene Pflug. Lebensernte eines Weltbürgers. Stuttgart 1954.
- Ibsen, Henrik:** Sämtliche Werke in deutscher Sprache. Bd. 10. Berlin 1904. 10. Briefe. Hrsg. und mit Einleitung versehen von Julius Elias und Halvdan Koht.
- Der Kampf** um die Wahlreform in Bayern. Hrsg. vom Landesvorstand der Sozialdemokratie in Bayern. München 1907.
- Kampffmeyer, Paul:** Georg von Vollmar. München 1930.
- Kampffmeyer, Paul:** v. Vollmar und die Sozialdemokratie. Gegen das Vollmartum in der Sozialdemokratischen Partei. Berlin 1892.
- Kampffmeyer, Paul:** Der unbekanntene Vollmar. In: Der Abend. Spätausgabe des Vorwärts. Berlin. 15. 3. 1930.
- Kampffmeyer, Paul:** Wandlungen in der Theorie und Taktik der Sozialdemokratie. München 1904.
- Kautsky, Karl:** s. Engels, Friedrich.

- Kautsky, Karl:** Das Erfurter Programm in seinen grundsätzlichen Theilen erläutert. 3. Aufl. Stuttgart 1947.
- Kautsky, Karl:** Vollmar und der Staatssozialismus. In: Die neue Zeit. Stuttgart. 10. 2. 1892.
- Keil, Wilhelm:** Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Stuttgart 1947—48.
- Knaus, Albrecht:** Die „Münchener Post“ während des Weltkrieges. Ein zusammenfassender Überblick über die Haltung eines sozialdemokratischen Blattes in den Jahren 1914/18. Miesbach 1940. München, Phil. Diss. vom 12. März 1941.
- Korsch, Karl:** Die materialistische Geschichtsauffassung. Eine Auseinandersetzung mit Karl Kautsky. Leipzig 1929.
- Krupskaja, Nadezda Konstantinovna:** Erinnerungen an Lenin (O Lenine). Bd. 1. Berlin 1929. 1. 1893—1905.
- Lenin, W. I.:** Sämtliche Werke. Einzige vom Lenin-Institut in Moskau autoris. Ausgabe. Übertr. nach der 2. erg. russ. Aufl. Bd. 12. Berlin 1933. 12. Die Bilanz der Revolution 1905. Für die revolutionär-marxistische Ideologie und Taktik 1907—1908.
- Lensch, Paul:** Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Eine politische Studie. Berlin 1915.
- Lindemann, Hugo:** Zentralismus und Föderalismus in der Sozialdemokratie. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 11. 1905, S. 767—773.
- Lorenz, Max:** Die Sozialdemokratie und der nationale Gedanke. In: Preußische Jahrbücher. Berlin. Bd. 88. 1897, S. 302—323.
- Lorenz, Max:** Die Marxistische Socialdemokratie. Leipzig 1896. (Bibliothek für Socialwissenschaft. Bd. 9).
- Lukács, Georg:** Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Berlin 1923. (Kleine revolutionäre Bibliothek. Bd. 9).
- Luxemburg, Rosa:** Gesammelte Werke. Hrsg. von Clara Zetkin und Adolf Warski. Bd. 3. 1925. 3. Gegen den Reformismus. Engel. und bearb. von Paul Frölich.
- Mandelbaum, Kurt:** Die Erörterung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895—1914). Frankfurt 1926. Frankfurt a. M., Phil. Diss. vom 18. Dezember 1926.
- Marcuse, Julian:** Georg von Vollmar. In: Die Glocke. Bd. 8, 1. 1922.
- Marx, Karl u. Friedrich Engels:** Briefe an August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Karl Kautsky u. a. Bes. vom Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau unter Red. von W. Adoratski. Moskau 1933.
- Mathias, Erich:** Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933—1938. Stuttgart 1952.
- Mayer, Gustav:** Friedrich Engels. Eine Biographie. 2 Bde. Haag 1934.
- Mayer, Gustav:** Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. Zürich 1949.
- Mayer, Gustav:** Die Lösung der deutschen Frage im Jahre 1866 und die Arbeiterbewegung. Jena 1907.
- Mayer, Gustav:** Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland. (1863—1870). Leipzig 1911. (Sonderdr. aus: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung).
- Mehring, Franz:** Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 12. Aufl. 4 Bde. Stuttgart 1922.
- Michels, Robert:** August Bebel. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen. Bd. 37. 1913.

- Michels, Robert*: Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen Verbandsverbande. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen Bd. 25. 1907, S. 148—231.
- Michels, Robert*: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. 2. verm. Aufl. Leipzig 1925. (Philosophisch-soziologische Bücherei. Bd. 21).
- Most, Johann*: Taktik contra Freiheit. London 1880.
- Muehlbradt, Werner*: Wilhelm Liebknecht und die Gründung der deutschen Sozialdemokratie (1862—1875). Göttingen 1950. (Maschinenschrift). Göttingen, Phil. Diss. vom 13. Januar 1951.
- Müller-Meiningen, Ernst*: Parlamentarismus. Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten. Berlin 1926.
- Naumann, Friedrich*: Ausgewählte Schriften. Eingel. und mit Anmerkungen vers. von Hannah Vogt. Frankfurt a. M. 1949. (Civitas Gentium).
- Naumann, Victor*: Dokumente und Argumente. Berlin 1928.
- Naumann, Victor*: Profile. 30 Porträt-Skizzen aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen. München 1925.
- Parvus (d. i. Alexander Helphand)*: Keinen Mann und keinen Groschen. Einige Betrachtungen zum bayerischen Budget. In: Die neue Zeit. Stuttgart. Jg. 13. 1894—95.
- Parvus*: Der Opportunismus in der Praxis. In: Die neue Zeit. Stuttgart. Jg. 19. 1901, S. 609—15; 659—63; 673—84 und Nr. 550/51.
- Prager, Eugen*: Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1921.
- Profit, Friedrich von*: Bettinger und die Sozialdemokratie. Die Wahlkompromisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in der Pfalz (1899—1909). München 1913.
- Rikli, Erika*: Der Revisionismus. Ein Revisionsversuch der deutschen marxistischen Theorie (1890—1914). Zürich 1936. (Zürcher volkswirtschaftliche Forschungen. 25).
- Rosenberg, Arthur*: Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre. Amsterdam 1938.
- Rosenberg, Arthur*: Die Entstehung der deutschen Republik. 1871—1918. Berlin 1928.
- Rosenberg, Arthur*: Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935.
- Saenger, Alwin*: Georg von Vollmar. In: Die neue Zeit. Stuttgart. Jg. 15. 1922.
- Sauerbrey, Manfred*: Bebel und die Grundfragen der deutschen Politik im Zeitalter Bismarcks. (Maschinenschrift). Köln, Phil. Diss. vom 3. November 1951.
- Scheidemann, Philipp*: Memorien eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928.
- Schieder, Theodor*: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863—1871. München 1936. (Münchener historische Abhandlungen. Reihe 1, 12.).
- Schippel, Max*: Vollmar. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 24. 1918.
- Schippel, Max*: Aus der revisionistischen Vorgeschichte des sozialdemokratischen Agrarprogramms. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1927, S. 434—39.
- Schlessinger, Georg Friedrich Wilhelm*: Die Agrartheorien der deutschen Sozialdemokratie vom Breslauer Parteitag 1895 bis 1914. (Mit Berücksichtigung der Praxis im preußischen und bayerischen Landtag). (Maschinenschrift). München, Staatswirtschaftl. Diss. vom 19. Dezember 1938.
- Schmidt, Kaspar*: Hat sich das Wahlabkommen bei den Landtagswahlen bewährt? In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 1912, S. 481.

- Schneider*, Erich: Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864—1899. Ein Beitrag zur süddeutschen Parteiengeschichte. Mainz 1956. (Maschinenschrift). Mainz. Phil. Diss. vom 18. Februar 1956.
- Schorske*, Carl E.: German Social Democracy. 1905—1917. The Development of the Great Schism. Cambridge, Mass. 1955.
- Schulz*, Arthur: Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland. Ein Versuch, die Autonomieforderungen der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisationen theoretisch zu begründen. München 1909.
- Schumacher*, Kurt: Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie. (Maschinenschrift). Münster, Rechts- und Staatswiss. Diss. vom 24. August 1926.
- Sendtner*, Kurt: Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern. Auf Anregung und unter Förderung und Mitarbeit von Otto Kolshorn. Mit Auszügen aus persönlichen Aufzeichnungen und einem Schlußkapitel von Kronprinz Rupprecht von Bayern. München 1954.
- Sombart*, Werner: Der proletarische Sozialismus („Marxismus“). 10. neubearb. Aufl. der Schrift „Sozialismus und soziale Bewegung.“ 2 Bde. Jena 1924.
- Sponsel*, Friedrich: Friedrich Naumann und die deutsche Sozialdemokratie. (Maschinenschrift. vervielf.). Erlangen, Phil. Diss. vom 15. Februar 1952.
- Strauss*, Rudolf u. Kurt Finsterbusch: Die Chemnitzer Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. Berlin 1954. (Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt. 3).
- Timm*, Johannes: Die Bedeutung der bayerischen Landtagswahlen 1912. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin. 18. 1912, S. 84—91.
- Timm*, Johannes: Nach der bayerischen Landtagswahl. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 18. 1912.
- Ulrich*, Karl: Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten. Hrsg. von Ludwig Bergsträsser. Offenbach a. M. 1953. (Bibliothek zeitgenössischer Memoiren).
- Weber*, Marianne: Max Weber. Ein Lebensbild. Heidelberg 1950.
- Weber*, Max: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede. Tübingen 1895.
- Wysewa*, Theodor de: Die sozialistische Bewegung in Europa. Ihre Träger und ihre Ideen. Braunschweig 1892.

Personenregister

- Adler, Viktor 44, 85 f.
Auer, Erhard 92, 96, 98, 117 ff., 125
Auer, Ignaz 50, 81, 89
Bamberger, Ludwig 106
Barth, Hans 107
Bassermann, Ernst 97
Bebel, August 9, 13 f., 18 f., 21, 24, 27 f.,
30 ff., 35, 41, 47, 49, 54 ff., 61, 64, 75, 83,
85 ff., 97, 102, 108, 114, 124
Bernstein, Eduard 32, 43, 74, 78, 85, 114 f.,
122
Beyhl, Jacob 101
Bismarck, Otto Fürst von 10, 20, 29, 39, 44
Blanc, Louis 16
Bloch, Josef 77
Blos, Wilhelm 30
Brandes, Georg 34
Branting, Hjalmar 112
Braun, Heinrich 77 f., 124
Braun, Lily 77
Brentano, Lujo 35, 72, 121
Bülow, Bernhard Fürst von 75, 84, 123
Conrad, M. G. 34
Curtius, Ludwig 12
Darwin, Charles 14, 79
David, Eduard 59, 65, 77 f., 114, 116 f.
Delbrück, Hans 88
Dreyfus, Alfred 80
Dühring, Eugen 16
Ebert, Friedrich 113 f., 116 f.
Ehrhart, Franz Josef 42, 50 f., 54, 65, 94
Eisner, Kurt 119
Ellenbogen, Wilhelm 113
Engels, Friedrich 9, 16, 18 f., 21, 23, 28, 47,
59, 61, 75
Feuerbach, Ludwig 14
Fischer, Kuno 22
Frank, Ludwig 98
Frauendorfer, Heinrich Ritter von 101
Geck, Adolf 97
Grillenberger, Karl 50 ff., 66, 94
Guesde, Jules 25, 81
Haase, Hugo 111
Haller von Hallerstein, Freiherr von 95
Harden, Maximilian 86
Hasenclever, Wilhelm 26, 30
Hegel, G. W. F. 23
Heim, Georg 100
Heine, Wolfgang 78, 112, 114, 116, 118, 121
Hellpach, Willy 124
Hertling, Georg Graf von 67, 103 f., 122
Hervé, Charles François 109
Heuss, Theodor 101
Hirsch, Carl 17
Höchberg, Carl 18 f., 21
Ibsen, Henrik 34
Jankowska, Marie 26
Jaurés, Jean 80
Kampffmeyer, Paul 8
Kautsky, Karl 43, 45, 47, 56, 61 f., 75, 77 f.,
80 f., 87
Keil, Wilhelm 98 f.
Key, Ellen 34
Kolb, Georg Friedrich 10, 14, 107
Kolb, Wilhelm 97 f.
Kowalewska, Sonja 26 ff., 34
Kracht, General von 110
Kröber, Adolf 14, 17
Krupp, Alfred 84
Lafargue, Paul 25, 38, 44
Lassalle, Ferdinand 9, 16, 43, 46
Lawroff, Peter 26
Liebknecht, Karl 110, 113
Liebknecht, Wilhelm 9, 14 f., 18, 32, 42 f.,
45, 47, 61, 73, 80
Löwenstein, Gabriel 99
Ludwig II. von Bayern 74
Ludwig III. von Bayern 104
Ludwig XVI. von Frankreich 16
Luitpold, Prinzregent von Bayern 101 f., 104
Luxemburg, Rosa 78 ff., 121
Malon, Benoît 25
Marx, Karl 9, 16, 18, 25, 45, 75, 78 f., 105, 121
Mehring, Franz 7, 48, 51, 124

- Mendelson, Stanislaw 26
 Millerand, Alexander 75, 80 ff., 84, 87, 124
 Most, Johann 17 ff., 23 f., 29, 50, 90
 Müller, Adolf 73, 96, 99, 107, 111, 119
 Napoleon III. 27, 29, 115
 Naumann, Friedrich 85, 90, 97, 101 f.
 Naumann, Viktor 73, 110
 Noske, Gustav 110
 Oertel, Karl 42, 50 f., 53 f.
 Pichler, Franz Seraphim von 67
 Podewils-Dürniz, Klemens Graf 83, 107
 Quarck, Max 60
 Richter, Eugen 106
 Rodbertus, Johann Karl 45
 Saenger, Alwin 7 f.
 Schädler, Franz Xaver 100 1
 Scheidemann, Philipp 111, 1 3 f., 117
 Scheler, Max 72
 Scherm 62
 Schippel, Max 61
 Schmitt, Franz 61, 68, 95, 118 f.
 Schönlink, Bruno 58 f.
 Schweitzer, Johann Baptist von 9
 Segitz, Martin 68, 95, 111
 Simon, Josef 96, 117
 Spinoza, Benedikt 14, 91
 Stauffenberg, Franz Freiherr Schenk von 68
 Stengel, Hermann Freiherr von 84
 Stumm-Halberg, Karl Freiherr von 44
 Südekum, Albert 78, 88, 118
 Süßheim, Max 95
 Timm, Johannes 97, 119
 Vandervelde, Emile 116
 Viereck, Louis 21
 Vollmar auf Veltheim, Anton Ritter und
 Edler von 11
 Vollmar, Karoline von, geb. Loibl 11, 13, 15,
 24, 34
 Vollmar, Julia von, geb. Kjellberg 3, 25, 34 f.,
 48 f., 51, 71, 93, 112, 124 f.
 Vollmar, Luise von, geb. Busch-Nißl 17
 Wagner, Richard 28
 Waldeck-Rousseau, Pierre Marie 80, 82
 Weber, Max 58
 Wilhelm I. 20, 28 f.
 Wilhelm II. 39, 44, 55, 74, 84
 Wittl, Sebastian 56
 Zetkin, Clara 61, 98

Inhalt

Seite

Vorwort	5
Einleitung	7

I. Kapitel: Die Entwicklung zum Sozialdemokraten

1. Herkunft und Jugend	9
2. Aufstieg zum Parteiführer	13
3. Sozialistische Wanderjahre	25

II. Kapitel: Föderalistischer Reformist

1. Der neue Kurs	37
2. Die Staatssozialismus-Debatte	44
3. Bayerischer Föderalismus und Berliner Zentralgewalt	47
4. Die Agrarfrage	56
5. Die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag (1893—1907)	63
6. Der Streit um den Revisionismus und der Fall Millerand Mit einem Exkurs: August Bebel und Georg von Vollmar	75

III. Kapitel: Autorität im Hintergrund (1907—1918)

1. Bayerische Politik 1907—1914	93
2. Imperialismus und Weltkrieg	104

Schluß:

Georg von Vollmar als Parlamentarier und Parteipolitiker	121
--	-----

Anhang:

Verzeichnis der Abkürzungen	127
Quellen- und Literaturverzeichnis	127
Personenregister	136